Freitag, 30. November 1984 · D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Redaktion, Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 281 - 48. W. - P

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien

TAGESSCHAU

POLITIK

Renten: Auch in Zukunft sollen die Renten nach dem Willen von Bundesarbeitsminister Blüm leistungs- und beitragsbezogen bleiben. Modelle zur langfristigen Sicherung der Rentenfinanzen, wie eine Grundrente und private Vorsorge, kämen nicht in Frage. (S. 4)

Gesundheitskosten: Obwohl die Ärzte im vergangenen Jahr 10,4 Prozent weniger Arzneimittelpackungen verordneten als im Vorjahr, stiegen die Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung um 5,4 Prozent auf 15 Milliarden Mark. (S. 10)

Übersiedler: In den ersten zehn Monaten dieses Jahres sind 36 440 Übersiedler aus der „DDR" in die Bundesrepublik gekommen. Das sind dreimal mehr als im gesamten Jahr 1983.

Flucht: Ein früherer „DDR"-Volkspolizist und ein ehemaliger Angehöriger der Volksarmee konnten unverletzt über die Grenze in den nordhessischen Kreis Hersfeld-Rotenburg flüchten.

Europa: Die EG ist weiterhin über die Bedingungen des Beitritts Spaniens und Portugals zerstritten. Ein dreitägiges Verhandlungs-Marathon der Außenminister der EG-Staaten ging in Brüssel ergebnislos zu Ende. (S. 11)

US-Senat: Robert Dole ist zum neuen Führer der republikanischen Mehrheitsfraktion und damit in einen der wichtigsten politischen Posten Washingtons gewählt worden. Chef des außenpolitischen Ausschusses des Senats wurde Richard Lugar. (S. 10)

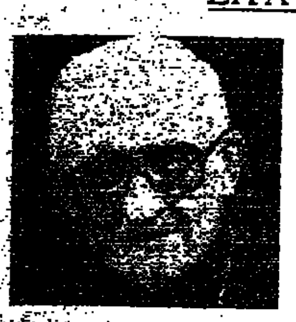
Weinberger: Zur Umsicht beim Umgang mit der wiedergewonnenen militärischen Macht Amerikas riet der Verteidigungsminister in einer vielbeachteten Rede in Washington. Der Einsatz der Streitkräfte im Ausland müsse „letzte Zuflucht" bleiben. (S. 10)

„Le Monde": Frankreichs bedeutendste Tageszeitung steckt in einer ernsten Krise. Die Zukunft hängt von einem Sanierungsprogramm ab, über das am 7. Dezember abgestimmt wird. (S. 6)

Gescheitert: Die Opposition in Chile hat ihr Ziel, die Bevölkerung massiv gegen die Militärdiktatur zu mobilisieren, nicht erreicht. Die Beteiligung an dem nationalen Protest blieb hinter den Erwartungen zurück. (S. 10)

Italien: Die Zukunft der Regierung Craxi wird immer ungewisser. Sechsmal mußte sie im Senat die Vertrauensfrage stellen, um eine umstrittene Steuervorlage durchzubringen. (S. 6)

ZITAT DES TAGES



» In politisch gespaltenen Zeiten hat sich die Kirche in Deutschland stets als eine alle Deutschen verbindende Kraft erwiesen «

Kardinal Joseph Höffner, Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, bei der Präsentation des ersten Bandes der Buchreihe „Deutschland, deine Diözesen" in Köln
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Steuerreform: Im Januar will Finanzminister Stoltenberg die Gesetzentwürfe für die geplante zweistufige Steuerreform 1986 und 1988 im Bundestag einbringen. Der SPD-Vorschlag einer Ergänzungsabgabe scheiterte. (S. 11)

Esch-Prozeß: Wegen Untreue und Verstoßes gegen das Aktiengesetz wurde in Hanau Horst-Dieter Esch, Chef der in Konkurs gegangenen Mainzer Baumaschinengruppe IBH, zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. (S. 12)

Ölmarkt: Ein drastisches Ansteigen der Preise noch in diesem Winter erwartet der saudische Ölminister Yamani. Die internationalen Ölgesellschaften kauften den Markt leer und legten so große Vorräte an, daß das Angebot allmählich knapp werde.

Dresdner Bank: Das Jahr 1984 verläuft noch besser als erwartet. Unklar bleibt, ob die Dividende von zuletzt 6 DM pro Aktie erhöht wird. (S. 13)

Börse: Die Stahlaktien gerieten gestern aufgrund der Differenzen zwischen der EG und den USA unter Druck. WELT-Aktienindex 158,2 (159,0). Der Rentenmarkt war ruhig. BHF-Index 102,691 (102,685). Performance-Index 111,756 (111,718). Dollar-Mittelkurs 3,0762 (3,0768) Mark. Goldpreis je Feinunze 330,60 (329,00) Dollar.

KULTUR

Theater: Ein lohnendes Seherlebnis bereitet die Ausstellung „Theater – Spiegel der Welt", ausgerichtet vom Theatermuseum der Universität zu Köln. Für eine parallele Ausstellung des Theatermuseums der Stadt Düsseldorf läßt sich das nur sehr eingeschränkt sagen. Ihr Titel: „Bildende Künstler sehen Schauspielkünstler". (S. 21)

Tarkowskij: Der im Westen wohl berühmteste sowjetische Filmregisseur, Andrej Tarkowskij, der von einem Auslandsaufenthalt nicht in die UdSSR zurückkehren will, hat an Moskau appelliert, seine Kinder ausreisen zu lassen. Zahlreiche Künstler, Politiker und Wissenschaftler setzen sich für ihn ein. (S. 21)

SPORT

Tennis: Claudia Kohde (Saarbrücken) und Steffi Graf (Heidelberg) erreichten die 3. Runde der australischen Meisterschaften. Kohde schlug Bunge (Cuxhaven), Graf besiegte Antonopolis (USA).

Olympia: Die Stadt Paris hat sich offiziell um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1992 beworben. Sie steht in Konkurrenz zu Amsterdam, Barcelona, Belgrad, Brisbane und Neu-Delhi.

AUS ALLER WELT

Menschenhandel: Bei einer Großrazzia in acht Städten Bayerns und Baden-Württembergs hat die Polizei einen Menschenhändlerring zerschlagen, der junge Thailänderinnen zur Prostitution zwang. (S. 22)

Marie Curie: Für 200 000 und 80 000 Francs werden in Paris auf einer Auktion zwei Notizbücher der berühmten Wissenschaftlerin mit Aufzeichnungen über die Entdeckung radioaktiver Strahlen angeboten. (S. 22)

Wetter: Wolkig bis heiter, niederschlagsfrei. 6 bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Suche nach Zukunft – Leitartikel von Herbert Kremp über die Krise der FDP **S. 2**

Australien: Es muß nicht immer Härte sein oder Auch Politiker dürfen weinen **S. 3**

Wirtschaft: Der frühere Industriepräsident Sohl warnt vor Minderwertigkeitskomplex **S. 4**

Jugend in der „DDR": Die Kirche spielt eine immer größere Rolle – Von Florian Nehm **S. 5**

Osteuropa-Analyse: Nach Fehlschlägen seiner Politik hat Moskau „Atempause" nötig **S. 6**

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages **S. 7**

Peking: Die Volksrepublik sucht wieder enge Kontakte zum Nahen Osten **S. 8**

Tokio: Finanzriese in Fernost – Wirtschafts-Leitartikel von Fred de La Trobe **S. 11**

Fernsehen: Der Tenor Benjamino Gigli – Ein einzigartiger Popularisierer der Kunst **S. 20**

Schallplatten: Sprühendes Musiktheater – Opernelnspielungen von Sinopoli und Giulini **S. 21**

Verratsfall Rotsch: Bonn dringt auf schärfere Überprüfungen

Der strategische Wert des „Tornado" ist offenbar nicht gefährdet

RÜDIGER MONIAC/DW. Bonn

Durch den Spionagefall Rotsch ist der strategische Wert des NATO-Jagdbombers „Tornado" zwar nicht gefährdet worden, wie gestern im Verteidigungsausschuß des Bundestages versichert wurde, es stellt sich aber in aller Schärfe das Problem eines sorglosen Umgangs mit den Sicherheitsbestimmungen bei allen verantwortlichen. Die Frage nach einer strengeren Handhabung dieser Bestimmungen dürfte denn auch die weiteren Diskussionen über diesen Fall bestimmen, wenngleich auf die von der SPD erwogenen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verzichtet werden wird.

Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Walter Kolbow, erklärte, der Ermittlungsstand habe deutlich gemacht, daß noch weitere umfangreiche Zeugenvernehmungen zur Feststellung des gesamten Ausmaßes der Geheimdiensttätigkeit des am 20. September verhafteten stellvertretenden MBB-Hauptabteilungsleiters Manfred Rotsch nötig seien. Erst danach könne beurteilt werden, ob ein parlamentarischer Handlungsbedarf besteht.

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, der dem Ausschuß gestern berichtete, hat bisher 22 Zeugen vernommen. Weitere 60 Vernehmungen stehen noch an. Rebmann bezeichnete das Ausmaß des Verrats als nicht so dramatisch wie bisher angenommen. Rotsch soll nur von 1970 bis 1974 Zugang zu den wichtigen Tornado-Unterlagen gehabt haben. Auch aus diesen Umständen schloß beispielsweise der CDU-Wehrexperte Willy Wimmer, daß der strategische Wert des Flugzeuges durch die Agententätigkeit des Ingenieurs nicht tangiert worden sei. Das Kampfflugzeug sei für die NATO keinesfalls wertlos geworden, hieß es aus unterschiedlichen Quellen. „Wegwerfen müssen wir es nicht." Der Inspekteur der Luftwaffe Eberhard Eimler sagte am Rande der Sitzung, auf keinen Fall seien größere Veränderungen an dem Mehrkampfflugzeug nötig.

An der Sitzung des Ausschusses nahmen auch Staatssekretäre des Verteidigungs-, Wirtschafts- und Innenministeriums teil. Auch der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hellenbroich, war anwesend. Dieser hochkarätige Teilnehmerkreis zeigt, welche Bedeutung man in Bonn den durch den Fall Rotsch aufgeworfenen Fragen beimißt. Am 6. Dezember will sich noch einmal die für Geheimdienstfragen zuständige parlamentarische Kontrollkommission mit dem Fall beschäftigen.

In der Unionsfraktion wurde aus verschiedenen Gründen von der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses abgeraten. Zwar sehen die Abgeordneten, daß der Fall vor allem dadurch entstehen konnte, weil in der Industrie die Anwendung der staatlichen Sicherheitsbestimmungen nicht konsequent beachtet wurde und heute wird. Dieses durchzusetzen, sind sie gewillt, sehen dazu aber nicht die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses als erforderlich an. Aus Gründen der Geheimhaltung würde er nach Meinung der Experten ohnehin nur hinter verschlossenen Türen arbeiten können. Die Gefahr der Indiskretion wäre dennoch gegeben und damit Gefahr für die Sicherheit des Staates.

DER KOMMENTAR

Löcher und Lücken

MANFRED SCHELL

Der unter Spionageverdacht für Moskau verhaftete MBB-Ingenieur Manfred Rotsch redet noch. Er schildert den Vernehmungsbeamten die Dienste, die er fast 20 Jahre lang für das KGB geleistet hat. Deshalb ist zur Zeit jedenfalls nur eine temporäre „Schadensbewertung" möglich. Aber nach allem, was die bisherigen Ermittlungen zutage gefördert haben, muß der Verratsfall als „bedeutend" eingestuft werden.

Wichtige Informationen über das kostspielige Kampfflugzeug Tornado sind an die Sowjetunion verraten worden. Hoffentlich nicht auch jene technischen Details, die den strategischen Wert dieses Flugzeuges ausmachen. Die Einschätzung, der Tornado müsse glücklicherweise „nicht weggeworfen werden", ist alles in allem kein Trost. Überflüssig ist das Gerangel zwischen den Agentenjägern und den Flugzeugbauern über das Ausmaß dieses Spionagefalles. Die einen sind zu Recht stolz auf ihren Fang, MBB dagegen versucht, den Fall herunterzuspielen. Das Prestige des Unternehmens soll nicht angekratzt werden.

Dies alles hilft nicht weiter. Konsequenzen sind notwendig, und zwar im Interesse der Sicherheit des Staates und der Wirtschaftsunternehmen, die mit hochkarätiger Technologie arbeiten. Rotsch ist 19 Jahre lang keiner Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden. Obwohl er bei MBB mit „geheim" gestempelten Blaupausen hantierte. Kein Mensch kann nachvollziehen, was er über sein unmittelbares Aufgabengebiet hinaus in Gesprächen mit Kollegen für das KGB „abgeschöpft" hat.

Aus dem Bundeswirtschaftsministerium, das für die Sicherheitskontrollen in Rüstungsbetrieben verantwortlich ist, dringt die Nachricht, daß 19 000 Sicherheitsüberprüfungen „überfällig" sind. Es gibt also Löcher und Lücken, obwohl jeder weiß, daß die Sowjetunion den größten Spionageapparat aufgebaut hat, um Industriegeheimnisse im Westen auszuspähen. Das ist ein „Technologietransfer" besonderer Art, bei dem Moskau Milliardenkosten spart.

Aus dem Vorgang bei MBB müssen zunächst die Unternehmen selber Schlußfolgerungen ziehen und ihre Sicherheitsvorkehrungen verbessern. Dazu gehört auch ein intaktes Abschottungssystem. Das Bundeswirtschaftsministerium, von seinem Instrumentarium her überfordert, sollte die Verantwortung für die Sicherheitsüberprüfungen an das Bundesinnenministerium und die Spionageabwehr übergeben.

Ein Manko ist freilich auch, daß diese Überprüfungen stereotyp ablaufen und selten dazu führen, einmal etablierte Agenten enttarnen zu können. Flexibilität ist erforderlich. Auch bei der Spionageabwehr, fung.

Jaruzelski gibt Druck auf Kirche zu

Der polnische Parteichef lobt auf seiner Pressekonferenz den „Realismus" Genschers

DW. Warschau/Bonn

Die polnische Führung hat bestätigt, daß sie in Kontakten mit den Bischöfen des Landes darum bemüht ist, „oppositionelle Priester" zum Schweigen zu bringen. Partei- und Regierungschef Jaruzelski ging in einer Erklärung zum Fall des ermordeten Paters Popieluszko auf diese Absichten des Regimes ein. Die Mehrheit der Priester, sagte Jaruzelski auf einer Pressekonferenz, verhalte sich so, daß sie ihre Pflichten ohne Kollision mit dem Staat ausüben könnten. Doch gebe es Geistliche, die „diese Prinzipien nicht respektieren, die Bestimmungen der Verfassung, die Erfordernisse unseres Staates". Die Regierung habe mit der Kirchenführung über dieses Problem gesprochen, und alle würden davon profitieren, wenn es „solche Phänomene" nicht gebe. Der Vorwurf, Prinzipien des Staates zu mißachten, war stets gegen Pater Popieluszko erhoben worden.

Jaruzelski versicherte, daß im Fall Popieluszko nichts verheimlicht werde. Objektiv habe das Verbrechen „uns sehr geschadet". Der General fügte hinzu, „inwieweit es uns schaden sollte" und wer dazu anstiftete, sei Gegenstand weiterer Untersuchungen. Der Parteichef antwortete auf 40 meist vorab eingereichte Fragen.

Er nutzte das Forum der Pressekonferenz, um für Besuche westlicher Politiker in Warschau zu werben. Man sehe in Bundesaußenminister Genscher einen interessanten Partner, der erst jüngst wieder „Beweise seines Realismus und des Verständnisses für die polnischen Positionen" gegeben habe. Damit spielte Jaruzelski auf die wiederholten Erklärungen Genschers an, daß die Oder-Neiße-Linie jetzt und in Zukunft nicht in Frage gestellt werde. Warschau ist seit langem bemüht, einen Gegensatz zwischen Genscher und dem Bundeskanzler in der Ostpolitik herauszustellen.

Der Bundesaußenminister sprach gestern noch einmal von dem Bedürfnis aller Polen, in dauerhaft festen Grenzen zu leben. Auf einer Botschafterkonferenz im Bonner Auswärtigen Amt sagte er, es müsse außer jedem Zweifel stehen, „daß wir Deutschen dieses verständliche Bedürfnis des polnischen Volkes nicht in Frage stellen oder bestreiten, weder heute noch morgen noch übermorgen". Ausdrücklich erinnerte Genscher an Jaruzelskis Äußerung, daß ein Dialog notwendig sei, auch um die Probleme anzugehen, die sich zwischen Bonn und Warschau angesammelt hätten.

Die SPD forderte Bundeskanzler Kohl gestern auf, für das In- und Ausland unmißverständlich klarzustellen, daß die Bundesrepublik die territoriale Integrität Polens jetzt und auch in Zukunft nicht in Frage stellt".

„In Wien ist die Spionagezentrale der Rumänen"

DW. Wien

Die rumänische Handelsdelegation in Wien soll, wie die österreichische Zeitung „Kurier" meldet, die Spionagezentrale des rumänischen Geheimdienstes für Westeuropa mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland sein. Die Zeitung beruft sich auf den rumänischen Überläufer Matei Pavel Haiducu, der „heute abgeschirmt durch den französischen Geheimdienst irgendwo in Frankreich lebt".

Dieser Mann sei beauftragt gewesen, 1982 die rumänischen Dissidenten Virgil Tanase und Paul Goma in ihrem Pariser Exil umzubringen. „Während ich in Frankreich operierte, kam ich mindestens zwanzigmal nach Österreich, denn fast alle Informationen, die ich an die Bukarester Zentrale weiterleitete, liefen über Wien", zitierte der „Kurier" Haiducu.

Nach seiner Darstellung gelangten auch die von rumänischen Agenten beschafften Pläne der französischen atomaren Wiederaufbereitungsanlage von La Hague sowie jene des „Leopard"-Panzers über Wien nach Bukarest. Haiducu: „Ein Drittel der Angehörigen der Wiener Handelsdelegation sind in Wirklichkeit Geheimdienstoffiziere, die das weitverzweigte Spionagenetz in Westeuropa zu betreuen haben." Ihre Aufgabe sei es auch, „das rumänische und ungarische Flüchtlingsmilieu in Österreich zu unterwandern".

Ferner gibt der Überläufer an, die Wiener Handelsdelegation Rumäniens sei auch eine „logistische Basis", „wo alles hergestellt wird, was man zur Spionage braucht".

ÖTV verteidigt Beschluß zum Paragraphen 218

DW. Stuttgart/Bonn

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat den Beschluß des jüngsten ÖTV-Gewerkschaftstages zum Abtreibungsparagraphen 218 nachdrücklich verteidigt. In einer Entschließung heißt es, niemand habe bei der Behandlung sozial- und gesellschaftspolitisch umstrittener Fragen ein Meinungsmonopol, „auch nicht die Kirchen". Der Gewerkschaftstag der ÖTV hatte Anfang Oktober mit großer Mehrheit die Streichung des Paragraphen 218 gefordert.

Daraufhin hatte der katholische Kardinal-von-Galen-Kreis in Münster bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe wegen des Verdachts verfassungswidriger Aktivitäten Anzeige gegen die ÖTV erstattet. Das Bundesverfassungsgericht, so der Kreis, habe bestätigt, daß auch für das ungeborene Leben die Grundgesetzartikel über den Schutz menschlichen Lebens gelten. Wer den Paragraphen 218 abschaffen wolle, vergehe sich gegen das Grundgesetz.

Auch der Rat der Deutschen Bischofskonferenz hatte Mitte November die Entscheidung der ÖTV als eine „menschliches Leben verachtende Entscheidung" scharf kritisiert. Der ÖTV-Hauptvorstand machte in seiner Entschließung deutlich, jedes Mitglied sei in der Frage des Paragraphen 218 auch weiterhin frei, allein nach seinem Glauben und seiner persönlichen Überzeugung zu entscheiden und zu handeln. Die Gewerkschaft räume ein, es habe „Dutzende von Briefen" von „in Gewissensnöte geratenen Mitgliedern gegeben.

„Sonderopfer" belastet Koalition

ms. Bonn

In der Union wird die Kritik an der Diskussion um „Ergänzungsabgabe", „Zwangsanleihe" und insgesamt über Sonderopfer für Besserverdienende immer stärker. Sie belastet die Bundesregierung schon mehr, „als jede eventuelle Ausgleichsmaßnahme an positiver Resonanz erzeugen könnte". Diese Kritik äußerte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, in einem WELT-Gespräch. Waigel: „Die Auswirkungen auf die noch labile Konjunktur sind miserabel. Die Gesetze der Konjunkturpsychologie werden gröblich verletzt, und die Betroffenen befinden sich bereits in einer einheitlichen Front gegen die Regierung und insbesondere gegen die CDU." Waigel erklärte seine „tiefe Skepsis gegenüber allen bisher genannten Ausgleichsmaßnahmen". Es gehe darum, Richtiges zu tun.

Seite 4: Sonderopfer

ZDF kauft weitere Spielfilme

DW. Hamburg

Das Zweite Deutsche Fernsehen hat weitere Entscheidungen gefällt, mit denen sich die Anstalt auf den künftigen verschärften Wettbewerb mit privaten Programmveranstaltern einstellt. Bei der Vorstellung der Programmplanung für 1985 sprach Programmdirektor Alois Schardt vor Journalisten in Hamburg von einer „bewährten Mischung" aus Information, Bildung und Unterhaltung, die weiter gepflegt werden solle. Schardt teilte mit, daß die Anstalt zur Sicherung ihrer Konkurrenzfähigkeit ein weiteres Paket von 30 publikumswirksamen Unterhaltungsfilmen aus europäischer und amerikanischer Produktion erworben habe. Erst kürzlich hatte die Mainzer Anstalt 1264 Filme aus amerikanischen Archiven eingekauft.

Nach den Worten Schardts will das ZDF künftig mit einem „noch attraktiveren Spielfilmangebot" aufwarten.

Enger Kontakt Kirche – Walesa

DW. Warschau

Nach einer Phase der Zurückhaltung wird der Kontakt zwischen dem polnischen Episkopat und Arbeiterführer Lech Walesa wieder enger. Walesa hatte am Mittwoch in Danzig den Besuch des Pressesprechers der Bischofskonferenz, Alojzy Orszulik. Bei der Begegnung wurde, wie verlautet, die Forderung nach Wiederherstellung des gesellschaftlichen Pluralismus erörtert. Am vergangenen Samstag war Primas Kardinal Glemp unmittelbar vor seiner Abreise nach Rom zu einem längeren Gespräch mit Walesa zusammengetroffen. Nach Ansicht von Beobachtern könnte die Intensivierung der Kontakte des Episkopats mit Walesa darauf hindeuten, daß die innerhalb der Bischofskonferenz diskutierte Gründung von christlichen Gewerkschaften oder ähnlichen von der Kirche unterstützten Organisationen noch immer aktuell ist.

Die „DDR" und ihre Arbeitslosen

WERNER KAHL, Bonn

Trotz strikter Geheimhaltungsversuche und semantischer Nebelkerzen, kann die „DDR" nicht länger verheimlichen, daß es auch in Mitteldeutschland das Problem der Arbeitslosigkeit gibt. Denn seit längerem können nicht mehr alle Arbeitswilligen mit Arbeitsplätzen versorgt werden.

Ein arbeitsloser lediger Facharbeiter erhält in der „DDR" nach Angaben von Sachkennern aus Ost-Berlin einen Tagessatz von elf Mark.

Die Unterstützung ist auf sechs Monate befristet. Sobald der „Arbeitsuchende" – den Begriff „arbeitslos" kennt das „DDR"-Recht nicht – wieder eine Beschäftigung gefunden hat, muß das Geld zurückgezahlt werden. Die Arbeitslosenhilfe ist zudem an die Bedingung geknüpft, daß der Empfänger bedürftig ist und nicht von Familienangehörigen unterstützt werden kann.

Nach Berichten aus Mitteldeutschland gibt es heftige Auseinandersetzungen in SED-Betriebsgruppen. Funktionäre sehen sich wegen rüder Rationalisierungsmethoden in Belegschaftsversammlungen attackiert, und in Diskussionen gesellschaftlicher Organisationen werden vor allem fehlende Perspektiven für die Jugend beklagt.

Eine erstmals vom SED-Politbüro beschlossene zentrale Arbeitsvermittlung wurde, so ist Berichten zu entnehmen, den Erwartungen in keiner Weise gerecht. Bei einer Zusammenkunft von SED-Funktionären der „DDR"-Akademie für Gesellschaftswissenschaften mit SPD-Mitgliedern, die kürzlich in Freudenstadt (Schwarzwald) stattfand, war zu hören, daß Jugendliche in der „DDR" sich zunehmend mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser hielten.

Ferner werde ein Teil der Personen, die nicht in geordneten Arbeitsverhältnissen stehen, von Verwandten, Freunden oder früheren Arbeitskollegen versorgt. Er gebe auch eine Dunkelziffer von Schwarzarbeit.

Wirklich Bedürftige, die die als „staatliche Fürsorge" kaschierte Arbeitslosenunterstützung beziehen und nach sechs Monaten noch keine Arbeit angenommen haben, können nach den gesetzlichen Bestimmungen als „Asoziale" verhaftet werden. In einigen Fällen sollen die Behörden auf Sanktionen verzichtet haben, weil die Betroffenen von einem Partner oder anderweitig unterstützt wurden.

Die Diskussionen über den zunehmenden Verlust von Arbeitsplätzen haben sich in jüngster Zeit anscheinend verschärft. Den Anstoß gab die von der SED-Führung vorangetriebene Automatisierung und „bedienarme Fertigung".

Was unter dem in die „DDR"-Technologie neu eingeführten Begriff „bedienarm" zu verstehen ist, erläuterte kürzlich „DDR"-Professor Kochan in der „Sächsischen Zeitung": „Weniger Arbeitskräfte in den ersten beiden Schichten und bedienlos in der Nachtschicht."

Kochan kündigte an, „im unmittelbaren Produktionsprozeß" der Fabriken würden „wesentlich weniger Menschen" als heute noch in hochautomatisierten Unternehmen gebraucht. Dieser Trend habe begonnen, schrieb Kochan, ohne jedoch Zahlen zu nennen.

„Es geht darum, nicht nur einen Fertigungsbereich zu automatisieren, sondern ganze Betriebsbereiche, jawohl, bis hin zu ganzen Betrieben." Betriebe „ohne Menschen", so der Ostberliner Rationalisierungsbeauftragte, seien „für die DDR keine Zukunftsmusik mehr".

Vereinbarung über Feuerpause für El Salvador in Sicht?

Kirche optimistisch für Treffen von Regierung und Guerrilla

DW. San Salvador

Eine für den Weihnachtsmonat vereinbarte Feuerpause in El Salvador könnte das erste konkrete Ergebnis der zweiten Gesprächsrunde zwischen Regierung und Guerrilla sein, die heute nahe der salvadorianischen Hauptstadt stattfindet. Wie der Weihbischof von San Salvador, Gregorio Rosa Chavez, erläuterte, könne zwar noch nicht die Rede von einem Waffenstillstand sein, doch bestehe auf beiden Seiten der „politische Wille", konkrete Maßnahmen zur Beendigung des Bürgerkriegs zu treffen. Als Unterstützung für die Vermittlung der katholischen Kirche in dem Konflikt werte unterdessen der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera y Damas, seine Wahl zum neuen Präsidenten der mittelamerikanischen Bischofskonferenz.

Weihbischof Rosa Chavez teilte mit, daß die Tagesordnung für das Treffen feststeht. Beide Seiten wollten Antworten auf die bei dem ersten Verhandlungsrunde gemachten Vorschläge der Gegenseite unterbreiten. Als konkretes Ergebnis könnte eine Feuerpause „zumindest für den Dezember" zustande kommen. Zuvor war von amtlicher Seite in San Salvador bekanntgegeben worden, daß die Sitzung in Ayaguaio, einer Ortschaft im Süden der Hauptstadt, stattfindet. Die salvadorianische Regierung ist durch den Minister im Präsidialamt Adolfo Rey Prendes, Planungsminister Fidel Chavez Mena, Präsident Duartes Mitarbeiter Abraham Rodríguez und den stellvertretenden Minister für Sicherheit, Oberst Reynaldo Lopez Nuila, vertreten.

Die Oppositionsfront FDR/FMLN schickte Ruben Zamora Rivas, Hector Oqueli Colindres und Dagoberto Gutierrez, die aus Mexiko anreisten, sowie Guerrillakommandant Facundo Guardado zu den Verhandlungen, bei denen der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera y Damas, und der Apostolische Nuntius Giacomo Ottonello ebenfalls anwesend sind.

Die mittelamerikanische Bischofskonferenz hat unterdessen das allgemeine Wettrüsten verurteilt, das die Region „zu einem allgemeinen Militärlager" gemacht habe.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mal so, mal so

Von Enno v. Loewenstern

Im Namen des Bundeslandes Hessen verwahrt sich die Staatssekretärin Christa Czempiel gegen den Gastkommentar von Professor Rupert Scholz „Pflicht zur Bundestreue" (siehe die Leserbriefe auf Seite 7). Sie belegt, wie treffend Scholz das Verhalten Hessens beschrieben hat.

Die Frage, ob Kommunen private Verteidigungspolitik qua „atomwaffenfreie Zonen" betreiben dürfen, ist juristisch eindeutig geklärt und war von Anbeginn klar. Eine Landesregierung, die gegen solche Bizarrerien nicht durchgreift, handelt nicht liberal, sondern pflichtwidrig.

Zur Ausländerfrage gibt Frau Czempiel selber zu, daß Hessen sich „dem Ziel von Innenminister Zimmermann entgegengestellt" hat, „das Nachzugsalter der Ausländerkinder auf sechs Jahre zu begrenzen." Sie meint, dazu habe Hessen „das Recht", solange kein Bundesgesetz dagegensteht. Das geht völlig fehl. Jedes Bundesland hat in einer Frage dieser Dimension der Bundespolitik zu folgen und sie nicht zu konterkarieren, zu Lasten des Bundes und der anderen Länder. Bundestreue besteht nicht nur darin, daß man Gesetze nicht bricht.

Bei Nukem II und Startbahn West handelt es sich um Bundesangelegenheiten, die von der Landesregierung aus politischer Opportunität zur Disposition gestellt wurden. In beiden Fällen wurde Hessen auf die Rechtslage hingewiesen, in beiden Fällen hat es erst daraufhin seine Pflicht getan. Zum Alleingang beim Personalvertretungsgesetz äußert sich Frau Czempiel kurioserweise nicht – es sei denn, ihr Gelöbnis, Hessen werde auch „durch aktive ... Sozialpolitik Gegengewicht zur Bonner Wende bleiben", ist als Drohung gedacht.

Pflicht zur Bundestreue heißt nicht widerspruchsloser Gehorsam. Jedes Land kann am dafür zuständigen Platz für seine Ansichten kämpfen, im Bundesrat; die seine Regierung tragende politische Partei kann im Bundestag tätig werden. Wenn sie sich jedoch nicht durchsetzt, hat sie sich in die Politik des Bundes zu fügen. Freilich: Eben noch, als sie die Bundesregierung stellte, zeterte die SPD gegen die „Sabotage an Schmidts Politik durch die Unionsländer", obwohl die Unionsländer völlig korrekt den Bundesrat zum Forum nahmen. Jetzt nimmt die SPD ein Recht auf Handeln gegen die Bundespolitik für sich außerhalb der Legalität in Anspruch.

Keine Hamlet-Rolle

Von Thomas Kielinger

Der Einblick in Amerikas Außen- und Sicherheitspolitik wird durch Mißverständnisse erschwert, die sich an die Ausführenden heften. Um Männer wie Weinberger oder Shultz bildet sich schnell ein Interpretationsfeld mit Stereotypen: Der Falke Weinberger, militaristisch bis zum Gehtnichtmehr; die Taube Shultz, freundlich und ausgleichend.

Bis dann einer der so Festgelegten die Dinge in ihr passendes Licht rückt. Außenminister Shultz äußerte sich in den letzten Wochen mehrfach zum Thema Terrorismus – Gewalt gegen die Gewalttäter ausdrücklich nicht ausschließend. Umgekehrt sprach Caspar Weinberger am Mittwoch über die Vorsicht beim Einsatz militärischer Macht, daß das ungeschulte Ohr hätte meinen können, der „Militarist" Weinberger habe sich in einen Hamlet verwandelt, wenn nicht in einen Nathan. Hat es einen Rollentausch gegeben?

Es hat nichts gegeben außer der Lehre, wie ein Vorurteil fallen kann. Jeder Verteidigungsminister ist gehalten, die ihm anbefohlenen Streitkräfte nur in solche Situationen zu bringen, die zu verantworten sind. Nicht zu verantworten ist eilfertiges Hantieren mit dem Militär in ungewinnbaren Lagen. Nicht zu verantworten ist es, militärische Einsätze zu empfehlen, wenn die Ziele, auch die politischen, nicht klar abgesteckt sind.

Aber auch Shultz tritt so, wie er agiert, nach der zwingenden Logik seiner Verantwortung auf. Der Außenminister muß zur Kräftigung seiner Diplomatie die Verfügbarkeit des Militärs vorweisen dürfen. Etwa gegenüber Nicaragua, falls er dort mit dem Faktum sowjetischer MiGs konfrontiert werden sollte.

Der Verteidigungsminister seinerseits hat daran zu erinnern, daß für solche militärischen Verfügungsfälle bestimmte Voraussetzungen bestehen müssen. Hier sprechen nicht Falken und Tauben miteinander, sondern verantwortungsbewußte Mitglieder einer verantwortungsbewußten (und ziemlich einheitlich denkenden) Administration.

Blamage im Orient

Von Jürgen Liminski

Der französische Präsident Mitterrand ist in Damaskus einem Schachspieler russischen Formats in der Person seines Amtskollegen Assad begegnet. Drei Tage dauerte die Partie, dann zog Mitterrand seine Figuren zurück. Inzwischen hatte Assad im Schatten der Visite seinen Bruder Rifaat, einen Turm des Regimes, wieder zurückgeholt.

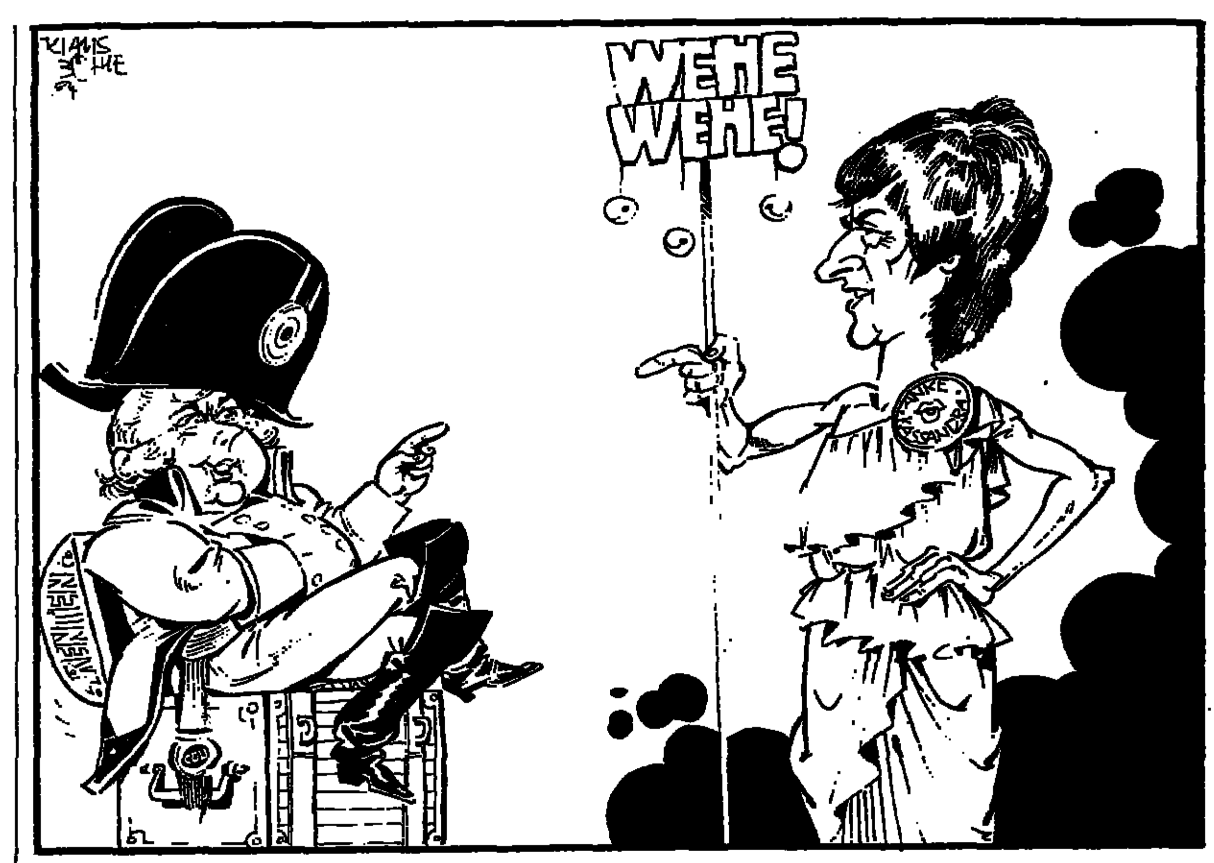
Es war nicht die einzige Rochade dieser Begegnung. Mit dem Besuch Mitterrands konnte Assad die Isolierung abwenden, in die ihn das Neinsagen zu allen Friedensofferten zu führen droht. Er ist jetzt international wieder aufgewertet und kann diesen Erfolg auch gegenüber den Sowjets ausspielen, mit denen er momentan in einer Art Hängepartie steht.

Für Mitterrand aber stellt sich die Frage: Was hat dieser Besuch erbracht, für ihn, für Frankreich? So wenig wie die Begegnung mit Khadhafi eine Woche zuvor. Im Gegenteil: Sie schadet der Glaubwürdigkeit der französischen Nahost-Diplomatie. In Syrien wird Hochschätzung für de Gaulle gepflegt. Mitterrand muß sich an diesem Vorgänger messen lassen. De Gaulle hätte nicht mit einem Militärdiktator verhandelt, der an der Ermordung eines französischen Botschafters und fast sechzig Fallschirmjägern in Beirut ganz offensichtlich Mitschuld trägt, und dessen Land mit Iran, Libyen und der PLO ein Quartett des internationalen Terrorismus bildet.

Mitterrand kehrt mit leeren Händen nach Paris zurück – umgeben vom achtunddreißiger Hauch eines Daladier. „Nichts erhöht mehr die Autorität als das Schweigen, der Glanz des Starken," schrieb de Gaulle. Sein Nachfolger wäre besser zu Hause geblieben.

Es wird schwer sein für den französischen Präsidenten, den Ruf der diplomatischen Erfolglosigkeit, der sich auch innenpolitisch niederschlägt, wieder abzuschütteln. Es sei denn, Mitterrand ringt sich bei der Visite des israelischen Premiers nächste Woche in Paris zu mehr Gemeinsamkeiten durch als auf Kreta und in Damaskus.

Bekanntlich läßt sich mit Demokraten auch besser und offener reden als mit Diktatoren.



„Kassandras Waterloo ist nicht Napoleons Rentenloo!" KLAUS BÖHLE

Suche nach Zukunft

Von Herbert Kremp

Welcher Art ist die Krise, in der sich die Freie Demokratische Partei befindet? Die Indizien sprechen für eine schwere Störung des Selbstbewußtseins. Es ist ungewöhnlich, wenn sich Landesvorsitzende einer Partei (einer davon ist stellvertretender Bundesvorsitzender) ins Privatleben abmelden. Es ist höchst eigenartig, wenn 71 von 173 Berliner Delegierten aus Gründen der „Selbstachtung" gegen die Beteiligung der FDP an den Berliner Wahlen im kommenden März eintreten. Das riecht nach Suizid. Die Welt der FDP ist nicht mehr in Ordnung.

Man muß sich allerdings vor Augen führen, was diese Partei seit ihren letzten wirklich erfolgreichen Wahlen im Jahre 1980 mitgemacht hat. Auf ihr lastete der volle Druck der Wende, die sie innerlich gespalten vollzog. 1983 sackte sie von 10,6 auf 7,0 Prozent, überlebend dank künstlicher Ernährung. Nur noch in zwei Bundesländern ist sie an der Regierung beteiligt, in fünf von elf Landtagen finden sich keine FDP-Abgeordneten mehr. Graf Lambsdorff, einst Hoffnungsträger seiner Partei, mußte das Ministeramt niederlegen. Genscher erklärte beim Parteitag von Münster den Verzicht auf die nächste Wiederwahl zum Bundesvorsitzenden. Bangemann, bis zur Halskrause in der Bonner Arbeit, ringt um breite Anerkennung in der Partei. Außer in Hessen, wo die FDP sich bei den letzten Landtagswahlen wieder vor die Grünen schob, hatte sie nirgends Erfolge zu verzeichnen. Im Schnitt liegt sie auf Platz vier.

Also schwarz sehen? Angesichts der drei Landtagswahlen im kommenden Jahr ist es erlaubt. Die Freien Demokraten könnten im schlimmsten Fall die beiden letzten Regierungsbeteiligungen (Berlin und Saarland) verlieren, dort auch aus den Parlamenten fliegen und den Zugang zum nordrhein-westfälischen Landtag erneut verfehlen. Das würde wahrscheinlich den Zusammenbruch nach sich ziehen: Der Rumpf wäre vom Kopf geschlagen. Die Regierungsmehrheit in Bonn würde dann sozusagen frei schweben und antriebslos abstürzen. Ohne FDP gibt es in der Legislaturperiode von 1987 an nach menschlichem Ermessen keinen Kanzler der Union mehr. Absolute Mehrheiten einer einzelnen Partei kommen in der Bundesrepublik vermutlich bis auf weiteres nicht mehr zustande. Dafür sind die Bilder der Parteien und ihrer Führungskompetenz nicht überzeugend genug. Die CDU/CSU ist auch in Zukunft auf einen Partner angewiesen, und das kann nur die FDP sein.

Was offensichtlich not tut, ist eine Reform an Haupt und Gliedern. Die Partei muß zu erkennen geben, daß sie Martin Bangemann an ihre Spitze stellen wird. Genschers Verzichts-Ankündigung war verfehlt, weil sie für die Partei das Ufer vernebelte. Sie muß aber nicht verhängnisvoll wirken, wenn die große Personalentscheidung rasch und sicher getroffen wird. Der Kapitän ist nie wichtiger als in der Stunde der Seenot. Daß der neue Vorsitzende das Amt des Bundeswirtschaftsministers bekleidet, kann der FDP nur zugute kommen. Denn sie ist nun einmal Wirtschafts-Partei, oder sie ist nichts. Das Wort bedarf der Interpretation, weil es so oft in das Zwielicht von Interessen-Abhängigkeit gerückt wird. Die Koalitions-Partei hat nicht „das Geld" zu vertreten. Ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, einer im Höhenflug moderner Technologie operierenden Volkswirtschaft die Bewegungsräume zu verschaffen, die der großen Bewegungsgeschwindigkeit angemessen sind. „Rahmenbedingung" nennt man das.



Die Partei muß Klarheit schaffen: Bangemann FOTO: POLY-PRESS

Ein gutes Beispiel lieferte die Auseinandersetzung in der Koalition, ob man die gescheiterte Investitionshilfeabgabe nicht durch eine Ergänzungsabgabe ersetzen sollte. Die Gruppe der Symmetriker, die mit dem Attribut „sozial" hantieren, wollte Gleichschnitt nach unten und nahm die sogenannten Besserverdienenden ins Visier. Gegen diese CDU-Gruppe sperrten sich die FDP und die CSU (die bayerische Partei denkt ja in der Regel unkonventionell und logisch). Sie meinen, daß es im Sinne des Leistungswillens und der Investitionsfreude besser wäre, bei Steuerreform I im Jahre 1986 die Bezieher geringerer Einkommen zu begünstigen. Dahinter steht ein prinzipiell richtiger Gedanke, so sehr den Bundesfinanzminister Kassenbedenken plagen. Das prinzipiell Richtige zu tun, kann in den Auswirkungen nicht falsch sein. Wenn die Freien Demokraten aus diesem Satz die Konsequenz ziehen, können sie nicht kleiner werden. Genscher und Bangemann haben in der Steuer-Diskussion Form bewiesen.

Was die an einer so gearteten FDP interessierten Bürger weniger in den Bann zieht, ist das Minoritäten-Denken in der Rechts- und Innenpolitik, mit dem sich manches liberale Großhirn schmückt. Der Liberalismus dieser Art ist in allen anderen Parteien reichlich vertreten, er ist in ihre historischen Entwicklungen intarsiert – was grundsätzlich gut sein mag, einer einzelnen Partei wie der Freien Demokratischen aber kein überzeugendes Profil mehr vermittelt. Die Hauptaufgaben der modernen Liberalen sind die Wirtschaft und die Mitgestaltung der Außenpolitik – die gleichwertige zweite Rahmenbedingung unseres Lebens. Man sollte der FDP dieses Ressort nicht immer wieder streitig machen wollen, zumal da auch in der Außenpolitik der Bundeskanzler die Richtlinien bestimmt. Der Koalitionspartner braucht einen festen Rahmen, in dem er sich sicher bewegen kann. Wenn dies gewährleistet ist, kommen die selbstheilenden Kräfte zum Zuge. Insofern ist Schwarzsehen methodisch richtig, aber prognostisch falsch.

IM GESPRÄCH Robert Dole

Boß, ich bin bereit

Von Fritz Wirth

Gäbe es nach 61 Jahren im Leben des Robert Dole noch Berufsprobleme – er könnte sicher sein, daß in Hollywood eine Nische für ihn frei wäre. Denn dieser Mann hat Charme, sieht gut aus und gilt in Washington als „the fastest wit in town", als der Mann mit den schnellsten Bonmots.

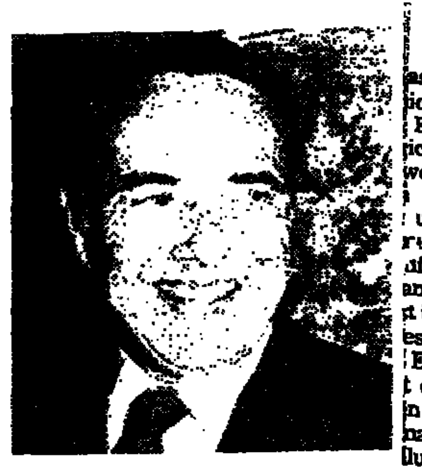
Seit Mittwoch besetzt er das zweitwichtigste Amt in Washington, das des Mehrheitsführers im Senat. Für Lyndon Johnson war es einst das Sprungbrett zur Präsidentschaft. Als man Dole nach seiner Wahl darauf ansprach und ihn fragte, ob er bereits an das Jahr 1988 denke, entgegnete er kühl: „Ich denke zunächst einmal an das Mittagessen, das ich gleich haben werde."

Er hat dem Amt des Präsidenten schon einmal nahegestanden. Es war im Jahre 1976, als er neben Präsident Ford für das Amt des Vizepräsidenten kandidierte. Der elegante und gewandte Mann aus Kansas war damals eine fast ideale Ergänzung zum leicht rustikalen Charme und der etwas gehemmten Kommunikationsfähigkeit Gerald Fords.

Dole hat die Narben der Wahlniederlage des Jahres 1976 seither geschickt und souverän verdeckt. Das geschah nicht zuletzt in jenem Forum, das er jetzt leitet. Er war ein überaus kompetenter Vorsitzender des höchst einflußreichen Finanzausschusses des Senats.

In der Republikanischen Partei ist sein Standort in der Mitte anzusiedeln. Er gilt als „gemäßigt", und er haßt dieses Etikett. „Ich bin ein überzeugter Konservativer", sagte er gerade erst. Vor allem aber ist er inmitten der latenten Flügelkämpfe seiner Partei ein respektierter und unabhängiger Kopf geblieben.

Seine Loyalität zum Präsidenten steht außer Frage, obwohl er in einigen entscheidenden Fragen, wie beispielsweise der von Steuererhöhungen zur Reduzierung des Budgetdefizits, anderer Meinung ist als Ronald Reagan. Als dieser ihn am Mittwochmorgen zu seiner Wahl beglückwünschte, entgegnete Dole fast geschäftsmäßig: „Boß, ich bin bereit, an die Arbeit zu gehen."



Der nächste Präsident? Senats-Mehrheitsführer Dole. FOTO: CAMERA PRESS

Es war keine billige Floskel, denn hinter der eleganten Schale dieses Mannes und seinem Hang, den politischen Conferencier zu spielen, verbirgt sich ein harter Arbeiter. Er ist ein Vollblutpolitiker und kommt aus professionellem Hause. Seine Frau dient im Kabinett Reagan als „Secretary of Transportation".

Sein gestriger Wahlsieg ist als Zwischenstation zu verstehen. Denn obwohl er allen direkten Fragen über seine weitere Zukunft noch ausweicht, gibt es kaum Zweifel, daß der zweitwichtigste Mann in Washington sich für das wichtigste Amt im Staates programmiert hat. Er möchte der nächste republikanische Präsident sein. Sein gestriger Wahlsieg hat ihn diesem Ziel ein wichtiges Stück näher gebracht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung kommentiert den Röhrenkrieg:

Darin liegt ein großer Teil Protektionismus, zu dessen Vorreitern sich die USA ganz gewiß nicht machen sollten, so sehr eine seit Jahrzehnten ziemlich verschlafene Stahl- und Röhrenindustrie in Washington darauf drängen mag. Aber so einfach ist es nicht, denn das Ganze bewegt sich im Zwielicht von internationalen Verträgen und Abmachungen sowie einer Gesetzgebung in den USA, dank derer die Einfuhr von subventionierten Produkten unterbunden werden kann. Wenngleich deutsche Stahlrohre nicht subventioniert sind, was die Amerikaner voll anerkennen, gilt gleiches nicht unbedingt für Rohre aus Frankreich und Italien, um nur zwei EG-Länder zu nennen.

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt merkt zum Fall Gollwitzer an:

Er hat keine Narretei ausgelassen in den letzten Jahren, der emeritierte Theologie-Professor Helmut Gollwitzer aus Dahlem. Er protestierte 1958 lautstark gegen die Wiederbewaffnung und gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, obwohl das gar nicht zur Debatte stand. Er hielt Gewalt gegen Sachen für möglich, spazierte an der Spitze unzähliger Demonstrationen, bezeichnete Karl Marx als „Heiligen der menschlichen Arbeit", solidarisierte sich, eine Matratze auf dem Rücken, mit Hausbesetzern in Kreuzberg und sein Name fehlte natürlich unter keiner Unterschriftensammlung, in der gegen irgendetwas protestiert oder polemisiert wurde. Gollwitzer hat Tausende junger Studenten auf sich aufmerksam gemacht und verwirrt, der Schaden, den er seiner Kirche zugefügt hat, ist sicherlich unermeßlich. Talar, Kanzel und Lehrstuhl sind ihm die Hilfsmittel, evangelische Christen in Scharen aus der Kirche zu treiben ... Man sollte ihm möglichst schnell einen Karnevalsorden verleihen, ehe das Zentralkomitee der Kommunisten ihn mit irgendeiner Lenin-Medaille dekoriert.

Aachener Volkszeitung

Sie lobt einen Demokraten:

Der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie erhielt ein Traumergebnis. 299 von 300 Stimmberechtigten wählten ihn zum Vorsitzenden. Da dies nicht in irgendeinem Ostblockstaat oder an einer lateinamerikanischen Diktatoren-Urne stattfand, fragen sich nicht nur die Bergleute nach dem Sinn dieses überwältigenden Votums. Ein Abschiedsgeschenk für den 59jährigen Adolf Schmidt, der nächstes Jahr in den Ruhestand gehen will, kann dies nicht allein gewesen sein. Diese Wahl war wohl eher ein Stimmungsbarometer für den deutschen Bergbau und ein Stück vom Meinungsspektrum der Arbeiter, die noch wirklich Arbeiter sind. Schmidt könnte als Modell gewählt und als Beispiel für eine Gewerkschaftspolitik des Augenmaßes empfohlen sein. Er begab sich niemals auf die Geleise der abwegigen Spielereien oder der politischen Anmaßung eines Mandats, das ihm nicht zustand ... Er war immer Arbeitervertreter ... Diese Haltung des IG-Bergbauvorsitzenden gehört zu den wichtigen Taten dieser Republik.

Korea: Derzeit geben sich die Aggressoren friedlich

Aber Seoul schließt nach wie vor einen Überfall aus Norden nicht aus / Von Fred de La Trobe

Die Schüsse im Waffenstillstandsort Panmunjom vor einer Woche veranschaulichen, wie sehr noch die Konfrontation bei der begrenzten Annäherung in Korea vorherrscht. Bei dem Zwischenfall kamen drei nordkoreanische Soldaten und ein Südkoreaner ums Leben. Ursache der Schießerei war die Flucht eines sowjetischen Touristen in den Süden.

Anzeichen der letzten Wochen schienen darauf hinzudeuten, daß in Korea, bisher eine der härtesten Fronten des Kalten Krieges, Tauwetter ausgebrochen war. Seit Mitte November waren in Panmunjom zwischen den beiden koreanischen Teilstaaten, die sich theoretisch noch im Kriegszustand befinden, Verhandlungen angelaufen, und zwar in durchaus versöhnlicher Atmosphäre. Es fiel auf, wie sachlich und unverkrampft sie verliefen.

Nach den Schüssen erhoben beide Seiten gegeneinander Vorwürfe. Eine für Anfang Dezember vorgesehene Konferenz über Wirtschaftskontakte wurde auf den Januar verschoben. Daß es dabei aber nur um Gesichtswahren ging und das Klima der Entspannung nicht gestört werden sollte, ließ sich aus dem gedämpften Ton der Anklagen heraushören.

Die Kontakte liefen bisher auf zwei Ebenen an: Regierungsvertreter beider Seiten sprachen zum ersten Mal seit dem Koreakrieg über die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen. Dabei ging es um Handel, Zusammenarbeit bei der Erschließung von Bodenschätzen und eine Eisenbahnlinie. Einige Tage später einigten sich die Delegationen des Roten Kreuzes Nord- und Südkoreas, Verhandlungen über die Zusammenführung von im Krieg getrennten Familien aufzunehen.

Daß die harten Fronten in Bewegung geraten sind, dürfte auf die Einflußnahme Chinas zurückgehen, das an einem Abbau der Spannungen in Korea interessiert ist und das seinem nordkoreanischen Juniorpartner einen pragmatischen Kurs nahegelegt hat. Pjöngjang, das durch planwirtschaftliche Fehlleistung an den Rand des Bankrotts geraten ist, will seine Schwierigkeiten durch Modernisierung mit technischer und finanzieller Hilfe des Westens überwinden.

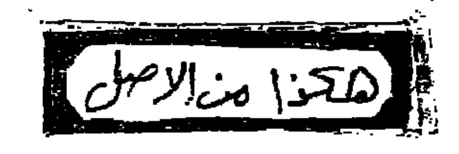
Bis vor kurzem hatte es Pjöngjang abgelehnt, mit der Regierung Chun Do Hwan, „den Lakaien des amerikanischen Imperialismus", zu verhandeln. Koreaner kämpften von 1950–53 in einem blutigen Krieg gegeneinander, den der rote Diktator Kim Il Sung vom Zaun brach. Die Kampfhandlungen forderten auf beiden Seiten 1,5 Millionen Menschenleben. Derselbe Kim Il Sung regiert noch immer; er ist dabei, eine Familiendynastie einzurichten, seinen Sohn als Nachfolger aufzubauen. Dem von Nordkorea inszenierten Bombenanschlag von Rangun fiel vor Jahresfrist das halbe südkoreanische Kabinett zum Opfer. Präsident Chun entging dem Tod nur durch einen glücklichen Zufall.

Noch fehlt es an persönlichen Kontakten zwischen den beiden Teilstaaten, nicht einmal einen Briefverkehr gibt es. Beide Länder lehnen es ab, sich gegenseitig anzuerkennen. Beide haben allerdings die Wiedervereinigung zum höchsten Ziel erhoben.

Die Entspannung kann durchaus für eine Offensive mißbraucht werden, und nicht nur für eine politische. Seoul schließt einen neuen Überraschungsangriff aus dem Norden nicht aus. Beiderseits der Demarkationslinie nahe dem 38. Breitengrad ist die größte Truppenkonzentration der Welt zusammengezogen: Der Norden unterhält ein Heer von 872 000 Mann und dazu 2,7 Millionen Angehörige der paramilitärischen Verbände. Dem stehen im Süden eine 596 000-Mann-Armee und 2,8 Millionen Reservisten gegenüber. Auch die Einschleusung von Agenten und Untergrundkämpfern aus dem Norden in den Süden nimmt nicht ab. Gäbe es einen freien Wettbewerb mit Nordkorea, würde der Süden mit beträchtlichem Vorsprung bestehen. Besonders seine wirtschaftliche Überlegenheit ist auffallend. Bei 18 Millionen Einwohnern im Norden beträgt das Pro-Kopf-Einkommen knapp 2000 Mark. Im Süden, wo 40 Millionen Menschen leben, sind es 5000 Mark.

Dem totalitären, einem schlimmen Personenkult huldigenden Norden steht im Süden eine straffe Spielart „koreanischer Demokratie" gegenüber, die sich auf das konfuzianische Denkmodell der nationalen Harmonie unter starker Führung stützt. Der einzelne genießt dabei aber erheblich mehr Freiheiten als sein Vetter im Norden.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Erfolgsaussichten in Panmunjom nur zurückhaltend beurteilen. Würden einige kleine Schritte wie Besucheraustausch oder begrenzter Handel gelingen, so wäre das schon ein aufsehenerregender Fortschritt, wie es ihn an diesem Brennpunkt der Welt seit fast vierzig Jahren nicht gegeben hat. Den Optimisten der Entspannung steht aber noch eine schwere Geduldsprobe bevor. Und für die Wiedervereinigung des geteilten Landes sind die Perspektiven alles andere als günstig.



„Ich glaube, daß sie mich inzwischen sogar lieben"

Wenn da der Druck nicht wäre, könnte es ein märchenhaftes Leben sein. Doch Karl-Heinz Rummenigge muß sich seine Millionen und sein Dasein als Star hart erkaufen. Beobachtungen bei seinem ersten Auftritt in Deutschland nach dem Wechsel nach Mailand.

Von ULRICH DOST

Hinterher, als alles vorbei war, als es besser für ihn gelaufen war, als er sich erhoffen durfte, als er eigentlich wieder Ruhe hatte, da war Karl-Heinz Rummenigge die innere Anspannung immer noch anzumerken. Die Lippen waren zu dünnen Strichen geworden, die Röte lag noch auf seinen Wangen, ganz „Rotbäckchen" wie sie ihn in München oft nannten. Dank seiner neuen Kurzhaar-Frisur, die er sich von seinem Friseur in Como schneiden ließ, wirkt er nicht mehr so pausbäckig, so wie ein Bursche vom Lande.

Karl-Heinz Rummenigge, der deutsche Fußball-Star, der vor dieser Saison für zehn Millionen Mark von Bayern München zu Inter Mailand wechselte und pro Saison rund zwei Millionen Mark verdient, muß diesen Reichtum teuer erkaufen.

Er war mit einem sehr schwierigen Auftrag zum UEFA-Pokalspiel nach Hamburg gekommen, dem ersten Pflichtspiel mit seiner neuen Mannschaft in Deutschland. Die Italiener sahen in ihm so etwas wie einen Rache-Engel, der den Hamburgern kräftig was aufs Haupt geben sollte. Sie haben die Schmach noch nicht vergessen, als der Außenseiter aus Hamburg im letzten Jahr in Athen gegen den hohen Favoriten Juventus Turin den Europapokal gewann. Ausgerechnet ein Deutscher sollte seine Landsleute bestrafen. Würde er aber für seinen neuen Klub schwach spielen, wären in Deutschland gleich wieder Spekulationen um seine Einsätze in der Nationalmannschaft von Teamchef Franz Beckenbauer entstanden. „Hier spielt doch nicht Mailand gegen Hamburg", so hat er es selbst ausgedrückt, „hier spielt Kalle gegen den HSV." Hamburg gewann 2:1, Kalle hat den HSV nicht besiegt, dafür hat er aber einen Sieg über sich selbst davongetragen.

Ungewöhnlich nervös sei er vor dem Spiel gewesen: „Ich habe daran gedacht, wie Real Madrid mal in Kaiserslautern mit 5:0 überrollt wurde. Paul Breitner hat ja mit Madrid bei uns in München auch mal kräftig verloren." Diese Gedanken sind ihm durch den Kopf gegangen. Die Pfiffe des Hamburger Publikums, die störten ihn nicht, die kannte er von seinen Gastspielen mit den Bayern. Daß der Stadionsprecher so nette Worte für ihn fand, daß sie sogar die Schallplatte „Rummenigge, what a man" laufen ließen, hat er nur am Rande notiert. Den Beweis, was er für ein Mann ist, den hat Karl-Heinz Rummenigge dann selbst angetreten.

Die Hamburger trauten ihren Augen nicht. Sie hatten noch den Rummenigge in Erinnerung, der bei der Europameisterschaft im Juni in Frankreich so bitter enttäuschte. Hier spielte der Rummenigge auf, der sich das Prädikat Weltklasse erworben hat: schnell, trickreich, torgefährlich, ideenreich, unberechenbar. Als er das Tor zum 1:1 erzielte, nachdem er gleich drei Hamburger wie Slalomstangen behandelt hatte, da hoben ihn seine Mitspieler hoch. Normalerweise umarmen sie sich oder fallen auf den Rasen. Nein, die Mailänder trugen ihn auf Händen. Mit zufriedenem Gesicht saß Präsident Ernesto Pellegrini, der Schnellimbißkönig aus Mailand, auf der Tribüne und rieb sich die Hände. Jetzt wußte er, wofür er die zehn Millionen Mark ausgegeben hatte: „Rummenigge ist ein Super-Fußballspieler." Endlich sah er die Genialität, die er sich von dem Deutschen erhofft hatte.

Karl-Heinz Rummenigge hatte dem Druck standgehalten. Mehr noch, er hatte sich selbst bewiesen, daß er immer noch der Welt-Star ist. „Sicherlich", sagt er, „ich verdiene viel Geld. Doch das ist nicht alles. Alle großen Spieler wie Beckenbauer, Sepp Maier oder Gerd Müller haben immer nur eins gesucht, nämlich die Selbstbestätigung." Rummenigge hatte nach der Europameisterschaft nicht mehr an sich geglaubt. Alles war in seinem Leben so eingefahren, festgefügt in Bahnen: „Deshalb war mein Wechsel fällig." Er hat ganz von unten in Mailand angefangen: „Ich habe nicht mehr nach Erklärungen gesucht, sondern habe konzentriert gearbeitet." Franz Beckenbauer als Tribünengast in Hamburg meinte: „Er hat sozusagen wieder klein angefangen. In München wurde er von seinen Mitspielern sehr gut bedient, jetzt muß er wieder selber laufen und kämpfen." Nun tut er wieder beides.

Hinzu kommt die Herausforderung in der italienischen Liga, in der es nur so wimmelt von Stars. In der Bundesliga habe er sich nach einem guten Spiel ruhig zwei schwache erlauben können. Das geht jetzt nicht mehr. In Italien spielen nicht nur Mannschaften gegeneinander, sondern da steht ein Prestige-Duell nach dem anderen an: Rummenigge gegen Maradona heißt es am Sonntag, wenn Neapel nach Mailand kommt. Rummenigge gegen Platini. Rummenigge gegen Socrates, Woche für Woche dieser Druck. Rummenigge sagt, die Unterstützung der Mailänder Fans würde ihm die Kraft geben, diesen Druck auszuhalten: „Die Fans verteufeln mich nicht, wenn ich mal schlecht spiele. Die gehen eher weinend nach Hause. Ich glaube, daß sie mich inzwischen sogar lieben."

Ein Italiener wird er wohl nie werden, aber er ist dennoch schon einer von ihnen. Als die Hamburger das zweite Tor schossen, kniete er auf dem Rasen und schlug mit der Faust auf den Boden. Und er fluchte kräftig. Wie? „Auf italienisch natürlich, wie denn sonst?"



Auf Händen getragen: Inter-Torschütze Rummenigge (Beine links) FOTO: LACI PERENYI

Die britische Vision: Ein Volk von Aktionären

Neu ist die Privatisierungs-Politik der Regierung Thatcher nicht. Doch zum erstenmal sind jetzt beim Teilverkauf der Fernmeldegesellschaft Telecom die Aktien wirklich breit gestreut worden. Ein Erfolg, der für das weitere Programm Mut macht.

Von WILHELM FURLER

Kritiker von links wie von rechts gab es in Hülle und Fülle, die der Regierung bei ihrem bisher ehrgeizigsten Privatisierungs-Vorhaben eine schwere Bruchlandung prophezeiten. Der Verkauf von 50,2 Prozent des Fernmelde-Imperiums British Telecom sei ein so gewaltiger Brocken, daß sich an ihm jede Regierung übernehmen würde.

Doch wie es schon jetzt aussieht, ist die lange und sehr sorgfältig geplante Privatisierung von British Telecom ein voller Erfolg. Die Neuemission von insgesamt 3,012 Millionen Telecom-Aktien wurde, soviel steht nach Angaben der verantwortlichen Merchant Bank Kleinwort, Benson fest, „deutlich" überzeichnet; mehr als zweifach, heißt es inoffiziell. Entsprechend werden Telecom-Aktien auf dem „grauen Markt" bereits zu einem erheblichen Aufschlag gehandelt. Die Zeichnungsfrist ist am Mittwoch vormittag abgelaufen, der offizielle Handel mit Telecom-Aktien beginnt am 3. Dezember um 15.00 Uhr Londoner Zeit.

Es ist also weder zu einer Verstopfung der Finanzmärkte gekommen noch zu einem „Ausverkauf von Volksvermögen zu Schleuderpreisen": Mit 3,9 Milliarden Pfund, die in die Staatskasse fließen, ist die anvisierte Größenordnung sogar ziemlich genau eingehalten worden. Damit ist allein mit dem Verkauf von 50,2 Prozent von British Telecom das Doppelte dessen erzielt worden, was die Regierung Thatcher in den ersten vier Jahren ihrer Amtszeit insgesamt durch die Privatisierung von Staatsunternehmen wie British Aerospace (Luft- und Raumfahrt sowie Luftabwehr), Britoil (Exploration und Produktion von Erdöl) oder Amersham International (Nuklear-Chemie) erlöst hat.

Der Fall British Telecom weist aber noch viel bedeutendere Merkmale auf. Während bei Unternehmen wie Britoil oder Amersham der Direktbezug der Öffentlichkeit fehlt, ist das bei Telefon oder Post grundlegend anders. Hier liegt ein Fall vor, wo die Regierung Thatcher ihre Privatisierungs-Philosophie „voll an den Mann" bringen konnte.

Frau Thatcher hat die Devise, der Einflußbereich des Staates müsse zurückgedrängt werden, zu einem ihrer wichtigsten Themen in den beiden letzten Wahlkämpfen gemacht. Immer wieder wies die Regierung darauf hin, daß die Staatseigentums-Theorie in Großbritannien in den letzten 40 Jahren alles andere als segenbringend gewirkt habe.

Mit der Privatisierung von British Telecom hat die Regierung gleichzeitig den Fernmelde- und Telekommunikationsmarkt dem Wettbewerb geöffnet. Dies war sicherlich keine leichte Entscheidung, da das Telefon zu den sensibelsten Infrastruktur-Einrichtungen einer modernen Gesellschaft zählt.

Doch ein neu erlassenes Fernmeldegesetz soll zum einen die Ansprüche des einzelnen Bürgers (etwa auf Telefonzellen auch in entlegensten Gebieten) sichern und zum anderen darüber wachen, daß der monopolistische Brocken British Telecom nach seiner Privatisierung genügend Raum für echten Wettbewerb läßt. Die neugegründete Telefongesellschaft Mercury hat sich bereits als künftige Konkurrenz von Telecom etabliert.

Wiederholt hat die Regierung Thatcher betont, daß es ihr vor allem auf zwei Dinge ankommt: eine möglichst breite Publikumsstreuung zu erreichen und dabei am Markt einen Preis zu erzielen, der dem tatsächlichen Wert des aus dem Staatsbesitz entlassenen Unternehmens möglichst nahekommt.

Hier besteht eine gewisser Zielkonflikt: Wie finde ich den idealen Angebotspreis, der einerseits möglichst viel einbringt und andererseits sicherstellt, daß das Angebot voll und breit gestreut gezeichnet wird. Bislang hatte das Thatcher-Team hierbei nicht gerade ein besonders glückliches Händchen.

So wurden im November 1982 von Britoil nur 30 Prozent der angebotenen Aktien gezeichnet, im Börsenhandel sackte der Britoil-Kurs auf die Hälfte des Angebots-Preises. Von breiter Streuung konnte ohnehin keine Rede sein. Umgekehrt wurde der Preis für die Privatisierung von Amersham so niedrig angesetzt, daß dieses Angebot um ein Vielfaches überzeichnet wurde und „Börsen-Hirsche", so die Terminologie in der Londoner City, schnelle Kasse machten. Von breiter Streuung erneut keine Rede.

Erst mit Jaguar bekam die Regierung die Privatisierungs-Technik besser in den Griff. Der Preis für den Hersteller von Luxus-Limousinen stimmte ziemlich genau, und das Publikums-Interesse war groß. Nicht ganz ein halbes Jahr später ist mit Telecom ein regelrechter Coup gelungen.

Ihrer Vision, die Briten entwickelten sich zu einem Volk der Aktionäre und Immobilienbesitzer, ist Frau Thatcher damit ein ganzes Stück nähergekommen. Ersten Schätzungen zufolge wurden vom Publikum und den Telecom-Mitarbeitern Aktien im Wert von rund drei Milliarden Pfund beantragt, wobei ihnen insgesamt nur 1,5 Milliarden zustehen. Selbst wenn sich ein Großteil der Aktionäre zum raschen Verkauf der Telecom-Aktien entscheiden sollte, dürfte dieses Papier doch zur ersten Volksaktie Großbritanniens werden.

Die breite Publikumsbeteiligung geht insbesondere auf eine gewaltige Werbe-Aktion zurück, die bereits im Sommer angelaufen war; aber auch auf die angebotenen Bonus- und Telefon-Gutschein-Regelungen, die kleine Investoren länger an diese Aktien binden sollen. Erstaunlich ist im übrigen auch, wie groß im Falle Telecom die Zahl der Erstaktionäre zu sein scheint – abzulesen an Tausenden und Abertausenden von Zeichnungsanträgen, die falsch ausgefüllt wurden.

Nach dem Telecom-Erfolg kann die Thatcher-Mannschaft zuversichtlich den nächsten Brocken angehen: Die Privatisierung der Fluggesellschaft British Airways im kommenden Frühjahr, die rund zwei Milliarden Mark einbringen soll. Doch damit ist das ehrgeizige Privatisierungs-Programm noch lange nicht beendet. Es stehen an die staatlichen Rüstungsunternehmen und Kriegsschiffwerften, der Kernenergie-Aufbereiter British Nuclear Fuel, die Nationale Bus-Gesellschaft, die staatlichen Flughäfen, der Triebwerkhersteller Rolls Royce, die Autohersteller Austin, Rover und Landrover, ertragbringende Teile von British Steel: kurz, alle Unternehmen, die nur irgendwie aus der staatlichen Zwangsjacke entlassen werden können.

Wenn es dabei gelingen sollte, nicht nur mehr Wettbewerb herzustellen, sondern auch, wie bei British Telecom, Volksaktien an den Mann zu bringen, dann klingt bereits heute die Drohung der Labour-Partei harmlos. Sie, die die Wiederverstaatlichung auf ihre Fahnen geschrieben hat, würde vom Wähler erst gar nicht das Mandat dazu erhalten.

Es muß nicht immer Härte sein oder Auch Politiker dürfen weinen

Von MANFRED NEUBER

Wenn Politiker öffentlich weinen, verlieren sie dann ihr Gesicht? In Europa mag diese Meinung noch vorherrschen: Tränen gelten als unmännlich, als Zeichen der Schwäche. Ein „richtiger Mann" zeigt keine Gefühle galt und gilt scheinbar hierzulande als Gebot.

Anders in Amerika: Feuchte Augen in einer Wahlnacht, ob beim Sieger oder beim Verlierer, sichern Sympathien. Nixon weinte ungeniert, als er das Weiße Haus verlassen mußte, Ford wischte sich die Augen, als er vereidigt wurde, und auch Carter scheute sich nicht, seine Rührung offenbar werden zu lassen.

Aber in Australien? Harte Männer bestimmen das Bild des jungen Kontinents. Sein Ministerpräsident Bob Hawke verkörpert den Typ des hemdsärmeligen „Aussie". Wie konnte er sich gehen lassen, in aller Öffentlichkeit zu schluchzen? Mußte es nicht seinem Image schaden?

Im Gegenteil. Der weinerliche Vorfall, vor ein paar Wochen bei einer Pressekonferenz in Canberra, hat den Regierungschef eher populär gemacht. Bei den vorgezogenen Neuwahlen morgen steht Bob Hawke vor einem sicheren Sieg.

Bis zu jenem denkwürdigen Tag im September hatte Oppositionsführer Andrew Peacock hemmungslos attackieren können. Vor dem Parlament nannte er Hawke einen „kleinen Gauner", der Recht und Ordnung im Lande verkommen lasse. Unter seiner Labor-Regierung hätten Korruption, Kriminalität und Rauschgift-Handel beängstigend zugenommen.

Auf diese Anschuldigungen angesprochen, verlor der Premierminister vor der Presse die Fassung und brach in Tränen aus. Was die Nation erst nachher erfuhr: Der durch nichts bewiesene Vorwurf ging ihm so nahe, weil eine Tochter Hawkes rauschgiftsüchtig ist und der Vater alles tut, um ihr zu helfen.

Die Bekundungen des Mitgefühls dürften den früheren Gewerkschaftsboß, der im Februar vorigen Jahres im ersten Anlauf schon zwei Wochen nach seiner Wahl zum Oppositionsführer an die Regierung kam, selbst überrascht haben. Also schätzt man in Australien, daß er unter einer rauhen Schale einen weichen Kern hat.

Während Hawke aus heiterem Himmel kurz nach dem Zwischenfall Wahlen für den 1. Dezember ansetzte, verzichtete Oppositionsführer Peacock fortan darauf, die Regierung in die Nähe des organisierten Verbrechens zu rücken. Ein zündendes Wahlkampf-Thema, die innere Sicherheit, war vertan.

Der Premier, dessen Dienst-Jet inoffiziell, aber zutreffend „Charisma One" genannt wird, hebt mit messianischem Eifer für eine „gerechte Gesellschaft" ab. Die Treibsätze heißen „Aussöhnung" der Tarifpartner und „Konsensus" der Bevölkerung. Er hat es bisher verstanden, Australien einen neuen Aufschwung und den Australiern ein neues Gemeinschaftsgefühl zu geben.

Unter seiner Führung warf Labor ideologischen Ballast ab und entwickelte sich zu einer Volkspartei der breiten Mitte. Als Sozialist betreibt Hawke eine liberalere Wirtschaftspolitik als die vorher regierenden konservativen Liberalen. Sein Sinn für Fair Play erinnert an John F. Kennedy.

Anstatt einer Aura der Macht umgibt Bob Hawke aber ein schlichtes Flair des guten Nachbarn, der früher als Frauenheld und trinkfester Kumpan galt, die australische Leidenschaft für Sport teilt und im politischen Ring mit der Direktheit eines Boxers agiert. Die Tränen aus privatem Gram legt man ihm nicht als Schwäche aus.

„Männer, die nicht weinen", konstatierte der Münchener Diplompsychologe Ernst von Xylander, „unterdrücken ihre natürlichen Gefühlsregungen. Dann kommt es leicht zu aggressiven Entladungen. Diese sogenannten harten Männer greifen gern zum Alkohol und sind leicht ungerecht." Sein amerikanischer Kollege James O. Bond behauptet gar: „Wer öfter weint, lebt länger."

In der Antike ließ man seinen Gefühlen freien Lauf: Homers Helden weinten über Troja, und die Athener Staatsmänner wußten um die Wirkung eines rhetorischen Schluchzers. Wie Ovid besang auch Shakespeare die Wohltat der Tränen, die sich selbst ein „Eiserner Kanzler" Bismarck nicht versagte. Nicht so recht will freilich die Vorstellung von einem Bonn, „wie es weint und lacht", in den Sinn kommen.



Tränen vor der Presse: Australiens Premier Bob Hawke FOTO UPI

Kohl: Abrüstungsdialog nicht ohne europäische Verbündete

Der Kanzler in Washington: Keine neuen Vorschläge für die Ost-West-Gespräche

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will bei seinem heutigen Treffen mit Präsident Ronald Reagan in Washington dafür eintreten, daß der bevorstehende sowjetisch-amerikanische Abrüstungsdialog von engen Konsultationen mit den europäischen NATO-Verbündeten begleitet wird. Nach Kohls Vorstellungen sollte entweder die bei den zurückliegenden START- und INF-Verhandlungen bewährte Besondere Beratungsgruppe (Special Consultative Group) weiterarbeiten oder ein neuer institutioneller Rahmen für die Flankierung der „Umbrella Talks", der breitgefächerten Verhandlungen über alle Aspekte der Abrüstung und Rüstungskontrolle, geschaffen werden.

Der Kanzler wird den Amerikanern, wie aus Regierungskreisen verlautet, keine Bonner Einzelvorschläge für die Gespräche mit Moskau unterbreiten. Ihm geht es primär darum, im Stadium der Meinungsbildung Näheres über die Absichten Reagans zu erfahren, die europäische Zustimmung zu den Verhandlungen zu bekräftigen und europäische Gedanken dazu einfließen zu lassen.

Kohl, der gestern abend gemeinsam mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher aus Bonn abgeflogen ist, wird heute morgen in der amerikanischen Hauptstadt zunächst mit Außenminister George Shultz im Watergate Hotel frühstücken und anschließend ein Gespräch mit Verteidigungsminister Caspar Weinberger führen. Dann ist eine zweistündige Begegnung mit Präsident Reagan vorgesehen, die mit einem Gespräch unter vier Augen beginnt, das im größeren Kreis fortgesetzt und mit einem Arbeitsessen abgeschlossen werden soll. Am Nachmittag folgen ein Treffen mit Vizepräsident George Bush und eine Pressekonferenz. Der Rückflug ist für 18.10 Uhr eingeplant.

Der Zeitpunkt des Besuches wird vom Kanzler als optimal angesehen. Dies gilt sowohl für die derzeitige Neuformulierung der amerikanischen Politik zwischen Wiederwahl und Inauguration des Präsidenten als auch für die nach dem großen Wahlsieg gewachsene politische Bewegungsfreiheit Reagans. Dabei verhehlt man in Kohls Umgebung nicht die Befriedigung darüber, daß die schon seit Monaten zu beobachtende Zuwendung Washingtons zu größerer Verhandlungsbereitschaft auch als ein Erfolg europäischer Einwirkung betrachtet wird. Auf der anderen Seite fühlt sich der Kanzler über den neuen Dialog der Supermächte schon bisher gut informiert, und zwar nicht nur kontinuierlich von den Amerikanern, sondern neuerdings auch von den Sowjets.

Eine wichtige Rolle bei den Gesprächen in Washington wird ferner die im Bündnis erstrebte Anhebung der nuklearen Schwelle und die damit verbundene Stärkung der konventionellen NATO-Streitkräfte spielen. Dabei wird Kohl seine Besorgnis über ein „Zuviel an Plänen" äußern und gleichzeitig den in Washington oft unterschätzten Umfang der deutschen Verteidigungsleistungen konkret darstellen. Warnungen vor einem zunehmenden amerikanischen Protektionismus werden den wirtschaftlichen Teil der Gespräche bestimmen. Dabei will sich Kohl bemühen, Konfliktpotential abzubauen.

Die Rentner müssen nicht bangen

Blüm widerspricht Biedenkopf / Minister für eine „systemgerechte Lösung"

PETER JENTSCH, Bonn

Auch in Zukunft sollen die Renten nach dem Willen von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm leistungs- und beitragsbezogen bleiben. In einem Interview lehnte Blüm gestern Modelle zur langfristigen Sicherung der Rentenfinanzen, wie sie etwa vom Landesvorsitzenden der CDU Westfalen-Lippe, Kurt Biedenkopf, vorgeschlagen wurden, ab: „Modelle mit einer Grundrente und privater Vorsorge oder gar eine Maschinensteuer stehen außerhalb jeder Diskussion." Der Minister beharrt auf einer „systemgerechten" Lösung der Rentenproblematik; das heiße, die Beitragslast müsse auf die Schultern von Beitragszahlern, Rentnern und Staat verteilt werden.

Auf die Notwendigkeit einer Strukturreform der Rentenversicherung hatte zuvor während der Haushaltsdebatte des Bundestages der Berliner CDU-Abgeordnete Bernhard Friedmann hingewiesen. Diese Reform müsse inbesondere der Tatsache Rechnung tragen, daß immer weniger Arbeitnehmer für immer mehr Rentner aufkommen müssen.

Blüm betonte in der Aussprache über den Haushalt seines Ressorts, der mit 57 Milliarden Mark der größte Ausgabenteil des Gesamthaushalts von 259 Milliarden Mark ist, es gebe keinen Grund, die Rentensicherheit in Frage zu stellen. „Die Rentner müssen auch nicht einen Atemzug lang um ihre Rente bangen." Mit Blick auf die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Anke Fuchs, die Blüm zuvor vorgeworfen hatte, er betreibe eine Politik gegen die Rentner, deren Armut zugenommen habe, sagte Blüm: „Wer so tut, als seien Elend und Jammer das Kennzeichen der jetzigen Rentnergeneration, ist ein Schwarzmaler." Gegenwärtig sei nämlich das höchste Rentenniveau in der Geschichte der Rentenversicherung erreicht.

In der Diskussion um die Arbeitslosigkeit warf Anke Fuchs der Bundesregierung vor, sie lasse „alles laufen". Sie sei zugleich unfähig, der Probleme im Kern Herr zu werden. Man mache weiter wie zuvor und scheue die Bewährungsprobe. Blüm konterte, die Bewältigung dieses Problems sei die „größte Bewährungsprobe unseres Sozialstaates". Die Arbeitslosigkeit könne zwar nicht von heute auf morgen beseitigt werden, aber er sehe „Licht am Ende des Tunnels". Die FDP-Abgeordnete Ursula Seiler-Albring wandte sich in diesem Zusammenhang gegen Beschäftigungsprogramme des Staates. Blüm forderte die Beteiligten des Medizinbetriebs auf, die Kosten „in Schach und Proportionen" zu halten, um weitere Beitragsbelastungen, die Arbeitsplätze kosteten, zu vermeiden.



Neuer Verbandspräsident: Rolf Terheyden FOTO: DPA

Wechsel an der Spitze der Zeitungsverleger

DW. Bonn

Der Bocholter Verleger Rolf Terheyden (58) ist neuer Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV). Der Herausgeber des „Bocholter Borkener Volksblattes" wurde in Neu-Isenburg (Kreis Offenbach) von der Delegiertenversammlung des BDZV mit großer Mehrheit an die Spitze des Verbandes gewählt. Terheyden ist damit Nachfolger von Alfred Neven DuMont (57), der den Verband mehr als vier Jahre geführt hatte. Terheyden gehört bereits seit 1978 dem Präsidium des Verbandes und seit 1974 dem Vorstand des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger an.

Für eine Kandidatur hatte Neven DuMont („Kölner Stadt-Anzeiger", „Express"/Köln, „Abendzeitung"/München) nicht mehr zur Verfügung gestanden. In Würdigung seiner Verdienste um die deutschen Zeitungen und seines persönlichen Engagements für den BDZV wählte ihn die Versammlung einstimmig zum Ehrenmitglied des Präsidiums.

Neu in das Präsidium gewählt wurde der Sprecher der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH u. Co. (Hannover), Wilhelm Sandmann (51). Die bisherigen Vizepräsidenten Peter Tamm (Springer Verlag), Eberhard Ebner („Südwestpresse") und Hans Stiff („Saarbrücker Zeitung") wurden in ihren Ämtern bestätigt. Die Wahrung der Unabhängigkeit der deutschen Zeitungen bezeichnete der neugewählte Präsident in einer ersten Erklärung als wichtigste Verbandsaufgabe.

„Opfer" für Besserverdienende bleibt in der Koalition strittig

Diskussion in der CDU/CSU „wirkt miserabel auf die noch labile Konjunktur"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die gegenwärtige kontroverse Diskussion über Sonderopfer für Besserverdienende „belastet die Regierung schon mehr als jede eventuelle Ausgleichsmaßnahme an positiver Resonanz erzeugen könnte". Diese Kritik äußerte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, in einem WELT-Gespräch. Waigel: „Die Auswirkungen auf die noch labile Konjunktur sind miserabel. Die Gesetze der Konjunkturpsychologie werden gröblich verletzt und die Betroffenen befinden sich bereits in einer einheitlichen Front gegen die Regierung und insbesondere gegen die CDU."

Für die CSU erklärte Waigel seine „tiefe Skepsis" gegenüber „allen bisher genannten Ausgleichsmaßnahmen". Nach dem letzten Koalitionsgespräch über diese Thematik sagte der CSU-Politiker gestern: „Es geht nicht darum, irgendeinen Handlungsbedarf festzustellen, sondern das Richtige zu tun und Falsches zu unterlassen." Eine Verschiebung von Teilen der Steuerreform „stehe in diametralem Gegensatz zur grundsätzlichen Auffassung der CSU, die für eine Steuerentlastung in einem Zug zum 1. Januar 1986 eintritt". Die Tarifkorrektur, so argumentierte Waigel in dem WELT-Gespräch, „erfolgt ohnehin sehr spät". Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung sei ab Mitte der siebziger Jahre alle drei Jahre eine Tarifkorrektur vorgenommen worden. „Mit der Steuerentlastung 1986/88 würden erst einmal die heimlichen Steuererhöhungen seit Antritt dieser Koalition aufgefangen", betonte Waigel. Die meisten Wirtschaftswissenschaftler und Forschungsinstitute befürworteten eine stärkere Tarifreform in einem Zug. Waigel: „Durch die Zwei-Stufen-Phase erbringen die Besserverdienenden ohnehin ein Solidaropfer, das in der Diskussion bisher nicht berücksichtigt wurde."

Sehr deutlich wandte sich Waigel gegen den „unseligen Begriff der angeblich verletzten sozialen Symmetrie". Die Koalition habe nämlich „in all ihren notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen das Gebot der sozialen Ausgewogenheit beachtet". Waigel erinnerte in diesem Zusammenhang an nicht weniger als 20 gesetzliche Maßnahmen, zu denen unter anderen die Einführung des Erziehungsgeldes, die Anerkennung der Erziehungszeit in der Rentenversicherung, Kürzungen beim Kindergeld nur bei höheren Einkommen, die steuerliche Entlastung der Familien und die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für Langzeitarbeitslose gehörten. Waigel: „Entscheidend für die Sozialpolitik und die soziale Symmetrie ist eine Wirtschaftspolitik, die über Investitionen zu mehr Arbeitsplätzen und damit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit führt. Diesem Ziel darf nichts in den Weg gelegt werden."

Die mahnenden Anmerkungen aus der CSU, gerichtet an die Bonner Koalitionsregierung, waren zugleich gerichtet an die Adresse des Koalitionspartners FDP. Sie waren zugleich bestimmt von der Sorge, daß die soziale Ausgewogenheit in der Politik der Koalitionsregierung eine „Schieflage" erleiden könne. Was Waigel als Kritik nach außen hin sagte, war in erster Linie eine Kritik nach innen. Dies wird deutlich in dem Wort: „Die Gesetze der Konjunkturpsychologie werden gröblich verletzt."

*

HEINZ HECK, Bonn

Der Vorschlag, die verfassungswidrige Zwangsanleihe durch eine gezielte Streichung bestimmter Freibeträge für Besserverdienende zu ersetzen, findet in der Union offenbar breite Zustimmung. Dazu Otto Zink, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegenüber der WELT: „Wenn jetzt unter anderem vorgeschlagen wird, Steuersubventionen und steuerliche Freibeträge bei Jahreseinkommen oberhalb von 50 000/100 000 Mark (Ledige/Verheiratete) abzubauen, dann halten wir auch solche Lösungsansätze für durchaus diskussionswürdig, zumal damit ja auch ein wichtiger Schritt zum Subventionsabbau gemacht würde, den die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit Jahren – ebenso wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – gefordert hat.



Theo Waigel FOTO: JUPP DARCHINGER

Auch der Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrats der CDU, Rüdiger von Voss, hält einen solchen Vorschlag für „überlegenswert", den man offen diskutieren sollte. Von Voss ist der Meinung, daß dieser Schritt zur Vereinfachung und Transparenz des Steuersystems beitragen würde. Nach seiner Meinung ist es wichtig, „einen mutigen Schritt im Subventionsabbau" zu tun. Der Wirtschaftsrat hatte dem Kanzler empfohlen, beim Sachverständigenrat ein Sondergutachten zum Subventionsabbau zu bestellen. Dann könnte man „auf unverdächtiger Grundlage diskutieren".

Demgegenüber hat für die CSU der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, gestern im Deutschlandfunk erneut alle Vorschläge auch zum Beispiel zu einer um zwei Jahre verschobenen Entlastung der Besserverdienenden zurückgewiesen. Wie die FDP, forderte Stoiber stattdessen zusätzliche Entlastungen für niedrige Einkommen. Sein konkreter Vorschlag lautete, die sogenannte untere Proportionalzone (bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 18 000/36 000 Mark beträgt der Lohnsteuersatz 22 Prozent) nicht gleich mit 22, sondern schon „mit 11, mit 12, mit 13 oder mit 14 Prozent" beginnen zu lassen. Darin sieht Stoiber eine „soziale, richtige Maßnahme". Sie sei jedoch wegen der Einnahmeverluste an den Finanzministern gescheitert.

Zink befürwortet auch den anderen Vorschlag, spezifische Entlastungen bei oberen Einkommen auf die zweite Stufe der Steuerreform zu verschieben.

Sohl warnt vor „Modestimmung"

Ehemaliger Industriepräsident: Ökonomischer Minderwertigkeitskomplex der Deutschen

PETER GILLIES, Berlin

Mit einer bedenklichen Begeisterung pflegen die Deutschen eine Art ökonomischen Minderwertigkeitskomplex, obgleich sie unangefochten die zweite Welthandelsnation sind – nach den USA und noch vor Japan. Vor dieser „Modestimmung", die im Ausland und in manchen Medien emsig verstärkt werde, warnte der ehemalige Industriepräsident und heutige Ehrenvorsitzende der Thyssen AG, Hans-Günther Sohl, gestern in Berlin.

Sohl sprach vor dem Kongreß der Hanns Martin Schleyer-Stiftung (Motto: Wandlungen in Technik und Wirtschaft als Herausforderung des Rechts). Der Industrielle vermutet hinter den herabsetzenden Bemerkungen über einen wirklichen oder vermeintlichen wirtschaftlichen Rückstand der Bundesrepublik Deutschland eine gezielte Strategie.

Bunte Exportpalette

Landauf, landab bis in die USA, nach Japan und selbst in Singapur mache man sich Gedanken über die Bundesrepublik. „Die Methode, den Wettbewerber herabzusetzen, ist ja nicht neu – und ich will nicht behaupten, unsere japanischen Freunde hätten auch dies vom Westen kopiert", merkte Sohl ironisch an. Neu sei allerdings die Begeisterung, mit der diese Stimmung hierzulande verstärkt werde.

Tatsächlich bestehe an unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit „kein Zweifel", wenn auch andererseits einige sehr wachstumsträchtige Industrien bei uns schwach vertreten seien. Japan, nach uns Nummer drei unter den Exportnationen, habe dagegen eine „kopflastige Exportstruktur: 74 Prozent seiner Ausfuhren stammten aus nur vier Bereichen (Stahl, Auto, Elektrotechnik, Maschinenbau). Die deutsche Exportpalette sei dagegen bunter und besser gemischt.

Sohl warnte auch vor einer Überbewertung der Großtechnologie, vor „einseitiger Glorifizierung" der High-Tech-Unternehmen. Innovationen, die Quelle des Fortschritts, seien nicht nur auf diese Produkt beschränkt, sondern müßten auf breiter Front erfolgen. Hier sei die Bundesrepublik sehr erfinderisch und brauche keinen internationalen Vergleich zu scheuen.

Freilich erfordere der wirtschaftliche Erfolg rechtlichen Flankenschutz. Sohl beklagt die Flut von Gesetzen, die in Rechtsunsicherheit umzuschlagen drohe. Bürger wie Unternehmer stünden dieser Lawine zunehmend hilflos gegenüber, so beim Bau-, Sozial-, Patent- und Urheberrecht, was für die deutschen Software-Produzenten besonders hinderlich sei. Manche Innovation müsse sich leider auch „durch das Nadelöhr des Postmonopols quetschen".

„Stolpersteine"

Der Wettbewerb von morgen tendiere immer mehr zum Wettbewerb zwischen Staaten. Hier müßten die Deutschen „wenigstens die hausgemachten Stolpersteine" bei sich und in der EG aus dem Wege räumen", empfahl der Industrielle.

Zuvor hatte auf dem Kongreß der Schleyer-Stiftung auch Professor Horst Albach, Bonn, die Gängelung der Ökonomie durch das Recht beklagt. Kein anderes Land der westlichen Welt sei hier soweit gegangen wie die Bundesrepublik, meinte er. Dies hänge offenbar auch damit zusammen, daß es zu viele Juristen gebe. In Japan beispielsweise würden nur so wenige Juristen ausgebildet, daß nicht genügend Anwälte für Prozesse zur Verfügung stünden. So seien die Japaner auf den Weg der gütlichen Einigung verwiesen.

Besuchergruppe der Grünen randaliert im Ministerium

dpa, Bonn

Eine Hamburger Besuchergruppe des grünen Abgeordneten Reents hat nach Angaben des innerdeutschen Ministeriums bei einem Besuch des Hauses den Vortragssaal „im Zustand des Chaos" verlassen. Der Bundestagspräsident teilte dem Abgeordneten daraufhin mit, daß die rund 50 Gäste nicht, wie beabsichtigt, am Nachmittag an einer Plenarsitzung des Bundestages teilnehmen könnten. Reents hat nach eigener Darstellung erst durch den Brief des Parlamentspräsidenten davon erfahren.

Das Ministerium teilte mit, die Besuchergruppe sei während ihres Bonn-Aufenthalts zu einem Vortrag mit deutschlandpolitischer Diskussion im Ministerium erschienen. Der zuständige Referent sei während seiner Ausführungen durch Lärm und Zwischenrufe gestört worden. Die Situation habe sich so zugespitzt, daß der Vortrag schließlich habe abgebrochen werden müssen. Bilder und Informationsmaterialien seien beschädigt und zerstört, gepolsterte Stühle aufgeschlitzt worden. Insgesamt sei ein Sachschaden von 2000 Mark entstanden.

Kirchen betonen in Wort zum Advent den Weg zur Einheit

AP, Hannover

In einem Gemeinsamen Wort „Den Sonntag feiern" haben die evangelische und katholische Kirche die Hoffnung geäußert, daß es zu einer weiteren Annäherung komme.

Der Text, der am ersten Advent (2. Dezember) den Gemeinden bekanntgemacht wird, ist von der Gemeinsamen ökumenischen Kommission verfaßt worden, in der Mitglieder des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und des Vatikanischen Sekretariats für die Einheit der Christen zusammenarbeiten.

In dem Gemeinsamen Wort heißt es unter anderem: „Daß die evangelische Kirche das Herrenmahl neu entdeckt hat und vermehrt feiert, gleichzeitig aber die katholische Kirche den Wortgottesdienst und den Rang der Predigt in der Eucharistiefeier in neuer Weise schätzt, bringt beide gottesdienstliche Traditionen einander näher." Diese Annäherung im zentralen Bereich des Gottesdienstes lasse hoffen, daß „die Kirchen noch weiter zueinander geführt werden".

Berliner Senat soll sich klar zu „Schikane" äußern

F. D. Berlin

Der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende Buwitt hat den Senat zu einer „sofortigen und unmißverständlichen Stellungnahme" zu der „äußerst schikanösen Behandlung" einer Rentnerin am „DDR"-Übergang Waltersdorfer Chaussee aufgefordert. Die 64jährige Frau war am Bußtag während einer Leibesvisitation ohnmächtig zusammengebrochen. Buwitt meinte zu dem Vorfall, die „bisherigen Erklärungen des Senats" träfen „auf ein weitgehendes Unverständnis in der Berliner Bevölkerung".

Bislang hatte der Senat lediglich geäußert, er sei um Aufklärung des Vorfalls bemüht, es gebe aber noch „einige unklare Punkte". Von einer „Schlafmützigkeit" könne keine Rede sein. Nach Ansicht von Buwitt zeigt der Zwischenfall, daß für die Aufklärung und Unterbindung von Willkürmaßnahmen zu viele Umwege benötigt und dadurch erhebliche Unsicherheiten im Besucherverkehr ausgelöst würden. Es gehe ausschließlich darum, unzweideutig festzustellen, daß die „DDR"-Behörden in unmenschlicher Weise ihre Kontrollbefugnis mißbraucht hätten.

هكذا من الأصل

Der Zeuge Walde und seine „wenig ergiebigen“ Aussagen

Vernehmung des ehemaligen „Stern“-Ressortleiters für Zeitgeschichte dauert weiter an

UWE BAHNSEN, Hamburg

Als am 6. Mai vorigen Jahres mittags um 12 Uhr offiziell feststand, daß die Hitler-Tagebücher gefälscht waren, sah der Ressort-Leiter für Zeitgeschichte im „Stern“, der promovierte Politologe Thomas Walde, in der Redaktion der Illustrierten naturgemäß nicht sehr gut aus. Kollegen hätten ihm damals zu verstehen gegeben, so erinnert er sich, in früheren Zeiten habe man so etwas radikaler gelöst: Da habe einfach jemand einen Revolver auf den Schreibtisch gelegt, sei dann diskret vor die Tür getreten, und das Problem sei erledigt gewesen.

Dem Dr. Thomas Walde, 42, hat im Verlag Gruner – Jahr niemand einen Revolver hingelegt – auch nicht im übertragenen Sinn. Aus dem „Stern“ ist er vor einem Jahr ausgeschieden; aber für die beiden Häuser Bertelsmann und G + J arbeitet er weiter – jetzt in deren Tochtergesellschaft Ufa. Die G + J-Topmanager werden wissen, warum sie mit ihm säuberlich verfahren sind.

Für die Große Strafkammer II des Hamburger Landgerichts, die sich in diesem Betrugsprozeß mit dem Buschmesser pingeliger Detailfragen einen Pfad der Wahrheit durch den Dschungel von komplizierten Sachverhalten, Schutzbehauptungen und Vernebelungsversuchen der meisten bisher gehörten Zeugen zu bahnen versucht, sind die Aussagen Thomas Waldes auf dem Zeugenstuhl bislang von eher begrenztem Wert; der Vorsitzende Hans Ulrich Schroeder meinte seufzend, sie seien „beklagenswert wenig ergiebig“, doch er wollte dem Journalisten gleichwohl nicht unterstellen, es mangele ihm an gutem Willen, zur Aufklärung des Falles beizutragen.

Alles in allem hat Walde bislang nur das geschildert, was zuvor schon sattsam bekannt war – die Anbahnung des Projekts durch Heidemann, die Einschaltung der Verlagsspitze, später der Chefredaktion, und dann die – seltsam verworrenen und zerfahrenen – Versuche, die Echtheit des Materials zu verifizieren. Wenn das Gericht dazu Details erfragt, um die Beteiligung der handelnden Personen besser beurteilen zu können, hat Thomas Walde häufig Probleme mit seinem Gedächtnis und greift gern zu der Formel, er wolle dies und jenes „nicht ausschließen“, aber festlegen könne er sich nicht.

Vor welchen Schwierigkeiten die Strafkammer bei der zweifelsfreien Ermittlung der Tatsachen steht, erhellt ein Widerspruch, der sich gestern ergab: Nachdrücklich wies Walde eine Erklärung des Bundeskriminalamtes zurück, nach der er und der damalige „Stern“-Reporter Gerd Heidemann noch vor der Veröffentlichung der Tagebücher vom BKA Hinweise darauf erhalten hätten, bei dem zur Prüfung vorgelegten Material handele es sich zumindest teilweise um eine Fälschung.

Dazu erklärte Walde als Zeuge, er sei weder vom Bundeskriminalamt noch vom Bundesarchiv, das den eigentlichen Prüfungsauftrag hatte, über diesen Sachverhalt informiert worden. Waldes Vernehmung ist noch nicht abgeschlossen. Wie lange sie dauern wird, steht dahin – dem Gericht liegt ein Antrag des Kujau-Verteidigers Kurt Groenewold vor, in Gegenwart Waldes die Tagebücher-Bände 1932 und 1938 verlesen zu lassen. Heidemanns Verteidigung hingegen ist gegen diese „selektive“ Methode und forderte sogleich die Verlesung aller 60 Tagebuchbände.

Südwest-SPD fordert eine „Erneuerung“

DW. Stuttgart

Die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben Kritik an Äußerungen der Bundes-SPD zum Thema Koalitionen geübt. Der stellvertretende Landesvorsitzende, Ulrich Maurer, erklärte in Stuttgart bei der Vorstellung eines Thesenpapiers zum Thema „Arbeit und Umwelt“, die Bundespartei müsse mehr Botschaften versenden als „Diskussionen zur Frage, mit wem machen wir Koalitionen“ und Kritik an den Fehlern der anderen. „Die Partei muß die Gelassenheit aufbringen und sich die Zeit nehmen, um nach den Ursachen des Machtverlustes zu forschen“, sagte Maurer weiter. Sie befinde sich zur Zeit in großer Gefahr, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun und machttaktische Fragen vor die innere Erneuerung zu stellen. Sie habe aber die Chance, „in Sachen Umwelt vorne zu sein“.

Deutschlandpolitik: Meinungsaustausch

E. N. Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker empfing in der Villa Hammerschmidt eine einzigartige Gesprächsrunde zum Meinungsaustausch über die Deutschlandpolitik. An einem Tisch saßen dabei Bundeskanzler Helmut Kohl, sein Amtsvorgänger Helmut Schmidt, der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Heinrich Windelen und sein Amtsvorgänger Egon Franke (SPD), der ehemalige SPD-Fraktionschef im Bundestag Herbert Wehner und sein Nachfolger Hans Jochen Vogel.

Teilnehmer an der Veranstaltung zeigten sich beeindruckt, daß Herbert Wehner „außerordentlich rege“ am Geschehen Anteil genommen und sich beteiligt habe. Andere altgediente Politiker der Bonner Szene am Tisch: Alfred Dregger, Richard Jäger, Walther Althammer von der Union. Das Präsidium des Kuratoriums Unteilbares Deutschland setzt mit seinen seltenen Treffen eine Arbeit fort, die in früheren Jahrzehnten und zur Zeit, als Wolfgang Wilhelm Schütz Geschäftsführender Vorsitzender der Organisation war, durch Turbulenzen auffiel. Schütz traf sich zum Beispiel 1967 auf eigene Faust mit dem „DDR“-Volkskammerpräsidenten Gerald Götting, und er verfolgte die vorher von Adenauer für die CDU wie von Kurt Schumacher für die SPD abgelehnte „Brückenfunktion“ von Deutschland zwischen Ost und West.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Weihnachten, die Garnisonskirche und Reagans versöhnliche Töne

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Da Weihnachten – anders als im Konsumland Bundesrepublik – in der „DDR“ öffentlich allenfalls als besondere Planziffer im Versorgungsetat behandelt wird, erfreut sich das Christfest drüben keiner größeren Erörterung. Als vor Jahren das Kunstwort „Jahresendflügelfigur“ für „Engel“ aufkam, enthüllte das mehr über bestimmte Denkschemata drüben als manches andere. Eine rühmenswerte und damit desto auffälligere Ausnahme machte jetzt das CDU-Blatt „Neue Zeit“: Kurz vor dem ersten Adventssonntag schmückten gleich drei „weihnachtliche“ Leserbriefe die Zeitung.

So erfahren die Leser – darunter viele Ost-Berliner, die das Blatt als lesbare Lokalpostille halten –, daß Adventskränze erst seit Jahrhundertbeginn die deutsche Wohnstube zieren. Die Kerzen versinnbildlichten Christus als „Licht der Welt“.

Nun haben gerade mit diesen Lichtern die „DDR“-Käufer ihre ganz profane Not. Denn auch diese Wachserzeugnisse zählen bisweilen zu den Mangelartikeln in einer sozialistischen Versorgungswirtschaft. In derselben Leserbriefecke erfährt man außerdem, daß die ersten „Dannenbäum“ im Elsaß standen. Eine nahezu revanchistische Vokabel, denn in den „DDR“-Medien werden ehemals deutsch geprägte Landschaften außerhalb der heutigen Grenzen tunlichst nicht erwähnt …

Wie wenig der SED-Führung zur Zeit an spektakulären Vorgängen oder irrigen Erfolgsvorstellungen im deutsch-deutschen Verhältnis gelegen ist, bewies die einheitlich dürftige Berichterstattung über den ersten, auch für „DDR“-Publikum nachvollziehbaren Kontakt Bonn/Ost-Berlin seit der Honecker-Absage: Vom „Neuen Deutschland“ bis zur (Ost-)„Berliner Zeitung“ beließ man es bei einer Miniatur-Meldung über die Design-Ausstellung aus der Bundesrepublik, die am kommenden Montag in Ost-Berlin eröffnet wird. Die Leser erfuhren nicht einmal den Premierentermin. Es hieß lediglich, die Ausstellung werde „im Dezember“ in dem von Japanern gebauten Handelszentrum in Ost-Berlin zu sehen sein.

Aus der Presse von drüben

Könnte die SED heute die Zeit anhalten, wäre die 1968 gesprengte Garnisonskirche in Potsdam wohl längst mit den damals angebotenen Mitteln der evangelischen Kirche wieder hergestellt. Das in Schutt gelegte Symbol Preußens, die Hohenzollerngruft beherbergend, kommt nun, ganz versteckt, wieder zu Ehren. In den „Brandenburgischen Neuesten Nachrichten“ aus Potsdam findet sich im Gewand einer Randglosse eine kleine Sensation: Das schmiedeeiserne Tor der ehemaligen Garnisonskirche erhält eine aufwendige Verschönerungskur – und zur Krönung der altpreußischen Renaissance seine 35 Zentimeter breite Hohenzollernkrone zurück. Mit Blattgold überzogen und originalgetreu …

Zitat aus der Zeitung: „… erhält das Tor, bislang mit einem grünen Farbanstrich versehen, seine ursprüngliche Anthrazittönung wieder … Hauptanteil der Arbeit von Kunstschmiedemeister Hantel wird nämlich sein, die zu dem Tor gehörende Krone mit einem Durchmesser von 35 cm nach alten Abbildungen in voller Schönheit wiedererstehen zu lassen …“

Nachdem schon jüngst die SED-eigene „Leipziger Volkszeitung“ ihre Leser noch vor der US-Wahl auf vier weitere Reagan-Jahre einstimmte, befaßte sich jetzt auch die beliebte „Wochenpost“ mit dem Phänomen Reagan. Des Rätsels Lösung: „Der Präsident vermochte seine Kampagne mit hellem Optimismus und fahnenschwenkendem Patriotismus zu führen, und er wurde nicht einmal gefragt, wie er die nächsten vier Jahre im Weißen Haus zu gestalten gedenkt.“

Daß er sie durchaus zu gestalten gedenkt, sogar zum Nutzen des begrenzten „DDR“-Spielraums, räumte der Washington-Korrespondent selbst ein, der einen „eindeutigen Erfolg“ für Reagan konstatiert und feststellt: „Mancher Wähler, der zuvor Besorgnis über die nukleare Hochrüstung empfunden hat, mag sich auch in Sicherheit gewiegt haben, als der Präsident in den letzten Wochen vor dem Wahltermin versöhnlichere Töne von sich gab und auch die Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Sowjetunion anklingen ließ.“

Kritik an Pastoren unüberhörbar

Bürgerschaftsdebatte über den „Fall Alviola“ / Rückendeckung für Innensenator Lang

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Hamburgs Innensenator Rolf Lange, dienstjüngstes Mitglied der Stadtstaat-Regierung und schweres Wetter gewohnter Ex-Seemann, ritt seinen ersten parlamentarischen Sturm ab: Nur die sieben anwesenden Mitglieder der Grün-Alternativen-Fraktion hoben den Arm, als über ihr Rücktrittsersuchen abgestimmt wurde.

SPD und CDU hatten dem Innensenator für sein Verhalten im „Fall Alviola“ breite Rückendeckung gegeben. Bei der Bürgerschaftsdebatte über die Abschiebung der Seemannsfrau Susan Alviola und ihrer beiden Kinder in die philippinische Heimat wurden zwar innerhalb der Regierungsfraktion kritische Worte über die Art des Vorgehens laut, doch unüberhörbar blieben die Vorwürfe gegen einzelne Pastoren und die Kirchenleitung.

Schon vor der Debatte hatte CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau eine „zweifelhafte Rolle“ bei der Kirche diagnostiziert, die Kirchenleitung aufgefordert, den Pastoren auf die Finger zu sehen, die glaubten, ein Gotteshaus sei ein rechtsfreier Raum und einen „Schulterschluß“ zwischen DKP, GAL und einigen Pastoren“ angeprangert. Was die GAL in ihrem Rücktrittsantrag als „menschenverachtende Rausschmißpolitik des Senats“ bezeichnete, war nach den Erkenntnissen des CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden des Ausländer-Ausschusses, Wulf-Rüdiger Brocke, eine „bewußte Eskalation“, die einige Pastoren gewollt hätten. Und dann habe sich auch noch „der unselige Herr Gollwitzer in Berlin interessiert gezeigt, daß es in Hamburg deswegen Krawall gibt“.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Henning Voscherau, erkannte zwar die „tief verwurzelte Überlieferung von der Kirche als Freistaat“, doch seien den Behörden alle anderen Möglichkeiten des Handelns verstellt worden. Er könne nicht billigen, „wenn so getan wird, als sei außerhalb der Regelungen des Grundgesetzes Widerstand legitim oder sogar geboten“. Und Innensenator Rolf Lange warf die Frage auf, was von der Würde eines Kirchenraums zu halten sei, wenn er gezielt zum Schauplatz offener Auflehnung gegen rechtsstaatliche Entscheidungen umfunktioniert werde.

Die „Seemannsfrau“ – sie war früher Lehrerin in Manila – hat übrigens nie einen Asylantrag gestellt. Und ihr Mann, mit dem sie angeblich in Hamburg ein Familienleben führen wollte, fährt weder auf einem deutschen oder ausgeflaggten früheren deutschen Schiff noch läuft seine Reederei Hamburg an.

Die Kirchen-Oberen in der Hansestadt, die nach der Abschiebung von Frau Alviola über einen „menschenunwürdigen Abschluß“ (Bischof Peter Krusche) klagten, sind nach der Kritik aus den großen Parteien in den letzten Tagen stumm geblieben. In einem Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau“, die über die Ausreise lamentiert hatte, stellte sich ein Hamburger Gemeindepastor gegen die Welle der Hysterie. „Ich habe in den Gesprächen mit ihr und ihrem Kreis den Eindruck gehabt“, so erklärte er, „daß nicht Susan Alviola, sondern ihre Protektoren zu Wort kamen.“ Er zog daraus den Schluß: „Man hat sie verbraucht für politische Zwecke.“

Kirche spielt eine immer größere Rolle

Tagung des Katholischen Bildungswerks zu dem Thema „Jugend in der DDR“

FLORIAN NEHM, Fulda

Die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke veranstaltete in Fulda ein Seminar zu dem Thema „Jugend in der DDR“. Höhepunkt war dabei ein Gespräch mit zwei jungen Deutschen, einem Studenten und einem Maschinenschlosser, die nach politischer Haft in der „DDR“ in die Bundesrepublik gelangten. Sie berichteten von ihrem Aufwachsen in einer Gesellschaft ohne Freiheit und voller bedrückender Widersprüche.

Der 24jährige Student, der seinen Namen ebenso wie sein einundzwanzigjähriger Schicksalsgenosse aus Rücksicht auf seine Angehörigen in der „DDR“ nicht genannt haben möchte, schilderte, wie die SED propagandistisch den Sozialismus mit allem Guten gleichsetzt. Mit zunehmendem Alter werde diese Verlogenheit jedoch unerträglich. Werte wie Offenheit und Ehrlichkeit würden offiziell zwar sehr gefördert, „nimmt man diese Tugenden jedoch wörtlich, gerät man zwangsläufig mit der sozialistischen Gesellschaft in Konflikt.“ Wenn unentwegt von den unterdrückten Menschenrechten anderswo die Rede sei, „fragt man bald auch nach der Lage daheim“. Der Student aus Magdeburg: „Die indoktrinierte Theorie ist im privaten Bereich kein Thema. Die meisten schalten bei FDJ-Lehrgängen sowieso auf ‚Durchzug‘“.

Die Kirche spielt nach Aussage beider im Leben der Jugend in der „DDR“ eine große Rolle. Hierbei tun sich die Evangelischen Gemeinden als Freiraum für Andersdenkende und Randgruppen hervor. In den Katholischen Gemeinden (nur acht Prozent der Einwohner in der „DDR“ ist katholisch) stehe demgegenüber der Glaube im Vordergrund. Der Maschinenschlosser schilderte eindrucksvoll, wie er nach seiner Haftentlassung in einer katholischen Gemeinde um Aufnahme und Taufe gebeten habe. Er sei atheistisch aufgewachsen, habe sich aus eigenem Antrieb mit der Bibel beschäftigt und habe in der Ungewißheit der Haft zum Glauben gefunden. Beide berichteten, wie sie sich schon früh „einfach mal für Stunden in eine Kirche setzten, um tief durchzuatmen und abzuschalten.“

Zur Frage der deutschen Einheit sagte der junge Maschinenschlosser: „Sie spielt für mich eine große Rolle, auch wenn es in der Tagespolitik nichts bringt“. Er sei schon vor seiner Ausreise stolz auf die Bundesrepublik gewesen, da sie zeige, daß nach tragischen Kapiteln der Geschichte eine vorbildliche Demokratie auf deutschem Boden möglich sei. Er sprach sich vehement gegen die Anerkennung einer „DDR“-Staatsbürgerschaft aus. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß meine Eltern auf einmal Ausländer für mich sein sollen.“

Ministerialdirektor Kurt Plück vom Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen berichtete über das merklich gestiegene Interesse an der „DDR“. Vor allem Jugendliche hätten sich in der Vergangenheit darüber beklagt, daß sie im Schulunterricht zuwenig oder auch gar nichts über die „DDR“ erführen. Die Zahl der geförderten Gruppenfahrten in die „DDR“ habe sich in den zurückliegenden zwei Jahren von 500 auf etwa 950 fast verdoppelt.

Nach Fehlschlägen seiner Politik hat Moskau „Atempause“ nötig

Selbstüberschätzung seiner Möglichkeiten / Schwierigkeiten innerhalb des Ostblocks

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Alles läuft in Richtung auf eine Gipfelkonferenz zwischen Amerikanern und Sowjets – und doch sollte man sich vor einer Begegnung zwischen Reagan und Tschernenko hüten. Diese Meinung vertreten osteuropäische Beobachter angesichts der *jüngsten Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses.*

Es sei klar, so heißt es in diesem Zusammenhang, daß die sowjetische Führung eine „Atempause“ benötige, wie sie schon Lenin seinerzeit gefordert und verwirklicht habe: Die Sowjets *haben* sowohl *innen-* wie außenpolitisch, aber auch wirtschaftlich ihre Fronten überdehnt – teils aus einer Überschätzung der eigenen Möglichkeiten, teils auch weil der Westen, vor allem in der Ära zwischen Brandt und Carter, ihnen den Erfolg so leicht machte. Nun steht Moskau in gewissem Sinne vor dem Trümmerhaufen der unter Breschnew konzipierten Außen- und Blockpolitik:

1. Der Versuch, die Wiederwahl Reagans zu vereiteln und einen für Moskau „gemütlicheren“ US-Präsidenten zu bekommen, ist gescheitert. Die Sowjets haben durch ihr Verhalten im Gegenteil zu einer Welle des Patriotismus und Antikommunismus in Amerika beigetragen. Damit haben sie ihre eigene Position nicht gestärkt, sondern eher geschwächt.

2. Die Hoffnung Moskaus, über die westeuropäische Friedensbewegung einen Bruch zwischen Westeuropa und den USA sowie einen Zusammenbruch der NATO-Nachrüstung zu erzwingen, hat sich nicht erfüllt.

3. Innerhalb des Ostblocks stößt Moskau auf wachsende Schwierigkeiten, seine Interessen mit denen der kleineren Staaten des Warschauer Paktes zu koordinieren (*Raketen-Frage*). Vor allem Polen bleibt ein offenes, explosives Problem – ebenso entwickelt sich Afghanistan zu einer Art russischem Vietnam. (Moskau kann nur „europäische“, also großrussische Soldaten bei den Kämpfen einsetzen, da es befürchten muß, daß die asiatischen Sowjetvölker zu viele Sympathien für ihre Moslem-Glaubensbrüder haben.)

4. In der sowjetischen Innenpolitik herrscht offenbar eine Patt-Situation zwischen mindestens zwei Machtgruppen im Politbüro: dem Gromyko-Ustinow-Flügel, der die Verhandlungen mit den Amerikanern im Grunde nicht wünscht und maximale Forderungen stellt – sowie den Kräften um Parteichef Tschernenko, denen sich auch jüngere, reformfreudigere Politiker wie etwa Gorbatschow angeschlossen haben dürften. Durch die Krankheit Ustinows ist es hier wahrscheinlich zu einer Blockierung der *Entscheidungen gekommen.*

Die Sowjetunion benötigt die Atempause gegenüber dem Westen also mit großer Dringlichkeit. Nicht zuletzt spielt auch das Rüstungsproblem eine Rolle. Der sowjetischen militärischen Führung ist bewußt, daß



Dimitri Ustinow stellt den USA Maximalforderungen
FOTO. TEKI/STUDIO X

Amerika waffentechnisch und technologisch weit überlegen ist und diese Überlegenheit in den kommenden Jahren noch weiter ausbauen könnte.

Für die Sowjetunion stellt sich also die Frage, ob sie aus dem militärischen Imperium einen im Grunde genommen aussichtslosen Wettlauf mit den USA führen – oder ob sich Moskau *nicht auf die innere Linie zurückziehen sollte*, um seine Wirtschaft, seine innere Struktur und sein Verhältnis zu den anderen kommunistischen Staaten in Ordnung zu bringen.

Am Horizont steht schließlich die *chinesische Frage. Wenn sich China* in den nächsten Jahren modernisieren sollte – dazu noch mit einem um vieles flexibleren Wirtschaftssystem als es die Sowjets zu bieten haben –, dann könnte Moskau auch den ideologischen Kampf endgültig verloren haben. Ein wirtschaftlich gestärktes und konsolidiertes China könnte über kurz oder lang das gesamte Problem der sowjetischen Ost- und Südgrenze in Asien wieder aktivieren. Die Zeit arbeitet hier gegen den Kreml.

Die Menschen in der Sowjetunion sind noch immer genügsam und geduldig. Aber auch hier bahnt sich ein Generationenwechsel an. Ob die heute zwanzigjährigen Russen zu den gleichen Opfern und Entbehrungen fähig sind wie ihre Väter und Großväter, muß bereits bezweifelt werden. Die Geburtenrate der europäischen Russen sinkt, jene der sowjetischen zentralasiatischen Völker steigt. Auch das bringt, gerade im Zusammenhang mit China, Afghanistan aber auch mit Iran, langfristige Probleme für die Moskauer Führungsmacht.

Alle Überlegungen konzentrieren sich jetzt auf die Frage, ob die Sowjetunion *„reformfähig“ ist. Wenn sie es* ist, darf man diese Reform nicht kurzfristig erwarten. Die gegenwärtig herrschende Generation im Kreml wird nicht freiwillig auf die Vision verzichten, daß Rußland (die UdSSR) dazu berufen sei, die Menschheit zum Kommunismus zu führen, sowie man diesen Begriff in Moskau versteht.

Nur so ist das Interesse der Sowjets an Nicaragua und nach allen möglichen fernen „Befreiungsbewegungen“ zu erklären, obwohl diese Engagements nichts einbringen außer daß sie die Beziehungen zu den Amerikanern verschlechtern.

Vielleicht wird eine kommende Sowjetgeneration eines Tages den Mut zu einem Umdenken haben. Einstweilen kann man den von gegenwärtigen *Sowjetführern nur minimale* Konzessionen, etwa auf dem Rüstungssektor erwarten – gerade soviel, daß die Atempause erreicht und die Ausgangsposition für künftige sowjetische Unternehmungen gewahrt wird.

Jene westeuropäischen Politiker, die sich gar nicht genug daran tun können, Amerikaner und Sowjets an den Verhandlungstisch zu treiben, sollten sich allerdings auch darüber im klaren sein, daß ein Übereinkommen der beiden Supermächte durchaus in gewissen Bereichen auch auf Kosten der kleineren Staaten Europas gehen könnte.

Für Dänemark gibt es zur NATO keine Alternative

dpa, Kopenhagen

Dänemark ist ohne Hilfe der NATO nicht zu verteidigen. Zu diesem Schluß kommt ein Bericht des Außenministeriums über die sicherheitspolitische Lage des Landes, in dem außerdem festgestellt wird, daß ein vorheriger Verzicht Dänemarks auf die Zufuhr und Stationierung von Atomwaffen auch im Kriegsfall der alliierten Verteidigungsplanung unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten würde. Ein Verzicht auf Atomwaffen wäre keine Garantie dafür, daß nicht Atomwaffen gegen dänisches Territorium eingesetzt würden. Außenminister Ellemann-Jensen meinte zu dem Bericht, für Dänemark habe es 1949 keine Alternative zur Mitgliedschaft in der NATO gegeben und es gebe sie auch heute nicht.

Der Vorsitzende der oppositionellen sozialdemokratischen Partei und frühere Regierungschef, Jörgensen, meinte, er sei im großen und ganzen zufrieden mit dem Bericht. An seiner kritischen Einstellung zu Atomwaffen habe sich nichts geändert. Der Sozialdemokrat hatte sich in jüngster Zeit für einen einseitigen dänischen Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen in Dänemark im Falle eines Konfliktes ausgesprochen.

Toter bei Unruhen auf Neukaledonien

dpa, Paris/Noumea

Bei den seit zwei Wochen anhaltenden Unruhen im französischen Überseegebiet Neukaledonien ist gestern *ein aus Frankreich stammender* 70jähriger Mann von aufständischen Kanaken erschossen worden. Gleichzeitig ließen die Separatisten fünf Geiseln, darunter den Unterpräfekten auf der Insel Lifou, seine Familie und einen Mitarbeiter frei.

Jean-Marie Tjibaou, Chef der Separatisten-„Regierung“, die von den linksgerichteten Kanaken ausgerufen worden ist, traf unterdessen mit dem Sonderbeauftragen der französischen Regierung, Charles Barbeau, zusammen. Barbeau soll bis zum kommenden Wochenende die Möglichkeiten klären, wie das Selbstbestimmungsrecht der Neukaledonier, die seit mehr als 130 Jahren zu Frankreich gehören, beschleunigt verwirklicht werden kann.

Sein Mut zum Durchgreifen kostete Craxi viel Popularität

Steuervorlage führt zu Krise in der Koalition / Sechsmal Vertrauensfrage gestellt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Im Gebälk der italienischen Koalitionsmehrheit, die das Kabinett Craxi trägt, knistert es von Tag zu Tag vernehmlicher. Im Senat mußte die Regierung sechsmal hintereinander die Vertrauensfrage stellen, um eine umstrittene Steuervorlage ihres republi*kanischen Finanzministers* Visentini durchzubringen.

Vor einigen dieser Abstimmungen verließen die sozialdemokratischen Senatoren, die zur Regierungsmehrheit gehören, demonstrativ den Plenarsaal, um der von ihnen scharf kritisierten Vorlage nicht zustimmen zu müssen. Führende Christdemokraten bekundeten ihre Absicht, die Vorlage, von deren definitiver Billigung die *Republikaner* ihren Verbleib in der Regierung abhängig machen, bei der noch ausstehenden Behandlung in der Abgeordnetenkammer radikal zu verändern.

Während im Senat die Serie von Vertrauensabstimmungen ablief, gingen in der Abgeordnetenkammer rund 60 „Heckenschützen“ des Regierungslagers zur Opposition über und brachten dadurch in einer Geheimabstimmung ein Regierungsdekret zur provisorischen Legalisierung des privaten Fernsehens zu Fall.

Schließlich übten die ebenfalls zur Regierungskoalition gehörenden Liberalen lautstark Kritik an der vom Kabinett verfügten weiteren Blockierung der Wohnungsmieten und an der Aussetzung von Zwangsräumungsverfahren gegen gekündigte *Mieter.*

In politischen Kreisen Roms fragt man sich angesichts dieser offen zutage tretenden Zwistigkeiten innerhalb der Fünf-Parteien-Regierungskoalition, wie lange sich das Kabinett Craxi noch halten kann. Tatsache ist, daß in den Zentralen der fünf Parteien im Blick auf die für Mai nächsten Jahres fälligen administrativen Neuwahlen *mit zunehmender Nervosität auf das* Absinken der Popularität dieser Regierung reagiert wird.

Dabei ist, wie unabhängige Beobachter übereinstimmend feststellen, dieses Popularitätstief eher auf einen objektiven Verdienst als auf ein Versagen der von dem Sozialisten Craxi geführten Regierung zurückzuführen. Im Gegensatz zu vielen ihrer Vorgängerinnen hat diese Regierung einige brennende Probleme nicht immer wieder auf die lange Bank geschoben, sondern zu lösen versucht. Sie hat damit freilich eine ganze Reihe von Partikularinteressen verletzt und sich überall Feinde geschaffen.

Zunächst wagte sie es, die „Heilige Kuh“ der Lohnindizierung wenn schon nicht zu schlachten, so doch wenigstens auf Diätkost zu setzen. Vier Monate lang kämpfte sie Anfang dieses Jahres im Parlament um eine Verlangsamung der Lohn-„Rolltreppe“ und setzte sich schließlich durch.

Nicht zuletzt dank dieser Maßnahme konnte die Inflationsrate in diesem Jahr von fast 15 auf beinahe 10 Prozent gesenkt werden. Der poli-



Italiens Ministerpräsident Bettino Craxi will Neuwahlen vermeiden
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

tische Preis war *allerdings hoch: In* der Arbeitnehmerschaft genießt die Regierung Craxi heute den zweifelhaften Ruf, „in die Lohntüte gegriffen“ zu haben.

Um diesen Griff vor den festangestellten Arbeitnehmern, denen die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden, moralisch zu rechtfertigen, gingen Craxi und sein republikani*scher Finanzminister Visentini auch* zum ersten Mal mit Energie das Problem der Steuergerechtigkeit an.

Bisher entrichtet die Gruppe der festangestellten Arbeitnehmer 75 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer, obwohl sie nur 55 Prozent des Nationaleinkommens verdient. Andere Kategorien, wie Freiberufliche, Gewerbetreibende und Handwerker, konnten sich der Steuer entweder ganz oder teilweise entziehen. Sie sollen jetzt durch die Steuervorlage Visentinis endlich zum Zahlen gezwungen werden. Vorgesehen ist unter anderem, daß die *Finanzämter* künftig das Recht erhalten sollen, die Angehörigen dieser Gruppen nach deren vermutlichem Verdienst und Lebensstandard von Amts wegen steuerlich zu veranschlagen.

Die Betroffenen laufen Sturm gegen eine solche „Willkür“. *Da die meisten* von ihnen zum traditionellen Wählerstamm der Christdemokraten, der Sozialdemokraten und der Liberalen gehören, zeigen sich auch diese Parteien aufs höchste beunruhigt. Visentini ist jedoch zu keinem Kompromiß bereit. Er hat mehrfach angekündigt, daß er zurücktreten werde, wenn sein Steuerpaket abgelehnt oder auch nur aufgeschnürt werden sollte. *Da* seine *Republikanische* Partei geschlossen hinter ihm steht, würde sein Rücktritt automatisch zur Regierungskrise führen.

Unter dieser Drohung hat sich die christdemokratische Parteiführung entschlossen, lieber das Risiko eines Abfalls von verärgerten Wählern als dasjenige einer vermutlich ausweglosen Regierungskrise zu laufen. Die *Sozialdemokraten jedoch verweigerten* Visentini im Senat die Gefolgschaft. Sie beschworen damit zwar nicht direkt die Gefahr einer Regierungskrise herauf, da die Regierungsmehrheit auch ohne ihre Stimmen noch gesichert ist.

Aber sie irritierten Christdemokraten und Liberale, die jetzt vor ihren bisher „steuerbegünstigten“ Wählern *– verglichen mit den „harten“* Sozialdemokraten – als unzuverlässig dastehen. Vor allem unter den christdemokratischen Parlamentariern verstärkt sich die Gruppe derjenigen, die bei der noch ausstehenden Behandlung der Visentini-Vorlage in der *Kammer für eine „härtere, das heißt* den Steuerhinterziehern genehmere Haltung eintreten.

Craxi und die Republikaner scheinen entschlossen zu sein, etwaigen Schwierigkeiten in der Kammer notfalls durch ein Gesetzesdekret zu begegnen. Damit könnte sich die Regierung zumindest über die Schwelle des 8. Januar hinwegretten. An diesem Tag, sechs Monate vor dem Ablauf der siebenjährigen Amtszeit Staatspräsident Pertinis, beginnt das „weise Semester“, in dem das Staatsoberhaupt das Parlament nicht mehr auflösen und keine vorzeitigen Neuwahlen mehr ausschreiben darf.

„Le Monde“ steht vor dem Konkurs

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Frankreichs bedeutendste Tageszeitung, die 1944 von Hubert Beuve-Méry gegründete „Le Monde“, steht in einer lebensbedrohenden Krise. *Leser- und Anzeigenschwund gefährden* die Existenz der Zeitung, die zu den drei oder vier besten der Welt gezählt wird. Zum ersten Mal in der Geschichte von „Le Monde“ streikte in dieser Woche das gesamte Personal mit Ausnahme der Journalisten und der *Drucker* 48 Stunden lang. Am 7. Dezember stimmen die Redakteure, die Mitbesitzer des Blattes sind, über das Sanierungsprogramm des Herausgebers André Laurens ab, von dem die Zukunft von „Le Monde“ abhängt.

Laurens will harte Maßnahmen durchsetzen: Das Verlagsgebäude in der Rue des Italiens soll für 26 Millio*nen Mark verkauft werden, um dem* finanziell ausgebluteten Blatt frisches Kapital zuzuführen. Die Lohn- und Gehaltssumme soll um 10 Prozent gekürzt werden, eine der beiden Druckereien in Paris stillgelegt und die Hälfte der Auflage in Zukunft in der Provinz in Faksimiledruck hergestellt werden. Sollte sein Plan nicht angenommen werden, so hat Laurens *mit „Konsequenzen“ gedroht, wobei* er offenließ, ob er damit seinen Rücktritt oder die Anmeldung des Konkurses meinte. Das Defizit von „Le Monde“ ist in den drei vergangenen Jahren auf fast 30 Millionen Mark angewachsen. Die Druckauflage ist von fast 600 000 auf 450 000 abgesunken, die verkaufte Auflage auf rund 300 000, das Anzeigenvolumen hat sich um 10 Prozent verringert.

In den Zeiten des Wohlstands wuchs das Personal auf 1250 Personen an, und die Gehälter bei „Le Monde“ sind die höchsten in der französischen Presse. Die 180 Redakteure haben in den vergangenen Monaten bereits *Gehaltskürzungen und* für einige von ihnen vorzeitige Versetzung in den Ruhestand akzeptiert.

Die auf Betreiben von General de Gaulle gegründete Zeitung, die die Nachfolge der wegen „Kollaboration“ verbotenen „Le Temps“ antrat, wurde ein Opfer ihrer eigenen „Auto-Gestion“, der Selbstverwaltung sozialistischer Inspiration, des allgemeinen Leserschwunds *in Paris* und der politischen Vertrauenskrise in Frankreich seit dem Machtantritt von Fran*çois Mitterrand und seiner linken* Regierung im Mai 1981. Die Zeitung steht der sozialistischen Partei nahe und sympathisiert häufig mit den Kommunisten, und so wie die Wählerschaft dieser beiden Parteien dahinschmilzt, so schmilzt auch die *Zahl der Leser von „Le Monde“.*

Die den Sozialisten nahestehende Tageszeitung „Le Matin“ steckt eben*falls tief in den roten Zahlen*, und „L'Humanité“ wäre längst vom Markt, wenn die Kommunistische Partei ihr Sprachrohr nicht mit Millionenspritzen künstlich am Leben erhielte.

Erfolg dagegen haben die politisch rechts stehenden Zeitungen wie „Le Figaro“ und „Le Quotidien“. Erfolg hat auch die einst von Jean-Paul Sartre gegründete „Libération“, seit sie von ihrer ultralinken Position abrückte und zu einer lebendigen, kritischen Zeitung wurde. Die Leser, die „Libération“ mit dieser neuen Linie gewann, waren zum großen Teil ehemalige Leser von „Le Monde“.

(SAD)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klåre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Rainer Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 46.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

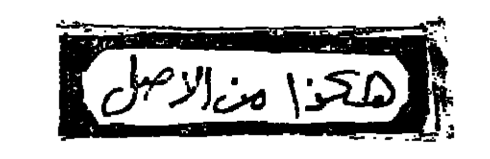
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Enttäuschende Wende

„Medien: SPD signalisiert Bereitschaft zur Einigung"; WELT vom 22. November

Statt den sozialdemokratisch regierten Ländern dankbar dafür sein zu können, daß sie die im Oktober in Bremerhaven getroffene Einigung der Ministerpräsidenten und Regierenden Bürgermeister auf einen Staatsvertrag zur Neuordnug der Medien im nachhinein verworfen haben, wird in der Berichterstattung der WELT eine enttäuschende Wende angekündigt. Nach ihr sieht es nunmehr so aus, als wenn die CDU/CSU-regierten Länder sich nunmehr noch weiter über den Tisch ziehen lassen wollen, als ihnen das bereits im Oktober mit erheblichen Zugeständnissen zum Nachteil der Wettbewerbslage der freien Medien passiert ist.

Mit Wohlverhalten kann man keine Monopole beseitigen, die sich immer mehr zur Geißel der Nation entfalten. Ob man eine bundeswehrfeindliche Morgenandacht im Hörfunk, Kommentare in unserem ach so ausgewogenen 1. oder 2. Fernsehprogramm oder gar das immer nur den Stachel im Auge westlich orientierter Politiker sehende Kritische Tagebuch (WDR III) empfängt, man wird einfach ständig an die Sendungen erinnert, die wir Älteren noch aus dem Kriege im Ohr haben.

Da stellt sich die Frage, ob dieser Meinungsterror, der vielen noch allzu gut aus der NS-Zeit bekannt ist, nun in neuem Gewand als Dauermonopol verewigt werden soll, ohne dem angeblich – dann aber offensichtlich doch nicht – mündigen Bürger es selbst zu überlassen, ob er die öffentlichen Medien gebührenpflichtig weiterempfangen will, daneben auch freie Sendungen empfangen möchte oder seinen Empfänger plombieren läßt, um nur und gebührenfrei freie Sendungen zu empfangen. Wer die WELT lesen möchte, braucht auch nicht den „Vorwärts" mitzubestellen, obwohl er letzteren – wie bereits die meisten SPD-Mitglieder auch – nur gelangweilt zur Seite legen würde.

Die Ausgewogeheit wird bei mehreren, miteinander konkurrierenden Sendern wie bei den Zeitschriften durch das vielseitige Angebot gewährleistet, wobei der Markt dann entscheidet, wer besser, ausgewogener und schneller mit seinen Meldungen, Berichte und Unterhaltungssendungen zur Stelle ist. Die einzelnen Sender und deren Programme werden sich natürlich inhaltlich und in ihrer gesellschaftspolitischen Ausrichtung voneinander unterscheiden, wie das z. B. heute der „Bayernkurier" und die „Frankfurter Rundschau" tun, ohne daß der Staat beiden Blättern vorschreibt, wie ausgewogen sie sein müssen und was darunter zu verstehen ist.

Ein staatliches Rundfunk- und Fersehmonopol ist in einer Demokratie fehl am Platz.

Dr. Fritz Stangen, Bonn

Pflicht zur Bundestreue

„Pflicht zur Bundestreue"; WELT vom 27. November

Der Kollege Professor Scholz, Berliner Senator für Bundesangelegenheiten (CDU), hat es für angebracht gehalten, die Länder an ihre „Pflicht zur Bundestreue" zu erinnern. Er hat versucht den Eindruck zu vermitteln, als wäre das Land Hessen Adressat notwendiger rechtsstaatlicher Belehrungen. Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Sachliche Prüfung seiner sog. Beispiele entpuppen diesen Gastkommentar als nicht stichhaltig:

Zum Beispiel NUKEM II: Die Hessische Landesregierung hat bei ihren schwierigen Auseinandersetzungen mit den „Grünen" stets darauf hingewiesen, daß für die Sachentscheidung nicht das Land, sondern nur der Bund zuständig ist. Das Land wird hier nur tätig in Auftragsverwaltung. Es vollzieht freilich rechtsstaatliche Pflichten. Darüber droht – zu unserem Bedauern – das Bündnis zwischen SPD und Grünen im Landtag zu brechen. Brauchen wir da noch Belehrungen über unsere Pflicht zur Bundestreue?

Zum Beispiel „atomwaffenfreie Zone": Wie Staatsrechtslehrer Scholz weiß, sind die Entscheidungen einzelner Kommunen, sich zur „atomwaffenfreien Zone" zu erklären, rechtlich ungeklärt. Das Land Hessen hat sich als Kommunalaufsicht in dieser ungeklärten Situation für Zurückhaltung und damit für den Vorrang der kommunalen Selbstverwaltung entschieden. Mit mangelnder Bundestreue hat dies rein gar nichts zu tun, allenfalls mit Liberalität und Respekt vor den Willensbekundungen kommunaler Parlamente.

Zum Beispiel Ausländerrecht: Es ist wahr, das Land Hessen hat sich dem Ziel von Innenminister Zimmermann entgegengestellt, das Nachzugsalter der Ausländerkinder auf sechs Jahre zu begrenzen. Dazu hat das Land Hessen das Recht, solange keine andere bundesgesetzliche Regelung existiert. Hier wissen wir uns einig mit allen humanitären Organisationen, allen voran den Kirchen, die sich nachdrücklich gegen Nachzugsbeschränkungen für ausländische Kinder ausgesprochen haben. Darf ich den Staatsrechtler an den grundrechtlich gesicherten Schutz der Familie erinnern? Wenn es hier Rechtsbruch gibt, dann durch den Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann, der sich weigert Landesrecht auszuführen.

Zum Beispiel Startbahn und Nachtflugverbot: Die Hessische Landesregierung hat wie keine andere gegen erhebliche Widerstände aus gesamtstaatlicher Verantwortung für den Bau der Startbahn West gearbeitet. Auf dem Frankfurter Flughafen gibt es (anders als in Berlin, Herr Senator) kein Nachtflugverbot zum Schutze der betroffenen Bevölkerung. Es existieren lediglich nunmehr verschärfte Nachtflugbeschränkungen, ohne daß de der Bund widersprochen hätte.

Hessen ist, wie sich zeigt, über jeden Verdacht erhaben, es mangele ihm an Bundestreue. Oder geht es dem Verfasser nur darum, „Bundestreue" gegen förderative Vielfalt vorzubringen? Da wird Hessen nicht dabei sein können. Wir werden weiterhin durch unsere Landespolitik fortschrittliches Gegenbeispiel zur konservativen Bundespolitik sein. Durch unsere Initiativen in Wiesbaden wie in Bonn werden wir durch aktive Beschäftigungs-, Umwelt- und Sozialpolitik Gegengewicht zur konservativen Bonner Wende bleiben.

Dr. Christa Czempiel, Staatssekretärin, Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund

Vertrauensärzte

„In den Fußspuren Blanks"; WELT vom 20. November

Zur Feststellung von Minister Blüm, eine Kostenlawine rase auf uns zu und das Gesundheitswesen werde den Sozialstaat „auffressen", möchte ich bemerken, daß hierzu zu einem beträchtlichen Teil die unter der sozial-liberalen Regierung eingeführte Einschränkung des vertrauensärztlichen Dienstes der Krankenkassen beigetragen hat. Regelmäßige Kontrollen der arbeitsunfähig Geschriebenen, gründlichere Begutachtungen der Anträge auf Gesundheitsmaßnahmen (Kuren, Heil- und Hilfsmittel, Umschulungen u. a.) und Beratungsvorschläge für die behandelnden Ärzte bezüglich der Behandlung könnten meines Erachtens erhebliche Einsparungen bringen.

Obwohl es zur Wiederauffüllung des überalterten vertrauensärztlichen Dienstes erfahrener Ärzte bedarf, müßten auch jüngere Ärzte für diese Tätigkeit gewonnen werden, deren Möglichkeiten in bezug auf genaue Diagnosestellung und bestmögliche Hilfe für die Kranken ich in fast 30jähriger Tätigkeit in der Sozialversicherung geschätzt habe.

Dr. R. Nickusch, Bad Salzschlirf

Wort des Tages

„Es gibt zwei Arten von Konservativität, die eine, die nur gewordene Interessen und Zustände verteidigen will; die andere glaubt an eine letzte Bindung des Menschen, sie glaubt an Gott, den wir nie überholen und nie durch eigene Leistungen ersetzen können. Solches Festhalten am Letzten, Unwiderruflichen aber macht den Menschen gerade frei, seine eigenen Interessen zurückzustellen um der größeren Verantwortung willen, die auf ihm liegt."

Joseph Kardinal Ratzinger, deutscher Theologe (geb. 1927)

Nur Verarbeitung

Sehr geehrte Herren,

im Zusammenhang mit den rotgrünen Auseinandersetzungen haben Sie in der WELT vom 22. November auf Seite 1 „Börner mußte Bonns Bedenken kennen", und weiter bereits im ersten Satz die Meldung verbreitet: „... bei der neuen Urananreicherungsanlage der NUKEM GmbH".

Diese Meldung ist nicht richtig, da die NUKEM kein Uran anreichert. Die NUKEM verarbeitet Uran zu Brennelementen für den Einsatz in Materialtest-, Forschungs- und Hochtemperaturreaktoren. Dieses Material wird der NUKEM von den Reaktorbetreibern beigestellt. Die Anreicherung selbst erfolgt in getrennten Anreicherungsanlagen, z. B. in den USA.

Ich bitte Sie um eine entsprechende Richtigstellung.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. K. Hackstein, NUKEM Hanaus II

Personalien

EHRUNGEN

Der in München lebende Historiker Professor **Thomas Nipperdey** (57) erhält als zweite Persönlichkeit den mit 20 000 Mark dotierten Historikerpreis der Stadt Münster. Nach der Preisverleihung am Sonntag durch Oberbürgermeister Dr. **Jörg Twenhöven** in Münsters historischem Rathaus wird der amerikanische Historiker Professor **Gordon A. Craig** (Stanford) die Laudatio halten. Craig war 1981 der erste Preisträger dieses im gleichen Jahr gestifteten Preises. Die Stadt hatte die Auszeichnung zur 330-Jahr-Feier des 1648 in Münster geschlossenen westfälischen Friedens gestiftet. Nipperdey wurde der Historikerpreis für sein Werk „Deutsche Geschichte 1800–1860" zuerkannt, das nach dem Urteil der Jury dem „hohen Anspruch des Preises in vorbildlicher Weise gerecht wird".

*

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde **Richard Ernst Heil** ausgezeichnet. Der Frankfurter Architekt erhält die Verdienstmedaille für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit beim Architekten- und Ingenieurverein, beim Bund Deutscher Architekten und bei der Architektenkammer Hessen. Ungeachtet seiner starken beruflichen Inanspruchnahme hat er sich diesen berufsständischen Organisationen mit unermüdlicher Schaffenskraft zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hat sich Richard Ernst Heil besonders stark engagiert für Bauten des Sozialwesens, gewerkschaftliche Schulungs- und Bildungseinrichtungen sowie Bauten für Freizeit und Erholung.

*

Hans-Kurt Weckert, 64, Geschäftsführer der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng GmbH in Frankfurt, wurde das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Weckert ist seit 1969 Mitglied der Geschäftsleitung von Deutschlands ältester Wirtschaftsauskunftei.

*

Der Marburger Physiker Dr. **Stephan Thomae** ist für seine jahrelangen Forschungen in der Arbeitsgruppe „Statistische Physik" der Philipps-Universität auf dem Gebiet der „nichtlinearen Dynamik" mit einem Preis der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen ausgezeichnet worden. Dr. Thomae hat von 1977 bis 1982 dabei vor allem Erscheinungen untersucht, die trotz wohldeterminierter klassischer Gesetze ein zeitweise unvorhersagbares und chaotisches Verhalten zeigen, wie beispielsweise beim Umschlagen von Strömungen von geordnet in turbulent. Ein solches Phänomen ist sehr gut bei aufsteigendem Zigarettenrauch zu beobachten.

*

Eine hohe wissenschaftliche Auszeichnung erhielt Professor Dr. **Eberhard Grunert** (Tierärztliche Hochschule Hannover): Die Universität Zürich verlieh ihm den Walter-Frei-Preis für Tiermedizin. Nach den Bestimmungen der Walter-Frei-Stiftung sollen mit diesem Preis Forscher geehrt werden, die auf dem Gebiet der Tiermedizin über internationales Ansehen verfügen. Professor Grunert ist unter den bisher fünf Preisträgern der erste Kliniker.

DIPLOMATEN

Der „Multibotschafter" des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik, **Johannes Reitberger**, vertritt Bonn in zehn Staaten gleichzeitig. Seine Akkreditierung bei der Föderation von St. Christoph und Nevis wurde jetzt vom Auswärigen Amt bekanntgegeben. Reitberger repräsentiert die Bundesrepublik unter anderem auch in den winzigen Inselstaaten Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Grenada, Guayana, St. Lucia, St. Vincent und auf den Grenadinen sowie in Surinam. Zu den früheren Auslandsposten des 60jährigen ehemaligen Redakteurs gehören Canberra, Dakar und Istanbul sowie als Generalkonsul auch Basel und als Botschafter in Afrika Niamey und Lomé.

*

Das Auswärtige Amt schickt **Michael Geier** als neuen Botschafter nach Ouagadougou, Obervolta. Der gebürtige Paderborner, Jahrgang 1944, studierte in Bonn Jura. 1973 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Zu seinen ersten Auslandsposten gehörten São Paulo und Rio de Janeiro. Von 1979 bis 1982 war er ständiger Vertreter des Botschafters in Maputo, Moçambique.

*

Die Französin **Odile Villeroy de Galhau** erhielt von der Bundesregierung das Exequatur als Honorarkonsulin in Saarlouis. Der Konsularbezirk umfaßt die Kreise Saarlouis und Merzig-Wadern. Übergeordnet ist das Generalkonsulat in Saarbrükken.

WAHLEN

Der Bayerische Landtag hat Frau **Edda Huther**, Vorsitzende Richterin am Landgericht Landshut zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt. Frau Huther wird Nachfolgerin des Vorsitzenden Richters am Oberlandesgericht Nürnberg, Dr. **August Schmidt**, der in den Ruhestand getreten ist. Frau Huther ist die erste Frau, die dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof als berufsrichterliches Mitglied angehört.

*

Zum neuen Präsidenten der Bundesapothekerkammer (Sitz Frankfurt) ist der Apotheker **Hans-Günther Friese** (Fröndenberg/Westfalen), Präsident der Apothekerkammer Westfalen-Lippe, gewählt worden. Friese tritt die Nachfolge von Dr. **Heinrich Morf** (Flensburg) an, der dieses Amt vier Jahre innehatte. Neuer Vizepräsident wurde Dr. **Hermann Vogel** aus München, der Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer.

Ein Gibraltar-Erfolg soll Gonzalez stützen

Der Affenfelsen und Spaniens Verbleib in der NATO

ROLF GÖRTZ, Madrid

Das britisch-spanische Übereinkommen über die Zukunft Gibraltars werten die Spanier in Presse-Kommentaren und Gesprächen als einen Erfolg der Regierung Gonzalez. Wie die Außenministers Spaniens und Englands – Fernando Morán und Geoffrey Howe – vereinbarten, wird Spanien – wahrscheinlich am 15. Februar kommenden Jahres – die nunmehr eineinhalb Jahrzehnte andauernde Blockade endgültig aufheben. Der seit einiger Zeit für den kleinen Grenzverkehr geöffnete Grenzzaun auf dem Isthmus soll nun auch für den Warenaustausch und den Touristenverkehr geöffnet werden.

Spanien hatte sich bei der Schließung des Zaunes vor 15 Jahren auf den Wortlaut des Vertrages von Utrecht aus dem Jahre 1712 berufen. Die britische Regierung sichert den Spaniern für die Öffnung die in Europa geltende Freizügigkeit zu. Danach sollen in Zukunft auch Spanier wieder in Gibraltar arbeiten und wohnen können.

Bündnistreue fördern

Der entscheidende Punkt der britisch-spanischen Vereinbarungen von Brüssel aber liegt in der Bereitschaft Londons, auch über die Hoheitsrechte des Felsens verhandeln zu wollen. In allen bisherigen britisch-spanischen Gesprächen um den Affenfelsen wies London strikt jedes Entgegenkommen in der Frage der Souveränität weit von sich. In Madrid vermutet man deshalb, daß das britische Einlenken einem übergeordneten Konzept zugeschrieben werden müsse: nämlich der vollen Eingliederung Spaniens in die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft.

Nach spanischen Vorstellungen sollen Präsident Ronald Reagan und Premierministerin Margaret Thatcher übereingekommen sein, die Regierung Gonzalez in ihrer Bündnistreue gegenüber dem starken kritischen Flügel der Regierungspartei zu unterstützen. Ministerpräsident Felipe Gonzalez muß am 12. Dezember bei dem Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), deren Generalsekretär er ist, Erfolge aufweisen können, will er den Widerstand gegen die NATO unter den Sozialisten überwinden. Gegen den Verbleib in der NATO hat sich zuletzt die Sozialistische Partei Kataloniens ausgesprochen. Bei ihrem Regionalkongreß forderte sie am letzten Wochenende ganz trocken den Austritt Spaniens aus der NATO. Verteidigungsminister Serra, der aus Katalonien kommt, konnte erst nach zähen Verhandlungen erreichen, daß diese Forderung vom katalanischen Programm gestrichen und der Diskussion auf dem Parteikongreß in Madrid überlassen wurde.

Wie Hongkong?

Trotz der britischen Versicherung, „niemals gegen den Willen der Bevölkerung von Gibraltar zu handeln", herrscht auf dem Affenfelsen selbst Erregung und Niedergeschlagenheit. Dem Chefminister Sir Joshua Hassan wirft die linke Opposition vor, Gibraltar „verraten" zu haben. „Das eine ist über die Souveränität zu reden, das andere sie zu übergeben", wehrte sich Hassan gegen die erregte Stimmung. Der WELT gegenüber hatte Sir Joshua schon vor einiger Zeit erklärt, daß ein Kondominium gemeinsamer britisch-spanischer Hoheit über den Felsen von der Bevölkerung akzeptiert werden könne. Ohnehin hat Spanien schon zu Francos Zeiten der Bevölkerung die Sonderrechte des Freihafens und die britische Staatsangehörigkeit zugesichert.

Nach den britisch-chinesischen Verhandlungen über Hongkong, wo über fünf Millionen bisher britische Chinesen der Pekinger Regierung unterstellt werden sollen, fürchten die 30 000 Bewohner Gibraltars nunmehr Spanien „überantwortet" zu werden.

„Ob Franco oder Felipe – wir wollen mit Madrid nichts zu tun haben", ist die Antwort der Mehrheit der Gibraltarer auf manche ungeschickte Äußerungen in Madrid. „Es ist die Arroganz auch in der spanischen Presse, die wir nicht ausstehen können", sagen die Bewohner des Felsens, die selbst überwiegend spanischer Abstammung sind.

Sir Joshua gab der WELT gegenüber offen zu, daß eine Selbständigkeit Gibraltars an einer strategisch so bedeutenden Stelle „völlig ausgeschlossen" bleibt. Es läge an den Spaniern durch eine Änderung ihrer Haltung den Menschen gegenüber ein besseres Klima zu schaffen.



Haushaltsdebatte in Moskau

Der sowjetische Haushalt ist eine ernste Sache. Darüber äußert man sich in Moskau am besten nur offen, geschlossen und ohne Widerspruch, so wie der Oberste Sowjet dieser Tage. In der ersten Reihe ließ sich dabei die Troika fotografieren, die derzeit die Machtbalance im Kreml personalisiert: Andrej Gromyko (links), Nikolai Tichonow, Konstantin Tschernenko. Verteidigungsminister Ustinow, der eigentlich auch in diese Reihe gehört, konnte wegen Krankheit an der Einmütigkeit nicht teilnehmen. FOTO:AP

Gegenseitiges Lob Iran – Türkei

AFP, Ankara

Die „Freundschaftsbeziehungen" zwischen der Türkei und Iran haben sich, *nach einer deutlichen* Abkühlung im vergangenen Monat bei einem Ankara-Besuch des stellvertretenden Teheraner Außenministers Hussein Seyhulislam wieder deutlich verbessert. Ein Sprecher des türkischen Außenministeriums begrüßte gestern die „positiven" Ergebnisse des Besuchs. Er habe beiden Ländern Gelegenheit geboten, ihre „nutzbringenden Beziehungen voranzubringen". Seyhulislam bezeichnete am Mittwoch seinerseits diese Beziehungen als die „engsten und herzlichsten unter islamischen Ländern".

Im Oktober hatte Teheran heftig auf ein Abkommen reagiert, das es der Türkei ermöglichte, kurdische Rebellen bis auf irakisches Territorium zu verfolgen. Iran hatte hierin eine „Gefahr für die Sicherheit der gesamten Region" erblickt.

Hungerkatastrophe auch in Tschad?

dpa, Bonn

Die UNO befürchtet in Tschad eine Hungerkatastrophe wie in Äthiopien, wenn nicht schnellstens Lebensmittel in diesen Staat geliefert werden. Ein Vertreter des UNO-Entwicklungsprogramms (UNDP) nannte die Situation in Tschad gestern sehr ernst. Einige Tausend Menschen seien bereits verhungert, die Zahl der unmittelbar bedrohten Bewohner bezifferte der UNO-Beamte auf insgesamt 200 000. Tschad erlebe nach den Kriegswirren die größte Dürre seit Menschengedenken.

Eine Katastrophe bahne sich auch in der äthiopischen Provinz Ogaden an. Auch in dem zwischen Äthiopien und Somalia umstrittenen Gebiet müßten Hunderttausende verhungern, wenn nicht bis Februar Nahrungsmittel herbeigeschafft würden. Die ersten Hilfslieferungen an Äthiopien seien inzwischen in die Hungergebiete gebracht worden.

Ali Agca: „Ich wurde bedroht"

AFP, Ankara

Der türkische Papst-Attentäter Ali Agca will in seinem römischen Gefängnis Drohungen von den Geheimdiensten der Sowjetunion und Bulgariens erhalten haben. In einem gestern veröffentlichten Brief an die türkische Zeitung „Hürriyet" verwahrte sich Agca gegen diese Bedrohungen und warnte die Geheimdienste vor einem „falschen Schritt".

Der am 16. November aufgesetzte Brief des zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilten Türken war von der Gefängnisverwaltung kontrolliert und am 21. November abgeschickt worden. Agca betonte darin, daß ihn sowjetische und bulgarische Einschüchterungsversuche „nicht davon abbringen können, auf dem von mir gewählten Weg weiterzugehen". Er habe – so der Papst-Attentäter – mit seinen Aussagen und seiner Haltung „vor der Weltöffentlichkeit Terrorismus und Gewalt angeprangert".

China sucht wieder enge Kontakte mit Nahost

Riad zeigt mehr Interesse für kommunistische Staaten

MUNIR D. AHMED, Hamburg

Die Volksrepublik China hat ihr Interesse am Nahen Osten wieder entdeckt und ihre Orientdiplomatie aktiviert. Das jüngste Ergebnis: Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) nahmen als drittes Mitglied im Golf-Kooperationsrat am 1. November diplomatische Beziehungen mit Peking auf. Bei den anderen beiden Staaten handelt es sich um Oman und Kuwait. In Anbetracht des wachsenden Einflusses der Sowjetunion im Nahen Osten, speziell in der Golfregion, kommt dem Botschafteraustausch zwischen der Volksrepublik China und den VAE zum jetzigen Zeitpunkt eine besondere Bedeutung zu.

Die Sowjetunion bemüht sich ebenfalls seit langem um Kontakte zu der VAE. Vor kurzem wurde ihr die Errichtung einer Handelsvertretung in Abu Dhabi gestattet. Man spricht bereits von der Absicht der VAE, in absehbarer Zeit diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion aufnehmen zu wollen.

Dies würde aber eine zumindest stillschweigende Zustimmung Saudi-Arabiens voraussetzen. Bisher unterhält lediglich Kuwait als einziges Mitglied des Golf-Kooperationsrates diplomatische Beziehungen mit den Ostblockstaaten.

Handel über Hongkong

Augenscheinlich vollzieht sich seit einiger Zeit ein Wandel in der saudischen Politik gegenüber den kommunistischen Staaten. Der saudische Außenminister Prinz Saud al-Faisal besuchte 1982 als Mitglied einer Delegation der Arabischen Liga sowohl die Sowjetunion als auch die Volksrepublik China. Zuvor war 1981 der gegenwärtige König Fahd, damals noch Kronprinz und Außenminister, in Mexiko am Rande einer Konferenz mit dem chinesischen Premierminister Zhao Ziyang zusammengetroffen.

Saudi-Arabien hat bisher eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den kommunistischen Staaten strikt abgelehnt. Nichtsdestotrotz findet zwischen Saudi-Arabien und der Volksrepublik China Handel über Hongkong statt. 1983 lieferte die Volksrepublik China Waren im Gesamtwert von 300 Millionen US-Dollar an Saudi-Arabien.

Zwischen diesen beiden Staaten existiert darüber hinaus eine Zusammenarbeit besonderer Art. Saudi-Arabien finanziert Entwicklungsvorhaben in Nordjemen, deren Durchführung der Volksrepublik China anvertraut ist. Dazu zählen unter anderem Straßenbau und die Errichtung zweier Fabriken (Textil und Baumwollkernenöl) in der Hafenstadt Hodeida, wo die Chinesen vor 14 Jahren den Hafen errichteten. Über diese Zusammenarbeit soll sogar eine schriftliche Vereinbarung zwischen den beteiligten drei Staaten existieren.

Zum Nachteil Israels

Die Volksrepublik China legt großen Wert auf Beziehungen zur arabischen Welt. Dies kommt unter anderem durch ihre Unterstützung – keinesfalls nur politische, sondern auch finanzielle – zum Ausdruck. Sowohl der Fahd-Plan für die Lösung des Nahost-Konflikts als auch der Fez-Plan der Arabischen Liga fanden die chinesische Billigung.

Der Leidtragende dieser Politik ist Israel, dessen Begehren nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Volksrepublik China stets mit dem Hinweis auf die Rechte der Palästinenser zurückgewiesen hat, die nach ihrer Meinung von Israel nicht beachtet werden. Israels Premierminister Peres *führte* kürzlich aus: „Wir werden noch einmal an die Tür des mächtigen China anklopfen." Es ist die Rede von der Wiedereröffnung des vor sieben Jahren aus finanziellen Gründen geschlossenen israelischen Konsulats in Hongkong.

Jordaniens König Hussein besuchte die Volksrepublik in den vergangenen zwei Jahren gleich zweimal und empfing im März dieses Jahres den chinesischen Präsidenten Li Xiannian in Amman. Wohl daraus resultiert der bemerkenswerte Auftrag, den die jordanische Firma United Trading Comp. (UTC) vom chinesischen Ministerium für Wasser und Elektrizität erhalten hat. Sie soll vier Kernkraftreaktoren an China liefern. Die UTC steht derzeit mit den einschlägigen europäischen Herstellern von Kernkraftreaktoren in Verbindung.

EUROPAPOKAL / Trotz Sieg: Hamburg bleibt nur noch die Hoffnung – 1. FC Köln: Toni Schumachers große Schelte

Uwe Seeler: „Der HSV ist nicht mehr, was er mal war“

ULRICH DOST, Hamburg

Wie ist denn nun das Glas aus der Sicht des Hamburger SV: Halbvoll oder halbleer? Gewonnen haben sie mit 2:1 über Inter Mailand, gerechter aber wäre ein Unentschieden gewesen. Doch was heißt dies schon im Fußball, wo einzig und allein die Tore zählen. Wie auch immer, die andere Hälfte des Glases haben die Hamburger mit Hoffnung gefüllt, mehr können sie zunächst einmal nicht tun. Reicht das aber aus, um am 12. Dezember beim Rückspiel in Mailand zu bestehen, und um das Viertelfinale im UEFA-Pokal zu erreichen?

Die Hamburger wären schlechte Sportler, würden sie schon jetzt die Flinte ins Korn werfen, würden sie sich von der Leistung der Mailänder, die überraschend stark war, einschüchtern lassen oder gar erschrekken vor dem, was Karl-Heinz Rummenigge ihnen prophezeit hat: „Eine Stimmung wie in Mailand haben die Hamburger noch nie erlebt. Das wird ein Spektakel.“ Angst kenne er nicht, hat Hamburgs Trainer Ernst Happel später gesagt, gegen italienische Mannschaften habe er noch nie verloren. Die Spieler machen sich ebenfalls Mut. Torwart Uli Stein: „Nach dem 2:1 haben wir jetzt auch unsere Chance. Wolfgang Rolff: „In Mailand wird es für uns leichter, als es hier in Hamburg war.“ Wolfram Wuttke: „Wir geben noch längst nicht auf.“ Bestätigt sieht sich Manager Günter Netzer: „Ich habe immer gesagt, daß die Entscheidung erst im Rückspiel in Mailand fallen wird.“ Netzer vertraut darauf, daß der HSV auswärts im Europapokal immer zumindest ein Tor erzielt hat. Sie müssen so reden und so denken, das zweite Tor von Thomas von Heesen in der 80. Minute gibt ihnen das Recht dazu. Es erscheint jedoch sehr blauäugig, wenn sich die Hamburger allein auf Zahlen und Statistiken verlassen sollten. Das einzige, worauf sich bauen läßt, ist eine starke Leistung. Aber gerade damit hapert es bei ihnen, nicht erst seit diesem Sieg über Inter Mailand. Sie schaffen es nur noch, phasenweise den Beleg zu liefern, daß sie noch eine Mannschaft von europäischem Spitzenformat sind. Aber was nutzen einem Dreispringer zwei gute Sprünge, wenn er jedesmal den wichtigen und entscheidenden dritten verpatzt? Der HSV von heute, das ist eine Mannschaft, die als taktisches Rüstzeug lediglich noch den Trick mit der Abseitsfalle mitbringt, und die klappt auch nicht immer, sonst hätte Rummenigge nicht einmal völlig alleine auf Torwart Stein zulaufen können

Die Pokalergebnisse

Im UEFA-Pokal-Wettbewerb gab es in den Hinspielen des Achtelfinales folgende Ergebnisse:

Moskau – 1. FC Köln	1:0 (1:0)
Hamburg – Inter Mailand	2:1 (1:0)
Anderlecht – Real Madrid	3:0 (0:0)
Craiova – Sarajevo	2:0 (2:0)
Lodz – Dynamo Minsk	0:2 (0:1)
Tottenham – Boh. Prag	2:0 (1:0)
Manch.United – Dundee	2:2 (1:0)
Szekesfehervar – Belgrad	5:0 (1:0)

Die Rückspiele des Achtelfinales werden am 12. Dezember ausgetragen. *Die nächste Runde findet am 6. und 20. März 1985 statt.*

Das ist zu wenig, um von einer eingespielten Mannschaft zu sprechen. Uwe Seeler, der Hamburger Alt-Internationale, sieht es so: „Der HSV ist hinten nicht mehr stabil genug. Felix Magath hat überhaupt keinen Mut mehr und vorne haben wir auch nicht die richtigen Leute. Wir sind nicht mehr so gut, wie wir mal waren.“ Auch Manfred Kaltz hat erkannt, daß er nicht mehr in einer Spitzenmannschaft spielt. Als Verteidiger glaubt er zu wissen, wo der Hebel anzusetzen ist: „Wir haben jetzt in der zweiten Saison hintereinander keine torgefährlichen Stürmer mehr. Aber das ist Sache der Leute, die die Spieler kaufen und verkaufen.“ Uli Stein: „Es wäre sinnvoll, kurzfristig einen Stürmer zu kaufen, aber ich kenne die HSV-Finanzen nicht und will mich nicht in die Personalpolitik einmischen.“

Mark McGhee, der Schotte, ist immer noch ein Fremdkörper in der Mannschaft, obwohl er bestimmt mehr kann, als er derzeit zeigt. Wuttke ist zu oft auf sich allein gestellt. Aber auch im Mittelfeld gibt es keine Bindung. Es war nun einmal so: Als Felix Magath ging, wurde der HSV stärker. Die Oberschenkelzerrung machte dem Hamburger Spielmacher wieder zu schaffen. Franz Beckenbauer, der sich für Magaths Rückkehr in die Nationalmannschaft stark gemacht hat, bekam Sorgenfalten auf der Stirn. Er meinte: „Vielleicht sollte man ihn auch einmal in die italienische Sonne schicken, die Rummenigge so stark gemacht hat.“

Magath selbst nimmt seine schlechte Form und die Verletzung derzeit besonders schlimm mit. Ohne viel Worte war er nach dem 2:1 gegen die Italiener schnell verschwunden. Nur eine Aussage ließ er sich entlokken: „Die Hinrunde ist für mich beendet.“ Franz Beckenbauer täte gut daran, für das Qualifikationsspiel am 16. Dezember auf Malta ohne den Hamburger Spielmacher zu planen.

Warum Trainer Ernst Happel die meiste Zeit den doch eher eckigen Ditmar Jakobs gegen den wendigen Karl-Heinz Rummenigge stellte, wird er mit sich selber ausmachen müssen. Jakobs war mit seiner Aufgabe total überfordert. Eigentlich hätte Rummenigge noch zwei weitere Treffer erzielen müssen, dann wäre das Rückspiel tatsächlich nur zu einer Formsache geworden. Warum ließ Happel nicht den jungen, dynamischen Michael Schröder das Laufduell mit Rummenigge aufnehmen? Die ohnehin instabile Abwehr um den ebenfalls überforderten Libero Jürgen Groh wurde somit nur noch anfälliger. Happel, der Taktiker, muß sich etwas einfallen lassen. Mit den Leuten, die ihm derzeit zur Verfügung stehen, wird er leben müssen.



Fassungs- und sprachlos: Mailands Verteidiger Andrea Mandorlini und Torwart Recchi. FOTO AP

Trainer Löhr will nun Fraktur reden

sid dpa, Tiflis

Die Reise des 1. FC Köln zum Achtelfinal-Hinspiel im Uefa-Pokal gegen Spartak Moskau in Tiflis wird kein Nachspiel haben. Der Bundesligaklub verzichtet auf einen Protest bei der Europäischen Fußball-Union (Uefa), nachdem er in zwei Tagen insgesamt 23 Stunden unterwegs war und vor allem bei der Zwischenlandung in Moskau nur sehr schleppend abgefertigt worden war. „Ein Protest hat keine Aussicht auf Erfolg“, sagte Kölns Geschäftsführer Michael Meier.

Nach einer zwölfstündigen Anfahrt in die georgische Hauptstadt, in die der sowjetische Vize-Meister aus klimatischen Gründen ausgewichen war, wurde auch die Rückkehr nach der schmeichelhaften 0:1 (0:1)-Niederlage eine Geduldsprobe. Am Donnerstag morgen um sechs Uhr trafen die übermüdeten Spieler auf dem Flughafen Köln-Wahn ein.

Daß die Klubfahne nicht auf Halbmast hing, dafür hatte Nationaltorhüter Harald Schumacher gesorgt. Was der trotz gerissener Fingersehne hielt, erntete auch in der UdSSR Bewunderung.

„Auch mit Schmerzen gebe ich mein letztes. Wenn andere Fehler machen, versuche ich, sie auszubügeln, von den anderen erwarte ich aber dasselbe. Wenn das zu viel verlangt ist, komme ich mir etwas dumm vor.“ Mit dieser Aussage bezweifelte der deutsche Nationaltorhüter die totale Einsatzbereitschaft seiner Vorderleute, die 45 Minuten lang ängstlich spielten und im Angriff auch danach harmlos blieben. Trainer Hennes Löhr forderte gleichfalls: „Mehr Mumm.“ Und: „Ich werde mit den Jungs nun Fraktur reden.“

„Wer weiter kommt, weiß keiner. Vom 1. FC Köln hatten wir mehr erwartet.“ So kommentierte Spartak Moskaus Trainer Beskow – den sie in der Sowjetunion nur das „Großmaul“ nennen – das 1:0 von Tiflis, das Paul Steiner am schnellsten verdaute. Kaum hatte der strapaziöse Nachtflug heim nach Köln begonnen, da stibitzte er der Stewardeß eine Flasche Cognac vom Getränkewagen und trank „darauf, daß wir nicht höher verloren haben“.

Das hätte in der Tat passieren können, denn selbst Kapitän Allofs („Es ist noch alles drin. Unsere Chancen stehen nun 60:40“) beklagte zu Recht mangelnde Unterstützung. Doch auch er und Pierre Littbarski ließen sich in Tiflis allzuleicht den Schneid abkaufen. Flanken und Schüsse fehlten fast völlig, es gab schlimme Patzer, das Kölner Mittelfeld versagte. Vor allem Hönerbach (gegen Gawrilow überfordert), Hartwig und Bein empfahlen sich für die Ersatzbank.

Allofs Fazit: „Mit der Unterstützung der Kölner Zuschauer müssen wir Spartak niederkämpfen.“

SCHACH-WM / Remis

Kasparow verschärfte

LUDEK PACHMAN, Bonn

Eine Überraschung in der 28. Partie des Weltmeisterschaftskampfes zwischen Titelverteidiger Anatolij Karpow und Herausforderer Kasparow in Moskau: Beim Stande von 0:5 wählte der Herausforderer – übrigens zum erstenmal in diesem Wettkampf und zum erstenmal nach langer Zeit – den Eröffnungszug „e4“ und opferte bald einen Bauern, um das Spiel zu verschärfen. Dieses Opfer ist allerdings nicht neu. So hat im vergangenen Jahr bereits Robert Hübner in der ersten Partie des Kandidaten-Wettkampfes gegen den sowjetischen Ex-Weltmeister Smyslow gespielt und damit in der Eröffnung einen klaren Vorteil erreicht.

Die Notation (Russische Partie, Weiß Kasparow)

1.e4 e5, 2.sf3 sf6, 3.sxe5 d6, 4.sf3 sxe4, 5.d4 d5, 6.Ld3 Sc6, 7.0-0 Lg4, 8.Te1 Le7, 9.c4 Sf6, 10.cxd LxSf3, 11.Dxf3 Dxd5, 12.Dh3 ...

Robert Hübner setzte in der erwähnten Partie mit 12.Dg3 Dxd4, 13.Sc3 fort und kam nach Td8? 14.Lb5! Td7, 15.Dxg7 Tg8, 16.Dh6 Sg4, 17.Df4 Kd8, 18.Dxd4 Txd4, 19.Lxc6 klar zum Vorteil. Schwarz hat jedoch hier bessere Verteidigungsmöglichkeiten nach 13...0-0 oder 0-0-0!

12... Sxd4, 13.Sc3 Dd7, 14.DxDd7+ KxDd7, 15.Le3 Se6,

Nicht so gut wäre Sc6, 16.Lb5 Ld6, 17.Tac1; die Fesselung des Sc6 ist ziemlich lästig.

16.Tad1 Ld6, 17.Lf5 Ke7,

Der schwarze König ist spürbar exponiert. Falls zum Beispiel a6 erfolgt (um 18.Sb5 zu verhindern), so folgt 18.Ld4 mit der Drohung, 19.Lxf6 nebst Sd5.

18.Sb5 Thd8, 19.Sxd6 cxd6,

Vorsicht, es gibt neue Fesselungen: Txd6?, 20.Lc5 mit Qualitätsgewinn!

20.h3 b6, 21.g4 h6, 22.Ld4 Tac8, 23.Lc3 g6, 24.Lc2 h5, 25.f3 Remis.

Schwarz hat einen Bauern mehr, muß jedoch mit seinen kurzschrittigen Springern gegen das sehr aktive weiße Läuferpaar kämpfen. Es hätte sich eher für Weiß gelohnt, das Spiel fortzusetzen!

STAND PUNKT

Zu Meister Hempel in die Lehre gehen

Die Klage ist nicht neu, aber dennoch akut: Deutsche Amateur-Radrennfahrer wechseln nur deshalb selten ins Profi-Lager über, weil sie sich dann finanziell schlechter stehen. Udo Hempel, Bundestrainer der Bahn-Amateure und sportlicher Leiter des Sechstage-Rennens von Bremen, hat dementsprechend aufgelistet, welche finanziellen Mittel einem deutschen Spitzen-Amateur zur Verfügung stehen können. Hempel kommt dabei pro Jahr auf eine Summe von 46 000 Mark netto, die sich aus Vereinszuwendungen (12 000 Mark), Sporthilfe (6000 Mark), Siegprämien (10 000 Mark), Wehrsold (3000 Mark) sowie Start- und Preisgeldern (15 000 Mark) zusammensetzt. Weil meistens obendrein das gesamte, teure Material und die Sportbekleidung gestellt werden, ist dies eine bessere Absicherung, als sie ein junger Profi erwarten kann.

Nun gilt aber der Sprung vom Amateur- ins Profi-Lager im Radsport deshalb als sinnvoll, weil diese Klasse nun einmal die Krone des Radsports darstellt. Denn bei den Profis werden mehr Rennen, härtere Rennen und vor allem längere Rennen gefahren als bei den Amateuren.

Wer also Profi wird, bedarf im Grunde erst einmal einer sorgfältigen Lehrzeit. In Holland zum Beispiel hat der ehemalige Sechstage-Star Peter Post für lernwillige Jung-Profis eine Art Sechstage-Schule eingeführt, die sich bestens bewährt hat. Hempel möchte nun ebenfalls den jungen Berufsradrennfahrern in den Sattel helfen.

Als Sportlicher Leiter des Bremer Sechstage-Rennens, plant er, die großen Profi-Stars – wie zum Beispiel den Holländer Rene Pijnen – mit jungen Fahrern zu einem Team zu verbinden. Das sind freilich Konzepte, die sich nicht ständig wiederholen lassen. Die Stars wollen auch gewinnen (und ordentlich Geld verdienen) und nicht nur in der höheren Kunst des Pedaltretens unterrichten.

Aber dennoch: Der Versuch Udo Hempels verdient Anerkennung. Denn im Profi-Radsport wird noch viel zu sehr auf den Zufall gesetzt, auf das große Talent, das ohnehin seinen Weg machen würde. Doch Talente wie Eddy Merckx wird es sicher nur einmal innerhalb eines Jahrhunderts geben, erstklassige Fahrer aber kann man heranbilden. Zum Beispiel so, wie es Peter Post versucht oder wie es jetzt Udo Hempel vorschlägt.

K. Bl.

FUSSBALL / Ein halbes Jahr Sperre für Bregman

„Das schlimmste Vergehen auf einem Fußballplatz“

MICHAEL NOVAK, Frankfurt

Trotz der drastischen Bestrafung hatte Kees Bregman seinen Humor nicht verloren. „Dann kann ich jetzt ja ins Altersheim gehen“, meinte der 37jährige holländische Libero des Zweitligaklubs Fortuna Köln, nachdem er durch das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) mit der Mindest-Sperre von sechs Monaten und zwei Wochen wegen Beleidigung und Tätlichkeit gegen Schiedsrichter Norbert Brückner (Darmstadt) belegt worden war.

Bregman droht damit trotz aller Beteuerungen, er sei dem Unparteiischen unabsichtlich auf den Fuß getreten, das jähe Ende der langen Laufbahn. „Ich bin halt kein einfacher Typ“, gestand Bregman: „Ohne mein spezielles Temperament würde ich in meinem Alter wohl nicht mehr im Profi-Geschäft stehen.“ Diese Hitzköpfigkeit wurde dem früheren Duisburger zum Nachteil ausgelegt.

So formulierte Georg Heigel (München) als Vertreter des DFB-Kontroll-Ausschusses: „Herr Bregman hat erklärt, ihm sei eine Sicherung durchgebrannt. Zudem wurde auch durch die Fernseh-Aufzeichnung deutlich, daß der Tritt auf den Fuß nicht aus Versehen, sondern ganz bewußt geschah.“

Heigel nannte eine Tätlichkeit gegen den Schiedsrichter „das schlimmste aller Vergehen auf dem Fußballplatz“. Dem müsse auch der Aspekt des Berufsverbotes weichen, den eine solche Strafe mit sich bringe.

In Sachen Bregman sah DFB-Justitiar Goetz Eilers eine Art Grenzfall, weil der Nachweis des absichtlichen Fehlverhaltens nur bedingt erbracht werden könne. „Solch ein Vorfall ist natürlich wesentlich schwieriger einzuordnen, als wenn ein Spieler jemanden eine Flasche auf den Kopf schlägt“, meinte Eilers. (sid)

NACHRICHTEN

Heute Bundesliga

Bonn (DW.) – Drei Fußball-Bundesligaspiele stehen heute auf dem Programm: Leverkusen – Stuttgart, Mönchengladbach – Düsseldorf und Bochum – Mannheim.

Remis gegen die CSSR

Saloniki (dpa) – Bei den Mannschafts-Weltmeisterschaften im Schach in Saloniki erreichte das deutsche Herren-Team gegen die CSSR ein 2:2. Die Damen gewannen gegen Polen 2:1 und liegen damit in der Tabelle auf dem fünften Rang.

Österreichischer Sieg

Innsbruck (sid) – Die Österreicher Georg Fluckinger und Franz Wilhelmer gewannen die Doppelsitzer-Konkurrenz beim zweiten Wettbewerb der Internationalen Drei-Bahnen-Tournee der Rennrodler in Innsbruck-Igls. Sie siegten vor den beiden „DDR“-Schlitten Hoffman/Pietzsch und Keller/Kühlenz.

Ski: Bereits qualifiziert

Puy St. Vincent (sid) – Bereits fünf Läufer der deutschen Ski-Nationalmannschaft haben die Qualifikationskriterien für die Weltmeisterschaften in Bormio (30. Januar bis 10. Februar) erfüllt: Egon Hirt, Frank Wörndl, Maria Epple, Marina Kiehl und Peter Namberger.

Grand Prix ohne Wertung

Paris (dpa) – „Die FISA hat niemals die Entscheidung getroffen, den Grand Prix von Monaco abzusagen oder zu verbieten. Das Datum des 19. Mai steht immer noch im Rennkalender. Es steht dem Automobilclub von Monaco frei, an diesem Tag das Rennen zu veranstalten.“ Diese Erklärung gab der Internationale Motorsportverband in Paris ab. Damit kann der Grand Prix zwar stattfinden, jedoch nicht als offizieller Weltmeisterschaftslauf.

Verlängerte Anmeldefrist

Lausanne (dpa) – Wahrscheinlich wird die Anmeldefrist für Olympische Spiele auf sechs Monate verlängert. Sollte ein NOK trotz einer solchen verpflichtenden Anmeldung den Spielen fernbleiben, so müßte es mit Sanktionen rechnen. Die bisherige festgelegte Anmeldefrist betrug vier Monate.

Paris kandidiert

Paris (AFP) – Die Stadt Paris hat offiziell ihre Kandidatur aus Austragungsort für die Olympischen Spiele 1992 eingereicht. Um die Austragung der Olympischen Sommerspiele von 1992 haben sich außerdem Amsterdam, Barcelona, Belgrad, Brisbane und Neu-Delhi beworben.

ZAHLEN

BASKETBALL

Bundesliga, Damen: Düsseldorf – Leverkusen 111:65, Porz-Hennef – Osterfeld 78:70, Köln – Marburg 69:81.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen: Stuttgart – Lohhof 3:1.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 7, 22, 26, 28, 29, 31, 36, Zusatzzahl: 32. – **Spiel 77:** 2 4 4 1 3 9 6 (Ohne Gewähr).

Washington: Behutsam mit der Macht umgehen

Differenzen in den US-Ministerien verdeutlicht

DIETRICH SCHULZ, **Washington**

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger rät zur Umsicht beim Umgang mit der wiedergewonnenen militärischen Macht Amerikas. Der Minister, der von seinen Kritikern oft als unverbesserlicher Scharfmacher verketzert wird, legte in einer vielbeachteten Rede vor dem nationalen Presse-Club in Washington dar, daß das Pentagon alles andere als kriegslüstern ist. Der Einsatz der Streitkräfte, so Weinberger, komme nur als „letzte Zuflucht" und nur dann in Frage, wenn das amerikanische Volk voll hinter einem solchen Vorgehen stehe.

Die Bedingungen, die der Pentagon-Chef für einen möglichen Einsatz des Militärs aufzählte, spiegeln die Zurückhaltung wider, die die amerikanische militärische Führung seit dem Vietnam-Debakel beherrscht. Sie offenbaren auch einen Gegensatz zwischen den Anschauungen des Verteidigungsministers und denen seines Kollegen im Außenministerium. Außenminister Shultz hatte sich in der Vergangenheit wiederholt dafür ausgesprochen, Diplomatie und Militärmacht gleichrangig zum Tragen zu bringen. „Wer vor einem Engagement zurückschreckt, kann jederzeit ein Alibi fürs Nichtstun finden", sagte Shultz im April in einer Rede.

„Wille zum Sieg"

Shultz war es auch, der vor zwei Jahren gegen den Willen des Pentagon die Entscheidung des Präsidenten durchsetzte, amerikanische Marineinfanteristen als Teil einer internationalen Friedenstruppe nach Libanon zu entsenden. Jetzt erklärt Weinberger, amerikanische Streitkräfte sollten nur eingesetzt werden, wenn dies absolut im nationalen Interesse liege und wenn der klare „Wille zum Sieg" vorhanden sei. Den Einsatz der Streitkräfte zum gewohnheitsmäßigen Teil diplomatischer Bemühungen zu machen, könne nur wieder zu ähnlichem innenpolitischen Aufruhr führen, wie man ihn während des Vietnam-Krieges erlebt habe, meinte der Verteidigungsminister.

Weinbergers Rede – und seine Antworten im anschließenden Frage- und Antwortspiel mit den Journalisten des Presse-Clubs – ließ auch keinen Zweifel daran aufkommen, daß das Pentagon sich nur ungern in Mittelamerika engagieren würde, ein Gebiet, das wegen seiner Unberechenbarkeit als ein ähnlicher „Sumpf" angesehen wird, wie es einst Vietnam für die amerikanischen Streitkräfte werden sollte. Die Lektion, die Amerikas militärische Führung aus den Vietnam-Erfahrungen gelernt habe, liege darin, daß Amerika nicht einseitig die Rolle des „Verteidigers der Welt" auf sich nehmen könne.

Nationales Interesse

Den Journalisten im Presse-Club fiel auf, daß Weinberger seine Rede am selben Tag hielt, an dem Präsident Reagan in einem Zeitungsinterview erneut auf die Möglichkeit einer Stationierung von sowjetischen MiG-Kampfflugzeugen in Nicaragua hingewiesen hatte. „Wir haben klargemacht, daß wir das nicht einfach ruhig mitansehen werden", erklärte der Präsident den Redakteuren der konservativen „Washington Times". Ob Weinberger auch Einspruch gegen ein notwendig werdendes „Ausnehmen" von MiG in Nicaragua einlegen wollte, ging aus seinen Äußerungen nicht hervor.

Als Voraussetzungen für den Einsatz amerikanischer Streitkräfte formulierte der Pentagon-Chef unter anderem: Das eigene nationale Interesse oder das der Verbündeten müsse klar zutage liegen, die Truppen müßten mit dem klaren Willen zum Sieg in das Engagement gehen, die Operation müsse klar abgesteckte politische und militärische Ziele haben. Verstärkungen müßten eingreifen, wenn dies zum Sieg notwendig sei. Präsident Reagan, meinte Weinberger, werde nicht zulassen, daß „unsere militärischen Kräfte heimlich oder allmählich in eine kriegführende Rolle in Mittelamerika oder sonst in der Welt hineingezogen werden". (SAD)

Seite 2: Keine Hamlet-Rolle

Die Republikaner sehen jetzt Leitlinien für Reagans künftige Regierungsarbeit

Weichen gestellt im Senat: Strategie für Gesetzesinitiativen liegt in neuen, bewährten Händen

FRITZ WIRTH, **Washington**

Die Republikanische Partei hat gestern entscheidende politische Weichen für die nächsten Jahre gestellt. Die Wahl von Robert Dole zum neuen Mehrheitsführer im Senat und die Besetzung bedeutender neuer Senatsausschüsse hat über Nacht langanhaltende Spekulationen und intensive Manöver hinter den Kulissen beendet.

Die Wahl hat Ruhe in der Partei hergestellt und zugleich politische Leitlinien für den weiteren Weg der Reagan-Administration gesetzt. Die politischen Möglichkeiten und die politischen Akzente der Reagan-Administration sind seit Mittwoch berechenbarer und klarer geworden.

Die Wahl des neuen Mehrheitsführers im Senat war nötig geworden, weil Senator Howard Baker dieses Amt aufgegeben hatte, um sich voll auf seine Kandidatur für die Präsidentschaft im Jahre 1988 konzentrieren zu können.

Fünf republikanische Senatoren hatten sich um seine Nachfolge bemüht. Drei von ihnen schieden in den ersten drei Wahlgängen aus: James McClure aus Idaho, der konservativste aller Bewerber, Pete Domenici aus New Mexico, und überraschenderweise auch Richard Lugar aus Indiana, der ursprünglich zu den Favoriten für dieses Amt gehörte. In einer Stichwahl gegen Senator Ted Stevens aus Alaska siegte Richard Dole im vierten Wahlgang schließlich mit 28 zu 25 Stimmen. 27 Stimmen der 53 republikanischen Senatoren waren zum Wahlsieg nötig.

Dole tritt ein bedeutsames Amt an. Der Mehrheitsführer im Senat ist verantwortlich für die Strategie, nach der Gesetze eingebracht werden. Er spielt damit eine wichtige Rolle bei dem Bemühen Ronald Reagans, sein politisches Programm durchzusetzen. Außerdem muß Dole dafür sorgen, daß die gegenwärtige republikanische Mehrheit von 53:47 Stimmen im Senat die nächsten Wahlen im Jahre 1986 überlebt.

Die Wahl Doles bedeutet einen Sieg des gemäßigten Flügels der



Richard G. Lugar
FOTO: POLY-PRESS



Jesse A. Helms
FOTO: CAMERA PRESS

Republikanischen Partei. Zum Sprecher der bitteren Enttäuschung der Parteirechten machte sich Richard Viguerie, der Herausgeber des „Conservative Digest". Er nannte die Wahl Doles ein „einzigartiges Desaster für die Republikanische Partei und das Land. Bob Dole ist die zweite Wahl der Konservativen", erklärte er. „Die erste Wahl wäre jeder andere gewesen."

Dole hatte in der Vergangenheit Meinungsverschiedenheiten mit Präsident Reagan vor allem in der Frage, wie das amerikanische Budgetdefizit zu verringern sei. Er war und ist der Meinung, daß dazu am Ende auch Steuererhöhungen nötig sind.

Er befindet sich damit auf Konfliktkurs mit Reagan, wiegelte die Möglichkeit von harten Auseinandersetzungen jedoch mit einem ausdrücklichen Loyalitätsversprechen für den Präsidenten ab. Dagegen warnte er jedoch bereits die Berater des Präsidenten, daß er kein „patsy", also kein Schwächling, sei.

Die Wahl Doles löste zugleich in einer Kettenreaktion eine Serie wichtiger politischer und personeller Probleme, was in der Reagan-Administration weitgehend mit Erleichterung aufgenommen wurde. So wurde der durch die Wahl Doles frei gewordene Vorsitz im wichtigen Finanzausschuß des Senats durch Robert Packwood aus Oregon besetzt, der in der Frage der Steuererhöhungen und der gesamten Budgetproblematik pragmatischer als sein Vorgänger Robert Dole denkt.

Noch größere Erleichterung hat in der Administration die Tatsache ausgelöst, daß nunmehr endgültig das Feilschen und Spekulieren um die Führung des Auswärtigen Ausschusses im Senat beendet wurde. Obwohl Senator Jesse Helms bisher wiederholt versichert hatte, daß er weiter den Landwirtschaftsausschuß leiten werde, hatten Mitglieder des rechten Parteiflügels bis zur letzten Minute versucht, ihn aus diesem Versprechen auf ehrbare Weise herauszulösen und ihn zu überreden, aus nationalem Pflichtgefühl heraus den Auswärtigen Ausschuß zu übernehmen. Sie hatten zu diesem Zweck sogar in letzter Minute noch eine Meinungsumfrage unter seinen Wählern in North Carolina veranstaltet mit dem Ziel, Helms diesen Wortbruch zu erleichtern.

Helms hatte nie Zweifel daran gelassen, daß ihn der Auswärtige Ausschuß reizt. Das Amt hätte ihm die Möglichkeit gegeben, die amerikanische Außenpolitik und personelle Entscheidungen im State Department in erheblichem Maße mit zu beeinflussen.

Helms gilt besonders im Umgang mit der Sowjetunion als ein „Falke". Er hatte aus Gründen der Seniorität Anspruch auf dieses Amt. Er verzichtete jedoch gestern endgültig mit der Begründung: „Wenn ich nicht mehr zu meinem Wort stehe, das ich im Wahlkampf gegeben habe, dann gehöre ich nicht mehr hierher. Dies ist ein Sieg des Prinzips über die Neigung."

Statt seiner übernimmt nun Senator Lugar den Auswärtigen Ausschuß. Er ist 52 Jahre alt und gehört zu den kommenden Leuten der Partei. Lugar hat bisher weitgehend den außenpolitischen Kurs der Regierung gestützt. Als die dringendsten Probleme der amerikanischen Außenpolitik nannte er die Beziehungen zur Sowjetunion, die internationale Verschuldung und die Lage in Mittelamerika. Das Verhältnis zwischen dem von Lugar geleiteten Senatsausschuß und dem State Department dürfte in den nächsten Jahren problemlos sein.

Der große Sieger des Tages aber ist ohne Zweifel Robert Dole. „Er ist der beste Mann, den die Partei für dieses Amt zur Verfügung hatte", erklärte sein Vorgänger Howard Baker. Das Lob könnte zum Bumerang werden, wenn beide Männer bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahre 1988 zu Konkurrenten werden.

Mit diesen Wahlen hat Ronald Reagan Ruhe in der Partei hergestellt und sich zugleich ein sicheres Polster für die politische Arbeit in der neuen Legislaturperiode geschaffen. Dies konnte auch deshalb nicht so einfach sein, weil politische Parteien in den Vereinigten Staaten nach dem Wahlgang häufig „auseinanderzufleddern" drohen. Die Besetzung bedeutender Senatsausschüsse mit Vertrauensleuten von Reagan hat Spekulationen beendet und damit Reagans künftige Politik berechenbarer gemacht.

Seite 2: Porträt Robert Dole

Krankenkassen: 15 Milliarden Mark für Medikamente

PETER JENTSCH, **Bonn**

Immer größer, immer mehr, immer teurer – auf diesen Nenner läßt sich der Vorwurf der Ortskrankenkassen gegen die Markt- und Preisstrategie der Pharmaindustrie bringen. Konkret: Obwohl die Ärzte im vergangenen Jahr 10,4 Prozent weniger Arzneimittelpackungen verordneten als 1982, sind die Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung um 5,4 Prozent auf 15 Milliarden Mark gestiegen. Zum Vergleich: Die Aufwendungen der Kassen für die Krankenhäuser betragen rund 31 Milliarden Mark.

Den Widerspruch, der sich aus den geringeren Verordnungen der Ärzte und den dennoch höheren Kosten für die Krankenkassen ergibt, löste jetzt das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen (WIdO) in einer Studie über die „Ursachen des ungebremsten Kostenanstiegs im Arzneimittelbereich". Ihr Ergebnis: Es werden zwar weniger Arzneimittel verschrieben, aber die Packungen sind größer und überproportional teurer geworden. Die Kosten für die Medikamente sind also einmal durch die Preise und zum anderen durch die Struktur geklettert. Und zwar so stark, daß allein in der Zeit von Juli 1983 bis Juni 1984 der von der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen empfohlene Preiszuwachs um „mindestens eine halbe Milliarde Mark" überschritten wurde.

Die WIdO-Analyse kommt bei einer Aufteilung der Strukturkomponente in ihre zwei wichtigsten Einzelfaktoren zu folgendem Ergebnis:

- Mit plus sieben Prozent hat sich die Arzneimittelversorgung dadurch verteuert, daß andere, in der Regel teurere Arzneimittel verordnet worden sind als ein Jahr zuvor.
- Mit plus 4,3 Prozent hat sich die Arzneimittelversorgung dadurch verteuert, daß zwar dieselben Medikamente verordnet wurden, diese aber in einer teureren (größeren) Packung beziehungsweise in einer teureren Wirkstärke oder Darreichungsform.
- Beide Effekte zusammen haben die Arzneimittelversorgung im Jahre 1983 um 1,5 Milliarden Mark gegenüber dem Vorjahr verteuert.

Nach Darstellung der Studie hat die Einführung der Negativliste, die die medikamentöse Behandlung von Bagatellerkrankungen auf Kassenkosten ausschließt, auf das Ergebnis nur geringen Einfluß. Zwar sind die Preise dieser Arzneimittel mit plus 6,2 Prozent überproportional angestiegen. Soweit Medikamente dieser Gruppe nach wie vor verordnet wurden, zum Beispiel für Kinder oder chronisch Kranke, haben auch hier die Ärzte teurere Präparate verordnet. Kostenzuwachs bei den Bagatellarzneimitteln: 10,1 Prozent.

Ohne den Markt der Bagatellarzneimittel, so die WIdO-Studie weiter, beträgt die Strukturkomponente plus 9,4 Prozent gegenüber plus 11,6 Prozent im Gesamtmarkt. Daraus läßt sich folgern, daß der Leistungsausschluß von Medikamenten überwiegend billige Präparate betrifft.

Die Kassenexperten haben weiter herausgefunden, daß neu auf den Markt gebrachte Medikamente oder sogenannte „Renner", also häufig verordnete Präparate, von der Pharmaindustrie überwiegend besonders teuer angeboten werden. Anders ausgedrückt: Wären die „neuen" Medikamente 1983 nicht verordnet worden, so hätte die gesetzliche Krankenversicherung 5,4 Prozent oder rund 790 Millionen Mark gespart.

Die Ortskrankenkassen werfen den Ärzten vor, durch die Verordnung größerer Packungen einen Teil des Rückgangs in der Zahl der Verordnungen aufgehoben zu haben. Der Pharmaindustrie wirft das Institut vor, mit der Umstellung der Pakkungsgrößen (statistisch nicht exakt erfaßbare) „versteckte Preiserhöhungen" durchgesetzt zu haben.

Die Pharmaindustrie freilich interpretiert die von WIdO kritisierte Strukturkomponente als „Innovationskomponente": strukturelle Veränderungen und daraus folgende Verteuerungen von Arzneimitteln seien im wesentlichen eine Folge des therapeutischen Fortschritts.

Gleichklang Bonn–Paris

Für das Prinzip der Mehrheitsentscheidung in der EG

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der französische Europaminister Roland Dumas und der Staatsminister im Bonner Auswärtigen Amt, Alois Mertes, haben sich übereinstimmend für die Rückkehr zum Prinzip der Mehrheitsentscheidung in der Europäischen Gemeinschaft als wichtigem Schritt auf dem Wege zur politischen Union Europas ausgesprochen. Ihre Äußerungen bildeten den Auftakt einer eineinhalbtägigen Konferenz über den „Beitrag Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland zur Entwicklung der Europäischen Union" in Bonn.

Dumas' Vortrag – der von Botschafter Jacques Morizet verlesen wurde, weil der Minister an einer dringenden Kabinettsitzung in Paris teilnehmen mußte – stellte ein engagiertes Plädoyer für energische Maßnahmen zur politischen Weiterentwicklung Europas dar. Eine mobilisierende Funktion soll dabei der deutsch-französischen Partnerschaft zukommen. Das gilt nach den Worten des Ministers auch für die „endgültige Durchsetzung der Mehrheitsentscheidung als allgemeinem Prinzip" in der EG.

„Ich habe besonders gern gehört, was Herr Dumas zur Mehrheitsentscheidung gesagt hat", kommentierte Mertes. Nach seiner Ansicht geht es weniger um das Mehrheitsvotum als juristisches Institut, sondern mehr um das stärker zu nutzende psychologische Element. Die Drohung mit der Mehrheitsentscheidung könne sich als notwendiges politisches Druckmittel zur Zurückschraubung separater nationaler Interessen erweisen.

Als Voraussetzung für die von Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Kohl ins Auge gefaßte Europäische Union bezeichnete Dumas die Beseitigung institutioneller Mißstände innerhalb der EG. Dazu gehörten mehr Unabhängigkeit für die EG-Kommission und mehr Befugnisse für das Europäische Parlament. Allerdings dürften die Parlamentarier den Zusammenhang mit den Regierungen nicht verlieren.

Was aber geschieht, wenn nicht alle Partner den Schritten zur Europäischen Union folgen wollen? Die Koordinatorin für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Helga Wex, meinte, ein „Europa mit zwei Geschwindigkeiten" wäre kein Unglück, sondern eine Chance. Mertes lehnte zwar die Formel von den zwei Geschwindigkeiten ab, hielt aber „Differenzierungen" wie beim Währungssystem unter den Partnern für möglich.

Die Zensur wirkt sich aus

Ausnahmezustand in Chile verhindert Proteste der Opposition

WERNER THOMAS, **Miami**

Der Generalsekretär der chilenischen Regierung, Francisco Cuardra, zeigte sich zufrieden mit den Demonstrationen. „Die Situation war normal", meinte er, „das Land hat gearbeitet." Lediglich am Dienstag registrierte er „kleinere Schwierigkeiten". Die zweitägigen Protestaktionen der chilenischen Opposition blieben ohne große Wirkung. Die Militärs konnten mit den Instrumenten des vor drei Wochen verhängten Ausnahmezustandes die Lage jederzeit kontrollieren. Niemand kam ums Leben, nur wenige Personen wurden festgenommen oder verletzt. Sechs Sprengstoffanschläge, darunter die Explosion einer in einem Auto versteckten Bombe in der Nähe des Präsidentenpalastes Moneda, verursachten lediglich Sachschaden.

Die strikte Pressezensur erschwerte den Organisatoren die Informationsarbeit. Da die Medien kein Wort über die Veranstaltungen veröffentlichen durften, mußte die Bevölkerung per Flugblatt oder Mundpropaganda verständigt werden. Sicherheitskräfte lösten Versammlungen nach kurzer Zeit auf, notfalls mit Wasserwerfern und Tränengas.

„Das sollte ein friedlicher Protest sein", erläuterte Ricardo Lagos, der Präsident der Demokratischen Allianz, einer Koalition nichtmarxistischer Parteien, die diese Demonstrationen organisiert hatte. „Wir wollten die Welt auf die Verhältnisse in Chile aufmerksam machen."

Zum ersten Mal erschwerte die Regierung den Ausländern jedoch die Arbeit. Oberst Carlos Krumm, der stellvertretende Generalsekretär der Regierung, beschuldigte einige Korrespondenten der einseitigen Berichterstattung, die „Besorgnis" ausgelöst habe. Sieben Journalisten wurden vorübergehend festgenommen und kontrolliert. Einige Fernsehreporter, darunter der ZDF-Vertreter, mußten ihr Filmmaterial übergeben. Das gesamte Personal der ausländischen Nachrichtenagenturen muß seine Presseausweise erneuern.

Auch die ärmeren Wohnbezirke Santiagos wie La Victoria, oft Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen in der Vergangenheit, blieben diesmal ruhig. Die Sicherheitskräfte hatten in den vergangenen Wochen Massenverhaftungen vorgenommen. Die Festgenommenen standen unter Verdacht, marxistische Aktivisten zu sein. Nach Schätzungen der chilenischen Menschenrechtskommission sind seit Anfang November mehr als 1000 Personen abgeführt worden. 638 wurden in die ferne Wüstenstadt Pisagua verbannt. (SAD)

Rehlinger besuchte Botschaft in Prag

dpa, **Bonn**

Der Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Rehlinger, ist am Mittwoch von einem zweitägigen Besuch in Prag nach Bonn zurückgekehrt. Er sprach dort mit den immer noch in der Bonner Botschaft ausharrenden „DDR"-Flüchtlingen, die ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erzwingen wollen. In Regierungskreisen hieß es, die Reise sei Ausdruck der Bemühungen Bonns, die entstandenen Probleme zu lösen.

Bei einem früheren Aufenthalt hatte Rehlinger den Flüchtlingen nahegelegt, in ihre Wohnorte zurückzukehren und die Ausreise in den Westen zu beantragen. Bonn weist seit langem darauf hin, daß der Aufenthalt in Botschaften kein Ausreiseweg ist. Ost-Berlin hat ihnen im Falle ihrer Rückkehr Straffreiheit, aber nicht die Ausreise garantiert.

Aufatmen in Emden

dos – Vorerst sind die schlimmsten Befürchtungen um die Thyssen Nordseewerke GmbH nicht mehr aktuell. Die Bereitschaft des Landes Niedersachsen, mit einer Bürgschaft in Höhe von 62 Millionen Mark einzuspringen, versetzt die einzige niedersächsische Großwerft in die Lage, den arg strapazierten Handelsschiffbau aufrechtzuerhalten. An der geplanten Entlassung von 650 Mitarbeitern wird sich zwar nichts ändern. Gemessen an den Konsequenzen, die erwachsen wären, wenn es zu der Vereinbarung nicht gekommen wäre, ist dies aber das geringere Übel.

Fest steht, daß die Bereitschaft der Konzernmutter, auch künftig unternehmerische Verantwortung für die Werft in Emden zu tragen, nicht groß war. Jetzt aber ist Thyssen mit der rückverbürgten Landesbürgschaft in der Pflicht. In Emden darf aufgeatmet werden.

Wie dauerhaft dieses Modell wirkt, läßt sich allerdings derzeit nicht abschätzen. Zunächst geht es darum, die auftragslose Zeit bis Mitte 1986 zu überbrücken. Mit der Hereinnahme der sechs Neubauten (vier Containerschiffe und zwei Gastanker) wird dieses Ziel erreicht. Die danach abzuwickelnden U-Boot-Aufträge aus Norwegen sichern die weitere Beschäftigung.

Das alles zielt auf die nähere Zukunft. Die Tatsache, daß Thyssen nicht gewillt zu sein scheint, für Emden eine langfristige Standortgarantie zu geben, legt die Vermutung nahe, daß in der Konzernzentrale noch andere Konzepte existieren. Branchenkenner wissen um Bestrebungen, auch im U-Bootbau eine Anpassung der Kapazitäten voranzutreiben. Welcher Part Emden zugedacht ist, bleibt die Frage.

Benzin schwach

Bm. – Den Zenit erklomm der Vergaserkraftstoff in der Bundesrepublik gegen Ende September in den Ballungsräumen für Super-Ware mit 144,9 Pfennig je Liter. Rotterdam stützte diesen Preis und der hohe Dollarkurs half bei dieser Arbeit. Wer heute die Zapfsäulen in den Ballungsgebieten anfährt, kann sich bei Super für 138,9 Pfennig je Liter bedienen, ein Rückgang, den man beachtlich nennen muß, gerade weil es der Mineralölwirtschaft gelungen war, ihre Preise für Vergaserkraftstoff über Wochen stabil zu halten. Die Gründe sind leicht aufgezählt: Sämtliche Mineralölprodukte stehen in Rotterdam seit über einer Woche unter Preisdruck. Motorenbenzin gab um 5 Dollar je Tonne und leichtes Heizöl um rund 8 Dollar nach. Das schlägt bei einem Einfuhranteil von über 30 Prozent auf den Binnenmarkt durch, belebt die Konkurrenz aller Freien und zwingt die Raffineure nun ihrerseits, ihre Abgabepreise zu senken, um keinen Markt zu verlieren. Wettbewerb stark – Preis schwach!

Reform nach altem Rezept

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nach monatelangen Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionsparteien hat der italienische Senat jetzt das Steuerpaket verabschiedet mit dem Finanzminister Bruno Visentini die vier Millionen selbständig Erwerbstätigen des Landes zur Kasse bittet. Gegenüber dem ursprünglichen Ministerentwurf hat das Gesetz, das jetzt noch von der Abgeordnetenkammer ratifiziert werden muß, eine Reihe kleinerer Veränderungen erfahren, die die Steuermehreinnahmen im kommenden Jahr auf knapp 10 000 Mrd. Lire beschränken; 2000 Mrd. Lire weniger als geplant.

Unangetastet geblieben sind dagegen die beiden Neuerungen die Bruno Visentini als unverzichtbar ansah, um den Kampf gegen die Steuerhinterzieher erfolgreich bestehen zu können. Die Ersetzung der bisherigen Selbstveranlagung durch die Zwangsveranlagung von Seiten des Fiskus, und die Festsetzung von pauschalen Einkommensbeträgen nach branchenüblichen Richtsätzen. Mit diesen beiden Neuerungen kehrt der italienische Staat zu dem Veranlagungssystem zurück das er im Rahmen der ersten großen Steuerreform in den sechziger Jahren aufgegeben und durch die Einführung der Einkommensteuererklärung nach der Selbstveranlagung ersetzt hatte.

Die Rückkehr ist ein Eingeständnis der Ohnmacht gegenüber jenen Steuerpflichtigen, die es 20 Jahre lang verstanden haben in Massen durch die Maschen des Fiskus zu schlüpfen. Was heute funktioniert und mittlerweile fast 80 Prozent des Direktsteueraufkommens bringt, ist nur die im Lohnsteuerabzugsverfahren eingetriebene Einkommensteuer der unselbständig Erwerbstätigen. Den anderen Steuerpflichtigen ist es dagegen gelungen bisher ziemlich ungeschoren davonzukommen. Als besonders hinterziehungsfreudig erwiesen sich die Einzelhändler, die nur etwa die Hälfte von dem angeben, was ein Metallarbeiter versteuert.

Um das Prinzip der Steuergerechtigkeit zu wahren, bedient sich die Regierung eines Verfahrens, auf die ein liberal-demokratischer Industriestaat eigentlich verzichten können müßte. Zu Gunsten von mehr Steuergerechtigkeit geht damit ein Stück Steuersicherheit verloren und mit ihm der Vertrauensbonus, den der italienische Staat in den letzten Jahren seinen Bürgern gewährte. Daß es dazu gekommen ist, hat die Wirtschaft nicht einer steuerpolitischen Kehrtwendung zu verdanken, sondern der hartnäckigen Verstocktheit, mit der sich ein Teil der Steuerpflichtigen heute noch um seine Staatspflichten drückt.

Diese Verstocktheit und die damit verbundene Steuerhinterziehung sind ein moralisches und etatpolitisches Problem zugleich. Gelingt es dem Staat, die hier noch klaffenden Lücken zu schließen, so kann er in den Augen der überwiegenden Mehrheit der Steuerzahler nur an Glaubwürdigkeit gewinnen. Das wiegt mehr als die Einbußen an Steuersicherheit in Einzelfällen, die jetzt auftreten könnten.

Einen großen Keil anzusetzen war die Regierung schon deshalb gezwungen, um sich nicht alle Chancen zur Lösung des Haushaltsproblems zu verbauen. Ohne den Griff nach den Einkommen der Selbständigen hätte sie auch keine Möglichkeit gehabt den Draht zu den Gewerkschaften wieder zum Glühen zu bringen. Zu jenen Gewerkschaften, die ihr in den letzten Wochen mit Protestaktionen gegen die Einzelhändler-Lobby den Rücken gestärkt und dadurch überhaupt die politischen Voraussetzungen geschaffen haben, um den Gesetzentwurf über die Parlamentshürden zu bringen.

Natürlich hat diese Unterstützung ihren Preis. Er wird vor allem in der Korrektur der bisherigen Steuerprogression bestehen, die infolge des inflationsbedingten fiscal drags in den letzten Jahren auch die mittleren Einkommen anzunagen begonnen hat, die durch den Indexmechanismus der gleitenden Lohnskala nur noch unvollkommen vor Kaufkrafteinbrüchen geschützt sind. Die Korrektur der Steuerprogression wird aus diesem Grunde auch zu dem Preis, den die Regierung den Gewerkschaften dafür zu zahlen hat, daß diese sich zu einem Abbau der Lohnindex-Automatik bereit finden.

Sollte dies letztlich das Ergebnis des großen Steuermanövers sein, so hat sich der Kraftakt sicherlich gelohnt: Schließlich ist die Stabilisierung der Lohndynamik mindestens so entscheidend für die erfolgreiche Bekämpfung der Inflation wie das Einfrieren des Haushaltsdefizits.

HAUSHALTSDEBATTE / Heftiger Disput zwischen Regierung und Opposition

Trotz geringerer Steuereinnahmen bleibt es beim Konsolidierungskurs

H. HECK/H.-J. MAHNKE, Bonn

Im Januar will Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die Gesetzentwürfe für die geplante zweistufige Steuerreform 1986 und 1988 im Bundestag einbringen. Trotz der geringeren Steuereinnahmen hält die Bundesregierung an ihrem Konsolidierungskurs fest. Während der Zweiten Lesung des Bundeshaushalts 1985 wurde eine Hilfe von 300 Millionen für das Saarland beschlossen und eine gleich hohe Unterstützung für Bremen abgelehnt. Der SPD-Vorschlag einer Ergänzungsabgabe scheiterte an der Koalitionsmehrheit.

Zum Ende der Zweiten Lesung des Bundeshaushalts 1985, der mit Ausgaben von 259,3 Milliarden Mark – 0,9 Prozent mehr als der Ansatz dieses Jahres – abschließt, kam es gestern zu heftigen Auseinandersetzungen über die Finanz- und Wirtschaftspolitik. Während die Redner der Opposition der Regierung vorwarfen, sie tue nichts für den Abbau der Arbeitslosigkeit, wiesen die Redner der Koalitionsparteien auf den Umschwung in der Wirtschaft, auf die ersten Anzeichen einer besseren Lage am Arbeitsmarkt und die weitere Erholung im nächsten Jahr hin.

Unter Hinweis auf die jüngsten Änderungsvorschläge aus dem Lager der Koalitionsparteien zur Steuerreform machte Stoltenberg unmißverständlich deutlich, daß er den Gesetzentwurf so, wie vom Kabinett am 3. Juli beschlossen, einbringen werde. Mit einer Kabinettsentscheidung über den Gesetzentwurf wird für den 19. Dezember gerechnet. Zugleich machte Stoltenberg deutlich, daß noch über eine „eventuelle Lösung des sozialen Ausgleichs, die nicht eine Steuererhöhung bedeutet und die nicht Investitionen beschwert", entschieden werde.

Zuvor hatte der finanzpolitische Sprecher der SPD, Hans Apel, erklärt, seine Partei unterstütze grundsätzlich eine Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer. Bei der Wahl des Zeitpunkts müsse jedoch berücksichtigt werden, daß die Möglichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden, beschäftigungspolitische Impulse zu geben, nicht noch stärker eingeschränkt werden. Die Vorschläge der Bundesregierung lehnte er ab, weil sie „verteilungspolitisch skandalös" seien. Einem Spitzenverdiener werde bis zu 50mal soviel an Entlastung geboten wie einem Normalverdiener.

Die Redner der SPD kritisierten den Bundeshaushalt als beschäftigungsfeindlich. Es werde kein Pfennig für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, für Umweltinvestitionen und für die soziale Gerechtigkeit zur Verfügung gestellt. „Versprechungen und Erwartungen und das tatsächliche Handeln der Finanzpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben nichts miteinander zu tun", erklärte Apel. Er forderte eine Verstärkung der investiven Ansätze und einen Abbau der Subventionen.

Der SPD-Haushaltsexperte Helmut Wieczorek warf Stoltenberg vor, die Konsolidierung nicht nur nicht erreicht, sondern nicht einmal begonnen zu haben. Die Nettokreditaufnahme gehe in Wirklichkeit noch nach oben. Stoltenberg hatte zuvor daran erinnert, daß die Nettokreditaufnahme von rund 37 Milliarden Mark 1983 auf unter 30 Milliarden in diesem und rund 25 Milliarden im kommenden Jahr zurückgehen werde. Ziel müsse sein, die Neuverschuldung ohne Berücksichtigung des Bundesbankgewinns, „der seit 1981 die Optik verbessert und verschönt, auf weniger als 20 Milliarden Mark zu senken, um uns von der unerträglichen Last immer noch zu sehr steigender Zinsausgaben endlich zu befreien". Die Zinsausgaben dürften langfristig nicht stärker zunehmen als das Ausgabenwachstum insgesamt.

Die Redner der Regierungsparteien kündigten an, daß die Konsolidierungspolitik fortgeführt werde. Die Zeit einschneidender gesetzlicher Maßnahmen sei jedoch vorbei. Von der FDP wurde Stoltenberg wegen seines halbherzigen Privatisierungskonzepts kritisiert. Bemängelt wurde von den Freidemokraten auch der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst. Die Abschlüsse seien zu hoch ausgefallen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Regierungschefs müssen sich mit Detailproblemen befassen

WILHELM HADLER, Brüssel

In der Europäischen Gemeinschaft häufen sich die ungelösten Probleme. Trotz dreitägiger intensiver Beratungen haben die Außenminister in dieser Woche weder gemeinsame Verhandlungspositionen für die noch offenen Fragen des spanischen und portugiesischen EG-Beitritts formulieren können, noch den Staats- und Regierungschefs die Erörterung einiger anderer Detailprobleme erspart.

Die Gefahr ist groß, daß sich der am Montag in Dublin beginnende EG-Gipfel gleichfalls überfordert sieht, die Entscheidungen zu treffen. Schon vor einem Jahr hatte sich der Europäische Rat in Athen vergeblich mit Einzelheiten eines Korrekturmechanismus für den britischen Finanzbeitrag herumgeschlagen.

Neben den festgefahrenen Beitrittsdossiers wurden den Regierungschefs eine Entscheidung über die geplanten Grundsätze für eine striktere Ausgabenplanung in der Gemeinschaft zugeschoben. Im Außenministerrat war darüber überraschend ein neuer Streit ausgebrochen, weil einige Mitgliedstaaten plötzlich dafür eintraten, dem Europäischen Parlament mehr Mitspracherechte einzuräumen.

Völlig ungeklärt ist außerdem, wie weit sich die Gemeinschaft zum Finanzvolumen und anderen Einzelheiten der geplanten „Integrierten Mittelmeerprogramme" äußern sollte. An innen sind vor allem Italien und Griechenland stark interessiert.

Die Erweiterungsgespräche sind nach wie vor vor allem deshalb blokkiert, weil sich die EG-Partner nicht über ein Konzept zur Eindämmung der Weinüberschüsse verständigen können. Um den Regierungschefs in Dublin nicht jeden Mut zu nehmen, Kompromißvorschläge zu erörtern, will die Präsidentschaft ihnen alle übrigen strittigen Probleme (Fischerei, Obst und Gemüse, Stahl, Zollabbau für Industrieerzeugnisse) möglichst nicht vorlegen. Immerhin müssen die Chefs über eine so „technische" Frage entscheiden, was als geeignete Auslösungsschwelle für die zwangsweise Destillation von überschüssigen Tafelweinen gewählt werden soll. Mit allgemeinen Grundsätzen und Aufträgen an die Fachminister dürfte es nicht getan sein.

Die Verabschiedung der Regeln für eine strengere „Haushaltsdisziplin" ist deshalb dringend, weil Großbritannien und die Bundesregierung die endgültige Freigabe der Mittel für den Nachtragshaushalt 1984 der EG davon abhängig gemacht haben. Die Bundesregierung verknüpft ferner den Haushalt 1985 mit dem Erfolg der Beitrittsverhandlungen. Eine Verzögerung der Süderweiterung würde also zugleich das finanzielle Überleben der EG in Gefahr bringen.

Bei der Beratung der Änderungswünsche des Europäischen Parlaments zum Etat 1985 im Ministerrat schien gestern ein neuer Konflikt mit den Abgeordneten vorprogrammiert.

AUF EIN WORT

» Wir brauchen in unseren Unternehmen keine Edelbetriebsräte für leitende Angestellte. Wenn es nicht mehr gelingt, hier zu einem Konsens zu kommen, wie lange wird es dann noch dauern, bis sich Vorstände und Geschäftsführer von Unternehmen zu Sprecherausschüssen gegen ihre Aufsichtsräte zusammentun? «

Dr. Martin Posth, Vorstandsmitglied der Audi NSU Auto Union AG, Ingolstadt. FOTO: DIE WELT

Jamani erwartet steigende Ölpreise

dpa/VWD/AP, Kuwait

Der saudische Ölminister Jamani erwartet noch für dieses Jahr ein drastisches Ansteigen der Erdölpreise. Jamani sagte gestern, die Verantwortung dafür trügen die internationalen Ölgesellschaften, die zur Zeit den Markt leer kauften und so große Vorräte anlegten, daß das Angebot allmählich knapp werde. Jamani sprach sich gegen eine weitere Senkung der Ölproduktion der Opec-Länder aus, da möglicherweise schon Ende Dezember mit Störungen in den Verbraucherländern wegen zu niedriger Bestände zu rechnen sei. Die Opec-Länder fördern derzeit täglich 16,3 bis 16,5 Mill. Barrel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Eine neue Initiative zur Stärkung des EWS gestartet

WILHELM HADLER, Brüssel

Einen neuen Vorstoß zur Stärkung des Europäischen Währungssystems (EWS) hat die Brüsseler Kommission unternommen. Er zielt – wenige Wochen vor dem Ende der Amtszeit der gegenwärtigen EG-Exekutive – nicht auf größere Veränderungen des geltenden Wechselkurs- und Beistandsmechanismus ab, sondern auf verstärkte wirtschaftspolitische Konsultationen, Fortschritte bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs und eine stärkere Verwendung der europäischen Währungseinheit (ECU).

Die Kommission tritt dafür ein, die offizielle Verwendung von Ecus dadurch attraktiver zu machen, daß

- die Zinssätze für Ecu-Guthaben der Notenbanken den Marktbedingungen angenähert werden,
- die Zentralbanken das Recht erhalten, Ecu-Guthaben beim Europäischen Fonds für Währungszusammenarbeit gegen Dollar zu tauschen und von anderen Zentralbanken Gemeinschaftswährungen gegen Dollar zu bekommen und daß
- auch Zentralbanken außerhalb der EG Ecu-Guthaben halten dürfen.

Gefordert wird außerdem die Einbeziehung des britischen Pfundes in den Wechselkursverbund und die Aufhebung der (deutschen) Bestimmungen, die einer privaten Verwendung der europäischen „Kunstwährung" entgegenstehen.

Die Vorschläge, die von den Finanzministern am 10. Dezember geprüft werden sollen, sehen im Bereich der „finanziellen Integration" vor allem eine Revision der geltenden Schutzklauseln nach Artikel 108 des Römischen Vertrages vor. Die Liste der völlig liberalisierten Kapitalbewegungen soll erweitert werden.

KAPITALMARKT

Friderichs: Die Bundesbank soll die Geldpolitik lockern

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Dresdner Bank-Vorstandssprecher Hans Friderichs ermuntert die Bundesbank, den Normalisierungsprozeß am Kapitalmarkt zu unterstützen und Signale für einen weiteren Zinsabbau zu geben. Die Risiken einer Lockerungspolitik seien minimal, die Chancen, die sich aus einer Entlastung bei den Finanzierungskosten für eine Verstetigung der Konjunktur ergäben, aber enorm.

Die Unternehmen sollten die schon jetzt günstige Finanzierungssituation nicht nur zur Konsolidierung, sondern auch zu neuen Anläufen in der Anwendung neuer Technologien sowie zur Stabilisierung der Kosten nutzen. Friderichs warnte vor einem wachsenden Protektionismus als Folge der Dollarüberbewertung und der Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den USA. Die Unternehmen in Ländern mit deutlich unterbewerteter Währung sollten sich nicht in der trügerischen Sicherheit einer Wettbewerbsfähigkeit wiegen, die so gar nicht existiere. Für gefährlich hält Friderichs auch in anderen Bundesländern den hessischen Streit um die Nukem-Anlage in Hanau, der auch im Ausland stark beachtet werde. Auf diese Weise werde das Vertrauen in die Bundesrepublik geschädigt.

Positiv beurteilt die Dresdner Bank die weitere Entwicklung des Kapitalmarktes. Vorstandsmitglied Wolfgang Roller rechnet mit einem Rückgang des Kapitalmarktzinses auf unter sieben Prozent. An der Aktienbörse erwartet er nach Beendigung der Konsolidierungspause einen weiteren Kursanstieg. Seine Zuversicht gründet er auf den Zinsrückgang, einen zehnprozentigen Anstieg der Unternehmenserträge und die hohe Liquidität institutioneller Anleger.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Inflation unverändert

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Lebenshaltungskosten aller privaten deutschen Haushalte sind im November im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um voraussichtlich 2,1 Prozent gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden stieg der Preisindex für die Lebenshaltung im Berichtsmonat aufgrund vorläufiger Ergebnisse aus vier Bundesländern um 0,1 Prozent gegenüber Oktober. Die Jahresveränderungsrate ist damit gegenüber dem Vormonat praktisch unverändert.

Friderichs freigestellt

Frankfurt (DW.) – Der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Hans Friderichs, wird zum 31. Dezember wegen der Anklage der Bestechlichkeit im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre von seinem Amt freigestellt. Kommissarischer Vorstandssprecher wird Wolfgang Röller.

Neues Pensionsgeschäft

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Routinesitzung in Frankfurt erwartungsgemäß keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt. Jedoch wurde der Kreditwirtschaft eine weitere Liquiditätsspritze angekündigt. In Form eines Wertpapierpensionsgeschäftes bietet die Notenbank den Kreditinstituten heute Zentralbankgeld zu 5,5 Prozent für 35 Tage an. Der Zinssatz liegt damit genau auf der Höhe des Lombardsatzes

Auch KKH erhöht Beiträge

Hannover (dos) – Auch die Kaufmännische Krankenkasse (KKH), Hannover, wird ihre Beiträge für die über 800 000 Mitglieder von 11,5 auf 12 Prozent des Grundlohns erhöhen. Die Anhebung wird mit dem Kostenschub im Gesundheitswesen begründet.

Boom im Maschinenbau

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit einem realen Zuwachs von 27 Prozent lag der Auftragseingang im deutschen Maschinen- und Anlagenbau im Oktober 1984 deutlich über dem Vorjahresniveau. Dieser Zuwachs wurde allerdings nicht nur von den Auslandsbestellungen (plus 31 Prozent) getragen, sondern auch von den um 23 Prozent gestiegenen Inlandsaufträgen. Diese Zahlen nannte der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in Frankfurt.

Gegen UWG-Novelle

Bonn (DW.) – Als untauglichen Ansatz zur Bekämpfung der Konzentration im Handel hat der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) die Forderung nach einer Novellierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) bezeichnet. Zur Kontrolle des Strukturveränderungs- und Konzentrationsprozesses sei nicht eine Verschärfung des UWG erforderlich, sondern eine konsequente Anwendung des kartellrechtlichen Instrumentariums.

Weniger Arbeitslose

London (fu) – Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien ist im November leicht um knapp 3000 auf 3,222 Mill. zurückgegangen. Die offizielle Arbeitslosenrate in Großbritannien von 13,4 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung liegt deutlich über dem EG-Durchschnitt von 10,6 Prozent.

Höhere Einfuhrpreise

Wiesbaden (VWD) – Um 0,6 Prozent ist der Index der Einfuhrpreise im Oktober 1984 gegenüber dem Vormonat gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag er damit gegenüber Jahresfrist um sieben Prozent höher. Im September betrug die Jahressteigerungsrate noch 5,4 Prozent. Die Ausfuhrpreise sind in der gleichen Zeit um 0,3 bzw. um 3,8 (3,4) Prozent gestiegen.

Wochenausweis

	23.11.	15.11.	23.10.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	66,3	66,3	66,4
Kredite an Banken	48,9	49,3	49,7
Wertpapiere	4,7	4,7	4,9
Bargeldumlauf	104,1	104,8	102,5
Einl. v. Banken	40,9	47,9	49,9
Einlagen v. öffentl. Haushalten	6,7	3,5	8,6

RWI-STUDIE

Westliche Industrieländer auf flachem Wachstumspfad

HARALD POSNY, Düsseldorf

In den meisten westlichen Industrieländern bewegt sich die Wirtschaft auf einem flachen Aufwärtspfad. Nachfrage und Produktion werden steigen, wenn auch langsamer als unter dem Einfluß der geld- und finanzpolitischen Förderung, die bis in dieses Jahr hineinwirkte. Auch für das nächste Jahr sind grundlegende Abweichungen nicht zu erkennen. Deshalb dürften sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen allen Anzeichen nach nicht tiefgreifend ändern.

Zu dieser kurzgefaßten Analyse der Wirtschaftsentwicklung im Westen kommt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen. Insgesamt wird danach das Sozialprodukt in den europäischen Industrieländern 1984 um 2 und 1985 um 1,5 Prozent wachsen.

Nehme man die USA und Japan hinzu, erhöhten sich die durchschnittlichen Zuwachsraten auf 4,5 in diesem und auf 3 Prozent im nächsten Jahr. Die USA und Japan wachsen 1985 um jeweils 3,5 Prozent. In diesem Jahr wird zudem der Welthandel wegen des schwungvollen Starts zwar um 7 bis 8 Prozent höher sein als 1983, im nächsten Jahr jedoch nur um 4 Prozent steigen.

Der Preisauftrieb wird sich der RWI-Untersuchung zufolge, gezügelt durch die stabilitätsgerechte Geldpolitik in Europa wohl kaum beschleunigen. Die Verteuerung der Lebenshaltung, in Europa 5 Prozent, in den USA 5 und in Japan 2,5 Prozent, werde voraussichtlich dadurch gebremst, daß sich die Währungen gegenüber dem Dollar nicht weiter abwerten, sondern vermutlich erholen werden.

IFO-ANALYSE / Die Erholung im verarbeitenden Gewerbe setzt sich fort

Investitionsgüter-Nachfrage belebt

DANKWARD SEITZ, München

Die konjunkturelle Erholung im verarbeitenden Gewerbe, die in der ersten Jahreshälfte vor allem durch die Arbeitskämpfe unterbrochen worden war, hat inzwischen wieder Anschluß an das relativ hohe Niveau der Jahreswende 1983/84 gefunden und wird sich – verlangsamt – weiter fortsetzen. Nach der jüngsten Konjunkturanalyse des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung kann erwartet werden, daß die Nettoproduktion der deutschen Industrie im laufenden Jahr um 3,0 bis 3,5 Prozent und auch 1985 in der Größenordnung von 3,0 Prozent zunehmen wird.

Als „bemerkenswert" wird vom Ifo bezeichnet, daß die durch die Auftragsbestände gesicherte Produktionsdauer der Unternehmen im September mit 2,8 Monaten sogar noch etwas höher war als noch im März. Seit Jahresmitte hätten sich nämlich die Auftragseingänge „deutlich belebt", was nicht nur ein Nachholeffekt sei. Von ihrem hohen Stand im ersten Quartal nahmen sie bis zum dritten (auf Jahresrate umgerechnet) real um „reichlich" 4 Prozent zu. Im wesentlichen sei dies aber dem Auslandsgeschäft (plus 9 Prozent) und weniger dem Inland (plus 1 Prozent) zuzuschreiben.

Der Anstieg der Auslandsnachfrage erstreckte sich vor allem auf den Investitionsgüter-Bereich mit plus 11 Prozent, sei aber auch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit plus 6 Prozent spürbar gewesen. Insgesamt stieg die Nachfrage nach Investitionsgütern um 5,5 Prozent zu.

Eine Reihe von Anzeichen, so das Ifo, spreche dafür, daß auch 1985 die Nachfrage nach Investitionsgütern sowohl aus dem Inland (mit Ausnahme von Pkw) als auch aus dem Ausland zur Konjunkturstütze werde. Dies gelte insbesondere für den Maschinenbau, der 1984 auf einen Zuwachs von 1 bis 2 (minus 3,7) Prozent und im kommenden Jahr gar auf 5 Prozent kommen könnte. Ein Plus in ähnlicher Größenordnung für 1985 sei für die Elektrotechnik zu erwarten, deren Produktion schon jetzt um 5 Prozent höher ausfallen dürfte als im Vorjahr. Eine Besserung zeichne sich auch für den Stahl- und Leichtmetallbau mit 4 (1984: knapp 3) Prozent und den Lkw-Bereich mit 8 (minus 15) Prozent ab.

Erst Streik und Aussperrung, nun die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der geplanten Einführung abgasarmer Fahrzeuge, belasteten dagegen die Entwicklung im Pkw-Bereich sehr stark. Die Kaufzurückhaltung im Inland und ein nur mäßiger Exportanstieg werden nach Schätzungen des Ifo 1985 nur ein ähnliches Produktionsergebnis bewirken wie 1984. In diesem Jahr dürfte die Bruttoproduktion der Branche um etwa 4 Prozent steigen.

WELTBÖRSEN / Rentenmarkt schwächt Wall Street

Rekorde in London und Tokio

New York (VWD) – Zu einem kräftigen Kursrückgang kam es am Mittwoch an der Aktienbörse in New York. Die Börse bot das gleiche Bild wie am Vortag, nur mit veränderten Vorzeichen. Auch zur Wochenmitte gab es die entscheidenden Kursveränderungen erst im späten Handel. Ein Erholungsversuch am Vormittag schlug rasch fehl. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte sackte um 14,80 auf 1205,39 Punkte (Vorwoche: 1201,52) ab. Der Umsatz war mit 86,3 Mill. Aktien etwas niedriger als am Vortag. Richtungweisend für die Aktienbörse war nach Angaben von Analytikern wieder einmal der Rentenmarkt. Dort hatten die Kurse nachgegeben aufgrund der geringen Resonanz auf die Auktion von Notes mit einer Laufzeit von fünf Jahren und zwei Monaten durch das Schatzamt.

London (fu) – An der Londoner Aktienbörse stiegen die Kurse im Verlauf dieser Woche auf Rekordhöhen. Stimulierend wirkte in erster Linie die riesige Neuemission der British Telecom-Aktien, die voraussichtlich zweifach überzeichnet ist. Entsprechend erreichte der Financial Times-Index für 30 führende Werte am Mittwoch mit 929,2 Punkten seinen bisher höchsten Stand. Zwischen Montag und Mittwoch legte er alleine um 19 Punkte zu. Erst gestern führten Gewinnmitnahmen zu einem Abbröckeln. Vom kommenden Dienstag an wird British Telecom übrigens in die 30 Werte des Financial Times-Indices aufgenommen; ebenso die National Westminster Bank. Sie ersetzen das Papier-Unternehmen Bowater und die TI-Gruppe.

Tokio (VWD) – Nach uneinheitlicher Eröffnung kam es am Donnerstagvormittag an der Tokioter Effektenbörse zu einer beträchtlichen Aufwärtsbewegung, die insbesondere von hochkapitalisierten Werten angeführt wurde. Der Dow-Jones-Index Tokio stieg während der Vormittagssitzung um 115,72 auf 11 363,80 Punkte. Der Börsenindex erhöhte sich um 10,45 auf 863,38 Punkte. Der Umsatz fiel recht lebhaft aus. Nicht wenige Werte kletterten auf neue absolute oder Jahreshöchststände. Ein absolutes Hoch erreichten vor allem Nippon Denko, Toho Rayon und Toyojozo (Pharma). Auf breitester Front zogen Bankenwerte an.

Toronto (VWD) – Überwiegend unter Vortagesniveau schlossen am Mittwoch die Kurse an der Aktienbörse in Toronto. Nach uneinheitlicher Eröffnung kam es zunächst zu einer Aufwärtsbewegung, die jedoch mittags abflachte und in einer zumeist schwächeren Tendenz endete. Die größten Verluste hatten erneut Öl- und Gasaktien sowie Titel aus dem Metall- und Bergbaubereich.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche – jeweils in der Freitagsausgabe – einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

MAI DEUTSCHLAND / Größere Dollar-Probleme

Weg vom Umsatzdenken

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Ohne die Kurssteigerung des Dollars hätten wir 5 bis 6 Millionen Mark mehr verdienen können", bedauert Gerd Mensing, Geschäftsführer der MAI Deutschland GmbH, Frankfurt. Da aber der deutsche Ableger der Management Assistance Inc., New York, die zum Beginn des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.) festgelegten Verkaufspreise nicht mehr erhöhte, schlug der um rund ein Sechstel teurere Computer-Einkauf aus den USA voll auf den Gewinn durch.

Daß unter dem Strich dennoch ein um 17 Prozent höherer Jahresüberschuß von 3,5 (3) Mill. DM verblieb, führt Mensing in erster Linie auf die Bemühungen zurück, die Ertragsqualität des Geschäfts – beispielsweise durch geringere Nachlässe – zu verbessern. Dabei wurde ganz bewußt auch auf Volumen verzichtet: Die Umsatzsteigerung um 10 Prozent auf 133 (121) Mill. DM dürfte deutlich unter dem Branchendurchschnitt des ablaufenden Jahres liegen.

Die Auftragseingänge im reinen Hardwaregeschäft von 82 (71) Mill. DM (plus 15 Prozent) signalisieren indessen schon eine Belebung, die vor allem aus neuen Maschinen resultiert. Sie allerdings waren erst seit dem Frühjahr verfügbar. Weiteren Schub soll ein jetzt vorgestellter neuer Mikrocomputer bringen. In der Einschätzung des Jahres 1984/85 bleibt Mensing dennoch vorsichtig: „Die Dollar-Probleme werden fast noch größer als im vergangenen Jahr."

Hauptziel bleibe es darum, „profitabel zu bleiben". Neben der renditeorientierten Marktstrategie sollen dazu auch die stärkere Betonung von dollarunabhängigen Produkten und Leistungen (Zubehör und Peripheriegeräte aus Europa, Service) und die Steigerung der eigenen Produktivität beitragen. Beide Wege wurden schon 1983/84 beschritten. So nahm das Zubehörgeschäft auf 6 (2,4) Mill. DM zu, und der Umsatz je Mitarbeiter stieg auf 303 000 (286 000) DM. Die Beschäftigtenzahl wurde vorsichtig auf 450 (423) ausgeweitet.

Von den Vorgängen bei der US-Mutter fühlt sich die Deutschland-Filiale kaum betroffen. In den USA laufen derzeit die Vorbereitungen für den Verkauf der beiden MAI-Gesellschaften. Die herstellerunabhängige Wartungsfirma Sorbus wird an die Telefon-Gruppe Bell Atlantic, das eigentliche Computerunternehmen MAI Basic Four an die Unternehmensgruppe Le Bow Industries abgegeben. Le Bow ist eine Holding, die bereits im EDV-Bereich, aber auch in der Juwelenherstellung, im Büromaschinen-Leasing und in der Grundstückserschließung engagiert ist. Ihr Eigentümer Bennett Le Bow will Board-Vorsitzender bei MAI werden.

RUMÄNIEN / Wirtschaftliche Probleme sollen aus eigener Kraft bewältigt werden

Kurs gegen die Richtlinien des IWF

E. ANTONAROS, Athen

In den Beziehungen Rumäniens zum Internationalen Währungsfonds (IWF) bahnt sich aller Voraussicht nach eine Krise an. Westliche Beobachter in Bukarest sind der Ansicht, daß die Entscheidung der rumänischen Staats- und Parteispitze, die Staatsfinanzen unter Mißachtung der IWF-Richtlinien zu sanieren, einen Eklat zwischen den Rumänen und dem IWF heraufbeschwört.

Angehörige des Finanzministeriums in Bukarest sind zwar darum bemüht, auf die „weiterhin guten Beziehungen" mit dem IWF hinzuweisen. Doch bereits Anfang des Jahres, als Rumänien dem Währungsfonds mitgeteilt hatte, daß es auf eine Kredittranche in Höhe von knapp 300 Millionen Dollar verzichten und das Schuldenproblem „aus eigener Kraft" sanieren wolle, hatten westliche Experten mit skeptischem Kopfschütteln auf Bukarests eigenwilligen Kurs reagiert.

In den letzten drei Jahren hat Rumänien zwar seine Auslandsschulden von einst 10,5 auf 7,5 Milliarden reduzieren können. Aber diese rigorose Rückzahlungspolitik ist durch eine gezielte Exportförderung und drakonische Importrestriktionen zustande gekommen, die vom Durchschnittsrumänen auf Schritt und Tritt registriert werden. In fast allen Lebensbereichen gibt es nämlich Versorgungsschwierigkeiten und -engpässe.

Obwohl Rumänien imstande wäre, mit Hilfe neuer Kredite seine Schulden langsamer zu tilgen, hat sich Ceausescu gegen neue Finanzspritzen entschieden, um die Abhängigkeit seines Landes vom Westen einzuschränken. Bei dieser Grundhaltung ist zu verstehen, daß Bukarest die Währung Anfang November überraschend aufgewertet hat gegenüber den wichtigsten westlichen Währungen, was allerdings erst zwei Wochen später bekannt wurde. Die Rumänen versprechen sich davon eine zusätzliche Exportsteigerung.

In IWF-Kreisen wird diese Entscheidung allerdings als „grundsätzlich falsch" betrachtet. Denn durch die neuen Paritäten ist die rumänische Wirtschaft praktisch auf den Stand von 1982, also vor der Einschreitung des IWF und den inzwischen erfolgten zwei Umschuldungen, zurückgeworfen worden. Als ebenfalls besorgniserregend empfinden westliche Beobachter Ceausescus Ankündigung, daß er keine Liberalisierung der Wirtschaftsstrukturen, wie sie inzwischen etwa in Ungarn oder in Bulgarien eingetreten sind, zulassen möchte. Seiner Ansicht nach könne „von einer Einschränkung der Rolle des Staates als die einzige koordinierende Macht" nicht die Rede sein. Es könne nicht zugelassen werden, daß Einzelfirmen ihre Produktion selbst bestimmen oder Lieferverträge abschließen dürften.

Kurzfristig mag sich die rumänische Wirtschaft zwar durch Ceausescus Schuldenpolitik erholen. Aber Experten fragen sich bereits jetzt, wie Bukarest ohne weitreichende Reformen die – ebenfalls in dem vom Parteitag verabschiedeten Fünfjahresplan (1986–1990) – angekündigten Wachstumsraten von durchschnittlich acht Prozent im Jahr verwirklichen will. Solche ehrgeizigen Ziele können nach Ansicht des IWF nur mit Hilfe eines Strukturwandels realisiert werden. (SAD)

Strengere Maßstäbe für Eigenkapital?

VWD, London

Britische Banken müssen künftig strengere Maßstäbe bei der Einstufung von eigenkapitalähnlichen Fremdmitteln als haftendes Kapital gegen sich gelten lassen, wenn ein Richtlinien-Entwurf, den die Bank von England der British Bankers' Association zugeleitet hat, verwirklicht wird. Die Zentralbank will die bei sogenannten „unendlichen" Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung übliche Klausel nicht mehr anerkennen, wonach die Schuldverschreibungen im Falle des Bedienungsverzugs sofort zur Rückzahlung fällig werden.

Die Banken wurden um Stellungnahmen gebeten. Selbst wenn sich die Bank von England noch zu Konzessionen bereit erklärt, bedeutet der Vorstoß für die Banken eine Beschränkung der Möglichkeiten, nachgeordnetes Haftkapital zu schaffen.

Industrieproduktion in USA gesunken

VWD, Washington

Um eine saisonbereinigte Jahresrate von 2,1 Prozent ist die Produktivität in der US-Industrie im dritten Quartal 1984 gesunken. Nach Angaben des Arbeitsministeriums war im zweiten Quartal noch ein Anstieg um 2,8 Prozent verzeichnet worden.

Der Rückgang im Berichtsquartal reflektiere eine Produktionsverringerung um 0,6 Prozent und einen gleichzeitigen Anstieg der geleisteten Stundenzahl um 2,7 Prozent. Die revidierten Daten zeigten, daß die Produktivität im Nicht-Farmbereich im dritten Quartal um eine bereinigte Jahresrate von 0,7 Prozent zurückgegangen ist, nachdem das Institut vor einem Monat noch eine unveränderte Produktivität in diesem Bereich geschätzt hatte. Die Gesamtproduktivität (unter Einschluß der Landwirtschaft) stieg im dritten Quartal um 0,9 Prozent.

UdSSR setzt Öllieferungen aus

VWD, Rom

Die Sowjetunion hat die Verladung von Rohöl und Mineralölprodukten in ihren Häfen im Baltikum und in Schwarzmeer-Häfen gestoppt und beruft sich dabei auf höhere Gewalt. Wie aus Kreisen der europäischen Mineralölindustrie in Rom zu erfahren ist, wurden Ölgesellschaften im Mittelmeer-Raum und in Nordwest-Europa in Kenntnis gesetzt, daß mindestens drei Partien Heizöl, die Anfang Dezember verladen werden sollten, nicht geliefert werden.

Begründet werde der Lieferstopp mit einem sprunghaften Anstieg des Rohöl- und Produktbedarfes im Inland und witterungsbedingtem Rückgang der Rohölförderung. In Händlerkreisen spekuliert man, daß die UdSSR versucht, die Preisentwicklung an den freien Märkten zu beeinflussen, bevor sie den Dezember-Preis für Rohöl festlegt.

GERLING GLOBALE RÜCK / Rücklagen für US-Risiken – Dividendenausfall

Reservestärkung durch die Holding

HARALD POSNY, Köln

Für den zweitgrößten deutschen und viertgrößten Rückversicherer weltweit, die Kölner Gerling-Konzern Globale Rückversicherungs AG (GKR), haben, wie auch in der gesamten Sparte, die harten Jahre noch kein Ende gefunden. Wenn sich nach Veränderung der Schwankungsrückstellung das technische Ergebnis noch schlechter darstellt als im Vorjahr (siehe Tabelle), so liegt das eindeutig an der fast vervierfachten Zuführung zu dieser Rückstellung mit Reservecharakter. Vor der Veränderung weist die Erfolgsrechnung einen um fast 11 Mill. DM geringeren Verlust als im Vorjahr aus.

Zurückhaltende Risikozeichnung, die sich im stagnierenden Brutto-Beitragsvolumen ebenso zeigt wie im Selbstbehalt auf der einen und erneut hohe Belastungen in der Feuer- und Haftpflichtversicherung auf der anderen Seite, lassen eine schnellere Sanierung kaum zu, will man künftig nicht vorhandene Geschäftsbeziehungen kappen und sich den Weg zu neuem Umsatz nicht langfristig verbauen.

Dazu kommen noch die Überkapazitäten am Markt, die den Wettlauf auf „Umsatz" untereinander noch auf Touren halten. GKR-Vorstandssprecher Richard Woltereck gegenüber der WELT: „Hier ist noch viel zu wenig passiert, obwohl die professionellen Rückversicherer stark auf die Bremse getreten haben." Zum niedrigen Prämienniveau gesellen sich auch noch die Auswirkungen der Rezessionsphase, aus deren Investitionsunlust auch keine neuen zu versichernden Risiken erwuchsen.

So hat sich Gerling neben dem „Prinzip Vorsicht" (Zeichnung) auch vom „Prinzip Sicherheit" (Stärkung der Reserven) leiten lassen. Und hier gelten beide dem US-Markt; vor allem dem immer undurchsichtiger und unberechenbarer werdenden Haftpflichtgeschäft. Dafür wurden bei der GKR für mögliche Schadenersatzansprüche aus Asbest-Produkt-Haftpflichtprozessen, aber auch aus Umweltschäden und Berufshaftpflicht Spätfolgenrückstellungen von 25 Mill. DM nötig.

Die Holding Gerling Versicherungs-Beteiligung AG stellte in der allgemeinen Rechnung (Überschuß von 157 nach 156 Mill. DM nach Steuern) eine Einlage von 25 Mill. DM dagegen. Ohne sie wäre diesmal die GKR nicht um einen Verlustausweis herumgekommen.

Der Bilanzgewinn von 1,1 (4) Mill. DM ist gleichzeitig der Gewinnvortrag aus 1982/83. Für die ausgefallene Dividende von 12 Prozent wären 2,6 Mill. DM nötig gewesen. Wenn die Ausschüttung für 1984/85 wieder aufgenommen wird, dann nur zum alten Satz, doch das ist nach der vorliegenden Marktanalyse kaum denkbar.

Gerling Globale Rück	1983/84	± %	
Bruttoprämie (Mill. DM)	2088	- 0,6	
Auslandsanteil (%)	46,1	(44,4)	
Nettoprämie [1]	1294	- 1,3	
Selbstbehalt (%)	62,6	(63,0)	
Aufw. f. Vers. Fälle	968	- 2,4	
vers.-techn. Ergebnis [2]	-152	(-148,1)	
Kapitalanlagen [3]	1739	+ 3,8	
Kapitalerträge [4]	162	- 0,3	
in % d.Nettoprämie	83/84	82/82	81/82
Vers.techn.Ergebn.	-11,8	-11,3	-10,0
Vers.techn.Rückst.	197,1	181,5	170,7
Eigenkapital	11,0	10,8	9,8

[1]) Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge, [2]) nach Zuführung von 19,3 (5,1) Mill. DM (zur) Schwankungsrückstellung, [3]) ohne Depotford., [4]) netto.

Kampf um Existenz?

hg – Telefunken hat den Kampf um sein Vertriebssystem einstweilen verloren. Das Berliner Kammergericht wies gestern die Beschwerde gegen eine Untersagung des Bundeskartellamtes zurück, das die Agenturverträge zwischen Telefunken und rund 7000 Fachhändlern als verkappten Versuch zur Wiedereinführung der verbotenen Preisbindung wertet. Damit hat Telefunken möglicherweise eine Runde im Kampf um seine Existenz verloren.

Die wenig rentable Tochter des französischen Staatskonzerns Thomson verdankt ihre in den letzten Jahren erzielten Erfolge nur diesem System; möglicherweise gäbe es sie sonst gar nicht mehr. Das ändert aber nichts daran, daß das System – vorbehaltlich einer möglichen Entscheidung durch den Bundesgerichtshof – mit dem Kartellgesetz kaum vereinbar scheint: Der Händler, der in fremdem Namen und für fremde Rechnung verkauft, wird verpflichtet, zum vorgeschriebenen Preis zu verkaufen – Preisbindung unter anderem Namen?

Eine Kartellbehörde kann dies nicht unwidersprochen dulden, und hier offenbart sich, daß Rechtsanwendung gelegentlich brutal ist: Auf der einen Seite müssen Wettbewerbsverstöße verfolgt werden, und auf der anderen Seite ahnen alle Beteiligten die schmerzhaften Konsequenzen. Wie sicher sind die 3100 Telefunken-Arbeitsplätze in Hannover noch? Wird Thomson genügend Geduld aufbringen, um einen endgültigen Spruch des Bundesgerichtshofs abzuwarten und damit Telefunken noch etwa ein Jahr Zeit zu lassen, seinen Wettbewerbsvorsprung qua Agentursystem auszubauen?

Und wenn nicht? Dann könnte die Zentrale in Paris die Entscheidung des Kammergerichts zum Vorwand nehmen, die ohnehin ungeliebte Tochter fallen zu lassen, mit Schuldzuweisung an die Adresse der Richter. Telefunken bleibt zu wünschen, daß es zu diesem Kampf nicht kommt.

WIBAU-KONKURS / Erster Prozeß gegen Esch

Drei Jahre, sechs Monate

INGE ADHAM, Frankfurt

Nur zwei Stunden dauerte die Beweisaufnahme vor der Wirtschaftsstrafkammer am Hanauer Landgericht: Mit einem „klassischen Geständnis", so die Verteidigung, hat der ehemalige IBH-Chef Horst Dieter Esch zur Beschleunigung beigetragen. In Hanau ging es freilich lediglich um Vorgänge im Zusammenhang mit der von der IBH-Holding abhängigen Wibau AG, deren Aufsichtsvorsitzender Esch bis zum Konkurs im Herbst 1983 war.

Mit einer Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten sowie Haftfortdauer wollte die Staatsanwaltschaft den Esch zur Last gelegten Verstoß gegen das Aktiengesetz, Untreue und unrichtige Darstellung (der finanziellen Lage von Wibau) geahndet wissen. Die Verteidigung nannte die Anträge des Staatsanwalts „ausgewogen", forderte jedoch Aussetzung des Haftbefehls. Esch selbst hoffte auf eine geringe Strafe, um schnell eine neue Existenz für seine Familie aufzubauen. Vorher hatte er eingeräumt, der Versuch, durch den Aufkauf bankrotter Unternehmen einen gesunden Konzern aufzubauen, sei ein Fehler gewesen. Das Urteil lautete dann auf Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten. Der Vollzug der Strafe soll aber bei Hinterlegung einer Sicherheit von 1 Mill. DM ausgesetzt werden.

Trotzdem wird Esch, der seit dem 25. März in Untersuchungshaft sitzt, wahrscheinlich nicht auf freien Fuß gesetzt werden. Denn der Wibaukomplex im Zusammenhang mit einem von Esch gewährten und später entzogenen Aktionärsdarlehen in Höhe von 40 Mill. DM betrifft den kleineren Teil der Vorwürfe gegen Esch. Die Staatsanwaltschaft in Koblenz, die wegen der Vorgänge im IBH-Konzern ermittelt, hat ihrerseits einen vollstreckbaren Haftbefehl.

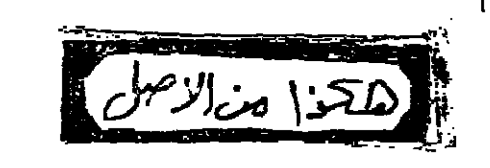
KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Pellini-Verwaltungs-Ges. mbH, Eschweiler; **Bad Homburg:** Nachl. d. Edmund Walter Woll, Bad Homburg v. d. Höhe; **Bad Kreuznach:** Karl Bräuer, Rheinböllen; **Balingen:** Ilitsch + Kraft Bauunternehmung GmbH; **Bensheim:** Nachl. d. Werner Fischer; **Berlin Charlottenburg:** Bananas Vertriebsges. f. internationales Automobilzubehör mbH; Nachl. d. Peter Matzat; **Detmold:** Diekjobst & Heistermann Bauges. mbH, Lage; GGW Kanal- u. Straßenbau GmbH; **Dortmund:** MARO-Bauträger GmbH; **Duisburg:** Nachl. d. Ferndinand Arnold Zacharias, Mülheim (Ruhr); „NERO" Bedarfsgüter Handelsges. mbH; **Flensburg:** Nordlicht Reisen GmbH; **Hann.-Münden:** Häseler Raumausstattung GmbH; **Hildesheim:** Nachl. d. Armin Dücker, Architekt, Diekholzen OT Barienrode; **Ibbenbüren:** Nachl. d. Hugo Gerhard Stehmann; **Kaiserslautern:** Baadte GmbH, Trippstadt; **Koblenz:** Ingbert Henrich, Halsenbach; **Köln:** TURIA Agrar Handelsges. mbH; **Krefeld:** Pahlings Tiefbau GmbH; **Landau i. d. Pf.:** Göring-Fahrzeughandelsges. mbH, Edenkoben; **Leverkusen:** Niederrhein-Malz GmbH, Leverkusen-Hitdorf; **Minden:** Porta Raumdekor Handels-GmbH, Porta Westfalica; **München:** Nachl. d. Heinrich Schmidt; Nachl. d. Lothar Georg Thierig; **Niebüll:** Sylt-Tourist Reisebüro GmbH, Westerland/Sylt; **Nürnberg:** Weiß-Motoren GmbH; **Passau:** Manfred Lorenz, Hauzenberg; **Pforzheim:** Nachl. d. Paul Erich Süß; **Reutlingen:** Josef Zupanc, Schlosser; **Schwäbisch Hall:** Heinz Trender, Bad Mergentheim; **Soest:** HtK-Gaststätten GmbH, Gütersloh; **Tübingen:** Nachl. d. Arthur Netz, Maler, Mössingen-Talheim; Manfred Baron, Kirchentellinsfurt; Manfred Baron GmbH, Kusterdingen; **Wesel:** Monika Reibold, Dinslaken; 1. DORID Sondermann & Wisnewski oHG Druckluftwerkzeuge, a) Heinz-Dieter Sondermann, b) Berthold Wisnewski, Hünxe-Drevenack, c) Ingrid Sondermann geb. Pospiech d) Doris Wisnewski geb. Salfelder; **Wuppertal:** Werner Felsch.

Anschlußkonkurs eröffnet: Darmstadt: Dr. Kurt Menn, Kaufmann; **Essen:** Henschel Häuser Bauträger GmbH; **Freiburg i. Breisgau:** Helmut Güth, Zentralheizungsbaumeister, Freiburg-Opfingen.

Vergleich eröffnet: Hagen: a) Autohaus Schildberg GmbH & Co. KG, b) Walter GmbH.

Vergleich beantragt: Albstadt: a) Scherlana-Werk Friedrich Scherle Strick- u. Wirkwaren GmbH & Co. KG, Winterlingen, b) Scherle Beteiligungsges. mbH, Winterlingen, c) Marc Bitzer GmbH & Co. Verkaufs-KG, Winterlingen, d) Marc Bitzer GmbH, Winterlingen; **Bad Segeberg:** Hans Hinrichsen KG Traktoren – Landmaschinen, Altengörs; Hans Hinrichsen Kraftfahrzeuge KG; Autohaus Wahlstedt Hans Hinrichsen KG, Wahlstedt; Autohaus Hinrichsen KG; Betriebsgrundstücksverwaltungsges. Hinrichsen; **Hannover:** Karl W. Brinkmann Baugeschäft GmbH & Co.; Brinkmann Bau-Ges. mbH.



SINN / Textilhaus geht im Dezember an die Börse

„Ohne Mühe zu etablieren“

HARALD POSNY, Düsseldorf

Rascher als nach der Ankündigung vom Oktober erwartet, geht das Textilhandelsunternehmen Sinn AG, Köln, am 11. Dezember dieses Jahres an die Börse. Das Unternehmen hat vom Düsseldorfer Börsenvorstand die Zulassung zu Handel und amtlicher Notierung für 30 Mill. DM Stammaktien erhalten, nach dem das Grundkapital erst im November um 6,4 Mill. DM erhöht worden war. Dieser Betrag wird neuen außenstehenden Aktionären angeboten, so daß 30 (10) Prozent des Grundkapitals in Streubesitz liegen werden. Der Rest befindet sich im Besitz von rund 250 Angehörigen der Sinn-Familien.

Die Aktien werden zum Preis von 150 DM je 50 DM-Aktie angeboten, womit etwa 19 Mill. DM in die Kassen kommen, und ab 1. Januar 1985 dividendenberechtigt sein. Die Zeichnung der Aktien kann ab 3. Dezember bei der Deutschen Bank erfolgen. Theo Lövenich, Direktor der Deutsche-Bank-Zentrale Düsseldorf, bezeichnete die Sinn-Aktie als „solides Papier, das sich ohne Mühe am Markt etablieren wird“.

Trotz hoher liquider Mittel von zur Zeit 40 Mill. DM liegt die Eigenkapitalquote bei 32,4 Prozent. Die Eigenmittel überdecken das Anlagevermögen um mehr als 50 Prozent. Bei einem für 1984 geschätzten Umsatz von 495 (436) Mill. DM, der nicht nur branchenüberdurchschnittliches Wachstum, sondern auch nach einem Rekordjahr flächen- und preisbereinigt ein Plus von über 5 Prozent ausweist, wird der Nettogewinn 1,4 (1,7) Prozent des Umsatzes betragen und die Vorjahresdividende von 6 DM je 50 DM-Aktie sicherstellen. Der Gewinn je Aktie (DVFA) liegt bei 15 (16) DM.

Die Ausschüttung der kommenden Jahre wird nach den Worten von Sinn-Vorstandssprecher Jürgen Achenbach wegen des 30 Mill. DM Investitionsvolumen in den nächsten beiden Jahren „etwas gedrückt“. Die 84er Erträge liegen auf Vorjahresebene. Kapitalerhöhung und Börsengang bedeuteten keinen Nachfinanzierungsbedarf, wohl aber Vorsorge für künftige Jahre, in denen man durchaus Expansion, aber auch „Sortimentsbegrenzung mit Kompetenz“ betreiben wolle.

DRESDNER BANK / Die Ertragsentwicklung der ersten zehn Monate spricht für eine unveränderte Dividende

Börse könnte Erhöhung der Ausschüttung forcieren

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Wird die Dresdner Bank ihre Dividende für 1984 erhöhen oder wird sie bei sechs Mark je Aktie bleiben? Darüber hat der Aufsichtsrat noch nicht diskutiert, versuchte Vorstandssprecher Hans Friderichs die Spekulationen zu dämpfen. Eine Dividendenerhöhung könnte wohl akut werden, wenn sich die Börse in der nächsten Zeit so gut entwickelt, daß sich – wie Vorstandsmitglied Wolfgang Röller andeutete – die Frage einer Kapitalerhöhung konkretisiert.

Die Ertragsentwicklung in den ersten zehn Monaten dieses Jahres scheint eher für eine unveränderte Dividende zu sprechen. Das Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachaufwand sowie Normalabschreibungen) blieb mit 649 Mill. DM um 7,9 Prozent hinter dem anteiligen Vorjahresergebnis zurück. Das übertreffe die Erwartungen, sagte Friderichs. Gegenüber dem Teilbetriebsergebnis des ersten Halbjahres (minus 14,4 Prozent) hat sich der Rückstand zum Vorjahr auf 56 Mill. DM fast halbiert.

Der Ergebnisrückgang ist auf die Verminderung der Zinsmarge von 2,9 auf 2,7 Prozent zurückzuführen. Der Zinsüberschuß ermäßigte sich jedoch nur um 1,3 Prozent auf 1,990 Mrd. DM, weil sich das durchschnittliche Geschäftsvolumen gleichzeitig um sechs Prozent ausweitete; die Bank rechnet in absehbarer Zeit nicht mit einem Nachlassen des Drucks auf die Zinsspanne. Eine kräftige Zunahme um sieben Prozent auf 702 Mill. DM gab es beim Provisionsüberschuß. Sie ist vor allem dem wieder lebhaften Wertpapier- und Emissionsgeschäft zu verdanken. Sehr mäßig verlief bisher der Anstieg der Betriebsaufwendungen um 3,9 Prozent auf 2,043 Mrd. DM; jedoch wird mit einer kräftigeren Zunahme bis zum Jahresende gerechnet.

Die Handelsgewinne haben nach Aussagen Friderichs vor allem dank des lebhaften Wertpapiergeschäfts das anteilige Rekordergebnis des Vorjahres übertroffen, so daß damit gerechnet wird, daß das Gesamtbetriebsergebnis für 1984 weniger hinter dem Spitzenwert des vergangenen Jahres zurückbleiben wird als das Teilbetriebsergebnis. Ein erheblicher Teil des Gesamtertrags wird wieder für die Risikovorsorge benötigt.

Im Inlandsgeschäft rechnet die Bank mit einer Verminderung des Wertberichtigungsbedarfs; dagegen soll die Risikovorsorge für Problemländer weiter aufgestockt werden. Da dies aber im erheblichen Maße bei der Luxemburger Tochter und der Deutsch-Südamerikanischen Bank geschieht, könnte sich trotz eines etwas geringeren Gesamtbetriebsergebnisses Spielraum für eine Dividendenerhöhung auftun. Im Konzern, dessen Geschäftsvolumen bis Ende September um 7,8 auf 172 Mrd. DM gestiegen ist, erwartet der Vorstand ein Gesamtbetriebsergebnis von knapp zwei Mrd. DM, womit das Vorjahresergebnis fast wieder erreicht würde.

Die Dresdner Bank AG hat in den ersten zehn Monaten dieses Jahres die moderate Ausweitung ihres Geschäftsvolumens um 2,8 Prozent oder 2,4 Mrd. DM auf 90 Mrd. DM fortgesetzt; im Durchschnitt war das Geschäftsvolumen jedoch um fünf Milliarden höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen wuchs um 1,4 Prozent auf 63,4 Mrd. DM. Der Zuwachs, und zwar vor allem im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft, stammte ganz überwiegend aus dem Privatkundengeschäft.

Bei der Refinanzierung stützte sich die Bank verstärkt auf Kundeneinlagen, die um 3,1 Prozent auf 49,4 Mrd. DM stiegen, wobei das Schwergewicht bei den Einlagen mit einer Befristung von vier Jahren und länger lag, die sich von 2,3 auf gut 4,5 Mrd. DM fast verdoppelten. Darin spiegelt sich vor allem die Hereinnahme von Dollar zur Refinanzierung des internationalen Kreditgeschäfts.

Ihre Eigenmittelposition hat die Bank im Laufe des Jahres um 74 Mill. DM aus dem Agio von Optionsanleihen verbessert. Bei Fortsetzung der Politik einer deutlichen Rücklagendotierung glaubt Friderichs, die Auflagen des neuen Kreditwesengesetzes, also eine Rückführung des Konzernkreditvolumens vom 21fachen auf das 18fache des Kapitals, fristgemäß erfüllen zu können, wobei auch an Kapitalerhöhungen gedacht wird.

Bernhard Plettner wird 70 Jahre alt



Im Siemens-Konzern ist er noch immer einer der Garanten für die ausgewogene Mischung aus Besonnenheit und Risikofreude, die den Erfolg des größten deutschen Elektrokonzerns wesentlich bestimmt: Bernhard Plettner, der am Sonntag seinen 70. Geburtstag feiert. Von „Ruhestand“ kann bei ihm kaum die Rede sein, denn die Position des Aufsichtsratsvorsitzenden, die der gebürtige Oberlahnsteiner nach zehnjähriger Arbeit als Vorstandsvorsitzender 1981 übernahm, erfordert bei einem solchen Unternehmen den ganzen Mann.

Für Außenstehende war und ist es schwer, seine Prinzipien und sein tägliches Wirken zu bewerten, weil der „gelernte“ Diplomingenieur der Elektrotechnik die ruhige, effiziente Arbeit schätzt und aller Publicity, soweit sie für ihn zum Show-Geschäft ausartet, aus dem Weg geht.

Unternehmen sind für Plettner keine isoliert lebenden Organismen. Sie sind vielmehr eingebettet in den gesamtwirtschaftlichen Rahmen und haben hier neben ihrer volkswirtschaftlichen Funktion einen verantwortungsvollen Beitrag zur Wohlfahrt der Menschen zu leisten.

So wurde die Ära Plettner für den Konzern zu einer Zeitspanne äußerst erfolgreichen Wirtschaftens und wichtiger Weichenstellungen. Erinnert sei hier nur an den Einstieg in den amerikanischen Elektromarkt und die Datenverarbeitung sowie an die Übernahme der Kraftwerk Union und Osram. Er schaffte dies alles mit eiserner Disziplin, ohne künstliche Aufblähung von Autoritäten. Und noch heute hält er es mit der Abwandlung einer alten Redewendung: „Autorität hat man, über sie spricht man nicht.“ DANKWARD SEITZ

DAL / Prüfungsergebnisse erst Ende Januar

Große Verlust-Bandbreite

adh. Frankfurt

Noch keine konkreten Verlustzahlen konnte der Aufsichtsrat der Deutschen Anlagen Leasing GmbH (DAL) auf seiner jüngsten Sitzung in Frankfurt diskutieren. Aus Teilnehmerkreisen war zu hören, daß mit einer erheblichen „Bandbreite“ zu rechnen sei; vorbehaltlich des endgültigen Prüfungsergebnisses der Treuarbeit, das Ende Januar vorliegen soll, könnte noch einiges zu den bisher bekannten 1,2 Mrd. DM hinzukommen.

Nach Angaben aus dem Gesellschafterkreis könnte freilich der endgültig für die Gesellschafterbanken zu verkraftende Betrag auch etwas geringer ausfallen. Dies hängt zum Teil auch davon ab, wieweit die DAL von Zeichnern der durch die Kapital & Wert vertriebenen Realwertfonds zum Rückkauf von Anteilen in Anspruch genommen wird.

Der jüngst im politischen Raum in Mainz „gehandelte“ Verlustbetrag von 2,5 Mrd. DM wird als Unsinn bezeichnet. Die Gesellschafterbanken (WestLB, Mainzer Landesbank, Hessische und bayerische Landesbank sowie Dresdner Bank) stehen für den Wertberichtigungsbedarf der DAL, die über zu große Geschäfte ins Schleudern gekommen war, gerade.

Der eingeschlagene Sanierungsprozeß soll konsequent beibehalten werden. Nach Angaben aus der DAL greifen alle Maßnahmen. In diesem Jahr nahm die DAL bisher 453 Mill. DM Neugeschäft herein und dürfte damit die angepeilten 500 Mill. DM, die ausschließlich in Haftung der Gesellschafter- oder anderer Banken refinanziert werden, erreichen.

Nach der außergerichtlichen Einigung mit ihrem früheren Steuerberater Paulus führt die DAL noch zahlreiche gerichtliche Auseinandersetzungen mit ihrem Gründer und ehemaligen Vorstandsmitglied Eberhard Kühl.

NAMEN

Hans Rathsmann, von 1972 bis 1982 Vorstandsmitglied der Volksfürsorge Bausparkasse AG, Hamburg, vollendet heute das 65. Lebensjahr.

Georg Schulhoff (86), seit 1949 Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, ist als Präsident des Rheinisch-Westfälischen Handwerkerbundes (RWHB), Düsseldorf, wiedergewählt worden.

Carl Heinz Häfele, geschäftsführender Gesellschafter der Rheinische Armaturen- und Maschinenfabrik Albert Sempell, Korschenbroich, vollendet am 1. Dezember 1984 das 70. Lebensjahr.

Eberhardt H. Branner, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Stahlhandel (BDS), Düsseldorf, wurde zum Geschäftsführenden Vorstandsmitglied berufen.

Dr. **Robert Edin** wurde zum ordentlichen Vorstandsmitglied für das Ressort Finanzen und Personal der Hartmann + Braun AG, Frankfurt, bestellt. Er ist Nachfolger in allen Funktionen des im August dieses Jahres verstorbenen Dr. **Walter Strohmaier**.

KLÖCKNER-MOELLER / Angebot für gleitenden Übergang in den Ruhestand

Das Wachstum hat sich beschleunigt

HEINZ STÜWE, Bonn

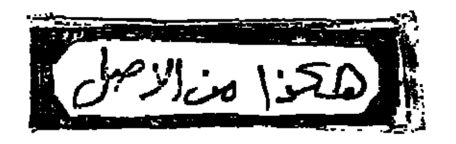
Die Bonner Klöckner-Moeller-Gruppe, Spezialist für Niederspannungsschaltgeräte, -schaltanlagen und Industrieelektronik, hat ihr Wachstumstempo verdoppelt. Nach einer knapp achtprozentigen Zunahme auf 783,1 Mill. DM im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983/84 (30. 4.) stand zur Halbzeit des neuen eine Umsatz-Steigerung um stolze 16 Prozent zu Buche. Damit rückt die 900-Millionen-Marke in diesem Geschäftsjahr in greifbare Nähe.

An diesem Wachstum ist nach Angaben des Mitinhabers Harry Moeller das Ausland wieder stärker beteiligt, nachdem 1983/84 dessen Anteil an den Gesamterlösen leicht von 48,2 auf 47,9 Prozent zurückgegangen war. Aufgrund der guten Auftragslage sind nicht nur die Kapazitäten „fast voll ausgelastet“ (vor einem Jahr wurde noch kurzgearbeitet), es gab auch Neueinstellungen. Die Beschäftigtenzahl hat sich 1984 um 4 Prozent erhöht. Zum Ende des Geschäftsjahres waren in den 13 deutschen Werken und 43 Außenbüros 4250 (4100) Mitarbeiter beschäftigt. Hinzu kommen unverändert 2100 Mitarbeiter im Ausland, wo das Familienunternehmen in neun Werken produziert.

Die auf 144 000 (137 000) DM verbesserte Leistung pro Mitarbeiter (Inland) blieb nicht ohne Auswirkung auf die nicht näher beschriebene Ertragslage: Rückschlüsse erlauben die um 7,7 Mill. DM auf 265,2 Mill. DM aufgestockten Eigenmittel sowie die kräftig erhöhte Ausschüttung – 10,8 nach 5,6 Prozent – an die Mitarbeiter-Beteiligungsgesellschaft, die jetzt 4,9 Mill. DM hält. Zahlen, die Gert Moeller, neben seinem Vetter Harry Gesellschafter der Klöckner-Moeller GmbH, von einem „gottlob vollen Geldbeutel“ sprechen lassen. Dieser ist sicher hilfreich, um das Erneuerungsprogramm der Produkttypen weiterzuführen.

Nachdem die erst kürzlich ausgebaute Elektronikfertigung abermals zu klein wurde, wird das Werk Bonn um 1500 qm vergrößert. Die Produktion soll im Frühjahr beginnen. Insgesamt lagen die Sachanlage-Investitionen mit 77,4 (61,8) Mill. DM deutlich über den Abschreibungen, die sich auf 55,5 (45) Mill. DM erhöhten.

Um die Personalkosten im Griff zu behalten, will die Geschäftsführung flexible Arbeitszeiten einführen. Die schon traditionelle Rolle als Vorreiter bei neuen Arbeitszeit-Regelungen unterstreicht das Unternehmen mit einer neuen gleitenden Vorruhestandsregelung, die Gert Moeller als zusätzliches Angebot zur tariflichen 58er-Regelung verstanden wissen will. Danach können Männer nach Vollendung des 58. Lebensjahres zunächst 6 Stunden täglich, mit 60 Jahren dann 5 Stunden und mit 62 schließlich 4 Stunden arbeiten. Die Differenz zur täglichen Vollarbeitszeit wird vom Unternehmen zur Hälfte vergütet.



Jost Stender-Robertz

9. Dezember 1935 — 28. November 1984

Vorbild

Freund

Mensch

Für alle, die ihn liebten

Christa Stender-Robertz geb. Hug
Jens, Susanne und Claus
Ruth Stender und Familie
Klaus und Maid Stender-Robertz
Lieselotte Hug
Familie Grothaus
Familie Buttkus

Herzberg am Harz
Richard-Wagner-Str. 16
Düsseldorf und Köln

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 3. Dezember 1984, um 13.00 Uhr in der Friedhofskapelle statt, anschließend Beisetzung.

Requiem um 12.00 Uhr in der kath. Kirche.

Ausführung: Bestattungsinstitut Mackensen, Herzberg.

Mit tiefer Trauer haben wir vernommen, daß Herr

Dipl.-Ing.
Jost Stender-Robertz
* 9. 12. 1935 † 28. 11. 1984

seiner schweren Krankheit erlegen ist.

Herr Stender-Robertz war viele Jahre an leitender Stelle in unserem Unternehmen tätig und seit 1976 stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats.

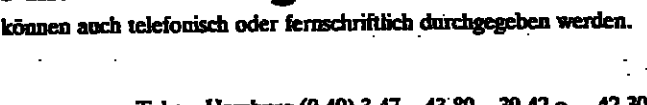
Wir verdanken ihm sehr viel.

Er hat seinen Frieden gefunden.

Geschäftsleitung, Aufsichtsrat, Betriebsrat und Belegschaft

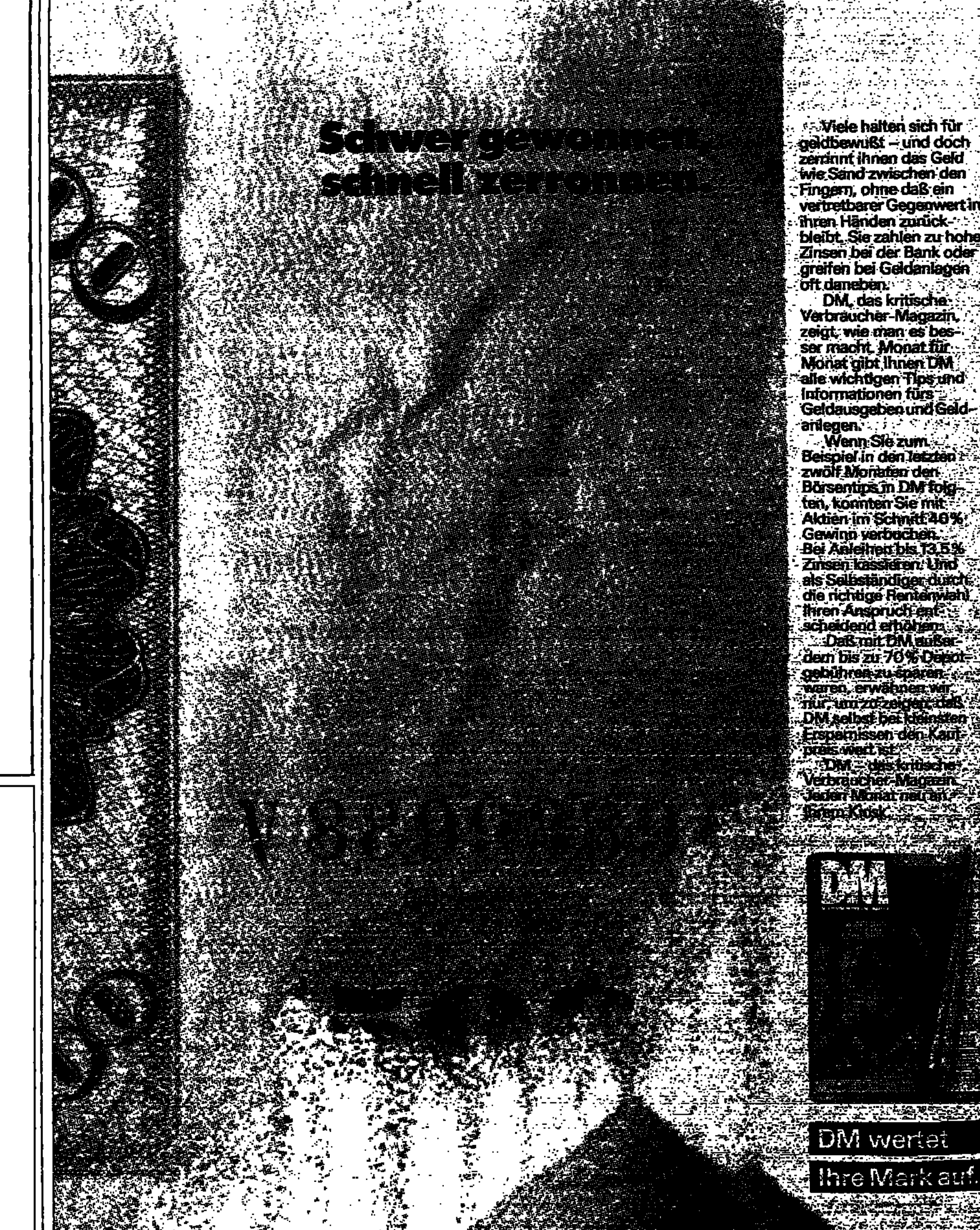
Eisen- und Stahlwerk Pleissner GmbH

Herzberg am Harz



Familienanzeigen und Nachrufe
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80 – 39 42 o. – 42 30
Berlin (0 30) 25 91 – 29 31
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24
Telex: Hamburg 2 17 001 77 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104



Bundesanleihen

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bundespost

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Länder – Städte

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bankschuldverschreib.

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bundesbahn

		29. 11.	28. 11.
[illegible] 79	2/85	100,1G	100,1
[illegible] 73	2/85	100,45	100,45
77	2/87	101,5	101,5
77	9/87	99,4bG	99,5
78 II	7/88	98,9	98,85

Renten beruhigt

Obgleich der neue Mengentender der Bundesbank vom Zins her nicht voll den Erwartungen entsprochen hat, wurde er dennoch als Erleichterung empfunden. Das schlug sich in der Rententendenz jedoch nicht nieder. Hier wirkte der leichte Kursrückgang bei den US-Bonds vom Vortag zunächst stärker. Als jedoch Anzeichen einer Zinsstabilisierung erkennbar wurden, wuchs am Rentenmarkt wieder die Zuversicht. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten deshalb nur geringfügig. DM-Auslandsanleihen lagen behauptet, keine Veränderungen bei den Pfandbriefen.

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	100G	100G
[illegible]	103G	103G
[illegible]	101G	101G
[illegible]	97,5G	97,5G
[illegible]	99G	99
[illegible]	100,15G	100,15G
[illegible]	118G	118G
[illegible]	95,25G	95,25G
[illegible]	100,5G	100,5G
[illegible]	95,25G	95,25G
[illegible]	101,25G	101,25G
[illegible]	119,5G	119,5G
[illegible]	116G	116G
[illegible]	84G	84G
[illegible]	92G	92G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	29. 11.	28. 11.
Hn8 dgl. Pf 10	100,6G	100,6G
9 dgl. KO 53	101,1G	101,1G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,20	89,20
6 dgl. Pf 95	81,5T	81,5T
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	126G	126G
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	98G	98G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
[illegible]	[illegible]	[illegible]
H 6 Lbk.S-Holst Pf 89	96G	96G
7 dgl. Pf 97	95,75G	95,75G
10 dgl. Pf 33	100,3G	100,3G
6½ dgl. KS 78	100G	99G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75	110,75
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	90G	90G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	105	105
6½ dgl. Pf 42	-Zhg	-Zhg
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	99,75G	99,75G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G

	29. 11.	28. 11.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,50
6½ dgl. RS 80	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,6G	100,6G
7 dgl. 99	100,25	100,25
8 dgl. 101	103,5G	103,5G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 126	106,25G	106,25G
D 8 LAG TS 76	101,7G	101,70
6½ dgl. TS 77	100,35	100,35
5½ dgl. 78	97,3G	97,3G
7 dgl. 79	101,3	101,3

Industrieanleihen

	29. 11.	28. 11.
F 6 Badenwerk 78	97	97
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Sonderinstitute

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
F 10 Kredit 81	112,95	112,95
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	108,4G	105,4
7½ dgl. 83	107,5	101,3G
8¾ dgl. 83	104,5G	104,5
7½ dgl. 84 I	102,2G	102,2G
7½ dgl. 84 II	101,95G	101,95G
F 6 Lawi.Rentbk. RS 14	98,7G	98,7G
6 dgl. RS 15	99,35G	99,35G
6 dgl. RS 18	99,3G	99,3G
6 dgl. RS 19	99,5G	99,5G
6 dgl. RS 21	100G	100G
6 dgl. RS 26	99,95G	99,95G

Währungsanleihen

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Wandelanleihen

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsscheine

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsanleihen

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
8 dgl. 84	103,05G	103,05
4½ C F DT. Bk. 77 m0 $	129,1G	129
4½ dgl. 77 o0 $	86,25	85
3½ Dt. Bk. 83 m0	132,5	132
3½ dgl. 83 o0	88,75	88
6¾ Dt. Bk. 83 m0	110G	110
6¾ dgl. 83 o0	76,5	76,5
4 Dresd. Bk. 83 m0	111,5	112
4 dgl. o0	90,1	90,1
3½ Itoh Food 84 m0	96,5	96
3½ dgl. 84 o0	89,5	90
7½ Jap. Synth. 82	200G	200
7½ dgl. 82 o0	101,5	102
5¾ Jusco 83 m0	147G	147
5¾ dgl. 83 o0	96G	96

Wandelanleihen

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Ausländische Aktien in DM

	29. 11.	28. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Standardaktien nachgebend

Stahlwerte leiden unter der EG/USA-Krise

DW. – Am Donnerstag gerieten die Stahlaktien unter Druck. Die zwischen der EG und den USA entbrannten Auseinandersetzungen über die Importbarrieren beunruhigten den Markt. Da auch die *Röhrenexporte* in die USA betroffen sind, mußte der Mannesmannkurs erneut zurückgenommen werden. Wegen des Kursrückgangs an der Wall Street am Mittwoch waren die Stahlaktien ohnehin empfindlich geworden. Auf der Abgeberseite lag die Börsenkulisse, die wegen des bevorstehenden Monatsultimo an Glattstellungen interessiert war.

Stahlaktien wie Krupp und Klöckner erschienen mit Minusankündigungen. Bei beiden Unternehmen kam als zusätzlich Belastung die geringe Bereitwilligkeit des Bundes hinzu, die hier beabsichtigte Stahlfusion zu subventionieren. Bei Schering wurden die Käufe sogar zu steigenden Notierungen fortgesetzt. Die Ankündigung des Vorstandes, etwas für die Aktionäre tun zu wollen, hat die spekulative Phantasie angeheizt. Da sich nunmehr auch der Vorstand der Dresdner Bank hinsichtlich der zu erwartenden Dividende ausgeschwiegen und keine Anregungen zum Kauf von Bankaktien gegeben hat, bröckelten die Kurse in diesem Bereich ab. Zu einer Sonderbewegung kam es bei HEW, wo der Verkauf eines Anteils an der Brokdorf GmbH und der nichthamburgischen Konzessionsgebiete die Lage des Unternehmens vorübergehend entspannen wird.

Düsseldorf: Concordia erhöhten sich um 5 DM auf 225 DM, Ravensburger Spinne zogen um 3 DM auf 260 DM an und Westag verbesserten sich um 2,50 DM. DAT sanken um 5 DM auf 375 DM, Kochs Adler fielen um 4,50 DM und Schubsa verminderten sich um 2 DM.

Frankfurt: Dt. Texaco gaben um 8 DM auf 187 DM nach, Grünzweig verminderten sich um 4,30 DM auf 115,20 DM und KSB Vz. sanken um 4,50 DM auf 158 DM. Steigenberger verbesserten sich um 100 DM auf 3430 DM und MAN Roland stiegen um 11 DM auf 419 DM.

Hamburg: HEW stiegen weiter auf 86 DM bis 87 DM plus 3 DM, während NWk-Vz. bei 168 DM unverändert blieben. Beiersdorf wurden mit 373 DM und Reichardt auf gestriger Basis mit 10[illegible] gehandelt. Haller Meuer gingen zu 180 DM plus 2 DM aus dem Markt.

München: Agrob St. befestigten sich um 1,50 DM auf 222 DM, Audi NSU konnten sich um 13 DM auf 378 DM verbessern und Esterer zogen um 9 DM an. Deckel AG sanken um 5 DM, Dywidag fielen um 1 DM auf 146 DM und Erlus verminderten sich um 9 DM.

Berlin: Bergmann erhöhten sich um 7 DM und Berliner Elektro um 5 DM. Engelhardt wurden um 5 DM höher taxiert. Detewe konnten sich um 3 DM, Berliner Kindl und Herlitz St. um je 1,50 DM erholen. Kempinski taxierte man um 4 DM niedriger. Berliner Bank lagen um 1,20 DM und Berthold um 1 DM leichter.

Nachbörse: leicht nachgebend

WELT-Aktienindex: 158,2 (159,6)
WELT-Umsatzindex: 2120 (2180)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 29. 11. 84: 961 Optionen = 50 150 (50 000) Aktien, davon 142 Verkaufsoptionen = 7 850 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-95/13, 1-110/4, 4-95/17, 1, 4-110/8, 4-120/4,1, 7-120/5,8, BASF 1-160/14, 1-170/3,9, 1-180/1,9 4-170/14,5, 4-180/7, 5, 4-200/2,4, 7-180/12, 7-190/8,3, 7-200/5,6, Bayer 1-170/16, 1-180/8,4, 1-190/2,9, 1-200/1,4, 4-180/15,5, 4-190/9, 4-200/5,3, 7-180/19,6, 7-190/14,95, 7-200/9,6, 7-210/6, BBC 4-210/5, Bekula 1-100/3, 4-100/5,6, Commerzbank 1-160/17,6, 1-169,6/9, 1-170/9, 1-180/3,4, 1-190/2, 4-170/15,4, 4-180/9,65, 4-190/5,1, 4-200/3, 7-180/14, 7-190/8, 7-200/5, Conti 1-110/11,4, 1-120/3,5, 4-120/8, 4-130/4, 7-130/6,8, Daimler 4-580/19,4, 4-600/12, Dt. Babcock St. 4-160/8,6, Deutsche Bank 1-390/6,5, 4-356,75/33,6, 4-380/22,8, 4-390/16,55, 4-400/12, 4-420/5,9, 7-410/16, Degussa 4-370/13,6, Dresdner Bank 1-180/9,3, 4-170/26, 4-180/19, 4-190/12,5, 4-210/4, 7-170/30,8, 7-180/23,2, 7-200/11,3, 7-210/8,1, GGH ST 4-150/14,85, 4-160/7,5, Hoechst 1-190/2, 4-180/13,3, 4-190/6,6, 7-200/6,9, 7-210/5, 7-220/2,2, Hoesch 1-98,35/9,5, 1-100/6, 1-110/2, 1-120/1, 4-95/10, 4-100/10,5, 4-110/5, 4-120/3,6, 7-110/9, 7-120/4,5, 7-130/2,4, Kaufhof 1-140/5,7-240/15, Klöckner 1-65/6,1-70/3, 1-75/2, 4-60/15, 4-70/7, 4-80/3,5, 4-90/1,4, 7-75/8,4, Lufthansa St. 1-180/3,9, MAN 7-150/12, Metallges. 4-220/12,5, Mannesmann 1-160/1,4, 4-150/10, 4-160/5,8, 7-150/15,5, 7-160/10,5, RWE Vz. 1-160/9, 4-170/3,5, Kali + Salz 4-230/19,9, Siemens 1-440/25,1, 1-460/12,5, 4-420/45, 4-430/37,8, 4-450/25, 4-460/22,2, 4-500/6,1, 7-470/30, 7-500/13, Thyssen 4-80/7,9, 4-85/4,3, 4-90/2,4, 7-85/7,1, 7-90/4,4, Varta 4-180/12, Veba 1-162,5/11, 1-170/4,5, 4-172,5/7,1, 4-180/3,6, 7-170/12,4, 7-180/7, VW 1-180/21, 1-190/11, 1-200/5,5, 1-210/2,4, 4-170/36, 4-190/17,5, 4-200/12, 4-210/9,4, 4-220/5,3, 4-230/2, 7-190/23,8, 7-200/20,3, 7-230/8, Alcan 4-80/12,7, Chrysler 1-80/8,6, 1-85/5, 4-95/6, Norsk Hydro 4-40/2, 7-40/4,8, Philips 1-45/4,7, 7-50/5, Xerox 1-120/1,9. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-110/6, 4-95/1,6, 7-95/2, 7-110/10, BASF 1-170/1, 4-170/1,5, Bayer 1-180/0,9, 4-180/2,2, 7-180/3,5, Bay. Hypo. 4-300/2,5, 4-310/3,9, 7-320/12,2, Bekula 4-100/2, BMW 4-370/10,4, Bay. Vereinsb. 4-320/5, Commerzbank 1-170/2, 7-170/4,6, Daimler 1-570/12, 4-580/25, 7-570/20,5 Dresdner Bank 4-180/2,4, Hoechst 7-180/3,7, Hoesch 1-100/2,5, Karstadt 1-260/9, Kaufhof 4-230/5, Schering 4-380/4,5, 7-380/7,4, Siemens 1-440/3, 1-450/6,2, 4-430/3,9, Thyssen 1-80/2, 4-80/2,3, 7-80/3,1, VW 1-190/1,8, 4-190/4,6, 7-170/2, 7-190/6,9, 7-200/10,4, Alcan 4-90/7,7, Chrysler 4-85/4,5, 7-90/9,15, Elf 1-70/2,1, IBM 1-360/3, 1-370/6, Philips 7-45/1,7. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	5½–5¾	5⅛–5⅜
3 Monate	8⅞–9⅛	5½–5⅝	4⅞–5⅛
6 Monate	9⅛–9½	5½–5¾	4⅞–5⅛
12 Monate	9⅝–10⅛	5⅝–5⅞	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel)*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1455,00	1806,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1190,00	1449,84
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	177,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	241,00	302,10
2 südafrikanische Rand	225,00	279,30
Krüger Rand, neu	1027,00	1210,68
Maple Leaf	1027,00	1210,68
Platin Noble Man	1007,60	1187,88

Außer Kurs gesetzte Münzen)*

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	238,00	298,68
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,00	232,56
20 franz. Franken „Napoléon"	183,00	232,56
100 österr. Kronen (Neuprägung)	949,00	1145,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	236,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	128,82
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	437,00	538,08
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel)*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1460,00	1812,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1205,00	1455,20
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	233,00	288,42
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,00	283,86
20 belgische Franken	178,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	228,00	282,72
Krüger Rand, neu	1037,00	1222,08
Maple Leaf	1037,00	1222,08
Platin Noble Man	1007,00	1187,88

Außer Kurs gesetzte Münzen)*

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	241,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	184,00	233,70
20 franz. Franken „Napoléon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	958,00	1155,96
20 österr. Kronen (Neuprägung)	190,00	239,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	441,00	542,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisenmärkte

Nach der valutarischen Überwindung des Monatsultimos verlief das Marktgeschehen am 29. 11. in sehr ruhigen Bahnen mit Kursen zwischen 3,07 und 3,08. Daß der Zentralbankrat keine kreditpolitischen Entschlüsse faßte und der Rückgang der amerikanischen Wirtschaftsfrühindikatoren um 0,7 Prozent entsprachen exakt den Markterwartungen, der amtliche Mittelkurs wurde mit 3,0762 festgestellt, wobei die Bundesbank nur die Kleinigkeit von 6,5 Mill. Dollar abgab. Die Annahme des saudiarabischen Ölministers Yamani, daß der Ölpreis bis zum Jahresende ansteigen würde, brachte dem englischen Pfund einen Tagesgewinn von 2,1 Pf. auf 3,698. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen überwogen minimale Kursgewinne für die D-Mark. US-Dollar in: Frankfurt 3,0762; Amsterdam 3,4700; Brüssel 61,9450; Paris 9,4345; Mailand 1906,00; Wien 21,6170; Zürich 2,5275, Ir. Pfund/DM 3,106; Pfund/Dollar 1,2021; Pfund/DM 3,698.

Ostmarkkurs am 29. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports gegen D-Mark wurden am 29. November leicht verringert gehandelt.

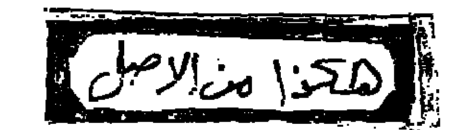
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87/0,77	2,67/2,57	5,67/5,47
Pfund/Dollar	0,10/0,08	0,16/0,13	0,17/0,13
Pfund/DM	2,00/0,60	4,30/2,90	7,90/6,50
FF/DM	22/06	50/34	95/79

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 11.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,4–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,7–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Mittwoch die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging dagegen Silber aus dem Markt. Deutliche Abschläge verzeichnete Kupfer. Überwiegend fester notierte Kaffee. Knapp behaupten konnten sich Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	28. 11.	27. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	355,75	356,50
März	355,75	355,50
Mai	348,50	350,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)	28. 11.	27. 11.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	234,37	234,17
Amber Durum	251,07	249,72
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	142,60	142,50
März	149,70	149,50
Mai	153,50	153,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	123,50	123,40
März	126,80	126,80
Mai	129,00	128,00
[illegible] Chicago (c/bush)	28. 11.	27. 11.
Dez.	186,00	183,50
März	182,00	179,25
Mai	179,75	177,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	266,75	266,00
März	279,00	277,75
Mai	286,50	284,50
[illegible] Winnipeg (can. $/t)	28. 11.	27. 11.
Dez.	136,40	135,60
März	137,40	136,70
Mai	137,90	137,40

Genußmittel

	28. 11.	27. 11.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	139,80	139,25
März	136,80	136,25
Mai	135,70	135,25
Kakao New York ($/t)	28. 11.	27. 11.
Terminkontr. Dez.	2219	2220
März	2079	2075
Mai	2073	2076
Umsatz	2165	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	4,73	4,76
März	5,39	5,38
Mai	5,70	5,72
Juli	6,09	6,04
Sept.	6,25	6,38
Umsatz	9669	5305
Ica-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	28. 11. 3,92	27. 11. 3,92
Kaffee London (£/t) Robusta	28. 11.	27. 11.
Kontrakt Nov.	2235–2254	2290–2435
Jan.	2266–2267	2290–2292
März	2240–2242	2239–2240
Umsatz	6429	4367
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1860–1622	1892–1893
März	1535–1807	1534–1625
Mai	1628–1829	1833–1835
Umsatz	2343	2309
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	124,00–125,00	unerh.
März	144,50–144,50	unerh.
Mai	152,30–152,40	unerh.
Umsatz	3375	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	28. 11.	27. 11.
schw. Sarawak spez	402,50	407,50
weißer Sarawak	632,50	637,50
weiß. Muntok	640,00	645,00

	28. 11.	27. 11.
Orangensaft New York (c/lb)		
Jan.	169,10	170,30
März	170,50	171,10
Mai	170,40	170,10
Juli	170,60	170,50
Sept.	167,50	168,50
Umsatz	600	550

Öle, Fette, Tierprodukte

	28. 11.	27. 11.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	42,00	42,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	33,00	30,50
Sojaöl Chicago (c/lb) Dez.	27,05	26,66
Jan.	25,70	25,25
März	24,75	24,35
Mai	24,35	24,05
Juli	24,05	23,86
Aug.	23,85	23,68
Sept.	23,75	23,60
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	30,00	30,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	27,50	28,00
Choise white hog 4% fr. F	21,375	22,00
Talg New York (c/lb) top white	22,00	22,00
fancy	21,75	21,75
bleachabl.	20,00	20,00
yellow max. 10% fr. F	18,25	18,25
Schweine Chicago (c/lb) Dez.	52,80	52,50
Febr.	53,30	52,80
April	49,35	49,00
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	73,80	72,20
März	73,50	72,30
Mai	74,80	73,30

	28. 11.	27. 11.
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	52,50	52,50
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Jan.	602,00	594,00
März	617,00	610,00
Mai	632,00	624,50
Juli	643,50	635,50
Aug.	643,00	636,00
Sept.	632,00	626,50
Nov.	631,00	626,50
Sojaschrot Chicago ($/sht) Dez.	149,50	148,30
Jan.	152,80	151,50
März	159,20	157,70
Mai	164,20	163,50
Juli	169,50	168,80
Aug.	171,00	170,50
Sep.	173,00	172,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	28. 11.	27. 11.
Dez.	355,30	353,70
März	368,00	366,60
Mai	375,50	374,50
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	28. 11. 47,50	27. 11. 47,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	28. 11. 950,00	28. 11. 940,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	645,00	660,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	595,00	595,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	242,00	215,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1040,00	1040,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	299,50	299,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	28. 11.	27. 11.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	65,10	64,80
März	66,25	65,70
Mai	66,90	66,90
Juli	67,90	67,95
Okt.	67,90	67,68
Dez.	68,25	68,15
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1	42,50	42,50
Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	28. 11.	27. 11.
Dez.	505–508	505–508
Jan.	505–508	505–508
März	511–513	510–512
Umsatz	54	166
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	28. 11.	27. 11.
Dez.	51,80	51,50
März	53,30	53,40
Mai	53,40	53,50
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0
	Tendenz: nominell	
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	28. 11.	27. 11.
Dez.	572,0–574,0	569,0–572,0
März	584,0–585,0	583,5–584,0
Mai	601,0–603,0	590,0–593,0
Umsatz	20	11
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	28. 11.	27. 11.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	28. 11.	27. 11.
Dez.	12 285	12 286
Jan.	12 295	12 299
Kautschuk London (p/kg)	28. 11.	27. 11.
Nr. 1 RSS loco	59,00–62,00	58,50–61,00
Dez.	59,50–61,50	58,80–61,00
Jan.	60,50–62,50	59,80–62,00
Feb.	61,50–63,50	60,80–63,00
		Tendenz: ruhig

	28. 11.	27. 11.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Dez.	190,00–190,50	183,00–189,50
Jan.	194,50–195,00	193,50–194,50
Nr. 2 RSS Dez.	184,50–185,50	183,50–184,50
Nr. 3 RSS Dez.	181,00–182,00	180,00–181,00
Nr. 4 RSS Dez.	174,00–175,00	173,50–174,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	28. 11.	27. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	29. 11.	28. 11.
Aluminium: Bas. London: laufend. Monat	343,45–343,64	345,38–345,56
drittfolg. Monat	352,35–352,53	354,40–354,59
Blei: Basis London: laufend. Monat	125,50–125,97	125,26–125,62
drittfolg. Monat	123,19–123,56	120,55–120,84
Nickel: Basis London: laufend. Monat	1450,51–1454,21	1454,44–1456,25
drittfolg. Monat	1480,52–1481,25	1484,29–1484,55
Zink: Basis London: laufend. Monat	235,82–238,01	234,30–234,67
drittfolg. Monat	237,12–237,49	234,45–234,67
Produz.-Preis	277,22	277,27
Reinzinn 99,9%	4065–4105	4076–4117

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29. 11.	28. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	407,74–409,55	411,32–413,16
Blei in Kabeln	133,50–134,50	133,00–134,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,00
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über Notierungen und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferverbraucher

Messingnotierungen

	29. 11.	28. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	390–392	332,00–364,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	431,00–433,00	432,50–435,00
MS 63	419,00–427,00	422,00–429,00

Zinn-Preis Penang

	28. 11.	27. 11.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.-/kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	29. 11.	28. 11.
Leg. 225	390	390
Leg. 226	392	392
Leg. 231	422–425	422–425
Leg. 233	432–435	432–435

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	29. 11.	28. 11.
Platin (DM je g)	34,30	34,20
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkpr.	33 200	32 950
Rücknahmepr.	32 450	32 200
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	33 500	33 230
Rücknahmepr.	32 660	32 400
verarbeitet	35 140	34 860
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 900	32 600
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	723,00	723,70
Rücknahmepr.	701,80	702,40
verarbeitet	754,80	755,40

Internationale Edelmetalle

	29. 11.	28. 11.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	331,75	329,10
15.00	330,60	329,00
Zürich mittags	330,50–331,00	327,70–329,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 600	100 000
Silber (p/Feinunze) London Kasse	592,10	596,25
3 Monate	605,50	609,10
6 Monate	630,00	624,15
12 Monate	648,70	650,80
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	28. 11. 266,10	27. 11. 265,70
Palladium (£-Feinunze) London Händlerpr.	117,80	117,85

New Yorker Preise	28. 11.	27. 11.
Gold H & H Ankauf	329,00	332,90
Silber H & H Ankauf	735,50	735,50
Platin fr. Händlerpr.	316,00–321,00	317,00–327,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	141,00–142,30	142,00–143,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Nov.	706,00	711,70
Dez.	713,40	711,00
Jan.	723,00	717,40
März	733,00	726,00
Mai	745,00	738,00
Juli	759,00	749,00
Sept.	781,00	774,00
Umsatz	60 000	50 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	28. 11.	27. 11.
Nov.	56,70	58,05
Dez.	57,35	58,00
Jan.	58,10	58,65
März	59,35	59,60
Mai	60,20	60,65
Juli	61,05	61,55
Sept.	62,35	62,45
Umsatz	31 000 [?]	19 000

Londoner Metallbörse

	29. 11.	28. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	927,00–927,50	939,00–939,00 [?]
3 Monate	961,00–961,50	962,00–962,50
Blei (£/t) Kasse	339,00–340,00	335,00–336,00
3 Monate	332,50–333,50	324,50–325,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1088,0–1088,5	1104,0–1104,5
3 Monate	1106,0–1106,5	1122,5–1123,5
abends Kasse	–	1095,5–1096,5
3 Monate	–	1114,0–1114,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1104,0–1105,0	1104,0–1106,0
3 Monate	1115,0–1116,0	1121,0–1123,0
Zink (£/t) Kasse	636,50–637,00	635,00–637,00
3 Monate	640,00–641,00	637,00–638,00
Zinn (£/t) Kasse	9810–9815	9815–9825
3 Monate	9785–9786	9790–9795
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–80















Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

H A M B U R G

Prospekt

über die Börsenzulassung von

1. DM 40 000 000,–

7¾ % Kommunalschuldverschreibungen Em. 405

Wertpapier-Kenn-Nr. 270 574

verbrieft in mehreren Globalurkunden ohne Anspruch auf Auslieferung von Einzelurkunden; der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,—,

ausgestellt im September 1984,

Zinstermine: 2. April ganzjährig, erstmals am 2. April 1985,

Tilgung: fällig am 2. April 1991 zum Nennwert, unkündbar während der gesamten Laufzeit;

2. DM 50 000 000,—

8 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 407

Wertpapier-Kenn-Nr. 270 577

verbrieft in mehreren Globalurkunden ohne Anspruch auf Auslieferung von Einzelurkunden; der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,—,

ausgestellt im August 1984,

Zinstermine: 1. Juni ganzjährig, erstmals am 1. Juni 1985,

Tilgung: fällig am 1. Juni 1989 zum Nennwert, unkündbar während der gesamten Laufzeit;

3. DM 30 000 000,—

7¾ % Kommunalschuldverschreibungen Em. 412

Wertpapier-Kenn-Nr. 270 582

verbrieft in mehreren Globalurkunden ohne Anspruch auf Auslieferung von Einzelurkunden; der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,—,

ausgestellt im September 1984,

Zinstermine: 3. Juli ganzjährig, erstmals am 3. Juli 1985,

Tilgung: fällig am 3. Juli 1989 zum Nennwert, unkündbar während der gesamten Laufzeit;

4. DM 30 000 000,–

8¼ % Hypothekenpfandbriefe Em. 416

Wertpapier-Kenn-Nr. 270 141

verbrieft in mehreren Globalurkunden ohne Anspruch auf Auslieferung von Einzelurkunden; der kleinste handelbare Wert beträgt DM 1000,–,

ausgestellt im Oktober 1984,

Zinstermine: 1. April/1. Oktober, erstmals am 1. Oktober 1984 mit Zinsanspruch ab 1. August 1984,

Tilgung: fällig am 1. April 1992 zum Nennwert, unkündbar während der gesamten Laufzeit;

5. DM 30 000 000,–

7¾ % Hypothekenpfandbriefe Em. 417

Wertpapier-Kenn-Nr. 270 142

verbrieft in mehreren Globalurkunden ohne Anspruch auf Auslieferung von Einzelurkunden; der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,—,

ausgestellt im Oktober 1984,

Zinstermine: 1. September ganzjährig, erstmals am 1. September 1985,

Tilgung: fällig am 1. September 1989 zum Nennwert, unkündbar während der gesamten Laufzeit;

6. DM 20 000 000,–

8 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 419

Wertpapier-Kenn-Nr. 270 587

verbrieft in mehreren Globalurkunden ohne Anspruch auf Auslieferung von Einzelurkunden; der kleinste handelbare Wert beträgt DM 1000,—,

ausgestellt im Oktober 1984,

Zinstermine: 1. September ganzjährig, erstmals am 1. September 1985,

Tilgung: fällig am 1. September 1994 zum Nennwert, unkündbar während der gesamten Laufzeit;

7. DM 50 000 000,–

7¼ % Kommunalschuldverschreibungen Em. 422

Wertpapier-Kenn-Nr. 270 590

1000 Stück zu je DM 100,— Nr. 1– 1 000
5900 Stück zu je DM 1 000,— Nr. 1 001– 6 900
4400 Stück zu je DM 10 000,— Nr. 6 901–11 300

ausgestellt im September 1984,

Zinstermine: 1. Oktober ganzjährig, erstmals am 1. Oktober 1985,

Tilgung: fällig am 1. Oktober 1989 zum Nennwert, unkündbar während der gesamten Laufzeit.

Als **Sicherheit** für die Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen dienen die in das Deckungsregister eingetragenen Hypotheken- und Kommunaldarlehen einschließlich der diesen entsprechend den Bestimmungen des Hypothekenbankgesetzes gleichgestellten Ersatzdeckungswerte. Darüber hinaus haftet die Bank mit ihrem gesamten Vermögen.

Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen sind **mündelsicher, deckungsstockfähig** und nach ihrer Börseneinführung **lombardfähig**.

Die **Hypothekenbank in Hamburg** ist als Aktiengesellschaft mit dem *Sitz in Hamburg am 12. Mai 1871 gegründet worden. Sie ist* berechtigt, Zweigniederlassungen und Vertretungen zu errichten. Sie unterhält für das Darlehensgeschäft eine Zweigniederlassung in Berlin sowie Zweigbüros in Dortmund, Düsseldorf, Hannover, München, Stuttgart und Wiesbaden.

Der **Gegenstand des Unternehmens** ist der Betrieb einer Hypothekenbank nach Maßgabe der geltenden Gesetze.

Die Bank steht unter der Aufsicht des **Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen**, Berlin.

Als **Treuhänder** gem. § 29 des Hypothekenbankgesetzes sind bestellt:

Regierungsdirektor a. D. Dr. Joachim Weber, Hamburg,
Stellvertreter: Regierungsdirektor Helmut Hammer, Hamburg.

Das **Grundkapital** beträgt DM 27 500 000,–, eingeteilt in

25 300 Aktien zu je DM 1000,— = DM 25 300 000,—,
16 000 Aktien zu je DM 100,— = DM 1 600 000,—,
12 000 Aktien zu je DM 50,— = DM 600 000,—,

Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 1987 mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital um bis zu DM 5 000 000,– durch Ausgabe auf den Inhaber lautender Aktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital gem. §§ 202 ff AktG).

Die Aktien lauten auf den Inhaber. Sie sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen zu Hamburg und Berlin zugelassen.

Der Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main, gehört eine Mehrheitsbeteiligung an dem Unternehmen.

Der **Vorstand** besteht satzungsgemäß aus zwei oder mehreren *Mitgliedern nach Bestimmung* des *Aufsichtsrates*. Ihm gehören zur Zeit an die Herren

Dr. Clauß Leibrock, Hamburg,
Dr. Manfred Meissner, Hamburg,
Dr. Wolfgang Weitze, Hamburg.

Die Gesellschaft wird gesetzlich vertreten durch zwei Vorstandsmitglieder *oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit* einem Prokuristen.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus neun Mitgliedern. Zwei Drittel werden von der Hauptversammlung, ein Drittel von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt.

Dem Aufsichtsrat gehören zur Zeit an die Herren

Dr. Christoph von der Decken
Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG, Hamburg,
Vorsitzender

Dr. Wolfgang Leeb
Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main, stellv. Vorsitzender

Dr. Hans Joachim Bechtolf
Mitglied des Vorstandes der Vereins- und Westbank AG, Hamburg

Dr. Manfred Hohage
Senatsdirektor, Hamburg

Gerhard Ohmsen
Mitglied des Vorstandes der Öffentlichen Bausparkasse
Hamburg, Hamburg

Rainer Schmidt
Hypothekenbank in Hamburg AG, Hamburg

Dirk Schrödter
Geschäftsführer der Kommanditgesellschaft Allgemeine Leasing GmbH & Co, Hamburg

Siegfried Schumann
Hypothekenbank in Hamburg AG, Hamburg

Werner Valk
Hypothekenbank in Hamburg AG, Hamburg.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten jährlich für ihre Tätigkeit neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste, nach Ablauf eines Geschäftsjahres auszahlbare Vergütung, die für den Vorsitzenden DM 5000,–, seine Stellvertreter je DM 4000,– und für die sonstigen Mitglieder je DM 3000,– beträgt. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine veränderliche Vergütung, die für jedes den Satz von 4 % übersteigende Prozent Dividende DM 1400,– beträgt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates erhält das Doppelte, seine Stellvertreter das Eineinhalbfache dieser Beträge. Einzelnen Mitgliedern des Aufsichtsrates können für ihre in dieser Eigenschaft ausgeübten besonderen Tätigkeit Sondervergütungen gewährt werden. Die Vergütungen an den Aufsichtsrat betrugen im Geschäftsjahr 1983 DM 374 962,–.

Die **Hauptversammlungen** finden in Hamburg oder am Sitz einer derjenigen deutschen Börsen statt, an denen die Aktien zum Börsenhandel zugelassen sind. Je DM 50,— Nennbetrag der Aktien gewähren eine Stimme.

Das **Geschäftsjahr** ist das Kalenderjahr.

Die **Bekanntmachungen** der Gesellschaft werden satzungsgemäß im BUNDESANZEIGER veröffentlicht. Die Bank verpflichtet sich, ihre Bekanntmachungen außerdem in einem der Pflichtblätter der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg abzudrucken.

Über die **Verteilung des Reingewinns** beschließt die Hauptversammlung gemäß den gesetzlichen Vorschriften. Bei einer Erhöhung des Grundkapitals kann für die neuen Aktien eine von den Vorschriften des § 60 Abs. 2 des Aktiengesetzes abweichende Art der Gewinnverteilung beschlossen werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Rücklagen nach § 7 des Hypothekenbankgesetzes zu bilden. Diese Rücklagen dürfen ausschließlich zur Deckung von Verlusten oder zu einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln verwendet werden. Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluß fest, so können sie bis zu 75 % des Jahresüberschusses in freie Rücklagen einstellen.

Für die vergangenen fünf Geschäftsjahre sind folgende **Dividenden** ausgeschüttet worden:

1979: 20 % + 4 % Zusatzdividende auf DM 25 000 000,— Grundkapital
1980: 20 % + 4 % Zusatzdividende auf DM 25 000 000,— Grundkapital
1981: 20 % + 4 % Zusatzdividende auf DM 25 000 000,— Grundkapital
1982: 20 % + 5 % Zusatzdividende auf DM 25 000 000,— Grundkapital
1983: 20 % + 5 % Zusatzdividende auf DM 27 500 000,— Grundkapital.

Der vom Aufsichtsrat festgestellte **Jahresabschluß per 31. 12. 1983** lautet wie *folgt:*

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1983

Aktivseite

	DM (als Deckung verwendet)	DM	DM	31. 12. 1982 in 1000 DM
1. Ausleihungen mit vereinbarter Laufzeit von vier Jahren oder länger				
a) Hypotheken	3 142 634 212,49	3 417 249 171,48		
b) Kommunaldarlehen	5 540 949 631,41	5 719 765 827,31		
c) sonstige	910 190,39	5 699 686,59	9 142 714 685,38	8 666 745
darunter: an Kreditinstitute DM 1 295 431 375,17				
2. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand	3 808 399,23		3 808 399,23	4 229
3. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben			10 749 405,96	1 548
4. Täglich fällige Forderungen und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren				
a) an Kreditinstitute	143 600 000,—	207 275 554,41		
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren DM —,—				
b) an sonstige	761 256 222,10	811 443 527,89	1 018 719 082,30	1 193 950
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren DM —,—	9 593 158 655,62			
5. Eigene Schuldverschreibungen			42 989 149,58	39 248
Nennbetrag: DM 46 966 000,—				
6. Zinsen für langfristige Ausleihungen				
a) anteilige Zinsen		197 124 926,51		
b) nach dem 31. Oktober 1983 und am 2. Januar 1984 fällige Zinsen		20 184 167,36		
c) rückständige Zinsen		—,—	217 309 093,87	203 033
7. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			11 750 996,36	12 751
8. Grundstücke und Gebäude			2 220 985,01	2 304
darunter: im Hypothekengeschäft übernommen DM —,—				
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung			2 613 357,—	2 914
10. Sonstige Vermögensgegenstände			349 675,26	11
11. Rechnungsabgrenzungsposten			54 853,50	54
Summe der Aktiven			10 453 279 683,45	10 126 787
12. In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten				
a) Forderungen an verbundene Unternehmen			77 925 526,52	73 659
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden		15 264 622,61		14 024

Passivseite

	DM	DM	DM	31. 12. 1982 in 1000 DM
1. Begebene Schuldverschreibungen				
a) Hypothekenpfandbriefe		3 013 284 624,17		
darunter: Namenspfandbriefe DM 805 719 314,17				
b) Kommunalschuldverschreibungen		6 255 992 100,—		
darunter: Namenskommunalschuldverschreibungen DM 1 604 415 000,—				
c) verloste und gekündigte Stücke		12 782 710,—	9 282 059 434,17	8 996 858
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig oder zurückzunehmen DM 5 089 598 700,—				
ferner: zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Namenspfandbriefe DM 86 185 000,— und Namenskommunalschuldverschreibungen DM 117 170 600,—				
2. Verpflichtungen zur Lieferung von Schuldverschreibungen			213 752 810,17	111 314
3. Aufgenommene Darlehen mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger				
a) bei Kreditinstituten		45 038 100,—		
b) sonstige		205 367 500,—	250 405 600,—	213 281
darunter: mit Teilhaftung DM —,— vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 148 414 300,—				
4. Täglich fällige Verbindlichkeiten und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren				
a) gegenüber Kreditinstituten oder sonstigen Kapitalsammelstellen		79 746 658,52		
b) sonstige		10 348 665,21	90 095 323,73	213 959
darunter mit Teilhaftung DM —,—				
5. Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen				
a) anteilige Zinsen		285 816 847,31		
b) fällige Zinsen einschl. der am 2. 1. 1984 fällig werdenden		42 416 426,04	328 233 273,35	317 663
6. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			11 750 996,36	12 751
7. Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen		8 275 642,—		
b) andere Rückstellungen		6 210 022,—	14 485 664,—	10 717
8. Sonstige Verbindlichkeiten			553 054,05	518
9. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) Abgrenzungsposten nach § 25 HBG		31 553 777,42		
b) sonstige		256 240,17	31 810 017,59	34 193
10. Sonderposten mit Rücklageanteil nach § 52 Abs. 5 EStG			253 565,—	279
11. Grundkapital			27 500 000,—	25 000
12. Offene Rücklagen				
a) Gesetzliche Rücklage		53 000 000,—		
b) sonstige Rücklagen nach § 7 HBG am 1. Januar 1983	128 800 000,—			
Zuweisung aus dem Bilanzgewinn 1982	4 200 000,—			
Umwandlung in Grundkapital in 1983	–2 500 000,—			
Zuweisung aus dem Jahresüberschuß 1983	10 400 000,—	138 900 000,—	191 900 000,—	179 800
13. Bilanzgewinn			10 479 945,03	10 454
Summe der Passiven			10 453 279 683,45	10 126 787
14. Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz			10 416,78	22
15. In den Passiven sind an Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten			247 610 277,31	261 920

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1983

Aufwendungen

	DM	DM	31. 12. 1982 in 1000 DM
1. Zinsen für			
a) Hypothekenpfandbriefe	220 372 281,53		
b) Kommunalschuldverschreibungen	527 718 952,73		
c) aufgenommene Darlehen	16 077 680,24	764 168 914,50	725 081
2. Andere Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		8 396 766,95	15 868
3. Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft		28 712 547,53	23 855
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		7 255 266,29	582
5. Gehälter und Löhne		11 242 589,95	10 563
6. Soziale Abgaben		1 380 510,53	1 237
7. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		1 939 200,15	1 961
8. Sachaufwand für das Bankgeschäft		6 539 630,03	6 128
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		712 815,72	658
10. Steuern			
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	24 010 957,29		
b) sonstige	16 335,73	[illegible]	[illegible]
11. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—	[illegible]
12. Sonstige Aufwendungen		[illegible]	[illegible]
13. Jahresüberschuß		[illegible]	[illegible]
Summe der Aufwendungen		[illegible]	[illegible]

Erträge

	DM	DM	31. 12. 1982 in 1000 DM
1. Zinsen aus			
a) Hypotheken	252 983 480,87		
b) Kommunaldarlehen	460 726 937,55		
c) sonstigem	453 943,75	714 164 362,17	663 195
2. Andere Zinsen und zinsähnliche Erträge		121 908 827,54	130 923
3. Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		38 204 743,89	36 643
4. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1 341 910,40	1 420
5. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 4 auszuweisen sind		—,—	323
6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		25 356,50	—
Summe der Erträge		875 645 200,50	832 504
1. Jahresüberschuß		20 875 612,61	20 700
2. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		4 332,42	54
		20 879 945,03	20 754
3. Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen b) in sonstige Rücklagen nach § 7 HBG		10 400 000,—	10 300
Bilanzgewinn		10 479 945,03	10 454

Hypothekenbank in Hamburg
Leibrock Meissner *Weitze*

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

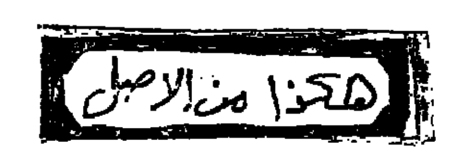
Hamburg, den 9. Februar 1984

TREUHAND-VEREINIGUNG AKTIENGESELLSCHAFT
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft

v. Thien, Wirtschaftsprüfer — Köhler, Wirtschaftsprüfer

Vermerk gemäß § 159 Aktiengesetz

Die Pensionszahlungen und die Zuwendungen an rechtlich selbständige Versorgungskassen betrugen im Berichtsjahr 710 463,13 DM. Für die folgenden *fünf Geschäftsjahre ist voraussichtlich mit Zahlungen von etwa 107 %, 114 %, 118 %, 127 %* und 138 % dieses Betrages zu rechnen.



Zwischenbericht über die Geschäftsentwicklung vom 1. Januar bis 30. September 1984

Kennzahlen unseres Geschäfts	30. 9. 1984 Mill. DM	30. 9. 1983 Mill. DM
1. Darlehenszusagen	1 280,9	901,3
davon:		
Hypotheken (einschl. Ib-Hypotheken)	361,4	434,5
Kommunaldarlehen	899,5	466,8
2. Auszahlungen:	1 167,5	792,6
davon:		
Hypotheken (einschl. Ib-Hypotheken)	316,0	370,8
Kommunaldarlehen	851,5	421,8
3. Absatz von Schuldverschreibungen	1 553,9	1 142,9
davon:		
Pfandbriefe	415,2	203,0
Kommunalschuldverschreibungen	1 138,7	939,9
4. Darlehensaufnahmen	68,0	175,6
5. Durchschnittszahl der Beschäftigten	301	181
darunter:		
Teilzeitbeschäftigte	6	8

Aus den Bilanzen	30. 9. 1984 Mill. DM	31. 12. 1983 Mill. DM
1. Ausleihungen	10 061,9	10 048,2
darunter:		
Hypotheken	3 534,2	3 422,7
Kommunaldarlehen	6 532,9	6 619,8
2. Begebene Schuldverschreibungen	9 208,0	9 282,1
darunter:		
Pfandbriefe	3 117,5	3 019,4
Kommunalschuldverschreibungen	6 090,5	6 262,7
3. Lieferverpflichtungen (verkaufte, aber nochzuliefernde Schuldverschreibungen)	341,0	213,8
4. Aufgenommene Darlehen	312,9	308,9
5. Grundkapital und offene Rucklagen	223,0	219,4
6. Summe der Aktiva/Passiva	10 500,6	10 453,3

Aus den Gewinn- und Verlustrechnungen 1. 1. bis 30. 9.	1984 Mill DM	1983 Mill DM
7. Zinsen aus		
Hypotheken	198,4	188,4
Kommunaldarlehen	423,6	431,2
sonstigem	0,4	0,3
8. Sonstige Zinsen (Erträge abzüglich Aufwendungen)	7,0	3,7
9. Zinsen für		
Pfandbriefe	172,6	164,4
Kommunalschuldverschreibungen	391,2	395,2
aufgenommene Darlehen	17,2	17,7
10. Zinsüberschuß	48,4	48,3
11. Gehälter und Lohne (einschl. sozialer Abgaben)	10,1	9,1

Am 30. September 1984 betrug der Schuldverschreibungsumlauf:

Hypothekenpfandbriefe	DM 2 288 877 270,—
Namenspfandbriefe	DM 828 659 754,58
Kommunalschuldverschreibungen	DM 4 587 210 000,—
Namens-Kommunalschuldverschreibungen	DM 1 521 220 000,—
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen dem Darlehensgeber ausgehändigte	
Namenspfandbriefe	DM 86 599 000,—
Namens-Kommunalschuldverschreibungen	DM 145 167 000,—
Gesamtsumme:	DM 9 457 733 024,58

Zum gleichen Zeitraum waren im Deckungsregister eingetragen:

Hypotheken	DM 3 291 287 102,06
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	DM 2 739 710,60
Kommunaldarlehen und kommunalverbürgte Darlehen	DM 6 300 885 606,19
Ersatzdeckung	DM 939 028,68
Gesamtsumme:	DM 9 595 851 447,53

Die Genehmigung zur Ausgabe der genannten Emissionen wurde vom Bundesminister der Finanzen, Bonn, unter dem Geschäftszeichen: VII A 2 – W 2531 – erteilt.

Sämtliche Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen, die Gegenstand dieses Prospektes sind, lauten auf den Inhaber. Sie tragen die faksimilierten Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern, eine Kontrollunterschrift sowie die mit faksimilierter Unterschrift versehene Bestätigung des von der Aufsichtsbehörde bestellten Treuhänders, daß die vorgeschriebene Deckung vorhanden und in das Deckungsregister eingetragen ist. Die bei der Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, hinterlegten Globalurkunden der Emissionen 403, 407, 412, 416, 417 und 419 sind mit Originalunterschriften versehen.

Der Erlös aus dem Verkauf der Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen dient entsprechend den Bestimmungen des Hypothekenbankgesetzes zur Gewährung von Hypothekendarlehen und von Darlehen an Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts und andere Stellen, für die eine solche Körperschaft bzw. Anstalt die volle Gewährleistung übernommen hat.

Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen dieses Prospektes sind sowohl für die Bank als auch für die Gläubiger unkündbar.

Die **Einlösung** der Zinsscheine und der fälligen Stücke erfolgt kostenfrei an der Gesellschaftskasse in Hamburg oder den sonst bekanntzumachenden Stellen.

Alle von der Bank ausgegebenen Emissionen sind, soweit sie nach den entsprechenden Richtlinien börsenfähig sind, an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zum Handel und zur amtlichen Notierung bzw. zur Preisfeststellung im geregelten Freiverkehr zugelassen. Die 5%igen steuerfreien Pfandbriefe der Emissionen T und U sowie die 4%igen Emissionen, die aufgrund des Umtausches von RM-Pfandbriefen ausgegeben wurden, sind ferner an der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf und an der Frankfurter Wertpapierbörse zur amtlichen Notierung zugelassen. Darüber hinaus werden die 4%igen Emissionen auch an der Berliner Börse amtlich notiert.

Hamburg, im Oktober 1984

Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

Aufgrund vorstehenden Prospektes sind

1. **DM 40 000 000,—**
   7¾ % Kommunalschuldverschreibungen Em. 403
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 574
   verbrieft in mehreren Globalurkunden

2. **DM 50 000 000,—**
   8 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 407
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 577
   verbrieft in mehreren Globalurkunden

3. **DM 30 000 000,—**
   7¾ % Kommunalschuldverschreibungen Em. 412
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 582
   verbrieft in mehreren Globalurkunden

4. **DM 30 000 000,–**
   8¼ % Hypothekenpfandbriefe Em. 416
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 141
   verbrieft in mehreren Globalurkunden

5. **DM 30 000 000,—**
   7½ % Hypothekenpfandbriefe Em. 417
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 142
   verbrieft in mehreren Globalurkunden

6. **DM 20 000 000,—**
   8 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 419
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 587
   verbrieft in mehreren Globalurkunden

7. **DM 50 000 000,—**
   7¼ % Kommunalschuldverschreibungen Em. 422
   Wertpapier-Kenn-Nr. 270 590
   1 000 Stück zu je DM 100,— Nr. 1- 1000
   5 900 Stück zu je DM 1 000,— Nr. 1001- 6900
   4 400 Stück zu je DM 10 000,— Nr. 6901-11300

der

Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT
Hamburg

zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zugelassen worden.

Hamburg, im Oktober 1984

Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

Pernod Ricard S. A., Paris

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1983

	1983 (in Tsd. FF)	1982 (in Tsd. FF)
Umsatz ohne Mehrwertsteuer	7 570 770	7 285 600
Steuern und Abgaben	(1 822 487)	(2 032 950)
Umsatz nach Abzug von Steuern und Abgaben	5 748 283	5 252 650
Warenverbrauch	(2 132 769)	(1 883 419)
Bruttospanne	3 615 514	3 369 231
Sonstige Erträge	29 800	23 147
Bruttoergebnis	3 645 314	3 392 378
Personalaufwand	(1 192 346)	(1 110 835)
Sonstige Aufwendungen	(1 315 006)	(1 244 737)
Zinsaufwand	(52 674)	(77 312)
Abschreibungen	(193 425)	(157 188)
Abschreibungen aus Höherbewertungen	(4 989)	(5 496)
Betriebsergebnis	896 874	796 810
Nicht das Betriebsergebnis betreffende Rückstellungen	(3 264)	(40 461)
Veränderung der Investitionsrücklagen	–	1 340
Zuweisung zur gesetzlichen Gewinnbeteiligung	(42 178)	(45 646)
Gewinne (Verluste) aus Veräußerungen von Aktiva	14 845	20 359
Sonstige Erträge (Aufwendungen)	(5 090)	(7 125)
Nettoergebnis vor Steuern	851 187	725 277
Körperschaftsteuer	(379 300)	(354 524)
Nettoergebnis nach Steuern	471 887	370 753
Nettoergebnis der nach der Equity-Methode konsolidierten Gesellschaften	(713)	(334)
Jahresüberschuß	471 174	370 419
Anteile Dritter am Jahresüberschuß	(33 827)	(20 124)
Anteil der Gruppe am Jahresüberschuß	437 347	350 295
Jahresüberschuß	471 174	370 419
Abschreibungen vor Höherbewertungen	193 425	157 188
Veränderung der Investitionsrücklagen	–	(1 340)
Cash flow	664 599	526 267

Konsolidierte Bilanz zum 31. Dezember 1983

AKTIVA	1983 (in Tsd. FF)	1982 (in Tsd. FF)
Anlaufkosten	–	259
Sachanlagevermögen	1 682 825	1 628 829
Grundstücke	164 347	162 241
Gebäude	423 256	369 306
Maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	449 196	418 425
Verpackungsmaterialien	146 224	152 813
Immaterielle Werte	470 770	464 526
Sonstige Sachanlagen	10 248	10 085
Anlagen im Bau	18 784	51 224
Firmenwert	48 868	36 088
Finanzanlagen	225 466	224 793
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr	27 225	27 881
Beteiligungen, nach der Equity-Methode konsolidiert	87 011	92 134
Sonstige Beteiligungen	107 431	101 214
Einlagen und Sicherheiten	3 739	3 764
Vorratsvermögen	1 827 889	1 674 949
Sonstige Gegenstände des Umlaufvermögens	2 593 557	2 237 112
Geleistete Anzahlungen	19 754	10 270
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	930 728	991 894
Sonstige Forderungen	189 499	152 636
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	72 064	64 454
Ausleihungen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr	200 405	136 422
Wechselforderungen	695 379	631 396
Schecks und fällige Zinsscheine	2 116	3 717
Wertpapiere	42 695	1 312
Bank- und Postscheckguthaben	349 523	240 671
Kasse	1 394	4 340
Aktiva insgesamt	6 280 545	5 801 790

PASSIVA	1983 (in Tsd. FF)	1982 (in Tsd. FF)
Eigenkapital	3 449 618	2 871 977
Grundkapital	597 749	439 652
Rücklagen und Gewinnvortrag	1 331 573	1 337 087
Konsolidierungsausgleichsposten	1 082 949	744 943
Gewinnanteil der Gruppe	437 347	350 295
Anteile Dritter	162 546	125 462
am Eigenkapital	128 719	105 338
am Jahresüberschuß	33 827	20 124
Investitionszuschüsse	7 763	4 282
Rückstellungen für Risiken und Verluste	191 596	226 563
Steuerrückstellungen	150 466	192 776
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	144 986	187 446
Verpflichtungen aus konsignierten Verpackungsmaterialien	147 679	135 838
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2 025 981	2 057 468
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	380 292	376 391
Erhaltene Anzahlungen	10 094	10 951
Sonstige Verbindlichkeiten	431 418	630 201
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	303 318	313 943
Darlehen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr	185 282	223 584
Wechselverbindlichkeiten	225 311	196 653
Bankverbindlichkeiten	490 256	305 745
Passiva insgesamt	6 280 546	5 801 790

309 IV–VI 846/83. Beschluß: Herr Christian Friedrich Heinrich Dittmann, geb. 20. 3. 1867 in Hagenow-Heide, und dessen Abkömmlinge, sowie die evtl. Abkömmlinge von Herrn Bernhard Richard Helmuth Christian Dittmann, geb. 16. 6. 1873 in Hagenow-Heide, verstorben am 2. 11. 1896 in Hagenow-Heide, werden hiermit aufgefordert, ihre Erbrechte innerhalb von 8 Wochen nach Veröffentlichung im Bundesanzeiger beim Amtsgericht Hamburg-Altona, 2000 Hamburg 50, Max-Brauer-Allee 91, Zi. 129, anzumelden, anderenfalls sie bei der Erbscheinerteilung unberücksichtigt bleiben können. Erblasserin: Alma Therese Gertrud Bruhn, geb. 20. 3. 1894 in Langenfelde, gest. 14. 10. 1983 in Hamburg, wohnhaft 2 Hamburg 52, Ebertallee 68. Nachlaßpfleger Kurt Greß, 2 Hamburg 63, Carpserweg 35. Nachlaßwert ca. DM 35 000,–. Die hiermit aufgeforderten Miterben sind die Geschwister bzw. Geschwisterkinder der Großmutter der Erblasserin, Frau Luise Christine Elise Dittmann geb. Bruhn, geb. 29. 11. 1829 in Hagenow-Heide.

Amtsgericht Hamburg-Altona, den 19. 11. 1984



Bekanntmachung über die neunte Auslosung von Teilschuldverschreibungen

der

7½ % Anleihe von 1971
– Wertpapier-Kenn-Nr. 370 221/230 –
(früher: 370 205)

Die neunte Auslosung von Teilschuldverschreibungen hat gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 15. November 1984 unter Aufsicht eines Notars stattgefunden.

Gezogen wurde die

Serie „F"
– WKN 370 226 –

umfassend die Stücke mit den Nummern

042 501 – 051 000 = 8 500 Stücke zu DM 1000,–
160 001 – 175 000 = 15 000 Stücke zu DM 100,–

im Nennbetrag von zusammen DM 10 000 000,–.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden am

1. März 1985

zur Rückzahlung fällig, die Verzinsung endet am 28. Februar 1985.

Die Einlösung erfolgt kostenfrei gegen Einreichung der nach der Nummernfolge geordneten Stücke mit den am 1. September 1985 und später fälligen Zinsscheinen (Nr. 29–30) unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses bei den Niederlassungen der nachstehend aufgeführten Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Vereinsbank AG
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar AG
Dresdner Bank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
ADCA-Bank Allgemeine Deutsche Credit Anstalt

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Einlösungsbetrag abgezogen.

Die bei den Auslosungen zum 1. März 1977, 1. März 1981, 1. März 1982, 1. März 1983 und 1. März 1984 fällig gewesenen Stücke der Serien „D", „C", „H", „G" und „A" wurden noch nicht restlos bei den obigen Zahlstellen eingelöst.

Essen, im November 1984

Der Vorstand

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

Verstanden auf ungekünstelte Art zu rühren: Maria Cebotari und Benjamino Gigli FOTO: TELEBUNK

Ein einzigartiger Popularisierer der Kunst: Der Tenor Benjamino Gigli

Der Einklang von Kehle und Seele

Man vergißt das sehr leicht: lange nachdem die Bilder laufen gelernt hatten, konnten sie immer noch nicht singen. Sie blieben stumm, und diese Stummheit vermochte natürlich selbst Enrico Caruso nicht zu sprengen. Es klingt wie ein Treppenwitz der Filmgeschichte. daß Caruso dennoch Stummfilme zu drehen begann. Wenn man auch nicht an der Stimme des einzigartigen Tenors partizipieren konnte, so doch wenigstens am Ruhm seines Namens.

Die Heraufkunft des Tonfilms wirkte sich auf die Musikleidenschaft des Publikums weltweit ebenso aus wie die Aufhebung der Prohibition auf den Alkoholkonsum in Amerika. Man wollte sich an der tönenden Leinwand berauschen, und wenn unglücklicherweise die meisten Filmstars auch nicht singen konnten, so gab es doch immerhin die Singstars der Oper.

Unter ihnen rangierte ganz oben Benjamino Gigli, in dem viele den würdigsten Nachfolger des frühverstorbenen Caruso sahen. New Yorks Metropolitan plakatierte ihn, der 1920, ein Jahr vor Carusos Tod, dort debütiert hatte, als Erben der großen italienischen Singtradition. Die Wege Giglis nach Hollywood schienen damit geebnet.

Sie waren es nicht. Gigli überwarf sich mit der Metropolitan, als diese nach dem Bankenkrach in der Wall Street durch den Ausfall ihrer traditionellen Mäzene in Finanznot geriet und selbst von ihren Topstars eine Reduzierung der Gagen erbitten mußte. Gigli, schlecht beraten, wie er später gestand, weigerte sich, seinem Stammhaus entgegenzukommen. Er verließ Amerika 1932. Drei Jahre später stand er in „Vergißmeinnicht" erstmals vor der Kamera – und zwar in Deutschland.

Es war die Zeit, in der auch der Film an der Achse Berlin–Rom schmiedete. Freilich tat er es fast ausschließlich – von Luis Trenkers steilen, blechgefäusteten „Condottieri" (1937) einmal abgesehen – mit Notenköpfen als Hammer. Von 14 deutsch-italienischen Co-Produktionen der Vorkriegsjahre waren sieben Musikfilme, und in fünf von ihnen war Gigli

Mutterlied – ZDF, 15.00 Uhr

der Star. Er löste gleichzeitig damit Jan Kiepura ab, den singenden „Liebling aller Frau'n", der mit seiner Frau Martha Eggerth zunächst nach Wien, dann nach Amerika emigriert war.

Gigli war auf die zivilste, unheldischste Art ein singender Volksheld, ein einzigartiger Popularisierer der Kunst, und er verstand zu singen, wie kein anderer neben ihm. Selbst ein Schlager wie De Curtis „Ti voglio tante bene" in „Mutterlied" (1937) läßt deutlich seine Unvergleichlichkeit aufklingen. Noch heute hält eine Kapazität der Singkunst wie Dietrich Fischer-Dieskau, der Schnulzenanhimmelung durchaus unverdächtig, Gigli für den anrührendsten Tenor der Epoche (und dies trotz Domingo und Pavarotti), und zwar einzig durch den unübertroffenen Einklang von Kehle und Seele, den Gigli singtechnisch meisterhaft zu erzielen verstand.

1935 schon hatte Gigli mit Maria Cebotari auf der Bühne der Berliner Staatsoper gestanden. Sie war an seiner Seite Puccinis Mimi gewesen, die Rolle, mit der sie 1931 auf Wunsch Fritz Buschs als erst 21jährige an der Dresdner Staatsoper debütiert hatte. Dieser Erfolg hatte ihr auch die Ehre eingetragen, die Titelpartie in Richard Straussens „Die schweigsame Frau" zu singen. Sie war 20 Jahre jünger als Gigli, eine junge Sopranistin im ersten Hochflug der Karriere, die tragischerweise ein frühes Ende fand. Maria Cebotari starb 1949.

Gigli und Cebotari waren sicher nicht das, was man landläufig ein Traumpaar des Kinos nennt. Dazu war der eher behäbige Tenor bei weitem zu väterlich. Aber ein Traumpaar des Singens waren sie eben doch, und eine weitere Qualität hatten sie beide gemein: sie verstanden auf ungekünstelte Art zu rühren. Das Publikum liebte sie dafür und hielt ihnen bis ans Ende unangefochten die Treue.

Kürzlich hat der mächtige Pavarotti seinen ersten Spielfilm „Yes, Giorgio" in den Sand gesetzt. Es wurde ein Flop von bemerkenswerter Einhelligkeit. Giglis Filme dagegen waren immer Kassenerfolge.

KLAUS GEITEL

KRITIK

Mit Kafka zum Autoschlosser

Der Kampf um Ausbildungs- und Studienplätze findet schon an der Schule statt. Es geht um Noten und um die Versetzung. Aber wie gerecht geht es dabei zu? Und wie nachprüfbar sind die Beurteilungen des Lehrers?

Mit diesem Problem beschäftigte sich die ARD in ihrer Reihe **Spielregeln**. Für Thomas entscheidet die Benotung eines Aufsatzes über Kafka darüber, ob er die Mittlere Reife und den bereits zugesagten Ausbildungsplatz in einer Autowerkstätte erhält. Er büffelt nächtelang, aber der Lehrer – Thomas: „Der mag mich nicht" – bewertet die Arbeit schlecht. Mit Hilfe zweier Expertisen – Ergebnis: Der Aufsatz war gut – und des Verwaltungsgerichts will Thomas zum Erfolg kommen. Doch die Richter respektieren den „Ermessens- und Beurteilungsspielraum" des Lehrers und beschränken die Überprüfung auf Verfahrens- und Sachfehler, die sie nicht feststellen können.

Das „Laiengericht", gebildet aus 120 Schülern, war zu einem anderen Ergebnis gekommen. Es forderte, allerdings nicht ohne Widerspruch auf Seiten der Schüler, daß der Aufsatz drei neutralen Lehrern zur neuen Prüfung vorgelegt würde. Sie plädierten für eine neue Bewertung, die von den Berufsrichtern nicht vorgenommen werden konnte.

Die Diskussion zwischen „Profis" und Laien über ihre „Entscheidungen" verlief auf gutem Niveau und versuchte, auch über den konkreten Fall hinaus, Licht in eine Problematik zu bringen, die auch für viele Zuschauer sicherlich von brennendem Interesse war.

Als Lösung, dem Problem für die Zukunft an Schärfe zu nehmen, wurde von beiden Seiten der Vorschlag eines „schulischen Schiedsgerichts" als Fortentwicklung des Vertrauenslehrers ins Spiel gebracht, in seiner Problematik aber nicht vertieft.

Ein anderer Vorschlag war, daß sich die Gerichte intensiver mit der „Lehrerbefangenheit" befassen und entsprechende Beweismittel erleichtern sollten. Daß mit der Sendung das Problem von Noten und Zeugnissen nicht vom Tisch ist, mag für manchen Betroffenen unbefriedigend sein, konnte aber kaum erwartet werden.

HANS-HERBERT HOLZAMER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Na, sowas extra!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
11.55 Umschau
12.10 Aus Forschung und Technik
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.00 Sherlock Holmes
3. Folge: Das Spinnennest
Regie: Roy William Neill
16.00 Tagesschau
16.10 Rübezahl und Glasbläser
Puppentrickfilm
16.25 Wie man Dornröschen wachküßt
Regie: Vaclav Vorlicek
Eine ironische Abwandlung des Grimmschen Märchens: Prinzessin Rosa fällt, einer Prophezeiung zufolge, an ihrem 17. Geburtstag in einen 100jährigen Schlaf. In den Prinzen, der sie wachküßt, hatte sie sich allerdings schon zuvor verliebt.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Das verrückte California-Hotel
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Walter Matthau u. a.
Regie: Herbert Ross
Marvin Michaels gerät in Panik, als er im Hotelbett neben einer jungen Blondine erwacht. Und jede Minute kann seine Frau eintreffen! Das unfreiwillige Gespann ist eins von fünf sehr verschiedenen Paaren, die im berühmten Prominenten-Hotel von Beverly Hills aufregende Stunden erleben.
22.00 Pray for Berlin ...
Beobachtungen in den Kirchen der Alliierten
Von Rainer Milzkott und Christian Modehn
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Moment mal
Die ARD-Redezeit
Heute aus Hamburg
Stars und Idole
Glanzvolle, bewunderte Gestalten des öffentlichen Lebens – gewünscht, geliebt und nachgeahmt, vielfach empfunden als anderes Ich. Braucht unsere Zeit diese Produkte aus Werbung und Begabung?
Anschl. Tagesschau

15.00 Mutterlied
Deutsch-ital. Spielfilm (1937)
Mit Benjamino Gigli u. a.
Regie: Carmine Gallone
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.30 Freizeit
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Väter der Klamotte
Immer eine Dame zuviel
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
Neues Ratespiel mit Hans-Jürgen Bäumler
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Spanien: Die streitbaren Fischer / Griechenland: Korinthen vor die Säue / Kuba: Jugend im tropischen Sozialismus / Sowjetunion: Kirchen werden wieder Kirchen
Moderation: Rudolf Radke
20.15 Aktenzeichen: XY ... ungelöst
Eduard Zimmermann berichtet über ungeklärte Kriminalfälle
21.15 Nichts Gewisses weiß man nicht
Abergläubisches von und mit Georg Lohmeier
21.45 heute-journal
22.10 Aspekte
Musiktip: La Salle-Quartett auf Deutschland-Tournee / Braunkohle gegen Denkmalschutz / Die Lyrikerin Rose Ausländer / Tschechische Kunst von 1878 bis 1914 – Ausstellung in der Mathildenhöhe in Darmstadt / „Theater – Spiegel der Welt" – Ausstellung in der Kölner Kunsthalle
Moderation: Anne Linsel
22.50 Sport am Freitag
U. a. Fußball-Bundesliga
23.20 Aktenzeichen: XY ... ungelöst
Zuschauerreaktionen
23.25 Ich liebe dich seit langem
Französischer Spielfilm (1979)
Mit Jean Carmet, Marie Dubois u. a.
Regie: Jean-Charles Tacchella
0.55 heute



Diana Barrie (Maggie Smith) will sich für die Oscar-Verleihung stärken (Das verrückte California-Hotel – ARD, 20.15 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
Mit „Blickpunkt Düsseldorf"
20.00 Tagesschau
20.15 Bardou – das verschwundene Dorf
Bericht aus Südfrankreich
21.00 Atommülllsuche im Meer
Mit der „Walter Herwig" auf Forschungsreise
21.45 Mädchen mit 96 PS
22.15 Claire (5)
23.05 Rockpalast
0.05 Letzte Nachrichten

NORD
18.45 Avanti! Avanti! (10)
19.15 Was denkst du, Computer?
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Schadenersatz
Gespräche über Verbraucherprobleme
21.15 Operation K
210 Kilogramm Heroin und ihre Folgen
22.00 Talk op platt
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.45 Das internationale TV-Kochbuch
19.00 Und läuft und läuft ...
Von der Zeit, als der Millionste Käfer vom Band kam
19.45 News of the Week
20.00 Freitags um 8
Live aus Kassel
20.45 Menschen und Menschenaffen
Das Privatleben der Schimpansen
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Hessen Drei – dabei
Lohn der Angst – Hobbies und Berufe am Rande der Unmöglichkeit

SÜDWEST
18.00 Die seltsamen Abenteuer des Herman van Veen (2)
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Formel Eins
20.15 Kinder von Morgen
Gen-Manipulation
21.00 Postfach 820
21.15 Mikroprozessor – Mikrocomputer
21.45 Jazz in Concert (8)
Mit Klaus Doldinger, Peter Ponger u. a.
22.30 Der Aufpasser
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bayern-Report
18.45 Rundschau
19.00 Unser Land
19.45 Zaubergarten
20.45 Die Mutter
21.30 Rundschau
21.45 Nix für ungut!
21.50 Irrtum vom Amt (4)
22.35 Sport heute
22.50 Z. E. N.
22.55 Purple Haze
Amerikanischer Spielfilm (1982)
00.30 Schach dem Weltmeister
1.00 Rundschau

Christ geht über Leichen

gar – Gegen den blinden „Konsum an Lebensjahren" in der westlichen Welt wettert im „Deutschen Pfarrerblatt" der pensionierte Oberlandeskirchenrat Roth. „Alle zwei Sekunden" verhungere in Afrika ein Kind, aber wir würden – statt dort zu helfen – bei uns Riesensummen verschwenden, um einer gewissen Altersschicht eine „rein vegetative Existenzverlängerung" zu verschaffen. Das sei eine Sünde. Bei „Schwerkranken, deren Tod abzusehen ist", solle man „die medizinische Versorgung einstellen", meint der Gottesmann.

Solche Äußerungen gehen weit über das hinaus, was in den Diskussionen über Sterbehilfe zutage trat, denn dort wurde ja stets das Einverständnis des Patienten vorausgesetzt. Roths Vorschläge dagegen laufen auf reine Menschenfresserei hinaus. Es ist sehr bedauerlich, daß sie ausgerechnet in protestantischen Kirchenkreisen einer ernsthaften Auseinandersetzung für würdig erachtet werden.

Was heißt denn „vegetative Existenz"? Gott behüte uns davor, daß eines Tages pensionierte Oberkirchenräte darüber entscheiden, ob einer eine „wirkliche" oder nur eine „vegetative" Existenz führt und ob ihm deshalb der Hahn abgedreht wird oder nicht. Das Leben ist keine Frage des „Konsums", wie Herr Roth glaubt. Es ist, um in der traditionellen Tonlage vom Kirchenräten zu verbleiben, ein Geschenk Gottes und eine Verpflichtung ihm gegenüber. Niemand hat das Recht, einen Menschen, der nichts weiter verbrochen hat, als zu leben, gegen seinen Willen zu töten.

Ganz und gar demagogisch und unsinnig ist der Hinweis auf die hungernden Kinder in der Dritten Welt. Diese Kinder sterben nicht deshalb, weil im Westen alte Menschen medizinisch optimal versorgt werden, sie sterben als Opfer totalitärer Mißwirtschaft, die der Westen leider nur lindern kann. Ob mit oder ohne Dritte Welt: Christen, die über Leichen gehen, bleiben ein Greuel.

Mailand: Pressekonferenz mit Andreij Tarkowskij

Laßt die Kinder ziehen!

Andreij Tarkowskij, für den Westen der beste sowjetische Filmregisseur unserer Tage, existiert für die Kulturzuständigen in seinem Lande überhaupt nicht. Während 22 Jahren hat er unter großen Schwierigkeiten sechs Filme drehen können, die in Rußland niemand gesehen hat. Sie wurden teuer ins Ausland verkauft und dort als Meisterwerke bewundert, zum Beispiel „Andrei Rubljow" oder „Nostalghia". Seit Sommer dieses Jahres lebt Tarkowskij als Emigrant im Westen.

Soeben ist er nach Mailand zurückgekehrt, wo er am 10. Juli öffentlich den „schmerzlichen Entschluß, nicht in mein Land zurückzukehren", bekanntgegeben hatte. Auch diesmal geht es wieder um eine öffentliche Manifestation. Tarkowskij will erreichen, daß die Sowjets endlich seine beiden Kinder und die 81jährige kranke Mutter seiner Frau Larissa ausreisen lassen.

Der große Hörsaal des Centro San Fedele kann die Menge der jungen Leute nicht fassen, die dem Regisseur ihre Solidarität bezeugen wollen. Roberto Formigoni, Präsident der politischen Kommission des Europa-Parlaments, eröffnet das Treffen mit den Sätzen: „Was Andreij und Larissa angetan wird, ist eine Verletzung fundamentaler Menschenrechte. Wir dürfen nicht länger untätig zusehen, wie der Kreml die Erklärung der Menschenrechte und die Verträge von Helsinki, die er unterschrieben hat, nur anwendet, wenn sie ihm bequem sind, zum Beispiel, wenn es um die Achtung seiner Grenzen geht. Wir müssen in unserem Verhältnis zu Moskau nicht mehr wie bisher das Prinzip des Opportunismus und des Geschäftssinns, sondern mit Entschiedenheit das Prinzip der Gerechtigkeit in Freiheit vertreten."



„Gnadenstoß" von Bondartschuk: Andreij Tarkowskij in Mailand FOTO: STUDIO X

Tarkowskij wischte sich immer wieder den schwarzen Haarschopf aus den Augen, und sein scharfgeschnittenes Tartarengesicht zuckte nervös, als er zu erzählen begann: von dem Wall des Schweigens, an dem all seine Vorschläge und Bitten jahrelang zerschellten, von der Notwendigkeit für einen Künstler, zu arbeiten, um leben zu können, von der Enttäuschung, daß seine Liebeserklärung an Rußland in dem Film „Nostalghia" 1983 von dem Kollegen Bondartschuk, Mitglied der Jury von Cannes, boykottiert wurde. Bondartschuks Verhalten habe damals den Ausschlag für seinen Entschluß gegeben.

Tarkowskij sagt: „Meine Frau und ich hatten darum gebeten, mit unseren Kindern drei Jahre lang ins Ausland gehen zu dürfen, das mir immer wieder Aufträge anbot. Wir waren fest entschlossen, zurückzukehren. Aber nun mußte ich einsehen, daß es unmöglich ist. Nur eine Bitte habe ich noch an die Staatsbürokratie des Landes, in dem meine Wurzeln sind und aus dessen Kultur ich meine Inspiration nehme – uns unsere Kinder und die alte Mutter zu geben. Dafür brauche ich die Hilfe aller Freunde im Westen, denn meine Stimme hört niemand in Moskau."

Dem Applaus auf Tarkowskijs Worte folgen viele Fragen: „Was haben Sie in den letzten vier Monaten getan?" „Haben Sie um politisches Asyl gebeten?" „Wo haben Sie um politisches Asyl gebeten?" „Was sind Ihre Pläne?"

„Journalisten hoffen immer auf sensationelle Antworten, und ich muß sie immer enttäuschen", erwidert Tarkowskij. „Nein, ich habe noch nicht um Asyl gebeten, obwohl viele Länder mir ihre Gastfreundschaft anbieten. Ich denke, in Italien zu bleiben, das schon vielen russischen Künstlern vor mir zur zweiten Heimat wurde. In Schweden habe ich die Vorarbeiten für einen Film gemacht, mit dessen Dreharbeit ich jetzt beginnen werde. In London habe ich meine 'Boris Godunow'-Inszenierung überarbeitet. Bei der sowjetischen Botschaft in Stockholm bat ich um das Visum für einen russischen Schauspieler, der eine wichtige Rolle in meinem neuen Film haben soll. Das wird wohl schwierig sein, aber ich glaube an Wunder – auch an das Wunder, meine Kinder bald wiedersehen zu dürfen."

Roberto Formigoni hat jetzt ein „Komitee Tarkowskij" gegründet und besitzt bereits eine lange Liste mit Unterschriften von Künstlern, Wissenschaftlern und Politikern, die das Anliegen des Regisseurs unterstützen. MONIKA v. ZITZEWITZ

Herr Ivanji redet Klartext

Als einen „Riesenblödsinn" bezeichnete Ivan Ivanji, Generalsekretär des jugoslawischen Schriftstellerverbandes und selber Schriftsteller, den gegenwärtig in Belgrad laufenden Prozeß gegen sechs regimekritische Intellektuelle. Ivanji, der auf einer Veranstaltung des offiziellen Jugoslawischen Kulturinstituts sprach, meinte, wenn in Belgrad wirklich totalitär regiert würde, könnten die Politiker den Befehl geben, das Gerichtsverfahren abzublasen. Leider seien aber die jugoslawischen Richter erstens ziemlich unabhängig und zweitens ziemlich „konservativ".

„Es gibt bei uns Liberale, und es gibt Dogmatiker", sagte Ivanji. Er habe in seinem Freundeskreis viele Dogmatiker, die er am liebsten „beschimpfen" würde – „aber als echter Freiheitlicher muß ich dafür sein, daß auch die ihre Meinung sagen, solange sie sich meine Meinung sagen lassen".

Ivanji, der das Deutsche mit literarischer Perfektion beherrscht, war einmal jugoslawischer Diplomat in Bonn und Titos Dolmetscher bei politischen Gesprächen mit deutschen Politikern. Jetzt spricht er von den „ungeheuren Schwierigkeiten, ein System zu gestalten, das es noch nie gegeben hat". Das wichtigste, was Jugoslawien in diesem Jahrhundert erlebt habe, sei der Kampf gegen Stalin und die Sowjetunion 1948 gewesen – wichtiger noch als der „Volksbefreiungskampf". Dieser Konflikt sei aber von jugoslawischer Seite mit einer von den Sowjets angelernten Geheimpolizei und daher mit stalinistischen Methoden geführt worden.

„Was mich aufregt", sagte Ivanji, „ist dies: Wie schlecht wir das geistige Überleben in einer Zeit handhaben, die wirtschaftlich für unser Land so schwierig ist." Dann erwähnte er den „Jammer der kleinen Sprachen", deren Autoren oft zu Unrecht unbekannt blieben, und distanzierte sich ausdrücklich vom Gerichtsurteil gegen den jugoslawischen Soziologie-Dozenten Seselj. Zwar sei das Strafmaß inzwischen von acht auf vier Jahre reduziert worden, aber das seien, so Ivanji „immer noch vier Jahre zuviel".

CARL GUSTAF STRÖHM

Die Bühne als Spiegel der Welt – Die Theatermuseen von Köln und Düsseldorf zeigen ihre Schätze

Moralische Anstalt und Plüschkabinett

Man könnte ins Philosophieren kommen. „Theater – Spiegel der Welt" heißt die Ausstellung. Das Theatermuseum der Universität zu Köln richtet sie aus. Die Kölner Kunsthalle leiht die Räume. Thema ist das Theater, und zwar als Spiegel der Welt. Vielleicht ist das Theater aber nur eine Welt aus Spiegeln? Oder anders formuliert: Der Spiegel wäre das reinste Welttheater? Ja, könnte es nicht sein, daß die ganze große, runde Welt nichts als ein Spiegel des Theaters ist?

Bevor's ans Philosophieren geht, muß man erst einmal entziffern. Man betritt die Kunsthalle und steigt die Treppe hinauf. Vor sich, oben, eine Wandschrift mit unterschiedlich großen Buchstaben. Man kneift die Augen zusammen, man strengt sich an. Hat man sich vielleicht geirrt? Ist man am falschen Ort? Oder arbeitet neuerdings die Kunsthalle mit dem Augenarzt zusammen?

Gleichviel. Man entdeckt, es ist Spiegelschrift. Man strengt sich also noch mal an und liest: Der Zweck des Theaters, so Shakespeares Hamlet, sei es, „der Natur den Spiegel vorzuhalten". Man merkt, das ist Absicht. Genau wie der Spiegel, der, entsprechend gehängt, Hamlets Worte aufschließt. Der Spiegel: ein Schlüssel.

Mit diesem Schlüsselerlebnis tritt man ein ins erste Kabinett. Es rokokot. Schon wieder ein Spiegel. Diesmal goldgerahmt, mit schwungvollen Kartuschen, akkompagniert von zierlichen Wandleuchtern. Natürlich schaut man hinein. Was sieht man? Sich selbst, ganz allein sich selbst. Das ist abermals Absicht. Denn nach dem Willen der Ausstellungsmacher ist das der Platz des Souveräns als moderator mundi: „an seiner Stelle befindet sich in der Ausstellung der Besucher". Stimmt. Nein, stimmt nicht. Denn der Thronsessel befindet sich – das Versteckspiel war im Rokoko Mode – erst hinter der Wand. An Souveränes Statt nimmt man Platz und schaut in einen Riesenspiegel. Sich selber kennt man schon. Im Hintergrund Saal und Bühne eines festlichen Hoftheaters, riesenhaft fotokopiert. Eine Illusion. Man lebte damals gerne und ausgiebig mit Illusionen.

Im nächsten Kabinett, in dezentem, sachlichem Blau ausgeschlagen, hängt ein ovaler Planspiegel. Ein Thron fehlt. Es ist ein standhaftes Zeitalter. Man ist aufgeklärt. Man wird bürgerlich. Man hält es mit Lessing. Man huldigt nicht mehr, man bildet ab und argumentiert. Mit dem Charme eines Chodowiecki, wenn er die „Minna von Barnhelm" illustriert, oder mit der stenographischen Lust der Gebrüder Henschel, wenn sie den Mimen Iffland porträtieren. Noch konzentrierter als der Plan- holt sich der Hohlspiegel das bürgerliche Identitätsverlangen ins Bild. Das Theater erhält den Rang einer Anstalt, einer Schillerschen moralischen Anstalt. Es gilt sich zu vervollkommnen.



Mit den Augen des Souveräns: Blick ins Goldspiegelkabinett der Kölner Theaterausstellung FOTO: RHEINISCHES BILDARCHIV

Das große Wort, die bessere Moral, sie verkommen gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu Prunk, Plüsch und Pomp. Im Kabinett im Stile eines Hans Makart ist das Leben drapiert. Der Holzfußboden, der Marmor suggeriert, klingt hohl. Man ist auf dem Holzweg, weigert sich aber, das einzusehen. Die monumentale Spiegelwand ist stumpf geworden. Man schaut nicht zur Bühne, man ist auf der Bühne. Man hat sie mit dem Leben verwechselt. Das spielt hinter der Kulisse (bitte durchgehen!), wenngleich immer noch auf der Bühne, nämlich der der Naturalisten. Es wird kohlenrußig schwarz. Eine nackte Glühbirne funzelt an der Decke. Das Milieu umfängt einen: „Szenen aus der Tiefe", wie hernach eine Bilderfolge zu Gorkis „Nachtasyl" belehrt.

Nach dem grellen Zwischenspiel der Expressionisten ist im Facettenkabinett der Spiegel aus Scherben zusammengesetzt. Wie Bruno Tauts Glashaus-Kuppel hängt er über einem Fußboden aus Glasplatten, die von innen erleuchtet sind: eine Foto-Collage nach Moholy-Nagy. Der Wärter ermuntert einen, die Platten zu betreten: „Es ist Panzerglas." Es knackt so merkwürdig. Im Berlin der 20er Jahre hat es auch geknackt. Die Weimarer Republik hatte ihren Knacks weg, obwohl sie kulturell außerordentliche Höhen erreichte.

Das wird in der Kölner Ausstellung eindrucksvoll belegt. Das Theatermuseum kann aus dem vollen schöpfen. Plakate, Programmzettel, Fotos und Namen stehen für Sternstunden: Brecht, Hindemith, Kaiser und Krenek als Spiegelhalter einer neuen. schon unserer Zeit, George Grosz, Oskar Schlemmer und Kandinsky als kongeniale Bühnenbildner, Fehling, Hilpert, Piscator und Reinhardt mit inflationär ausgreifenden Regieideen. Und jede Menge Revue-Girls.

Im Erdgeschoß sind wir dann in der Gegenwart. Mit einem Sprung in der kalten Wirklichkeit unserer Tage mit echten Absperrungsgittern (siehe Demonstration), Pflastersteinen (siehe Straßenschlacht), Monitoren (siehe Überwachung), Suzuki zwischen antiken Säulenstümpfen (siehe verschüttete Klassik und unvermutet erwachendes Klassikerbedürfnis, z. B. Hölderlin-Projekt 1977 im Berliner Olympiastadion). Und siehe: bevor man die Kunsthalle wieder verläßt, ist man auf ganz aktuelle Weise dort angelangt, wo man schon die ganze Zeit geahnt hat zu sein: im Jahr 1984. Willy (oder heißt er Edgar oder Ludwig oder Max oder Sepp? – wie halt Kroetzens Figuren so heißen) kräht seine Arbeitslosigkeit aus dem Video.

Nun, abgesehen von diesem Erdgeschoß, dessen Zusammensetzung einer fragwürdigen Spektakelfreude und Inszenierungslust entspringt und – völlig unrepräsentativ – nur dem Medienaffen Zucker gibt (als gäbe es kein traditionelles, gleichwohl modernes Guckkastentheater auch in unseren Zeiten), ist die Kölner Schau ein lohnendes Seherlebnis. Das Theatermuseum – es residiert in der Nähe des Flughafens auf Schloß Wahn – kommt endlich einmal raus aus seinem Schlupfwinkel. Es hat eine Riesensammlung, aber als „Museum ohne Museumsräume" kann es sie nicht zeigen. Jetzt ist sie zu sehen. Es ist eine Ausstellung dabei herausgekommen, die didaktische Trübsal erst gar nicht aufkommen läßt, die dennoch lehrreich ist und bei allem dokumentarischen Überfluß Spaß macht.

Was man von der parallelen Ausstellung im Dumont-Lindemann-Archiv, dem Theatermuseum der Stadt Düsseldorf, nur sehr eingeschränkt sagen kann. Der Titel lautet dort „Bildende Künstler sehen Bühnenkünstler". Anhand von 200 Beispielen aus rund 50 Jahren ist das Thema verschenkt worden. Man hätte es, wie anfänglich geplant, im Düsseldorfer Rahmen belassen sollen. Dann wäre eine hübsche Lokalhistorie daraus geworden, die gleichwohl, da Düsseldorf schon immer eine bedeutende Bühne hatte, weitertragende Aussagekraft hätte gewinnen können.

So aber ist es ein Sammelsurium aus Plastiken, Zeichnungen, Ölgemälden, Bronzetellern und Hinterglasmalerei. Die Bildnisse haben überwiegend erkennungsdienstliche Funktion. Dementsprechend niedrig ist ihr Niveau. Ah, Klaus Kinski! Ja, das ist doch die Flickenschildt! Und hier die Romy Schneider! Deutschlands Herzeige-Siegfried hängt als Peter Hofmann an der Wand (in Marmor). Und bei den „Drei Schauspielerinnen" von Lotti Kuntze darf die ganze Familie raten. Noch mehr übrigens bei den bildenden Künstlern, deren Mehrzahl niemand kennt und die man sich auch nicht merken muß.

Das Düsseldorfer Museum ist notleidend. Es bittet um eine Spende, und zwar mit der Kassette, die einstens Louise Dumont als Tourneekasse mitgeschleppt hat. Es ist zu wünschen, daß, wenn Archiv und Museum 1986 ins jetzige Goethe-Museum umgezogen sein werden, die milden Gaben durch einen kräftigen Ausstellungsetat ersetzt werden. (Köln: bis 13. 1., Kat. 4 Mark; Düsseldorf: bis 3. 3., Kat. 10 Mark.)

WOLFGANG MINATY

Neue Operneinspielungen von Sinopoli und Giulini

Verdächtige Genießer

Wie bei musikalischen Wettbewerben den ersten vom zweiten Platz mitunter nur noch der vage Verdacht trennt, der Sieger sei vielleicht um ein unwägbares Quentchen genauer oder einfühlsamer gewesen, so geht es auch mit den Spitzenproduktionen der Schallplattenindustrie, zumal wenn es sich um umfangreiche Operneinspielungen handelt. Hinzu kommt noch selbst beim kritischsten Hörer die ununterdrückbare Vorliebe für eine bestimmte Stimmfarbe oder die Rassigkeit eines Vortrags, so daß es einen objektiven oder objektivierten Genuß gar nicht geben kann.

Wer noch von Genuß spricht, macht sich freilich von Jahr zu Jahr mehr verdächtig. Aber die unwiderstehliche Anziehungskraft der Oper besteht eben vor allem doch in dem Genuß, den sie bereitet; und wie stark dieser ist, entscheidet letztlich auch über den Erfolg einer Neuaufnahme, zumal bei einer Oper wie Verdis „Troubadour" (DG 413 355-1).

Karajan hat wohl als erster der bedeutenden Dirigenten der Schallplattenzeit die musikalischen Energien entdeckt, die im „Troubadour" unter der beseligenden Vokallinie schlummern. Carlo Maria Giulini folgt ihm darin in seiner Neuaufnahme, die sich auf Chor und Orchester der römischen Accademia di Santa Cecilia stützt, die sich damit nach langen Jahren der Enthaltsamkeit wieder für die Platte vernehmen lassen. Das Ergebnis erfüllt die höchsten Ansprüche an Lebendigkeit des Vortrags, dramatische Spannkraft, Phrasierungskunst. Das Orchester singt unter Giulini mit den Solisten um die Wette und schneidet künstlerisch gleichauf mit ihnen ab, mit einem Spiel von wahrhaft klangsatter Delikatesse.

Am stärksten hat sich Verdi bei der Komposition für Azucena interessiert, die Zigeunerin, als hätte er vorausgeahnt, daß eines Tages Brigitte Faßbaender die Partie singen würde. Sie hebt die Rolle gewissermaßen aus dem dämonischen Altistinnengemunkel ins hellste dramatische Licht: eine Interpretation ohne Vergleich. Da singt keine Zigeuner-Erda, sondern eine junge, bis zur Raserei reizbare Frau. Musikalität, Intelligenz, Temperament und Stimmpracht durchdringen sich bei ihr auf bewundernswürdige Weise.

Mit tadellosen Singmanieren trägt Rosalind Plowright die Leonora vor. Placido Domingos mühelose Männlichkeit, nicht jedem Tenor gegeben, setzt sich künstlerisch glänzend durch. Giorgio Zancanaro ist kein einzig schönmundiger Luna. Er, der Dauerverlierer der Handlung, singt seine Rolle erfreulich charakterstark. Jewgeni Nesterenko macht mit seinem Baß gleich die Introduktion zum Ereignis.

Giuseppe Sinopoli legt gleich zwei neue Gesamteinspielungen vor: Verdis „Macbeth" (Philips 412 133-1) und Puccinis „Manon Lescaut" (DG 413 893-1). Er bestätigt mit beiden seinen Rang als Feuerkopf eines lebensprühenden Musiktheaters, das man kaum noch geneigt ist, Oper zu nennen, so stark setzt Sinopoli ihr die Sporen – aber auch so sorgfältig und genau. Sein Paradestück ist nach wie vor Verdis „Macbeth". Mit ihm errang er in Berlin den Sensationserfolg, der ihn im Handumdrehen an die Spitze der jungen Dirigentengeneration gerissen hat.

Der Schallplatten-„Macbeth", gestützt wieder auf Orchester und Chor der Deutschen Oper Berlin, den Walter Hagen-Groll meisterhaft präpariert hat, ist ein Dokument der sprühenden, phantasievollen Formkraft Sinopolis. Sie setzt das Abenteuer Oper geradezu fiebernd in Gang. Dabei ist die Besetzung mit Mara Zampieri, Renato Bruson und Neil Shicoff nicht gerade die edelste (den Banquo singt allerdings wundervoll Robert Lloyd), aber selbst dies Unedle noch ist der peitschenden Intensität der Aufführung von Nutzen.

Geschwelgt werden darf dafür in Puccinis „Manon Lescaut", die Sinopoli mit dem Chor von Covent Garden, aber mit dem Philharmonia Orchestra vorträgt, dessen Chefdirigent er ist. Das zahlt sich künstlerisch aus. Das Orchester folgt der musikalischen Vision Sinopolis mit schönem Verständnis, und auf Mirella Frenis Einsicht in Geist und Seele der Kunst Puccinis ließ sich von vornherein bauen. Domingo und Bruson singen mit ihr um die Wette in Herrlichkeit.

KLAUS GEITEL

Gibt es eine eigene österreichische Philosophie?

Schule der Sprachdenker

Heimito von Doderer merkte einmal an, den Wienern gelte Marc Aurel als ihr Landsmann. So nimmt es nicht wunder, daß der Wiener Universitätslehrer Peter Kampits seine „Kleine Geschichte der österreichischen Philosophie" (Österreichischer Bundesverlag, Wien, 39,80 Mark) mit dem römischen Kaiser beginnen läßt, dessen „Philosophie etwas berührt hat, das sich im österreichischen Denken und der österreichischen Lebensform als kontinuierliches Thema in Variationen durchhält: nicht großartige Spekulation, Entwurf eines die Wirklichkeit ableitenden Systems, sondern Durchdenken von Lebenshaltungen, die die Wirklichkeit erträglich machen".

In achtzehn Porträts, herauf bis zu Hermann Broch, werden diese Variationen gemeinverständlich durchgespielt, und zwar fast immer – mit Lichtenberg zu reden – als das „Gezänk zwischen Grammatik und Philosophie". Denn die Österreicher waren fast immer Sprachdenker, selten Systemdenker, jedenfalls tief irritiert von der unauflöslichen Diskrepanz zwischen Sache und Sprache: in dubio neigten sie eher zum Schweigen als zur Rhetorik, wie Wittgenstein; oder sie schleuderten kühne und kecke Pamphlete heraus gegen aristotelisch-logisches Einlullen jener Irritation, wie Fritz Mauthner (den der entdeckungsfreudige Zürcher Diogenes unlängst zwar wieder gedruckt, aber kaum verkauft hat).

So rettete sich denn das Philosophieren hier teils in die Dichtung, teils in die Logistik, so oder so in Enthaltsamkeit von Metaphysik. Wenn man will, somit auch im Denken das, was Hans Weigel in seinem wichtigsten Buch den österreichischen Künstlern halb vorwirft, halb nachrühmt: „Flucht vor der Größe".

Gleichviel, was aus dem Buche von Kampits erhellt, das ist etwas, das man gerade dem Österreicher gemeinhin nicht zutraut: Radikalität; und zwar in dem Sinn einer finsteren Entschlossenheit zum Äußersten. Otto Weininger steht als ein populäres Beispiel dafür, doch nicht weniger radikal als der exzessive Ethiker ist auch Alexius Meinong verfahren, als er sich Gegenstände dachte, „von denen gilt, daß es dergleichen Gegenstände nicht gibt". Und wie von Dingen, sagt er dann auch von den Werten, daß sie zwar nicht existieren, sehr wohl aber bestehen – hier klingt schon Wittgensteins Unterscheidung zwischen dem Sagbaren und dem Zeigbaren an. Höchst seltsam, daß dieser Alexius Meinong erblindet ist: Schreibt man nicht das, was man denkt, sondern das, was man ist? Sind nicht gerade die österreichischen Denker recht eigentlich Existenzphilosophen gewesen. Bedenker des Menschenschicksals im eigenen Schicksal, recht eigentlich Dichter, bloß im Jargon der Philosophie?

Der jung verstorbene Dichter und Denker Feuchtersleben, Arzt von Beruf, sagt seinen Kollegen: „Eine Kunst, das Leben zu verlängern? ... Lehrt den, der es kennengelernt hat, lieber die Kunst, es zu ertragen!" Kampits zitiert von ihm nichts, aber Grillparzer über ihn: „Zwei kleine Verse schließen die ganze Lehre ein: Entsag, um zu genießen, vergiß dich, um zu sein." Und das könnte recht passend als Motto stehen über der ganzen österreichischen Philosophie.

HERBERT EISENREICH

KULTURNOTIZEN

Tschechische Kunst der Jahre 1878 bis 1914 ist auf der Darmstädter Mathildenhöhe in bisher einmaliger Vielfalt bis 3. Februar zu sehen.

Ein Bachfest zum 300. Geburtstag des Komponisten veranstaltet Heidelberg vom 31. Mai bis 11. Juni 1985.

Die Pariser Hochschule für Bildende Künste stellt derzeit Arbeiten ihrer Schüler in Dresden aus.

Das Goethe-Institut Mailand veranstaltet am 1. Dezember einen Kongreß zum Thema der Organisation des Musiklebens in Deutschland und Italien.

Der „Sachsenspiegel", mittelalterliches deutsches Rechtsbuch, erscheint jetzt in Moskau erstmals in vollständiger deutscher Übersetzung (Auflage 3000).

JOURNAL

Unbekanntes von Jaroslav Seifert

AFP, Washington

Ein Großteil der noch nicht im Westen publizierten Werke des tschechischen Dichters und diesjährigen Literaturnobelpreisträgers Jarroslav Seifert ist von zwei Amerikanern heimlich in die Vereinigten Staaten geschafft worden. Der Linguist Paul Jagasich vom Hampden-Sydney-College in Virginia und der Lyriker Tom O'Grady haben diese Schriften bei einem Besuch in der ČSSR erhalten. Es handelt sich dabei um Gedichtbände und Memoiren. Der Dichter hat den beiden Amerikanern die Erlaubnis gegeben, die Texte zu übersetzen und zu veröffentlichen.

Robert de Niro Juryvorsitzender

AFP, Avoriaz

Der amerikanische Filmschauspieler Robert de Niro wird den Vorsitz der Jury des 13. Internationalen Festivals des fantastischen Films in Avoriaz übernehmen. Es findet vom 12. bis 19. Januar statt. Zu den 13 Jurymitgliedern gehören u. a. der britische Schauspieler John Hurt, die Schriftstellerin Benoite Groult, der Regisseur Claude Zidi, die Schauspielerinnen Nicole Garcia und Gabrielle Lazure.

Knochenfunde von Hominiden in Kenia

AFP, Nairobi

15 bis 16 Millionen Jahre alte Knochen von Hominiden sind in den zentralkenianischen Samburu-Hügeln gefunden worden. Die rund 180 Fundstücke – Kiefer- und Gliederknochen sowie Zähne – waren von versteinerter Lava eingeschlossen. Sie deuten darauf hin, daß an dieser Stelle eine Siedlung von rund dreißig Hominiden bestand. Die Hominiden existierten vor der entwicklungsgeschichtlichen Auftrennung der Stammgruppen Affe und Mensch. Ihr Alter wird auf 14 Millionen Jahre geschätzt.

Gemälde des Leipziger Bahnhofs gefunden

dpa, Leipzig

Mehrere Gemälde des Dresdener Malers Otto Lange (1879–1944), die einst zur Ausstattung des Leipziger Hauptbahnhofs gehörten und seit Jahrzehnten als verschollen galten, sind jetzt in einer Lagerhalle in Leipzig wiedergefunden worden. Die aus den ersten 15 Jahren des Jahrhunderts stammenden Bilder sollen restauriert und wieder am ursprünglichen Ort ausgestellt werden. Lange gehörte der Künstlergemeinschaft „Gruppe 1917" an, aus der später die Dresdener Sezession mit Otto Dix und Conrad Felixmüller hervorging. In der NS-Zeit galt er als entartet.

Fernando Corena †

Der Opernsänger Fernando Corena ist 67jährig in Lugano an einem Herzversagen gestorben. Corena, der auch in den letzten Jahren noch gelegentlich auftrat, war vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren ein gefeierter Buffo-Baß an den großen Opernbühnen der Welt, vor allem natürlich an der Mailänder Scala und der New Yorker Met. Seine Domäne waren die Buffo-Partien Donizettis und Rossinis, von denen er auch zahlreiche Schallplatten aufnahm. ebi

MUSIK-KALENDER

1. **Berlin**, Philharmonie; Henze: 7. Sinfonie (U), (ML: Gelmetti)
Darmstadt, Staatstheater; Adam: *Der Postillon von Lonjumeau* (ML: Baum, R: Osolnik)
2. **Zürich**, Opernhaus; Wagner: *Die Meistersinger von Nürnberg* (ML: Leitner, R: Drese, B: Zimmermann)
3. **Zürich**, Opernstudio; Farkas: Der Wunderschrank (ML: Blum, R: Peter)
4. **Zürich**, Opernhaus; Kelterborn: Der Kirschgarten (U), (ML: Welkert, R: Lehnhoff, B: Reinhardt)
5. **Frankfurt**, Opernhaus; Forsythe: Artifact (Ballett, U)
6. **Köln**, Opernhaus; Ulrich: Der Wanderer (Ballett, U)
Aachen, Stadttheater; Wagner: Der fliegende Holländer (ML: David, R: Deflo, B: Tommasi)
7. **Köln**, Experimentierfeld: Frauen-Musik (bis 9. 12.)
Münster, Städt. Bühnen; Verdi: Attila
9. **Wuppertal**, Opernhaus; Wagner: Die Walküre (ML: Schneidt, R: Meyer-Oertel, B: Jordan)
Frankfurt, Opernhaus; Massenet: Werther (ML: Shallon, konzertant)
Karlsruhe, Staatstheater; Casado: Die drei Musketiere (Ballett, U)
15. **Duisburg**, Deutsche Oper am Rhein; Lortzing: Zar und Zimmermann (ML: Varon, R: Rapp)
16. **Berlin**, Deutsche Oper; Offenbach: Hoffmanns Erzählungen (ML: Baudo, R: del Monaco, B: Rose)
Hamburg, Staatsoper; Loewe: My Fair Lady (ML: Soltesz, R: Wesseler, B: Scharreiks)
21. **Hannover**, Kuppelsaal; Händel: Jephta (ML: Lang, R u. A: Grübler)
Frankfurt, TaT; Parade der Diseusen (bis 31. 12.)
22. **Zürich**, Opernhaus; Ballettabend (Ch: Balanchine, Béjart, Neumeier, McDonald)
25. **Bonn**, Großes Haus; Mozart: Titus (ML: Menuhin, R: Siciliani, B: Bertacca)

Nürnbergs Nachtleben aufgedeckt

PETER SCHMALZ, München

Nun rätseln sie alle in Nürnberg, die als professionelle Beobachter der Szene gelten und die nicht immer zu Unrecht glauben, auch die dunkelsten Ecken der Dürer-Stadt *informativ* ausleuchten zu können. Doch diesmal scheint ihr Licht zu schwach: Nachdem Polizei und *Staatsanwaltschaft* in einer fast 24stündigen Razzia 94 einschlägige Lokale, Wohnungen *und Büros durchsucht* und sechsmal einen roten Haftbefehl präsentiert haben, läuft in den Redaktionen das Suchspiel nach Einzelheiten über den Mann, der von der Justiz als der Chef des ebenso unseriösen wie millionenschweren Nachtgewerbes angesehen wird und den eine Zeitung blitzschnell zu „Bayerns Nachtklub-König" kürte.

60jähriger Drahtzieher

Aber der Herr, dem die Ermittler einen großangelegten Menschenhandel zur *Last* legen, tat offensichtlich das, was in diesem Gewerbe ratsam erscheint: Er hatte zwar die Fäden in der Hand, blieb aber unerkannt im Hintergrund. So wußte man gestern, wenige Stunden nach der überraschenden Polizeiaktion, nur dürftiges über den Mann, ohne den die halbseidenen Puppen der Nürnberger Nächte nicht tanzten und dem die Polizei eine „Vormachtstellung im Raum *Nürnberg" bescheinigt. Österreicher* ist er und lebt in Nürnberg. 60 Jahre hat er bereits auf dem Buckel und mit Sicherheit mehrere Millionen Mark im Beutel, Kurt heißt er mit Vornamen, der Familienname beginnt mit St., ein Lichtbild aber war bis gestern mittag nicht von ihm zu finden.

Von den 87 Objekten, die in und um Nürnberg, aber auch in Hof und Ingolstadt, in Straubing und sogar im *baden-württembergischen Ulm* durchsucht wurden, waren nicht weniger als 63 in der Franken-Metropole zu finden, darunter 20 Lokale. Die Konzession für die schummrigen Räumlichkeiten ließ er von Strohmännern besorgen, der Verkaufsschlager war das, was man gewöhnlich *„käufliche Liebe" nennt.* Im nüchternen Deutsch der Justiz liest sich das so: „Die Einnahmen bestanden im wesentlichen aus der Prostitution." Im Schichtbetrieb habe er sein weibliches Personal eingesetzt, wofür er einen regelrechten Importhandel aufgebaut haben soll.

Tickets und Pässe kassiert

Seit 1980, so die Staatsanwaltschaft, habe Kurt St. 17- bis 22jährige Thaimädchen als Touristinnen einfliegen *lassen und zu nächtlicher* Stunde in seinen Lokalen an den Mann gebracht. Flugscheine, Pässe und mitgebrachtes Bargeld wurden ihnen abgenommen, womit das Risiko, die verschüchterten jungen Frauen könnten flüchten und ihr Wissen auspacken, minimiert wurde. Nach drei Monaten, wenn die Aufenthaltserlaubnis auslief, wurden die Mädchen von zuverlässigen Handlangern *zum Frankfurter Flughafen* gebracht und für die nächste Maschine nach Bangkok eingecheckt. Gut 80 Thailänderinnen soll er bei sich beschäftigt haben, ähnlich soll es jungen Französinnen ergangen sein.

Die Prostituierten, denen ein täglicher Mindestverdienst zwischen 30 und 70 Mark garantiert wurde und die zudem am Getränkeumsatz ihrer „Kunden" beteiligt waren, waren *nach Ansicht* der Staatsanwaltschaft dem St. ausgeliefert. Seine Vormachtstellung, so die Nürnberger Justiz, habe „eine freie Tätigkeit oder ein Unterkommen in anderen Lokalen weitgehend ausgeschlossen". Deshalb werden ihm Vergehen der Förderung von Prostitution mit einer Höchststrafe von drei Jahren und Verbrechen des Menschenhandels mit einer Maximalstrafe von zehn Jahren vor*geworfen. Spätestens beim Prozeß* wird sich der Schleier um den wenig noblen Herrn St. lüften.

Probleme bei Nutzung des Weißen Kontinents

Vor 25 Jahren wurde der Antarktisvertrag unterzeichnet

dpa, Hamburg

Am 1. Dezember 1959 ist in Washington der Antarktisvertrag unterzeichnet worden. Seit fünf Jahren ist auch *die* Bundesrepublik Deutschland Mitglied dieses Vertrages. Voraussetzung für den Beitritt war der Nachweis intensiver eigener Forschungen in der Antarktis. Er ist mit dem Bau der Dauerstation „Georg von Neumayer" in der Atka-Bucht, der Sommerstation auf dem Filchner Schelfeis und dem Forschungsschiff „Polarstern" erbracht worden.

Deutsche Forscher beteiligen sich unter der Koordinierung des Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven an zahlreichen nationalen und internationalen Wissenschaftsprojekten, wobei besonders biologische und ozeanographische Zielsetzungen im Rahmenprogramm *„Biomass" eine* wesentliche Rolle spielen.

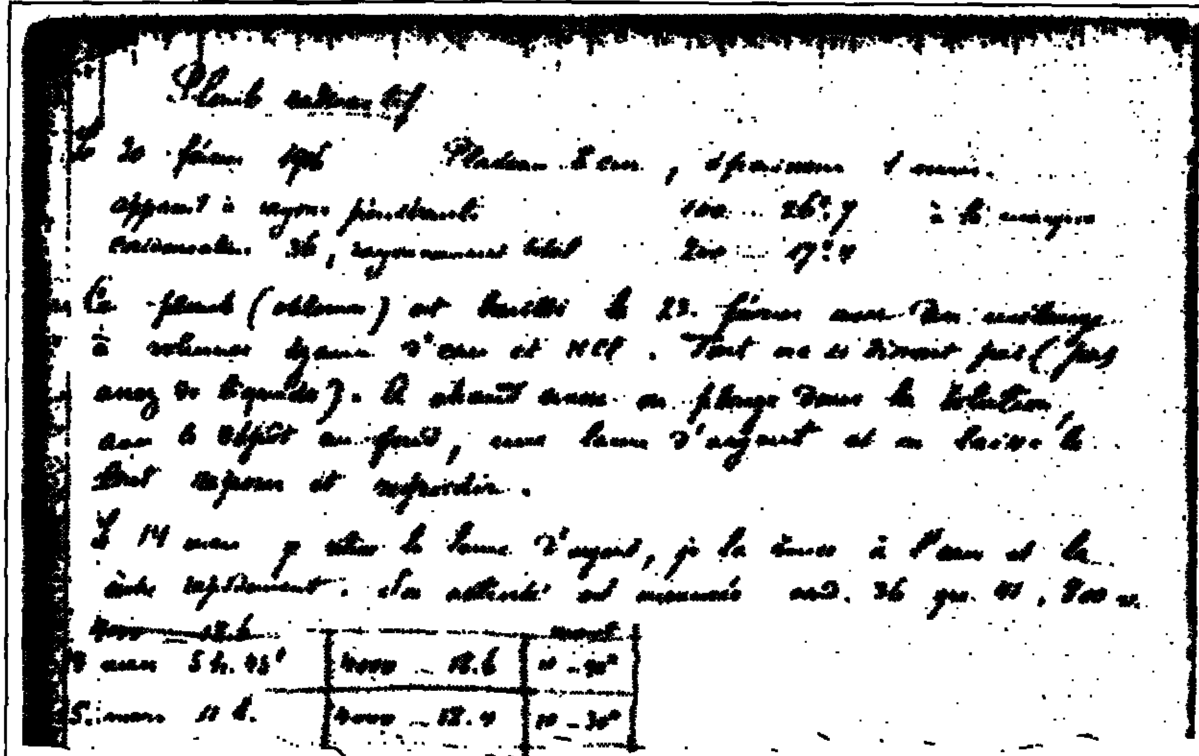
In den kommenden Forschungsperioden *bis 1989* stehen *geologisch*-geophysikalische Untersuchungen im Transantarktischen Gebirge sowie fischereibiologische Expeditionen im Mittelpunkt des deutschen Interesses. Es sollen die geologische Entwicklungsgeschichte des Eiskontinents, die Vorräte bekannter Erzlagerstätten, aber auch die nutzbaren Krillbestände erkundet werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der *Meteorologie, da die Antarktis mit ihren* über 20 Millionen Kubikkilometern Eis als die Wetterküche der südlichen *Halbkugel* gilt.

Der Vertrag unterstützt eine freie wissenschaftliche Forschung und setzt sich für einen wirksamen Umweltschutz der Antarktis ein; alle militärischen Aktivitäten sind verboten. Zum ersten Mal in der Geschichte haben sich dabei die Supermächte *USA und UdSSR in einem gemeinsamen* Vertrag auf ein gegenseitiges Inspektionssystem vor Ort geeinigt. Endgültig in Kraft getreten ist das Vertragswerk am 23. Juni 1961, nachdem es alle zwölf Signatarstaaten (Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, *Norwegen, Südafrika*, UdSSR, USA) ratifiziert hatten. Neben der Bundesrepublik Deutschland sind auch *Polen (seit 1977)* sowie Brasilien und Indien (beide seit 1983) Mitglied des Antarktisvertrages. Zum äußersten, nicht stimmberechtigten Kreis gehören die Tschechoslowakei, Dänemark, die Niederlande, Rumänien, die „DDR", Bulgarien, Uruguay, Italien, Papua-Neuguinea, Peru, Spanien und China.

Vorstufen des Vertrages reichen zurück bis in das Jahr 1910, als erstmals für die Antarktis die Forderung nach einem „gemeinsamen Besitztum" aller Nationen erhoben wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann eine weltweite Diskussion um eine Treuhandschaft der UNO für die Antarktis. Verständlich wird der Abschluß des Antarktis-Vertrages nur vor dem Hintergrund des Internationalen Geophysikalischen Jahres (IGY), das vom 1. Juli 1957 bis zum 31. *Dezember 1958 dauerte. Im Rahmen* dieses Unternehmens, an dem zwölf Staaten teilnahmen, wurden rund 60 Forschungsstationen errichtet.

Gebietsansprüche waren von Anfang an ein zentrales Problem bei der zukünftigen Nutzung des Weißen Kontinents, der rund zehn Prozent der festen Erdoberfläche umfaßt. Sie werden von Großbritannien, Australien, Neuseeland, Argentinien, Chile, Frankreich und Norwegen erhoben. Diese Besitzansprüche gründen sich unter anderem auf Entdeckungen, *Besetzungen und Forschungen.* Argentinien und Chile berufen sich zusätzlich auf historische Gründe, die bis auf Kaiser Karl V. (1500 bis 1558) zurückreichen. Die Sowjetunion und die USA erkennen keinerlei territoriale Forderungen anderer Staaten an, haben selbst aber darauf verzichtet, eigene Ansprüche anzumelden.

Im jetzigen Vertragswerk sind alle Gebietsansprüche eingefroren. Die *im Vertrag festgelegte* Revisionsklausel sieht frühestens für 1991 eine Änderungsmöglichkeit vor. Auch wenn sie das Kündigungsrecht einschließt, so läuft doch der Vertrag nicht automatisch aus. Die in den vergangenen Jahren in der Antarktis entdeckten Erz- und Minerallagerstätten sowie *die geplante Nutzung* der Krillbestände im südlichen Polarmeer haben die Vertragsstaaten erneut an den Verhandlungstisch gebracht.



Ausriß einer Seite aus den Labor-Notizbüchern Marie Curies FOTO: DIE WELT

Die Entdeckung der Radioaktivität

CONSTANCE KNITTER, Paris

„Wer heute Einsicht in die Labornotizbücher von Marie Curie nehmen will, muß in der Nationalbibliothek von Paris ein Formular unterzeichnen, daß die Lektüre der Notizbücher auf eigene Gefahr geschieht. Denn die Notizbücher sind noch immer ra*dioaktiv. Doch die Gefahr* bei der Lektüre ist äußerst gering."

Als die französische Journalistin und Schriftstellerin Françoise Giroud diese Zeilen in ihrer Biographie über Marie Curie schrieb, konnte sie nicht ahnen, daß es noch andere wichtige Dokumente von Pierre und Marie Cu*rie zu entdecken gab* und daß diese eines Tages sogar zur Versteigerung gelangen sollten. Das geschieht jetzt, am 13. Dezember, im bekannten Pariser Auktionshaus Drouot. Dort werden zwei kostbare Notizbücher der berühmten Wissenschaftler mit von Hand eingetragenen Laboraufzeich*nungen* über die Entdeckung radioaktiver Strahlen versteigert. Schon jetzt haben Ärzte und Wissenschaftler *starkes Interesse* bekundet.

In einem der schwarzen, in Leinen gebundenen Notizbücher trug Pierre Curie auf der ersten Seite den Titel „Studie des thermoelektrischen Uraniums" ein. Es enthält auf 78 Seiten die Resultate seiner Laborversuche über das Uranium. Das Heft, das zu einem Schätzpreis von 80 000 Francs (umgerechnet 26 665 Mark) angeboten wird, enthält auf eineinhalb Seiten handschriftliche Eintragungen von *Marie Curie. Ihre Notizen* tragen das Datum des 14. Februar 1904. Experten glauben jedoch, daß die Eintragungen aus dem Jahr *1905* stammen.

Ein *zweites* Heft von 130 Seiten trägt die Eintragung „M. Curie 1905–1906". Es enthält Aufzeichnungen der am 7. *November 1867* in Warschau geborenen zweifachen Nobelpreisträgerin über ihre Versuche mit Polonium, Radon und radioaktivem Gas. Für dieses Heft wurde ein Preis von 220 000 Francs (rund 73 000 Mark) veranschlagt. Dieses Heft enthält wiederum Notizen von Pierre Curie, datiert vom 12. April 1906. Sieben Tage *später wurde er auf dem Pont Neuf in* Paris von einem Pferdewagen tödlich überfahren. Knapp einen Monat später, am 4. Mai 1906, nahm Marie Curie ihre Laborversuche wieder auf.

Über die Radioaktivität der Notizbücher aus dem Labor des Ehepaares Curie in der Pariser Rue Lhomond besteht kein Zweifel. Als man kürzlich ein Notizblatt neben einen Geigerzähler hielt, verzeichnete dieser *600 bis 700 Ausschläge pro Sekunde.*

Auch Marie Curie wurde schließlich Opfer ihrer Entdeckung, der „strahlenden Materie" Radium. Sie starb am 29. Juni 1934 in einem Sanatorium am Mont-Blanc an einer schweren Anämie. Ihr Knochenmark war strahlenverseucht. Zu Lebzeiten *hatte die berühmte Wissenschaftlerin*, zweifellos eine der ungewöhnlichsten Frauengestalten unseres Jahrhunderts, ihren Mann noch mit anderen Fähigkeiten als ihren Kenntnissen der Physik überrascht. Die Frau, die als arme Studentin nach Paris gekommen war, kochte leiden*schaftlich gerne.* (SAD)

Amokschütze im Bahnhof Altona

zer. Hambur[g]

Ein 25jähriger Türke ist in der un[-]terirdischen Wandelhalle des Bahn[-]hofs *Hamburg-Altona* Amok gelaufe[n] und hat, vermutlich aus Eifersuch[t], zwei Menschen getötet, einer wurd[e] verletzt. Bei der *Vernehmung* durc[h] die Hamburger Mordkommission e[r]klärte der 25jährige Täter noch in d[er] Nacht zum *Donnerstag, daß er me*hrere Telefonanrufe erhalten habe will, in denen ihm gedroht worde[n] sei, man werde ihm seine Frau „we[g]nehmen". Schließlich habe er si[ch] mit dem Anrufer im Altonaer Bah[n]hof verabredet. Der Türke, verhei[ra]tet und Vater von drei Kindern, ha[t] am Mittwoch um 17.40 Uhr in de[m] Bahnhof mitten im Feierabendg[e]wühl mit einer Neun-Millimeter-[Pi]stole wild um sich geschossen. Da[bei] traf er einen 44jährigen Hamburger [in] die rechte Niere. Der Mann starb w[e]nig später auf dem Transport [ins] Krankenhaus Altona. Ein Lan[ds]mann des Türken, dem die Schü[sse] *offenbar galten, wurde wenig spä[ter]* von dem Täter ebenfalls erschoss[en]. Ein 45jähriger Mann aus Schlesw[ig-]*Holstein kam mit einem Hüftdur[ch]*schuß davon. Er wurde später wie[der] aus dem Krankenhaus entlassen.

Kinder untergewichtig

dpa, Frankf[urt]

Ein Drittel aller Kinder in der Bu[n]desrepublik Deutschland hat Unt[er]gewicht, nur 16 Prozent der Jung[en] und Mädchen bringen zuviel auf d[ie] Waage. Mit dieser Feststellung wol[lte] die Deutsche Gesellschaft für Ernä[h]rung gestern ein Vorurteil wider[le]gen, demzufolge die meisten Kind[er] zu dick seien.

Explosion in Kraftwerk

AFP, Le Hav[re]

Bei der Explosion eines Dampfke[s]sels in einem Wärmekraftwerk d[er] französischen Stadt Le Havre habe[n] am Mittwoch 23 Menschen zum Te[il] schwere Brandverletzungen erlitten.

Höchste Studentenzahl

dpa, Münche[n]

Die größte Hochschule der Bu[n]desrepublik Deutschland, die Münch[e]ner Ludwig-Maximilians-Universitä[t] verzeichnet einen neuen Studenten[-]rekord. Nach Angaben der Universität von gestern sind mit 53 886 Studenten im Wintersemester 1984/85 über 2500 mehr als im Vorjahr immatrikuliert, obwohl die Zahl der Studienanfänger leicht gesunken ist. Die Universität führte den Zuwachs darauf zurück, daß viele Hochschüler länger an der Universität bleiben, um höhere oder zusätzliche Qualifikationen zu erwerben. Der Anteil der Frauen stieg von 48,7 auf 49,2 Prozent.

„Gorch Fock" modernisiert

dpa, Kiel/Eckernförde

Das Segelschulschiff „Gorch Fock" der Bundesmarine hat gestern nach einer sechswöchigen Ausbildungsreise im Heimathafen Kiel angelegt. Es wird während einer etwa halbjährigen Liegezeit bei den Howaldtswerken-Deutsche Werft AG (HDW) für rund zehn Millionen Mark modernisiert. Die „Gorch Fock" legte *in diesem Jahr bei drei Auslandsaus*bildungsreisen insgesamt rund 18 300 Seemeilen (etwa 30 000 Kilometer) zurück.

ZU GUTER LETZT

„Die eigentlichen Produzenten der Eier, die Hühner, haben für ihre Überschußproduktion Futter für rund hundert Millionen Kronen verbraucht, was unwirtschaftlich ist", stellte die Prager Landwirtschaftszeitung „Zemedelske Noviny" fest.

Thyssens vierte Scheidung

Lex Barkers Witwe kann Baronin werden

SAD, London

Seit drei Jahren lebt Carmen Cervera (42), Ex-„Miss Spanien" und Wit*we von Lex Barker, mit einem* der reichsten Männer der Welt zusammen, dem Deutschen Baron Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza de Kaszon (63). In einem Fünf-Minuten-Verfahren wurde Baron „Heini" gestern in London von seiner vierten Frau geschieden. Damit ist der Weg frei für „Tita" Cervera. Aber auf die Frage nach Heiratsplänen zuckte Thyssen die Achseln, lächelte und erklärte: *„Dazu kann ich augenblicklich nichts sagen."*

17 Jahre hielt die Ehe zwischen „Heini" und der langhaarigen blonden Brasilianerin Denise Shorto (43). Das Paar hat einen elf Jahre alten Sohn, Alexander. „Ich habe noch keine konkreten Zukunftspläne", sagte *die Baronin, die beim Termin ein* schwarzes Kostüm mit blauem Seidentuch trug. Gerüchten zufolge kann sie von Thyssen mit einer Abfindung von 60 Millionen Mark rechnen.

Monatelang hatte Denise, die seit einem Jahr in Zürich lebt, darum gekämpft, daß die Ehe in der Schweiz geschieden würden. Denn dort würde ihr automatisch ein Zehntel des auf 400 Millionen bis 1,2 Milliarden geschätzten Thyssen-Vermögens zugesprochen werden. Thyssen seinerseits kämpft um die Rückgabe des *Familienschmucks*, den *Denise* angeblich in die Schweiz mitgenommen hat.

Der Baron, ein Enkel des Gründers der August-Thyssen-Hütte, besitzt eine der bedeutendsten Kunstsamm*lungen der Welt. Er gibt* jedes Jahr mehr als 100 Millionen Mark für Gemälde aus und hat in den letzten Jahrzehnten allein 1400 alte Meister erstanden. Eine Ausstellung von 114 Bildern aus seinem Besitz, die bis 19. Dezember in London läuft, ist auf 200 Millionen Mark versichert. Denise, hatte die *Scheidung* beantragt, *weil* das Verhältnis des Barons mit der Lex-Barker-Witwe für sie – so der Richter – „unerträglich" war.



Frisch geschieden: Baron Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza FOTO: DPA

Berufsschule für Elefanten in Indonesien

dpa, Jakarta

Die indonesische Regierung will in Lampung auf Sumatra zwei Ausbildungsschulen für Elefanten einrichten, *wo den jetzt noch in wilder Frei*heit umhertrampelnden Dickhäutern Sitte und Anstand beigebracht werden soll, berichtete gestern die englischsprachige „Jakarta Post". Umgerechnet 660 000 US-Dollar hat die staatliche Naturschutzbehörde für das Projekt bereitgestellt.

Die einmal gezähmten Elefanten sollen beim Holztransport helfen und auch Kunststücke lernen, um im Wanderzirkus aufzutreten. Als Lehrpersonal will man 20 erfahrene Trainer verpflichten. Mithelfen bei der Erziehung sollen auch acht gezähmte Elefanten, die man aus Thailand und Birma herbeiholen will. Auf Sumatra tummeln sich noch etwa 2000 wilde Elefanten, die in Herden *aus dem Dschungelwald ausbrechen*, große Schäden anrichten und auch Menschen in Gefahr bringen.

So waren kürzlich dort zwei Landbewohner zu Tode getrampelt worden. Einer hatte sich todesmutig mit einem langen Messer der anstürmenden Herde entgegengestellt. Der riesige Leitbulle, ein seltener weißer Elefant, hatte den Mann mit dem Rüssel drei Meter in die Luft geschleudert, und die folgenden Dickhäuter hatten den Bedauernswerten in den Boden gestampft.

Berater für Hausmüll

Umweltinitiative eines Hamburger Unternehmers

PETER ZERBE, Hamburg

Neue Wege beim Umweltschutz will der Hamburger Industrielle Ge*org Winter einschlagen: Ein* Umweltberater, der Haushalte individuell bei Problemen des privaten Umweltschutzes berät, soll helfen, Umweltschutz schon in den eigenen vier Wänden zu verwirklichen. Am Montag treffen sich im Hause Winters Vertreter von zahlreichen Umweltschutzorganisationen, um über das Projekt zu diskutieren.

Der Umweltberater für den Haus*halt solle* dazu beitragen, daß der Wasserverbrauch gesenkt, der Strom besser genutzt, Heizenergie nicht verschwendet, die Abfallbeseitigung durch Vorsortierung entlastet, im Garten weniger chemische Mittel eingesetzt und beim Einkauf auf Einwegverpackungen verzichtet werden. Verschiedene *Maßnahmen, so schätzt* Winters Mitarbeiter Maximilian Gege, tragen auch zu einer Kostenentla*stung des Haushaltsbudgets bei.* Dabei hoffen Winter und Gege auf die Unterstützung durch die Gemeinden, die Länder und den Bund.

Die Umweltschutzberater könnten sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen. Als einen ersten Schritt in diese Richtung will das Unternehmen ein Pilotprojekt in Hamburg, Norderstedt (Schleswig-Holstein) und Seevetal (Niedersach*sen) initiieren. In einem Zeitraum* von sechs bis neun Monaten sollen Erfahrungen gesammelt werden, um den Behörden die Sache schmackhaft zu machen. „Wenn wir dabei auf Erfolge hinweisen können", so erklärte Gege, *„dann sind unter Umständen auch* die Behörden bereit, dafür Geld auszugeben. Denn etwa 30 bis 40 Prozent aller Umweltprobleme werden durch die Haushalte verursacht – ohne daß es ihnen bewußt wird."

Das Unternehmen zur Erzeugung von Diamantenwerkzeugen ist in Zu*sammenarbeit mit dem Umweltbun*desamt schon seit langem im Umweltschutz engagiert. Im Betrieb existiert ein Umweltausschuß, der beispielsweise die Einkaufspositionen auf Ergänzung oder Vollersatz durch umweltfreundliche Produkte prüft. Gefördert wird auch ein Projekt zum „umweltfreundlichen Einkauf" mit dem Ziel, daß Einkäufer den Rat von Biologen und Ökologen berücksichti*gen. Hier arbeitet die Firma* mit dem Kieler Professor Berndt Heydemann zusammen. Besonders den Privathaushalten aber gilt das Interesse der Unternehmer. Gege zur WELT: „Wenn wir hier einen Anstoß geben könnten, gelingt es uns vielleicht, das Problem in den Griff zu bekommen. Bei acht Millionen Einpersonenhaushalten und 16 Millionen Mehrpersonenhaushalten mit durchschnittlich *2,39 Personen je Haushalt läßt sich* bei intensiver Beratung ein gewaltiger Entlastungseffekt für unsere Umwelt erreichen. Außerdem könnten dabei Tausende Arbeitsplätze geschaffen werden."

WETTER: Niederschlagsfrei

Wetterlage: Zwischen einem Tief über dem Ostatlantik und einem kräftigen Hoch über Rußland fließt mit einer südlichen Strömung verhältnismäßig milde Luft nach Deutschland.



Vorhersage für Freitag:
In Süddeutschland Nebel, der sich tagsüber nur zögernd auflöst, sonst wolkig bis heiter und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 7 bis 12, nachts 6 bis 3 Grad, in Süddeutschland bis in Gefrierpunktnähe mit Gefahr von Reifglätte auf den Straßen. Im Süden schwacher, sonst mäßiger, in Norddeutschland frischer bis starker Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Meist heiter, auch im Norden stellenweise Nachtfrostgefahr.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	22°
Bonn	9°	Kopenh.	8°
Dresden	6°	Las Palmas	21°
Essen	9°	London	11°
Frankfurt	7°	Madrid	6°
Hamburg	8°	Mailand	3°
List/Sylt	8°	Mallorca	12°
München	4°	Moskau	-18°
Stuttgart	2°	Nizza	13°
Algier	17°	Oslo	2°
Amsterdam	9°	Paris	10°
Athen	14°	Prag	0°
Barcelona	13°	Rom	11°
Brüssel	10°	Stockholm	6°
Budapest	1°	Tel Aviv	21°
Bukarest	7°	Tunis	19°
Helsinki	4°	Wien	3°
Istanbul	4°	Zürich	0°

Sonnenaufgang* am Samstag: 8.05 Uhr, Untergang: 16.17 Uhr; Mondaufgang: 13.58 Uhr, Untergang: 0.05 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Königin Silvia und jubelnde Punks

EVI KEIL, Bonn

Das Protokoll nannte es einen „Privatbesuch", als Königin Silvia und Carl XVI. Gustaf gestern nach Bonn kamen. Der protokollarische Aufwand war in der Tat minimal, als sich *das Königspaar mit Bundespräsident* Richard von Weizsäcker und dessen Frau Marianne in der früheren Au*ßenministervilla auf dem Bonner* Venusberg zu einem Mittagessen zusammensetzte.

Die Bonner Bürger hatten von der Stippvisite des schwedischen Paares erst etwas gemerkt, als ein lärmender Hubschrauber aus den Lüften die Fahrtroute des silbergrauen Saab „CD" begleitete, mit dem die Schweden von Düsseldorf aus ihren Abstecher nach Bonn machten. Vor dem Saab eine Escorte mit fünf Krädern der Polizei. An der schwedischen Limousine flatterte rechts und links die blau-gelbe Schwedenflagge mit königlichem Wappen.

Ein Mini-Ehrenposten von zwei *Mann konnte wegen des Massenan*sturms von Fotografen nicht mehr Aufstellung nehmen. Langes Rätsel, wohin mit den Herren, *die ja schließ*lich auch noch für das Königspaar ein Gewehr präsentieren sollten. Schließlich einigte man sich auf den kleinen Treppenabsatz vor der Haustür, der von den Kamerateams unwillig geräumt wurde. Punkt 13.00 Uhr trafen Silvia und Carl Gustaf ein: Der Hausherr und seine Frau begrüßten das Paar am Wagenschlag.

Silvia trug einen mittelbraunen Nerz und ein schwarzes Samthütchen mit einer Schleife. Niemand wußte, ob man die königliche Kreation etwa mit „Bibi" bezeichnen sollte. Auf der Terrasse dann noch ein zweiter Fototermin: Hier wurden in der Vergangenheit schon viele geschichtsträchtige Bilder geschossen, so, als der ehemalige KP-Chef Leonid Breschnew den früheren Kanzler Brandt besuchte. Silvia weiß um die Macht der Publicity. Für das zweite „Meet the Press" hatte sie sich ihres Nerzes entledigt und erschien trotz kühlen Wintertages im leichten stahlblauen Seidenkleidchen im Freien.

Zur Tafel setzte man sich in den ovalen Eßraum, zum Garten des Hauses hin. Rein zufällig ist er in schwe*dischen* Farben ausgestaltet, mit hellblauer Seide tapeziert. Gastgeber von Weizsäcker ließ auch sonst streng auf schwedische Farben achten: Der Tisch war mit gelber Gerbera und blauer Iris geschmückt. Serviert wurde klare Pilzsuppe Saltimbocca vom Steinbutt mit Räucherlachs, Rücken vom Salzwiesenlamm und zum Nachtisch Mangosalat mit weißer Schokoladenmousse. Dazu trank man eine Lorcher Pfaffenwies 1982 und einen 1960 Chateau Figeac. Zur Tafelrunde gebeten waren nur der Staatssekretär im Präsidialamt, Klaus Blech und Frau und Schwedens Botschafter *Lennart Eckerberg.*

Bundespräsident von Weizsäcker war nach dem Essen von dem Gespräch mit dem Königspaar begeistert: Es war „heiter", sagte er, „anregend". Der König hatte sich mit dem Präsidenten lange über die technologische Herausforderung für Europa unterhalten und auf ein Projekt der schwedischen Universität Lund verwiesen, wo Wissenschaft und Wirtschaft stärker im Bereich neue Technologien zusammenarbeiten wollen.

Ein unerwarteter Riesenjubel wurde Königin Silvia zuteil, als das Königspaar kurz nach dem Essen noch die schwedische Botschaft im Bonner Tulpenfeld besuchte: 50 Punks schrien begeistert „Silvia, Silvia". Die bunte Gruppe war rein zufällig da, nachdem sie kurz zuvor im Bundestag auf den Zuschauertribünen „Hausverbot" erhielt, wegen der Gefahr des „Randalierens".

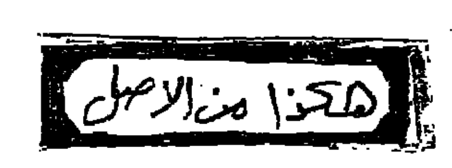
Roms rote Stadtregierung sorgt für die Via Veneto

KLAUS RÜHLE, Rom

Roms Salonstraße, die berühmte Via Veneto, ändert ihr Gesicht. Der „New Look", im Einvernehmen mit der Vereinigung der örtlichen Restaurants und Geschäftsinhaber vom Magistrat der Ewigen Stadt beschlossen, soll die touristische Anziehungskraft der einstigen Bühne des Dolce vita wiederherstellen. Namhafte Architekten sind beauftragt worden, die Luxusbaracken vor dem Café de Paris, dem Café Doney *oder* der Harry's-Bar zu rekonstruieren und zu verschönern. Hinzu kommen zwei *funkelnagelneue Kioske vor der amerikanischen* Botschaft und dem Hotel Excelsior. Sie sollen Informationsbü*ros für die Gäste aus dem Ausland* beherbergen.

Die neuen Bauten bringen freilich eine Verkleinerung der Grünflächen mit sich. Das hat den Mißfallen vieler Römer erregt. Die in Rom erscheinende Zeitung „Il Tempo" überschreibt ihren Bericht über die jüngsten Beschlüsse der Stadtverwaltung „Via Veneto, addio" („Ade, Via Veneto"). Nach Ansicht des Blattes dient die Umstrukturierung lediglich den Interessen der Geschäftsleute und Caféhausbesitzer der Via Veneto. Umgekehrt meint die andere große römische Tageszeitung „Il Messaggero", die Umgestaltung schaffe die Voraussetzung für eine Wiedergeburt der Straße, die als Kulisse zahlreicher Filme diente. In römischen Künstler- und Intellektuellenkreisen werden vor allem ästhetische Bedenken ange[me]ldet. Man befürchtet ein kitschige[s] [...]produkt. Die Gewerkschaften hi[...] stimmen dem Plan zu. Sie rechn[en da]mit, daß die angestrebte und [...] touristische Stimulierung zusätzliche Arbeitsplätze schaffen wird.

Die römischen Stadtväter unter kommunistischer Führung tun jedenfalls alles, um diese Ziele zu erreichen. Die neugeborene Via Veneto wird neu gepflastert werden und eine neue Beleuchtung erhalten. Das alles kostet natürlich Geld. Für die erste Phase der Erneuerung ist ein Betrag von 115 000 DM zur Verfügung gestellt worden. Nicht allzuviel für das anspruchsvolle Programm des Assessorats, das für das historische Zentrum verantwortlich zeichnet. Bis zur Verwirklichung dürften noch viele Monate vergehen.



Ergebnis der Gespräche „aus der Nähe" liegt in weiter Ferne

Von E. ANTONAROS

Seit Anfang dieser Woche wird schon wieder zwischen den griechischen und den türkischen Zyprioten am UNO-Sitz in New York verhandelt. Zum dritten Mal seit August versucht der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, die tiefen Gegensätze der beiden voneinander abgeschirmt lebenden Volksgruppen zu überbrücken und dadurch eine sogenannte „Gesamtregelung" für die seit gut zehn Jahren geteilte Inselrepublik voranzutreiben. Doch die Erfolgsaussichten des emsigen Spitzendiplomaten, der das Zypern-Problem aus seiner Zeit als UNO-Beauftragter auf der Insel in den 70er Jahren aus erster Hand bestens kennt, sind äußerst gering. Die Annäherung bleibt ein frommer Wunsch.

In Nikosia gibt es bereits mehrere unabhängige Beobachter, die den Schiffbruch der UNO-Initiative vorhersagen. „Diese Gesprächsrunde wird eigentlich nur noch das Scheitern der Beratungen besiegeln", meinte ein gut informierter Diplomat. Anders als bei früheren Friedensversuchen scheint man diesmal darüber einig zu sein, bei wem die Verantwortung für den erwarteten Zusammenbruch der Gespräche zu suchen ist: Deutlicher als je zuvor haben sich die Inseltürken nach einhelliger Auffassung von Politikern und Diplomaten aus Ost und West unnachgiebig gezeigt.

Türken-Führer Rauf Denktasch, der sich mit dem Titel der – bisher mit Ausnahme der Türkei von keinem Staat der Welt anerkannten – Pseudorepublik von Nordzypern schmückt, verbreitet zwar zweckoptimistische Töne. Ihm geht es darum, die Weltöffentlichkeit auf seine Seite zu bringen. In der Substanz hat er allerdings keine nennenswerten Konzessionen gemacht, die den griechisch-türkischen Politikern die Möglichkeit geben könnten, ihre Unterschrift unter eine Regelung des äußerst vielschichtigen Zypern-Problems zu setzen.

Dabei hatte es im August recht verheißungsvoll ausgesehen, als die beiden Seiten einem Ruf des UNO-Generalsekretärs folgten und ihre Emissäre nach Wien schickten: De Cuellar präsentierte eine neue Friedensinitiative, die in verschiedenen Etappen ein Rapprochement der beiden Volksgruppen zustandebringen und die Schaffung einer griechisch-türkischen Bundesrepublik Zypern schaffen sollte. „Im Prinzip" erklärten sich Zypern-Präsident Spyros Kyprianou und Türken-Führer Denktasch mit dem UNO-Plan einverstanden und einigten sich über die Abhaltung von Gesprächen in New York.

Dadurch konnte De Cuellar bereits einen Teilerfolg erzielen: Seit der überraschend erfolgten unabhängigen Erklärung der Inseltürken im November 1983 hatten die Inselgriechen den Dialog abgebrochen. Daraufhin drohte Denktasch mit der Abhaltung eines Verfassungsreferendums, das praktisch auch de jure die schon seit langem erfolgte De-facto-Teilung der Insel besiegeln würde. Indem De Cuella eine Verhandlungsrunde zustandebrachte, konnte er eine abermalige Eskalation der zyprischen Dauerkrise verhindern.

Seine Friedensinitiative, die er mündlich vorgetragen hatte, sah unter anderem verschiedene „vertrauensbildende Maßnahmen" (unter anderem die Wiedergabe eines Teils der Hafenstadt Famagusta an die Griechen sowie die Wiedereröffnung des Flughafens von Nikosia) sowie die Bildung einer Übergangsadministration vor. Sollten sich die beiden Seiten über die Grundsatzfragen einigen, so würden sie anschließend auch über die Einzelpunkte sprechen können.

De Cuellar hatte im übrigen auch eine elegante Lösung für das Problem gefunden, das durch die Weigerung der Griechen entstanden war, mit den Türken am selben Verhandlungstisch zu sitzen, weil dies als eine Quasi-Anerkennung der türkischen Teilrepublik interpretiert werden könnte. Er wandte die Methode der sogenannten „Gespräche aus der Nähe" an: Verhandelt wurde indirekt, also über den Generalsekretär, die beiden Unterhändler bekamen einander nicht zu sehen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt, falls die Voraussetzungen für eine Regelung entstehen sollten, würden Kyprianou und Denktasch zusammenkommen.

Bisher ist es dazu nicht gekommen – und es wird auch nicht dazu kommen. Nicht nur nach Ansicht der Griechen verfolgen Denktasch und höchstwahrscheinlich auch Ankara, das ihm mit seinen 20 000 auf der Insel stationierten Soldaten seit der Invasion von 1974 den Rücken stärkt, ein konkretes Ziel: Nach außen hin wollen sie zwar den Eindruck erwekken, daß sie kompromißbereit sind, eigentlich wollen sie jedoch die Inselteilung perpetuieren, zementieren und legalisieren. Bestenfalls mit einer Konföderation würden sie sich bereit erklären. Aber gerade eine solche Staatsform ist für die Inselgriechen, die sich ständig betrogen und im Stich gelassen fühlen, völlig unakzeptabel.

Tatsächlich stellen die Türken in ihren bisher eingereichten Arbeitspapieren Forderungen, die weder mit ihrem Bevölkerungsanteil (weniger als 20 Prozent) noch mit den Realitäten etwas zu tun haben: Während sie im Territorialbereich nur marginale Zugeständnisse machen wollen (sie halten zur Zeit 37 Prozent des Inselgebiets besetzt und wollen nicht mehr als 2,5 Prozent zurückgeben), erheben sie Maximalforderungen im Zusammenhang mit der Zusammensetzung der künftigen Staatsorgane und den Kompetenzen der Zentralregierung, die sich als äußerst schwach vorstellen. Insbesondere verlangen sie die Anwendung des Rotationsprinzips für das Präsidentenamt sowie die Hälfte der Mandate im Oberhaus und die Einführung von getrennten Mehrheiten für beide Volksgruppen in den Kammern.

Kein Wunder, daß die Inselgriechen von einer Einigung auf dieser Basis gar nichts halten: „Wenn wir auf die türkischen Forderungen eingehen würden, dann würde dies bedeuten, daß die Minderheit der Bevölkerungsmehrheit ihre Wünsche diktieren und jedes ungewollte Gesetz blockieren würde. Auf diese Art und Weise kann ein demokratischer Staat nicht funktionieren", meinte unlängst der griechisch-zyprische Regierungssprecher Andreas Christophides.

In ihrer festen Überzeugung, daß die Türken im Grunde genommen keine richtige Lösung wünschen, werden die Inselgriechen von Denktaschs Haltung in zwei anderen sehr wichtigen Teilfragen gestärkt: Anders als der ursprüngliche De-Cuellar-Plan, der die Rückgabe eines Teils von Griechisch-Famagusta und die Rückkehr von rund 30 000 von insgesamt 170 000 griechischen Flüchtlingen vorsah, will Denktasch nunmehr einen solchen Schritt nicht mehr als vertrauensbildende Vorleistung, sondern als einen Teil der Gesamtregelung erörtern. Darüber hinaus soll der Abzug der türkischen Truppen unter Berufung auf die „Sicherheitsbedürfnisse" der Inseltürken nicht schon unmittelbar nach der Ausarbeitung einer Regelung abgeschlossen werden, sondern erst nach Inkrafttreten der noch auszuarbeitenden Lösung beginnen.

„Wir gehen guten Willens, aber ohne große Hoffnungen in die neue Verhandlungsrunde", sagte Außenminister Georgios Iacovou letzte Woche der WELT in Nikosia. Auch seine Landsleute scheinen inzwischen eingesehen zu haben, daß eine Rückkehr in die besetzten Gebiete nach wie vor in weiter Ferne liegt, daß eine Einigung mit den Türken eine lange Wartezeit voraussetzt.

Dem Besucher im griechischen Teil Zyperns fällt sofort auf, daß die Inselgriechen den ihnen übriggebliebenen Inselteil zu einem beneidenswerten Wohlstand gebracht haben, obwohl 70 Prozent der Inselressourcen im türkischen Norden liegen.

Die Griechen Zyperns sind tüchtig, fleißig und genießen den Ruf, vorzügliche Geschäftsleute zu sein. Aber mit der Teilung ihrer Insel haben sie sich längst nicht abgefunden: „Ich mußte hier neu anfangen und verdiene inzwischen nicht schlecht", sagte ein Geschäftsmann in Limassol, „aber mit dem Herzen bin ich immer noch in Famagusta." Zwei Hotels besitzt er dort und riesige Zitrus-Plantagen, dazu noch mehrere Wohnhäuser. In Limassol hätte er sich eine teure Villa leisten können. Statt dessen wohnt er in einer Vier-Zimmer-Wohnung. „Ich will immer startbereit sein, wenn wir soweit sind."

Man könnte denken, daß gerade die Flüchtlinge aus Famagusta nach einer Teilregelung drängen würden, weil sie ja als erste in ihre Heimatstadt werden zurückkehren können. Aber Prodromos Papavassiliou, amtierender Exilbürgermeister dieser einst wichtigsten Stadt Zyperns, sieht die Sache anders: „Das Zypern-Problem ist kein Famagusta-Problem. Wir brauchen eine Gesamtregelung. Was die Türken uns jetzt anbieten, bedeutet, daß wir – zum Beispiel in Famagusta – auf unsere gesamte Infrastruktur verzichten müßten. Wie kann man auf diese Art und Weise eine Stadt verwalten, die dazu noch seit gut zehn Jahren unbewohnt gewesen und zu einer Geisterstadt geworden ist?"

Der Exilbürgermeister weiß, wovon er redet: Ende der 40er Jahre hatte er im Auftrag der Briten auf Zypern die Flüchtlingslager für die Juden organisiert, die nach Palästina auswandern wollten. Auf Zypern gibt es heute noch viele Flüchtlinge. Fast alle sind integriert, nur eine Handvoll von ihnen wohnt noch in Notunterkünften aus Blech. Den meisten geht es gut. Arbeitslosigkeit gibt es kaum auf dem griechischen Teil Zyperns.

Aber es gibt kaum einen griechisch-zyprischen Flüchtling, der nicht bereit wäre, auf diesen keineswegs bescheidenen Wohlstand zu verzichten, wenn er die Möglichkeit haben würde, an seinen Heimatort zurückzukehren.



Neues Leben in der geteilten Stadt, Laiki Yitonia in Nikosia FOTO: HHH

Hoffnung ja, aber kein Optimismus

In die dritte Rund der Verhandlungen mit dem UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar sind der zyprische Präsident Spyros Kyprianou (als Vertreter der Inselgriechen) und der Vertreter der Inseltürken Rauf Denktasch gegangen, ohne daß sich die beiden Zyprer direkt zu sehen bekommen. Ein „Gipfel" zwischen beiden soll nach de Cuellars Vorstellung das Ergebnis dieser (letzten?) Runde sein. Vor seinem Abflug nach New York sprach der zyprische Außenminister Georgeos Iacovou mit Evangelos Antonaros und Hans-Herbert Holzamer.

WELT: Welche Erwartungen haben Sie an die dritte Runde der New Yorker Zypern-Gespräche?

Iacovou: Wir haben jetzt schon vier Wochen verhandelt, denn die beiden ersten Runden dauerten jeweils zwei Wochen. Wenn wir betrachten, was wir an Ergebnis in dieser Sache in die Scheuer gefahren haben, muß man feststellen, daß dies sehr wenig ist. Denn die türkische Position hat sich in diesen vier Wochen als völlig unflexibel erwiesen. Und daher gibt es sehr wenig, worauf wir Optimismus gründen könnten. Gleichzeitig möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß wir in die dritte Runde mit der Bereitschaft gehen, mit Perez de Cuellar zusammenzuarbeiten, der Fortschritte bei der Lösung unserer Probleme erzielen will. Aber wir haben mehr Hoffnung als Optimismus. Hoffnung ist etwas, das die Leute in ihrem Herzen, Optimismus, was sie im Kopf haben.

WELT: Und in den Händen halten Sie bislang nichts Konkretes …

Iacovou: Nein. Wir können nur hoffen, daß die Türken nächste Woche eine flexiblere Haltung einnehmen.

WELT: Was könnte das denn sein, was die türkischen Zyprioten veranlaßt, flexibler zu sein?

Iacovou: Das ist eine schwierige Frage. Aber immerhin haben die Vereinten Nationen in ihren Resolutionen zum Ausdruck gebracht, daß die Forderung nach einem vereinten Zypern eine gerechte Sache ist, und sie haben die sezessionistischen Bestrebungen verurteilt. Wir hoffen auch, daß die türkischen Zyprioten sich nicht mehr länger der Logik verschließen, daß diese Insel zu klein ist, um auf Dauer geteilt zu sein. Zypern kann wirtschaftlich nur prosperieren, wenn es geeint ist.

WELT: Kann die Tatsache, daß der besetzte Norden eine schwere wirtschaftliche Last darstellt, ein Schlüssel zur Lösung sein?

Iacovou: Das ist sicherlich einer der Faktoren, der bei den Überlegungen Ankaras eine Rolle spielt. Welches Argument schließlich den Ausschlag gibt, bleibt abzuwarten. Aber ich möchte betonen, daß auch die türkischen Zyprer mit der Teilung nicht glücklich sind.

WELT: Der Generalsekretär der UNO wollte mit diesen Gesprächen einen Gipfel zwischen Kyprianou und Denktasch erreichen. Der zyprische Regierungssprecher hatte gesagt, daß es auf dem Weg dahin nur zwei Runden geben werde, nun gibt es eine dritte. Gibt es irgendetwas, das dies rechtfertigt?

Iacovou: Das Gipfeltreffen wird stattfinden, wenn es vorher den Entwurf eines vorläufigen Ergebnisprotokolls gibt. Wenn dies in den Gesprächen nicht zustandekommt, gibt es kein Treffen auf hoher Ebene. So ist das in der Initiative des Generalsekretärs vom August vorgesehen.

Die dritte Runde findet absolut keine Rechtfertigung in den beiden ersten. Sie wird durchgeführt, um alle und die letzten Möglichkeiten auszuschöpfen. Es geschieht, um den Türken reichlich Zeit zu geben. Das ist die Taktik. Natürlich kann dies nicht ewig so weitergehen.

Es wäre durchaus gerechtfertigt gewesen, die Gespräche der zweiten Runde abzubrechen. Trotzdem, als der Generalsekretär die Idee einer dritten Runde vorbrachte, haben wir gesagt, wir kommen, allerdings mit mehr Hoffnung als mit Optimismus, wie ich bereits sagte.

WELT: So sehen Sie in der dritten die letzte Runde?

Iacovou: Ja. Die dritte wird die letzte sein. Wenn es jedoch Anzeichen für eine Änderung in der türkischen Position gibt, werden wir die Lage in New York einer sorgfältigen Analyse unterziehen, ob wir in irgendeine Form von Folgegesprächen eintreten werden. Aber dies muß seine Rechtfertigung durch tatsächliche Entwicklungen finden.

WELT: Perez de Cuellar hat zu verstehen gegeben, daß bei einem Fehlschlag der Gespräche der Sicherheitsrat die Situation neu überdenken müsse. Heißt das, er startet eine neue Initiative?

Iacovou: Nein. Er hat dann vor, dem Sicherheitsrat Bericht zu erstatten. Wir würden das begrüßen. Wir haben keinen Zweifel daran, daß unsere Positionen sehr vernünftig sind und daß irgendwelche Vorwürfe nicht in unsere Richtung gehen werden.



Außenminister Iacovou

WELT: Haben denn die Veränderungen in Ankara hin zur Demokratie keinen positiven Effekt gehabt?

Iacovou: Nein. Aber es ist interessant, daß Sie dieses Thema ansprechen. Denn als die Militärs in der Türkei die Macht übernahmen, hieß es, jetzt unter einer Militärherrschaft sind die Aussichten besser, denn die Militärs brauchen sich nicht um die öffentliche Meinung in der Türkei zu kümmern. Und mit Rücksicht auf die Allianz wäre eine Lösung leichter. Nach unseren Erkenntnissen gibt es in dieser Frage nach wie vor nur eine Haltung: Fragen nationalen Interesses werden nach wie vor vom Sicherheitsrat entschieden. Hier haben die Militärs absolute Kontrolle.

WELT: Würden Sie sagen, daß Expansionismus ein Synonym für eine Politik „nationalen Interesses" ist?

● Fortsetzung Seite II

Hoffnung ja, aber keinen Optimismus

● Fortsetzung von Seite I

Iacovou: Es liegt bei Ankara zu beweisen, daß es keine expansionistische Politik betreibt.

WELT: Sie denken dabei an Erklärungen, die den von der zyprischen Regierung regierten Teil als „noch nicht befreit" bezeichnen?

Iacovou: Natürlich, da gibt es eine Menge an Erklärungen türkischer Politiker.

Was immer die türkischen Ziele langfristig sind – wir müssen sie fürchten, solange sie nicht das Gegenteil beweisen, indem sie Vorschlägen nähertreten, die eine dauerhafte Lösung des Zypernproblems *zum* Gegenstand haben. Solange sie ihre Blockadepolitik fortsetzen, müssen wir zweifeln und ihre Politik als expansionistisch einstufen.

WELT: Seit zehn Jahren bemühen Sie sich nun schon um eine Lösung. Aber Sie haben nicht den kleinsten Hinweis, auf dem richtigen Weg zu sein. Famagusta – ungelöst, der Flughafen von Nikosia – ungelöst. Befürchten Sie nicht, daß das zu Frustrationen führen kann?

Iacovou: Diese zehn Jahre Ausweglosigkeit sind nicht unsere Schöpfung. Es ist richtig, daß wir eine Politik verfolgt haben, mit der wir schon längst eine Lösung hätten haben können, wenn die Türken gewollt hätten. Die Tatsache, daß wir immer noch darauf warten müssen, schafft eine Vielzahl von Gefahren.

Bei der Lösung unserer Probleme ist es wie beim Tanzen. Sie brauchen zwei dazu. Nur um zu einem Ergebnis *zu kommen, können wir nicht* Vorschläge akzeptieren, die den Interessen unserer Bürger zuwiderlaufen. Sie werden natürlich Leute finden, die sagen, wir sollten auf die türkischen Vorschläge eingehen. Aber ist das wirklich eine Lösung, oder setzen wir die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel?

Daher, wenn es auch Gefahren gibt, die daraus herrühren, daß wir so lange erfolglos verhandeln – es ist dies unsere einzige Option.

WELT: Ist das die allgemeine Ansicht im Lande?

Iacovou: Die Leute wissen, daß die friedliche Lösung für uns die einzig mögliche ist.

WELT: Der Zeitfaktor; für welche Seite kommt er zum Tragen?

Iacovou: Der Zeitfaktor, das ist sehr schwer festzulegen. Viele sagen, er arbeite für die Türken. Wir dagegen sagen, er arbeitet für uns.

Probleme internationaler Dimensionen sind dynamische Probleme, man kann nicht sicher kalkulieren, was passieren wird. Aber soviel ist sicher, daß die Zeit alleine nicht zu einer Lösung für Zypern führen wird.

WELT: Ihre Insel wird im Nahen Osten wirtschaftlich immer interessanter. Können Sie sich vorstellen, daß Sie diesen Bonus bei den Arabern auch politisch nutzen?

Iacovou: Diese Hoffnung hatten wir schon bislang. Es glaubt auch keiner von den Arabern die These, daß die Invasion Zyperns aus religiösen Gründen notwendig gewesen wäre.

WELT: Und Europa? Wie ist der Stand bei den Verhandlungen mit der EG hinsichtlich der Übergangsphase zur Zollunion?

Iacovou: Ja, das ist ein Thema voller Enttäuschung für uns, für die Regierung und für mich persönlich.

Wie Sie wissen, sind wir seit 1972 *mit der Europäischen Gemeinschaft* assoziiert. Wir haben ein Abkommen unterzeichnet, das Zollfreiheit ab 1977 vorsah. 1977, das war nun drei Jahre hinter der Invasion, und die Gemeinschaft bat uns, den Zeitraum um zwei Jahre zu verschieben, damit die negativen Auswirkungen der Invasion auf die Wirtschaft behoben werden könnten. Dem haben wir zugestimmt, aber seitdem hat die Gemeinschaft stets die Entscheidung, selbst darüber Verhandlungen aufzunehmen, die uns zu einer Zollunion führen sollten, verschoben.

Wir sind darüber bitter enttäuscht. Wir sind der Meinung, daß dies einen großen Mangel an Verständnis für die Bedürfnisse Zyperns und die Situation in diesem Teil der Welt zeigt.

Was unsere Bitternis hervorruft, ist nicht, daß wir gerne noch ein paar Tonnen mehr Zitronen und Weintrauben verkaufen würden, das ist mehr eine Frage des Marktes. Diese Sache hat vielmehr eine politische Natur. Zypern ist ein europäisches Land, es hat europäische Verbindungen und europäische Traditionen, es ist europäisch, was seine Außenbeziehungen und was die Standards im Landesinnern angeht. Und deswegen fühlt Zypern das Bedürfnis, eng mit Europa assoziiert zu sein.

PYLA UND POTAMIA

Bei uns im Dorf gab es nie Streit

Unter der Brücke ist zuviel Wasser hindurchgeflossen", sagte der Türke. „Es kann nie wieder so sein wie früher. Es wird so bleiben wie es ist." Diesen Türken traf ich in Pyla, einem Dorf zwischen Larnaca und Famagusta gelegen, den Bergen zu, hart an der Linie, die Zypern seit zehn Jahren teilt. Pyla war bis zur Unabhängigkeit der Insel Standort eines „Concentration Camps" der Engländer. Seit 10 Jahren ist es eine „buffer zone", wie ein Schild *mich belehrt*, unter Überwachung der UNO. Fremde dürfen nur den Dorfplatz betreten. Rechteckig seine Form, rechts eine Taverne für Touristen. Hinweisschilder auf Schwedisch. Darüber ein Schild „No Photos". Über diesem Hinweis, auf dem Dach der Taverne ein Posten der UNO in Blau, behängt mit einem weiteren Hinweis, daß hier das polare Kontingent der Schweden Dienst tut. Zwei Bären unterstreichen die Groteske.

Zwei Schweden in Uniform schieben Dienst. Ihre wichtigste Aufgabe: Gelegentliches Beobachten des türkischen Posten weiter in den Bergen mit dem Fernglas und Kontrolle, daß keiner fotographiert. Die griechische Taverne schließt die Stirnseite des Platzes ab. „Wir haben immer gut mit den Türken zusammengelebt", erfahre ich dort. „Es gab hier im Dorf keinen Streit." Das sei noch heute so. Die Türken, 320 an der Zahl, bestellten die Felder, die die griechischen Zyprer nicht mehr betreten dürfen und zahlen dafür Pacht. Man hilft sich. Die jungen Leute, sowohl die der Türken als auch die der 750 Griechen, arbeiten nicht mehr auf den Feldern, sondern in Larnaca oder auf der britischen Basis.

Die Griechen in Pyla wissen nicht, wielange sie noch die Gesellschaft der UNO-Soldaten haben. Sie ziehen die Schultern hoch. „Das ist Sache der Großen, frag' die Amerikaner."

Die Taverne der Türken liegt auf der östlichen Seite des Platzes, dem UNO-Posten gegenüber. Es sitzen dort nicht nur Türken, auch Griechen, an der Sprache erkenntlich. „Die Türken öffnen früher", sagen sie „und sie haben auch am Sonntag geöffnet." Diese kämen ihrerseits in die griechische Taverne, wenn der Islam den Ausschank von Brandy untersagt.



Der türkische Wirt in Pyla, dahinter der UNO-Posten FOTO: HHH

Ein Türke, der bereitwillig erzählt, leitet die Taverne. Er hat sie von einer Stiftung, die den Landbesitz des Islam verwaltet, zur Verfügung gestellt bekommen. Ob er unter den Griechen gelitten habe, will ich wissen. „In den Jahren zwischen '63 und '67 haben Leute der EOKA (die damals für den Anschluß der Insel an Griechenland kämpfte) die Händler des Dorfes aufgefordert, nicht an Türken zu verkaufen." Und einmal habe er gesehen, wie der Müller unter dem Druck eines Maschinengewehrs gezwungen worden sei, nicht für Türken Brot zu bakken. „Nein, passiert ist uns nichts", aber nachts habe er Angst gehabt.

Als dann 1975 die türkische Armee kam, hätten die Türken in Pyla sie gefragt: „Was sollen wir tun? Sollen wir bleiben, oder wie die anderen in den Norden gehen?" „Ihr bleibt, wo ihr seid", sei die Antwort gewesen, und er habe sich daran gehalten. Nur etwa zehn Familien seien gegangen. Während der Invasion habe es keine Kämpfe zwischen Griechen und Türken in Pyla gegeben.

Die 320 Türken von Pyla dürfen in den Norden. „die Soldaten kennen uns". Die Griechen dürfen nicht. Der Sohn des Wirtes geht in Nikosia in die Schule, im türkischen Teil. „Im Norden geht es nicht so gut wie im Süden, aber dafür sind wir frei", stellt er fest.

Es blüht ein lebhafter Schwarzhandel über die Grenze von Pyla. „Die Türken bringen Ersatzteile für Maschinen in den Norden und dafür Agrarprodukte nach Pyla. Nachts werden die dann weiter in den Süden transportiert." Was im Ort produziert wird, wird im freien Teil der Insel abgesetzt. Der Fleischbeschauer kommt regelmäßig, um den amtlichen Stempel des Gesundheitsamts drauf zu setzen.

Das Dorf lebt gut durch den Schwarzhandel, und die Gegenwart der Schweden stört die Türken nicht. „Das bleibt so", weiß der Wirt, „unsere Kinder lernen ja nicht einmal mehr Griechisch."

Ob er repräsentativ ist, der Wirt in der Taverne der Mullahs?

In Potamia, dem anderen Dorf, in dem es noch eine Gruppe türkischer Zyprer gibt, treffe ich einen Mann, Türke, Mitte 30, in der Taverne. „Probleme mit den Griechen? Nein." Er ist Bauer und lebte nach der Invasion ein Jahr lang im Nordteil. „Dann ging ich zurück in meine Heimat, in mein Dorf." Der Übergang in Pyla ist ihm jetzt verwehrt. „ich bin nicht zuverlässig", lacht er. „Das Problem", belehrt er mich, „sind die Scharfmacher, die die Türken in den 60er Jahren aufhetzten, Kantone zu bilden." Und er berichtet von einem Dorf, das, in der Nähe gelegen, stets das Wasser aus Potamia bekommen habe. „Dann hat eine Gruppe von Türken die Wasserträger überfallen, es kam zu einem Schußwechsel, schließlich verließen die Türken das Dorf." Verlassen ist es noch heute. „Wissen Sie", sagt er und rückt näher heran", die Extremisten auf beiden Seiten gehorchen den gleichen Herren."

HANS-HERBERT HOLZAMER

OFFSHORE-BANKEN

Dem Kapital hart auf den Fersen

Neun Banken haben sich nach Angaben von Sophocles Michaelides von der Zentralbank Zyperns bereits auf der Insel im Offshore-Business-Geschäft etabliert. Michaelides betont, es handele sich nicht wie an einigen anderen Orten um Banken, die nur auf dem Papier stünden, sondern sie verfügten über voll etablierte Gesellschaften, die von der Zentralbank überwacht würden, Steuern zahlen müßten und jährliche Bilanz vorzulegen hätten.

Den Vorteil Zyperns beschreibt die Zentralbank abgesehen von Steuervorteilen und sonstigen Erleichterungen darin, daß das auf Zypern geltende englische Recht weltweit verstanden würde. Von den neun Banken stammen fünf aus Libanon. Es handelt sich jeweils um Institute, die entweder einer Bank gehören oder an denen eine registrierte und kontrollierte Bank mindestens 51 Prozent hält. Die Banken arbeiten auch für die inzwischen 3000 Offshore-Companys, die in Zypern registriert sind. er

VERMISSTE

Noch immer keine konkrete Nachricht

Nach Mitteilung von Sergides Nicos, Sekretär des „Komitees der Angehörigen der vermißten Personen und Kriegsgefangenen" *ist auch nach* der Aufnahme der Dreiergespräche durch die von den Vereinten Nationen initiierte „panzyprische Kommission" noch nicht ein einziger Fall geklärt worden. Nach wie vor sei das Schicksal von fast 2000 griechischen Zyprern, zu denen infolge der Invasion vor 10 Jahren der Kontakt abbrach, ungeklärt.

Immerhin aber sitze, so Nicos, seit Mai 1984 die türkische Seite am Verhandlungstisch, doch seien weitere Probleme aufgetaucht. Die türkische Seite behauptet seit neuestem, es seien 800 türkische Zyprer vermißt. Dies sei überraschend, nachdem alle Anfragen nach Vermißten bereits in den ersten Wochen nach der Invasion geklärt werden konnten. Nicos wollte gegenüber der WELT keine Angaben dazu machen, was nun konkret in der panzyprischen Kommission verhandelt werde. er

NIKOSIA / Demetriades' vertrauensbildendes Werk

Bringt neue Urbanität in die geteilte Stadt

Neue Urbanität in die geteilte Hauptstadt Nikosia brachte der Bürgermeister der Stadt Lellos P. Demetriades, mit dem neuen Stadtteil Laiki Yitonia. Mit öffentlichen Mitteln wurde dort ein Viertel in der Altstadt von Grund auf saniert. Heute ist das Vorhaben gelungen, denn in den benachbarten Gassen investieren die Einwohner jetzt auf eigene Kosten. Demetriades: „Eine Initialzündund ist erfolgreich, wenn die frei kalkulierten Mieten steigen. Denn das spricht für die Attraktivität, und das genau können wir jetzt in Laiki feststellen."

Demetriades hat aber noch weitergehende Ziele. Er will im Jahre 1987 ein städtisches Museum eröffnen und holt sich hierzu Anregungen in Frankfurt und Nürnberg. Sein „Erstlingswerk", nachdem er die auf die Teilung folgenden Jahre damit zubringen mußte, die „im Herzen getroffene Stadt" am Leben zu erhalten, war vor zwei Jahren das alte Famagusta-Tor, das er zu einem kulturellen Treffpunkt revitalisierte.

Demetriades ist auch einer der wenigen, der noch über Kontakte über die Trennungslinie verfügt. Mit seinem türkischen Amtskollegen betreibt er den Bau eines von der EG finanzierten Kanalisationsprogramms und will später auf beiden Seiten nach dem Vorbild von Laiki Yitonia zwei Stadtteile renovieren.

Nikosias Oberbürgermeister warnt jedoch davor, diese Zusammenarbeit gleichsam als Alternative zu den politischen Lösungsbemühungen zu betrachten. Auf letztere komme es an. Was er tun könne und wolle, sei, Mißtrauen abzubauen und somit das Klima zu verbessern. Ho.



Wo Aphrodite dem Meer entstieg FOTO: GÜNTER BODE



Bis weit in den Herbst spielt sich das Leben im Freien ab, wie hier in Larnaca FOTO: HHH

INVESTITONEN / On- und offshore

Auf schnellem Weg zum Dienstleistungsstaat

Mit einem Seminar „Cyprus as a business centre" warb die Inselrepublik am 13. November in Bonn zusammen mit der nationalen Handelskammer und dem DIHT um mehr ausländische Investoren und mehr Aufmerksamkeit für den geographisch günstigen Standort Zypern.

Die Regierung des Inselstaates will die Republik zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstaat westlicher Prägung ausbauen. Das geht nicht ohne die Einbeziehung ausländischen Know-hows und Kapitals für die Wirtschaftsentwicklung. Dies gilt in besonderem Maße für die angestrebte Industrialisierung, da Industrieprodukte wegen des kleinen Inlandsmarktes (nur 650 000 Einwohner) überwiegend exportiert werden müssen.

Ausländische Kapitalbeteiligungen an zyprischen Unternehmen sind daher willkommen, betont die Regierung und verweist dabei auf die demokratischen Grundstrukturen und die relative politische Stabilität im griechisch-sprechenden Inselstaat.

Was ist bei einer Investition in Zypern zu beachten?

Anträge von Ausländern, die sich an einer Gesellschaft beteiligen wollen, welche Geschäfte innerhalb Zyperns betreiben will, werden von der Zentralbank und den zuständigen Ministerien geprüft. Bei der Gründung von Finanzinstituten oder Versicherungsgesellschaften ist das Finanzministerium zuständig und für landwirtschaftliche Projekte das Agrarressort.

Grundsätzlich wird die Erlaubniserteilung von einer Bewertung der Vorteile eines Projektes für die inländische Wirtschaft abhängig gemacht. Die Zentralbank erteilt die Erlaubnis nach Absprache mit den zuständigen Ministerien und nachdem die Finanzierungsmodalitäten geklärt sind. Im allgemeinen soll das Stammkapital in einem angemessenen Verhältnis zu den beabsichtigten Aktivitäten stehen, und der ausländische Investor sollte seinen Anteil in Devisen einbringen.

Priorität mißt die Zentralbank jedem Projekt zu, das dem Bereich „neue Technologien" zuzuordnen ist. Der Steuersatz für Einkommen von Gesellschaften, die in Zypern gegründet und von dort geführt oder kontrolliert werden und deren Anteile weder direkt noch indirekt Zyprern gehören, beträgt nur 4,25 Prozent. Die Gewinne von Zweigniederlassungen sind völlig einkommensteuerfrei, wenn deren Management und Kontrolle außerhalb Zyperns liegen. Wenn sich aber Management und Kontrolle in Zypern befinden, sind solche Gewinne mit einem Prozentsatz von 4,25 steuerpflichtig.

Steigender Nachfrage erfreuen sich offshore-companies. 3000 gibt es bislang. Marios Eliades, Berater einer Reihe griechischer und libanesischer Firmen, hält es auch für deutsche Firmen für erwägenswert, sich in diesem Bereich zu engagieren. „Sie können von hier aus den ganzen arabischen Raum erschließen, und haben neben Steuervorteilen das große Plus, auf europäische Mitarbeiter zurückgreifen und in einem Raum britischen Rechts arbeiten zu können." rs.

TOURISMUS / Jetzt, in Herbst und Winter, beginnt die Zeit für Genießer

Welcher unter den Städten gebührt denn nun der Apfel des Paris?

Zypern ist das gastfreundlichste Land im gesamten Mittelmeerraum", schwärmt so mancher Tourist. Das stimmt. Auf dieser Insel, deren Sprache das Wort „Fremder" nicht einmal kennt, ist Xenos der Gast.

Nachdem die hektische Sommersaison nun gelaufen ist, stellt sich das Land auf eine ruhigere Gangart ein. Herbst und Winter sind unter Kennern die Zeiten, in denen man Zypern intensiver genießen kann.

Die Temperaturen erreichen im Dezember noch 17 Grad. Zu Weihnachten, wenn in nördlichen Gefilden der Schnee fällt, kann man auf der „Insel der Götter" noch ein Bad im Meer nehmen oder sich stundenlang an den Stränden von Ayia Napa und Paralimni ergehen, die dann nur wenigen Urlaubern vorbehalten sind. Die Hotels in den größeren Orten warten außerhalb der Saison mit günstigen Pauschalangeboten auf (ein Beispiel: 1144 Mark für 14 Tage mit Halbpension) und bieten auch sonst ihren Gästen allerlei Extras. So nutzt ein bekanntes Haus in Paphos die Nebensaison dafür, Kochkurse zu veranstalten.

Liebhaber der wohlschmeckenden zypriotischen Küche erlernen unter fachkundiger Anleitung, wie man Tavas (ein köstliches Fleischgericht mit Zwiebeln) bereitet und Souflaki (Hammelfleisch am Spieß) grillt.

Da Mietwagen in gutem Zustand und zu vernünftigen Preisen zu haben sind (etwa 50 Mark pro Tag), empfiehlt sich eine geruhsame Fahrt über die ganze Insel während der Monate, in denen die Sonne einmal nicht so heiß brennt.

Larnaca, die Hafenstadt im Südosten, schickt sich an, noch attraktiver zu werden. Den Riviera-Charme ihrer Uferpromenado soll in Kürze kein vorbeifließender Verkehr mehr stören. Der gesamte Bereich wird in eine Fußgängerzone umgestaltet. Winterreisende erleben hier etwas Bezauberndes: Die im Sommer ausgetrockneten Salzseen rund um Larnaca verwandeln sich in ein Paradies bunter exotischer Vögel, die an den Ufern ihre Nester bauen.

Das Zentrum der zypriotischen Weinindustrie ist Limassol, wohl die kosmopolitischste Stadt der Insel. Hier geben sich die Küchen des Vorderen Orients ein Stelldichein: Ob libanesisch, arabisch oder syrisch – in Limassol ist alles zu haben.

Um den Apfel des Paris streiten sich auf Zypern verschiedene Orte. Die Entscheidung, welchem die Krone der Schönheit gebührt, fällt schwer. Ayia Napa bietet kristallklares Wasser und makellose Strände, einen Hafen mit erstklassigen Fischtavernen und nicht zuletzt eine Reihe äußerst komfortabler Hotels.

In Paralimni/Protaras weht stets ein kühles Lüftchen, so daß es hier nie zu heiß wird. An schönen Bauwerken fehlt es auch nicht: Scharen sich Restaurants und Boutiquen um das byzantinische Kloster von Ayia Napa, so hat man in Paralimni jüngst ein altes Kirchlein von einer hohen Mauer befreit, so daß es heute Touristen von nah und fern einlassen kann.

Paphos ist in erster Linie ein Dorado für jene, die Entspannung mit Bildungsgenuß verbinden möchten. Bei den prachtvollen Mosaiken aus der Villa des Dionysos verweilen Kunstfreunde stundenlang. Archäologen aus aller Welt finden täglich neue Schätze in diesem geschichtsträchtigen Boden.

Auf dem Weg von Paphos nach Droushia – einem Ort, der zur Zeit als Geheimtip unter Experten gehandelt wird – durchquert man den fruchtbarsten Teil der Insel, einen Garten Eden, wo Wein gedeiht und sich riesige mit Zitrusbäumen bepflanzte Flächen bis zum Horizont erstrecken. Hier ist es friedlich und menschenleer. Begegnete einem zur Mittagszeit der bocksfüßige Pan – man wäre nicht überrascht.

Doch was wäre ein Winterurlaub ohne Ski? Zypern bietet auch das. An den Hängen des Troodos-Gebirges (die höchste Erhebung, der Olympos, ist fast 2000 m hoch) können Skihaserln ihrem Hobby frönen. In den herrlichen Wäldern kann man Wanderungen unternehmen.

Lellos Dimitriades, der rührige Bürgermeister von Nikosia, setzt alles daran, die Altstadt der Metropole zu verschönern. Die Laiki Yitonia (zu deutsch etwa: volkstümliches Stadtviertel) ist ein Freilichtmuseum ganz besonderer Art. Manche Straßenzüge sind bereits meisterhaft im Originalstil restauriert. In den Werkstätten kann man Kupferschmieden und Spitzenklöpplerinnen bei ihrer Arbeit zusehen und anschließend die Produkte an Ort und Stelle kaufen. bu.

AYIA NAPA / Ziel jedes zweiten Touristen

Von hier Blickkontakt mit „ihrem" Famagusta

Diesen Ferienort hat es vor zehn Jahren nicht einmal gegeben. Ayia Napa, in den letzten drei Jahren Ferien-Ziel fast jeden zweiten Zypern-Besuchers, war unmittelbar vor der Türken-Invasion in 1974 ein verschlafenes Fischerdörfchen aus dem 16. Jahrhundert, das nur den Einheimischen wegen seiner seltenen Badebuchten mit dem feinkörnigen Sand bekannt war.

Heutzutage ist Ayia Napa der pulsierende Hauptferienort Zyperns, der das ganze Jahr hindurch von Badeurlaubern aus Deutschland, England, Libanon und Skandinavien beherrscht wird. Der Ort verfügt über mehr als 3000 Hotelbetten und eine Unzahl von Apartment-Häusern, die von Anfang April bis Ende Oktober hoffnungslos ausgebucht sind.

Hoher Anteil an Wiederholern

Mit Ausnahme Spaniens hat vermutlich kein anderes Ferienland im Mittelmeerraum einen so hohen Anteil von „Wiederholungs-Touristen": „Die Ausländer, die hier bei uns Urlaub machen, werden zu Stammgästen", sagt nicht ohne einen gewissen Stolz der Deutschland-Experte der zyprischen Fremdenverkehrszentrale, Georgios Michaelides.

Nach dem Zypern-Krieg von 1974 ging die zyprische Erfolgsgeschichte im Tourismus-Gewerbe abrupt zu Ende: Die Städte Kirenia und Famagusta, wo sich 75 Prozent aller Touristen-Unterkünfte befanden, gingen über Nacht in türkische Hände über. In den ersten beiden Jahren nach dem Krieg blieben die Touristen nicht nur wegen Bettenmangels, aber auch wegen der Angst vor einer Wiederaufflammung der Kriegshandlungen weg.

Inzwischen ist Zypern in den Prospekten der Reiseveranstalter wieder voll vertreten: Schneller als erwartet konnten die Zyprer den bisher unterentwickelten Süden touristisch erschließen und die Städte Limassol, Paphos und Larnaca zu beliebten Ferienzielen verwandeln.

Der Dauerrenner heißt jedoch Ayia Napa: Viele Einheimische können zwar gelegentlich ihre Enttäuschung darüber nicht verstecken, daß dieser Ort seinen einstigen Charakter eingebüßt hat. Aber für die Touristik-Unternehmer ist hier jede Investition äußerst profitabel. Vor allem alte Hoteliersfamilien aus Famagusta, die ihre ganze Habe zurücklassen mußten und ihre verwahrlosten Hotels nur noch vom Dherynia-Hügel aus, also aus einer Entfernung von etwa 16 Kilometer betrachten dürfen, haben sich in Ayia Napa niedergelassen und den Ort erschlossen. Die Zyprer haben zwar die Hoffnung auf eine Wiederkehr nicht aufgegeben, „aber es würde uns nichts einbringen, wenn wir unseren Hotels nachweinen und nichts unternehmen würden", sagte ein Hotelbesitzer.

Vom Staat mit günstigen Krediten kräftig unterstützt, haben die geschäftstüchtigen Zyprioten einen einst verschmähten Inselteil zu einem Ferienparadies umgewandelt: Ferienziele und phantastische Badebuchten wie Paralimini, Pernera Beach und Fig tree Bay gibt es auf einmal auf der Landkarte.

Neue Ziele für den Touristen

Xylophagou, Liopetri und Protaras heißen die Orte, die nunmehr nach dem Erreichen der Sättigungsgrenze in Ayia Napa an der Reihe zu sein scheinen.

Selbstverständlich sind in Ayia Napa profillose „internationale" Restaurants entstanden: Diskotheken und laute Bars (wenn auch außerhalb des Hotelreviers) gibt es. Aber die Zyprioten haben es verstanden, die alten Kneipen und die typischen Fischtavernen beizubehalten, wo man, wenn auch nicht ganz billig, rote Barben, Kalamaren, gegrillten Oktapus zu preiswerten Landesweinen genießen kann. E. A.

WEIN / Hohes Lob

Homers Wein hieß Cyprus Mana

König Löwenherz trank den köstlichen Zypern-Wein zu seiner Hochzeit; Philippe Auguste krönte im 13. Jahrhundert in Famagusta einen Wein, den er gekostet hatte und von dem er dann sagte: „Es gibt keinen besseren." Seither trägt dieser Tropfen den Namen „Commandaria".

Es war nicht das erste Lob für diesen Wein. Zu Homers Zeiten war er als „Cyprus Mana" bekannt. Noch heute wird er nach dem gleichen Verfahren produziert wie damals. Wie vor 2000 Jahren wird er aus vorgetrockneten Trauben gegoren.

Weinbau und Kupfergewinnung sind die ältesten Wirtschaftszweige der Inselrepublik. Der älteste Fund auf Zypern, mit dem Weinbau und Weingenuß nachgewiesen wurde, stammt aus der Zeit von 1000 v. Chr.

Die Griechen lernten den Weinbau von den Zyprioten. die brachten es den Römern bei, und von den Römern lernten es die übrigen Völker in Europa. Ja, im Alten Testament wird sogar der Wein der Zyprioten im Hohenlied erwähnt.

Der Geschmack des Weines ist bis heute unverändert geblieben: Besonders der Rote trifft dabei den europäischen Geschmack. Er ist relativ schwer, doch auch sehr bekömmlich. Lediglich zu Beginn der Gärung wird eine kleine Gabe von Schwefel zugefügt, um unerwünschte Bakterien auszuschalten.

Vier große Kellereien sind im Süden tätig: Etko, Keo, Sodap und Loel.

Etko wurde 1844 gegründet. Die Faßkapazität liegt bei 35 Millionen Liter.

Keo begann 1926 und gehört heute einer Industriegesellschaft auf Zypern (Hellenic Group of Mining).

Loel wurde 1943 gegründet und ist eine Aktiengesellschaft.

Sodap gehört seit 1947 einer Genossenschaft aus 10 000 Weinbauern.

Alle vier Unternehmen exportieren ihren Wein auch in die Bundesrepublik Deutschland, und zwar über Firmen in Hamburg, Köln, Stuttgart und Bonn. ing.

Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

KUNSTSCHÄTZE / Verhökert gegen harte Devisen

Kirchen, Museen, Grabungsplätze ohne ihre anvertrauten Hüter

An einem sonnigen Septembervormittag von 1979 meldeten sich unwillkommene Gäste in der Residenz von Alfred Prinz zur Lippe in Nikosia. Angehörige der zyprischen Polizei zeigten einen Durchsuchungsbefehl vor und machten sich sofort daran, die Luxusvilla des als Vertreter des UNO-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen stationierten Österreichers zu durchsuchen.

Bald wurden die Zyprioten fündig: 76 antike Gegenstände, vor allem wertvolle Ikonen, aber auch Vasen, Statuetten und Holzschnitzereien hatte zur Lippe in seinem Besitz.

Alle Gegenstände stammten ausnahmslos aus dem türkisch besetzten Inselnorden, wo der UNO-Beamte sie gegen harte Devisen erstanden hatte.

Die Affäre des hochrangigen Diplomaten ist kein Einzelfall. Er dokumentiert vielmehr, daß die wertvollen Kunstgegenstände Nordzyperns systematisch ausgeplündert und in der Regel auf Irrwegen oft ins Ausland gelangen: Immer wieder kommt es vor, daß die Kuratoren des Museums von Nikosia buchstäblich in letzter Minute einschreiten müssen, um die Versteigerung von illegal ins Ausland geschmuggelten Gegenständen zu verhindern.

Selbst in Deutschland mußte der zyprische Staat aktiv werden: 1980 mußte Zypern bei einer Auktion in Frankfurt zwei Statuetten zurückkaufen. Als Drahtzieher des Antiquitätenschmuggels gelten bezeichnenderweise der „Bürgermeister" der von den türkischen Truppen okkupierten Stadt Morphou, Isfendyar Rifat, der einen Antiquitätenladen unterhält und der Direktor des Museums von Kirenia, Mehmet Rasih Savarona.

Dazu schrieb die türkisch-zyprische Zeitschrift „Olay", daß Savarona von 1974 bis 1978 insgesamt 225 Ikonen aus verschiedenen Klöstern und Kirchen entwendet haben soll.

Nach Angaben des Kurators des Museums von Nikosia, Michalis Loulloupis, existiert kaum noch eine der Privatsammlungen, die die griechischen Flüchtlinge den Türken zurückgelassen haben.

Loulloupis: „Wir haben immer wieder festgesetllt, daß die Schmuggler zahlreiche Ikonen, oft dilettantisch zerstückelt, ins Ausland gebracht haben."



Zypern ist ein Land des Glaubens und reich an Kirchen. Doch im besetzten Teil sind viele ohne Schutz. FOTO: HHH

Erstaunlicherweise stammen die meisten Enthüllungen über den Umgang mit dem zyprischen Kulturerbe aus den Zeitungen im besetzten Inselteil: Türkisch-zyprische Zeitschriften bemängeln immer wieder, daß den Archäologen unzureichende Geldmittel zur Verfügung stehen. Dazu Olay: „Es wird immer wieder gestohlen, weil die Antiquitäten nicht bewacht werden können." Inzwischen ist so viel gestohlen worden, daß zahlreiche Klöster in der türkischen Inselzone nur noch kahle Wände aufzuweisen haben.

Aus dem Barnabas-Kloster, das vor knapp 1900 Jahren gegründet wurde, wurden 1982 35 Ikonen gestohlen. 1976 konnte in letzter Minute die Versteigerung von vier wertvollen Ikonen bei Christie's in London verhindert werden. Fabriken und Wohnhäuser werden auf notdürftig zugeschütteten Ausgrabungsstätten errichtet. Schmugglern ist sogar die Entfernung von kurz zuvor beschlagnahmten Kunstgegenständen aus einem Gerichtssaal in Türkisch-Nikosia gelungen.

Nicht zu Unrecht vermuten die Griechen Zyperns, daß zum Teil dieser gewinnträchtige Schmuggel mit Duldung der türkisch-zyprischen Behörden abgewickelt wird. „Wie ist sonst zu erklären, daß solche Diebstähle auch in sogenannten Militärsperrzonen und in von Soldaten bewachten Museen stattfinden konnten?", sagte gegenüber der WELT Staatssekretär Patroklos Stavrou. „Wenn die internationalen Organisationen nicht aktiv werden, wird Zypern in wenigen Jahren aller seinen Kunsstschätze beraubt sein."

Vor der türkischen Invasion im Sommer 1974 war Zypern wegen seiner langen Geschichte eine richtige Goldgrube für Archäologen aus aller Welt. „Als die Türken kamen, waren Ausgrabungen in fast allen Inselteilen im Gange", berichtet Loulloupis. Während die Arbeiten im südlichen Inselbereich, teilweise unter Mitwirkung von deutschen Archäologen, fortgesetzt werden, liegen viele Stätten im Norden brach, zahlreiche Funde liegen ungeschützt herum und werden weggetragen. Den Türken fehlt oft das Geld und die Erfahrung, um sachgemäß mit diesen Schätzen umzugehen. Aber selbst die von Westeuropäern oft angebotene Hilfe, wird in der Regel zurückgewiesen, denn die meisten Stätten liegen in Gebieten, die das Militär zu Sperrzonen erklärt hat.

E. A.

INTERNATIONALE DREHSCHEIBE / Nahes Arabien

Offshore-Firmen beerben Beirut

Aus der Insellage der Republik Zypern will die Regierung jetzt Kapital schlagen. Weil das Eiland nur knapp 70 Kilometer von der Türkei, 90 Kilometer von Syrien, 200 von Ägypten und 350 von Rhodos entfernt, per Flugzeug von Frankfurt und London in weniger als vier Stunden erreichbar ist, glaubt die Regierung an eine wachsende Drehscheibenfunktion im internationalen Waren- und Geldgeschäft.

Michaelides vom Handelszentrum der Republik Zypern in Köln: „Wir sind überzeugt, daß unsere geographische Lage ein ideales Sprungbrett in die arabische Welt ist."

Seit 1975 baut Nikosia das System der Offshore-Gesellschaften stetig aus. Deren Anfangsphasen und Aufbau fallen in etwa mit dem Beginn des Bürgerkrieges in Libanon zusammen. Der Zusdammenbruch des einst als „Schweiz des Orients" gepriesenen Landes als Finanz- und Wirtschaftszentrum im Nahen Osten begünstigte natürlich die Entwicklung der Offshore-Gesellschaften auf der der Küste vorgelagerten, westlich geprägten Insel. Seither bemüht sich die Regierung mit Erfolg um immer mehr ausländische Gesellschaften.

Offshore-Gesellschaften sind ausländische Unternehmen, die die Insel als Stützpunkt für ihre Geschäfte benutzen, selber aber nicht in der Republik aktiv werden dürfen. Der Zweck der Gesellschaft ist an Aktivitäten außerhalb Zyperns gebunden. Die Aktien oder Anteile müssen sich in den Händen von Ausländern befinden. Eine Finanzierung aus lokalen Quellen ist nicht erlaubt. Alle Aufwendungen in Zypern sollen mit eingeführten Devisen gedeckt werden.

Aber: Die Offshore-Gesellschaften können auch mit der Einschaltung von zyprischen Treuhändern gegründet werden, wobei Treuhänder Aktien oder Anteile im Namen eines ausländischen Gesellschafters halten. Die Einschaltung von Treuhändern ist besonders wichtig, wenn die Gründung einer Gesellschaft innerhalb sehr kurzer Zeit vorgenommen werden soll. Die dafür benötigte Genehmigung der Zentralbank wird grundsätzlich erteilt.

Rund 3000 Firmen dieser Art waren am 15. November 1984 registriert. 600 haben ein eigenes Büro eingerichtet, die übrigen werden durch Banken oder Anwälte vertreten. Monatlich treffen etwa 30 bis 50 Anträge bei der Zentralbank in Nikosia ein. Etwa die Hälfte der bestehenden Gesellschaften gehören Europäern.

Die Vorteile der Offshore-Aktivitäten von Zypern aus sind in drei Broschüren zusammengefaßt, die von der Handelsmission in Köln (Pipinstraße 16) bezogen werden können: „Cyprus – Offshore Activities"; „Cyprus: A Place for Offshore-Activities" und „Cyprus – Legal Status of Offshore Companies".

So zahlen diese Gesellschaften nur 4,25 Prozent Steuern, ein Zehntel des sonst üblichen Satzes. Zweigstellen von ausländischen Firmen sind von der Steuer befreit, wenn die Geschäftsführung nicht in Zypern sitzt. Experten schätzen, daß Zypern mit diesem System durchaus in der Lage sein könnte, den Tourismus als derzeit noch größten Devisenbringer des Landes auf Platz zwei zu verweisen. Bisher bringen die „Offshore"-Gesellschaften und Banken der Insel insgesamt nur etwa 12 Millionen Pfund an Devisen. Das sind etwa fünf Prozent der Exporte. Doch liegt die Zuwachsrate bei rund 30 Prozent pro Jahr.

Optimisten gehen davon aus, daß nach dem Ende der englischen Zeit in Hongkong viele der dort ansässigen Briten Zypern als neue Heimat, zumindest als Sitz ihrer Gesellschaften, wählen könnten, daß Zypern so ein neues Finanzzentrum größerer Art werden könnte.

Pessimisten dagegen fürchten, daß die politische Lage der Insel aufgrund der Besetzung des Nordens nie diese Entwicklung und Stellung zulassen wird. Bisher gibt die Entwicklung noch den Optimisten recht, zumal auch der Zustrom aus den arabischen Ländern anhält.

Unterstützt wird dieser Zustrom auch durch das „Offshore Banking"-System: Seitdem Nikosia sich entschloß, auch ausländische Banken ins Land zu lassen, erhielt Zypern als internationales Dienstleistungszentrum zusätzlichen Auftrieb. U.S.

AUF EINEN BLICK

Tourismus
1983 kamen insgesamt 715 497 Touristen nach Zypern. Davon 37 000 aus der Bundesrepublik Deutschland.

Hauptsaison
Die Hauptbadesaison beginnt im April und endet Mitte November. Die Durchschnittstemperaturen belaufen sich während dieser Zeit auf 28 °C (Luft) und 23,5 °C (Wasser).

Wintersaison
Während der Wintersaison (November bis März) werden Pauschalreisen zu attraktiven Preisen angeboten. Nachstehend einige Beispiele (jeweils 14 Tage mit Halbpension):
Airtours Intern. ab 1443 DM
TOUROPA ab 1059 DM
NUR Touristic ab 1144 DM
Kreutzer Reisen ab 1210 DM

Temperaturen

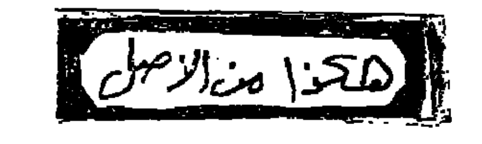
Monat	Luft	Wasser
November	22°	21°
Dezember	17°	19°
Januar	15°	17°
Februar	16°	17°
März	18°	18°

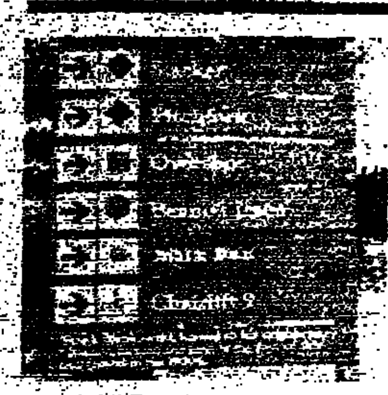
Wintersport
Das Troodos-Gebirge bietet in den Monaten Mitte Januar bis Mitte März gute Wintersportbedingungen. Durchschnittlicher Schneefall: 2 Meter. Skilifte und erstklassige Unterkünfte sind vorhanden.

Flugverbindungen
Die Lufthansa fliegt die Route Frankfurt–Larnaca an jedem Montag, Mittwoch und Samstag.
Cyprus Airways bietet folgende Verbindungen: Jeden Freitag ab München, Frankfurt/Main und Köln/Bonn.

Empfehlenswerte Hotels:
Ayia Napa
Grecian Bay Hotel, Kermia Beach Bungalows und Hotel Appartements sowie Nissi Park Hotels
Larnaca und Umgebung
Four Lanterns, Golden Bay, Beau Rivage Hotel, Sveltos Beach Hotels, Mariandy Hotel und Ioanna Hotel
Limassol
Apollonia Beach Hotel, Amathus Beach Hotel
Paphos und Umgebung
Paphos Beach Hotel, Anabella Beach Hotel, Cynthiana Beach Hotel und Droushia Heights Hotel

Auskünfte:
Fremdenverkehrszentrale
Kaiserstraße 13
6 Frankfurt/Main
Tel. 069/28 47 08





Beaver Creek: Ein Tal in den Rocky Mountains mausert sich Seite VIII

Bad Sachsa: Hobbies ergänzen das Kur-Programm Seite III

Schach mit Großmeister Pachman, Rätsel und Denkspiele Seite VII

Gourmettip: Zu Gast im „Adler“ in Weil am Rhein Seite VIII

Sicherheit im Schnee – die meisten überschätzen ihr Können Seite V



Amsterdams „Bruine Cafés“: Tradition mit Geneverduft

Amsterdam

Für Neuankömmlinge im Jordaan ist die Kneipe an der Egelantiersgracht eine Entdeckung. Man sitzt an Tischen und bei großem Gedränge auch schon mal auf der schmalen Wendeltreppe. Getränke holen sich die Gäste am Tresen ab. Nach einem kurzen Plausch mit dem Nachbarn zieht man sich wieder an seinen Platz im Raum zurück. „t'Smalle“ ist ein typisches „bruines Café“ in Amsterdam und hat mit dem, was wir hierzulande unter Café verstehen, wenig gemein. In die „braunen Cafés“ geht man, um menschliche Nähe, Trost, Verständnis zu suchen. Dicht gedrängt steht das Publikum und trinkt Bier, Wein, Kaffee, Genever. Dazu nimmt man einen Happen Käse oder ein „tosti“. Ab und zu packt einer der wandernden Musikanten seine Gitarre oder den Dudelsack aus. So spielt jeden Samstag im „t'Smalle“ Henri Jacobi am Klavier Schubert oder Chopin. Der junge Gastwirt Piet läßt sich dank seines friesischen Gemüts durch nichts aus der Ruhe bringen. Da muß man halt eben warten, um aus einem frisch poliertem Glas seinen Port oder Bordeaux trinken zu können.

Und wer ein echter „Stapper“ ist, ein typischer Kneipengänger, der macht seinen Rundgang. Im Jordaan hat er da ebensowenig Mühe wie in den anderen 18 Kroegenwijken, den Vierteln, in denen sich die Kneipenkultur konzentriert. In „Twee Zwantjes“ an der Prinsengracht wird man Zeuge, wie Sänger inbrünstig Volkslieder vortragen, im „t'Monumentje“ an der Westerstraat kann man sich die Zeit mit Comics vertreiben und bei „Brandon“ an der Keizersgracht die Billardkugeln rollen lassen.

Für einen schnellen Besuch gibt es die Snackbar. Das „bruine café“ dagegen ist romantisch. Da kann man an Winterabenden unter den verrauchten Balken des „De Wetering“ wohlig seine Hände am Kamin wärmen, während ringsum die Randfiguren der Kunstszene heiße Diskussionen führen.

Es gibt „bruine cafés“ für Schauspieler und solche, wo nur Frauen Zutritt haben, es gibt sie für Schach- und Dartspieler und solche, wo man ausgezeichnet essen kann, etwa das „t'Smackzeyl“ oder das „Het Ezeltje“. Im „De Kroeg“ gibt es anständigen Jazz, und „De Doffer“ schließt, wenn der Wirt keine Lust mehr hat. Hier, beim „Täuberich“ in der Runstraat, begreift der Amsterdam-Besucher, was gemeint ist, wenn er das Wort „gezellig“ hört, was soviel wie gemütlich, nah, vertraut bedeutet: hier, wo sich der Student mit seinem Professor trifft, der Maler mit einem Kunden, wo der amerikanische Tourist mit einem dänischen ins Gespräch kommt und dann so lange diskutiert, daß der Wirt nach der offiziellen Schankzeit ins Hinterzimmer bittet, wo es fröhlich bis in die frühen Morgenstunden weitergehen kann. So auch beim „Brandon“, wo gegen sieben Uhr die Gardinen zugezogen werden, die Tür abgeschlossen wird, zum Zeichen dafür, daß man unter sich sein will.

Im „Bruine Café“ spielt es keine Rolle, ob einer nun in Jeans oder im gestreiften Dunkelbauen daherkommt. Im zumeist schummerigen Licht der dunklen Kneipen kommt nicht einmal das rote Haar des Punks zur Geltung. Und wer knapp bei Kasse ist, setzt sich bei einem Kaffee den ganzen Abend an den Lesetisch und blättert in ausgelesenen Zeitungen.

Die Menschen aus der Nachbarschaft, die den großen Teil des Publikums darstellen, brauchen sich nicht zu genieren. Und wenn sie mit einigen Glas Bier oder Genever ihre anfängliche Zurückhaltung heruntergespült haben, nehmen sie auch leutselig Kontakt mit den Fremden auf. Dann doziert der Amsterdamer mit dem japanischen Sprachstudenten, mit dem Touristen aus Denver oder dem Künstler aus Barcelona etwa über die Mißstände in seiner Grachtenstadt. Doch vom Besucher erwartet er, daß der von Amsterdam schwärmt.

Auch die Runde um Leidseplein mit ihren typischen B-Cafés, wo sich die junge weite Welt trifft, die Interrailer, Stewardessen und Packagetouristen, gehört zur bunten Kroegenwelt wie die Probierstube von „Wijnan Fockink“, wo Pieter Gijsberti seit 44 Jahren eine Auswahl an 60 verschiedenen Schnapssorten bereithält, oder der Spui mit „De Zwart“ und „Hoppe“.

Das 300 Jahre alte „Hoppe“ steht bei den Besuchern der Stadt ebenso auf dem Programm wie das Rijksmuseum. Auf dem feinen Sand der Schankstube trifft sich beinahe „tout Amsterdam“. Da blickt man in Rehaugen und auf unruhige Gesichter, die vom Leben gezeichnet sind, atmet schwer am Parfüm und kleckert sein Bier auf die letzte Kreation japanischer Modekünstler. „Hoppe“ ist der Tummelplatz für alle, die sehen und gesehen werden wollen. Zu gewissen Tageszeiten einen Stehplatz hier zu bekommen ist ebenso schwer, wie einen ungehinderten Blick auf Rembrandts Nachtwache zu werfen.

Anders das gleich nebenan liegende „De Zwart“, wo Freek Teppers im Kellnersmoking die Regie am Zapfhahn führt. „De Zwart“ ist kein typisches „bruine café“, es ist alles ein bißchen neutral, der steinerne Fußboden, der nüchterne Tresen, die Tische mit den Teppichen. Und doch zählt „De Zwart“ zu den traditionsreichen Cafes, wo es keine Modegetränke gibt und wo es verpönt ist barfuß aufzutreten.

Traditionsreich ist auch das Café Américain am Leidseplein. Es ist immer noch die gute Stube der Stadt, in der der verwöhnte Tourist sich dem gepflegten Müßiggang hingeben kann. Das Haus, auf dem der Glanz der Belle Epoque ruht, ist aber auch Treffpunkt der etablierten Künstler. Sogar Politiker zieht es in großer Zahl hierhin. Deutsche und amerikanische Besucher bevorzugen das Jugendstiletablissement. Und wenn man nur lange genug vor seinem Kaffee gesessen hat, kann man einst mit der Gewißheit aufstehen, alle Amsterdamer gesehen zu haben.

Denn die schöne Stadt an der Amstel ist ein großes Dorf, in dem jeder jeden kennt. Wo jeder freundlich ist, wo man aber rettungsloser verloren scheint als in Paris oder London. Ein Grund, warum die Cafés hier so populär sind. Denn hier sucht und findet man Wärme, Zusprache, Trost und Geborgenheit. Wenn auch nur für Stunden.

SIGGI WEIDEMANN

*

Auskunft: Niederländisches Büro für Tourismus, Laurenzplatz 1–3, 5000 Köln 1.



Gemütlichkeit und menschliche Nähe stehen in den rund 1800 „Bruine Cafés“ von Amsterdam im Vordergrund – im Bild das „Café Papeneiland“. Sie zeichnen sich durch warmes Kerzenlicht, individualistische Einrichtung und dichtes Gedränge aus. Bei Bier, Wein, Kaffee oder Genever trifft sich hier der Student mit dem Professor, kommt der amerikanische Tourist mit dem Amsterdamer ins Gespräch. FOTO: DIE WELT

NACHRICHTEN

Zusätzliche Züge

Zu Weihnachten und Neujahr setzt die Bundesbahn insgesamt 366 zusätzliche Züge ein. Davon entfallen 131 auf den internationalen Verkehr, 215 auf den Binnenverkehr der Bundesbahn und 20 auf den mit Berlin (West) und der „DDR“. Die Bundesbahn empfiehlt vorherige Platzreservierung.

Reisepartner-Service

Einen neuen Service für Einzelreisende bietet die Dr. Düdder Reisen GmbH (Korneliusmarkt 10, 5100 Aachen) an. Reiselustige Singles jeden Alters können sich hier unter Angabe ihrer persönlichen Daten, der gewünschten Reisepartner und der Urlaubsziele melden. Diese Daten werden in einer Liste veröffentlicht, die allen Anfragenden in zwei- bis dreimonatigen Abständen zugesandt wird.

Weltmeister im Reisen

Die Deutschen sind noch immer Weltmeister im Reisen, jedoch bedrohen die Amerikaner ihre Spitzenposition. Das geht aus den jetzt veröffentlichten Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, in der 23 der wichtigsten westlichen Industrieländer zusammengeschlossen sind. 1983 gaben die Deutschen 15 Milliarden Dollar im Urlaub aus, 7,4 Prozent weniger als 1982. Die meisten Einnahmen aus dem Tourismus hatten die USA (11,2), ihnen folgen Italien (9), Frankreich (7,2) und Spanien (6,9 Milliarden Dollar).

Kunst zum Nulltarif

Bis zum 30. April 1985 können Kunstfreunde an Wochenenden und Feiertagen die großen staatlichen Museen Wiens bei freiem Eintritt besuchen. Die städtischen Museen sind das ganze Jahr über kostenlos zu besichtigen.

Das besondere Geschenk

Für 400 Mark pro Person bietet die deutsch-französische Ballonagentur „Ballooning 2000“ (Chefpilot Jean-Marc Culas, Waldseestraße 8, 7570 Baden-Baden) eine außergewöhnliche Geschenkidee für Weihnachten an: eine Ballonfahrt zwischen Schwarzwald und Vogesen. So viel kostet der Gutschein, der zu jeder beliebigen Jahreszeit, bei Ballonwetter eingelöst werden kann.

WÄHRUNGEN

Ägypten	1	Pfund	2,65
Belgien	100	Franc	5,05
Dänemark	100	Kronen	28,50
Finnland	100	Fmk	48,75
Frankreich	100	Franc	33,50
Griechenland	100	Drachmen	2,60
Großbritannien	1	Pfund	3,77
Irland	1	Pfund	3,16
Israel	1	Schekel	0,011
Italien	1000	Lire	1,66
Jugoslawien	100	Dinare	1,70
Luxemburg	100	Franc	5,05
Malta	1	Pfund	6,50
Marokko	100	Dirham	33,50
Niederlande	100	Gulden	89,50
Norwegen	100	Kronen	35,25
Österreich	100	Schilling	14,34
Portugal	100	Escudos	2,15
Rumänien	100	Lei	6,25
Schweden	100	Kronen	35,75
Schweiz	100	Franken	122,25
Spanien	100	Peseten	1,83
Türkei	100	Pfund	1,05
Tunesien	1	Dinar	3,90
USA	1	Dollar	3,09
Kanada	1	Dollar	2,38

Stand vom 27. November. – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).



Tischlein deck' dich im Kro – seit 700 Jahren sind die Häuser für hungrige Reisende da FOTO: DIE WELT

Kro – Gastlichkeit auf gute dänische Art

Kopenhagen

Das vornehme und geschmackvolle „Hesselet“ in Nyborg, direkt am Großen Belt, ist Dänemarks begehrtestes Luxushotel – darin sind sich die Dänen einig. Welches aber ist der schönste, gemütlichste, gediegenste Kro? – Kro: das ist ein „Zwischending“ aus Kneipe, Gasthof, Restaurant und (manchmal) auch Hotel oder (wenigstens) Pension.

Von den rund 1200 Kroern zwischen Hjørring an der Nordspitze Jütlands und Gedser im Süden der Insel Falster haben wir ein gutes Dutzend besucht, bewohnt, erlebt. Der für uns eindrucksvollste steht in dem kleinen Ort Milinge nahe der Helnaes Bucht im Südwesten Fünens. Bereits die wuchtige weißgetünchte Sandsteinfassade mit dem Reetdach darüber beeindruckt, und kaum, daß der Gast den „Falsled Kro“ betreten hat, ist er aufs neue beeindruckt – von der Weitläufigkeit und Zahl der gewölbten Räume. Wer nicht nur gut speisen, sondern auch übernachten will, wird über mittelalterliches Kopfsteinpflaster und durch genauso alte Toreinfahrten zu einem der kleinen blitzsauberen, wiederum weißgestrichenen „Hexenhäuschen“ im Hof geführt, um dort eine der elf Suiten zu beziehen. Das Mobiliar ist antik, Sessel und Sofas gewaltig und kuschelig, an den Wänden Radierungen und Stiche, vielfach mit historischen Motiven aus „merry old England“. Die Speisekarte im „Falsled Kro“ ist dem seit 1744 mit königlichen Privilegien ausgezeichneten ehemaligen Kaufmannshof angepaßt, die Preise allerdings auch. Wer mag, nimmt an kühleren Tagen vor oder nach dem Essen seinen Drink am wohlig knackenden und knisternden Kamin. Doppelzimmer kosten 224 Mark. (Der „Falsled Kro“ gehört übrigens zu den wenigen, die im Winter – von Mitte Dezember bis März – schließen).

Wem ein solcher Kro – und es gibt noch reichlich mehr davon! – wie ein schöner, Realität gewordener Traum aus alten Zeiten erscheint, dem sei allerdings geraten, sich umzusehen, wie weit entfernt der nächste Kirchturm in den Wolkenhimmel ragt – sonst kann es geschehen, daß frühmorgens dröhnendes Glockengeläut den erholsamen Schlaf jäh unterbricht. Denn, so ein altes dänisches Sprichwort: „Wo Gott eine Kirche gebaut hat, baute der Teufel einen Kro daneben.“

Angefangen hat alles im 13. Jahrhundert, als König Erik Glipping 1283 den ersten Kro „verordnete“. Und Ihre Majestät Margarete I. verfügte schließlich vor gut 500 Jahren, daß alle 40 Kilometer ein Kro gebaut werden müsse, damit ihre Untertanen am Ende einer langen Tagesreise „immer ein Obdach und etwas zu essen finden“ – auch wenn sie manchmal dafür nicht bezahlen konnten. Als Gegenleistung durften die Wirte Schnaps brennen, Bier brauen, Brot backen und außer Haus verkaufen.

Ein Großteil dänischer Kroer (die Mehrzahl heißt so und nicht, wie vielfach gesagt, „Kros“) ist seit Jahrhunderten in Familienbesitz. Die Fassaden sind ländlich-romantisch: Fachwerk- oder Klinkermauerwerk, Reet- oder Schindeldach, bunte Blumenkästen, Butzenscheiben. Drinnen wuchtige Balkendecken, darunter Bauernmöbel, an den Wänden historische Plakate, Zaumzeug, Porzellan in königlichem Himmelblau.

Mehr noch locken die umfangreichen Speisekarten mit Wild- und Fischspezialitäten, herzhafter Hausmannskost wie „Frikadeller“, großen Terrinen mit heißen, kräftigen Suppen, überkrustetem Schweinebraten oder die – bei Vier- bis Sechspersonengruppen – nur mit einem Beistelltisch zu bewältigenden Smørrebrød-Platten mit Lachs, Aal, Rührei, Krabben, Leberpastete, Kaviar samt Eigelb, Muscheln, Wurst, Schinken bis hin zu mehreren Käsesorten.

Niemand sollte sich bei solcherlei feuchtfröhlichem Schlemmen vor Teufel oder Kirchenglocken fürchten, sondern vielmehr ein anderes dänisches Sprichwort beherzigen: „Es ist besser, im Kro zu sitzen und an die Kirche zu denken, als in der Kirche zu sitzen und an den Kro zu denken.“

HANS-J. KLIEM-KÖNCKE

*

Auskunft: Dänisches Fremdenverkehrsamt, Glockengießerwall 2, 2000 Hamburg 1.

TOURISTIK

Wenn Sie es eilig haben
können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber aufgeben: **8 579 104**

FRANKREICH

PORTUGAL

SÜDTIROL – DOLOMITEN

217 001 777 asd
unter dieser FS-Nummer erreichen Sie die
Anzeigenabteilung DIE WELT/WELT am SONNTAG

In Bad Sachsa sind Hobby-Kurse attraktive Ergänzung zur Kur

Bad Sachsa

Noch ehe man das Haus betritt, erkennt man mit einem Blick durch die Schaufenster: Da drinnen rührt sich was. Da sitzen Männer und Frauen, überwiegend ältere Semester, an Tischen und basteln. Sie malen oder ritzen auf Glas, sie malen oder brennen auf Holz, sie stecken Trockenblumen zu dekorativen Gebinden, sie legen Roggenkörner zu Ornamenten, sie komponieren Biedermeiersträuße und knüpfen aus Schnüren die abenteuerlichsten Gebilde. Und natürlich basteln sie auch besenreitende Brockenhexen. Die sind ja bekanntlich im Harz zu Haus.

Bad Sachsa, heilklimatischer Kurort (9500 Einwohner, 3500 Gästebetten) am Südrand des Harzes, am Ostrand der Bundesrepublik, angenehm abseits vom Lärm der Welt, offeriert seinen Kurgästen ein so reichhaltiges Hobby-Angebot, wie man es selten findet. Viele deutsche Kurorte haben kaum mehr als „Töpfern" auf dem Programm, und auch das oft genug mit knappen Terminen oder gar mit dem Zusatz „bei Bedarf". Wenn dann keiner kommt, verführt das zu der Annahme, es sei kein Bedarf vorhanden.

Und das ist ein Trugschluß. Das zeigt sich, wenn man die Themen so anbietet wie in Bad Sachsa und den Zögernden Mut macht, so wie Gerti Röger das tut: „Zuerst sagen die Leute, sie können nicht malen. Ein Leben lang haben sie das geglaubt. Und dann erleben sie das Gegenteil. Und die Gesichter strahlen." Gerti Röger und Renate Meyer haben zunächst gemeinsam nur für sich und ihre Familien gebastelt. Eines Tages fanden sie, daß man so hübsche Sachen auch den Kurgästen nahebringen könnte. Das tun sie nun als „Freizeitberaterinnen im kreativen Bereich" viermal in der Woche so erfolgreich, daß die Arbeitsplätze in den Atelierräumen oftmals gar nicht ausreichen.

Die Teilnahme an den Hobbykursen ist für die Kurgäste kostenlos, nur das Bastelmaterial müssen sie selbst bezahlen.

Bei den Glasmalern am langen Tisch ist Hildegard Kranz mit 74 Jahren die älteste Teilnehmerin. Das Glasmalen hat sie schon vor sechs Jahren in Bad Sachsa gelernt. Nicht aus purer Langeweile wie so mancher Kurgast, sondern um ihr Repertoire zu vergrößern. Und um anderen eine Freude zu machen.

Im Rentenalter leiden ältere Menschen seelisch und oft auch körperlich an Lebensleere und Einsamkeit. Ihnen ist Zuspruch von freundlichen Menschen ebenso nötig wie der medizinische Kurbetrieb. Und da sind sie bei der Knüpfkunst-Beraterin Renate Meyer gut aufgehoben. Die sprudelt nur so von guter Laune und Bastelfreude. Und das hilft den Gästen aus der Isolation. „Küßchen, Frau Meyer!" ruft eine schon recht betagte Schülerin keck durch den Raum. In den ersten Tagen hat sie kaum ein Wort herausgebracht.

Mindestens ebenso wichtig für das Wohlbefinden der Kurgäste ist das behagliche Ortsbild. Bad Sachsa, im Mittelalter Rastplatz der Fuhrleute vor oder nach anstrengender Harzdurchquerung, macht auch heute noch einen organisch gewachsenen, zur Rast einladenden Eindruck. Die Spazierwege um den Schmelzteich herum und in die fünf Waldtäler hinein bieten noch immer ungeschmälerten Naturgenuß. Besonders reizvoll ist der Weg am Märchengrund vorbei zum Harzfalkenhof, wo der Falknermeister Joachim Klapproth zum Staunen der Besucher seine Adler hoch über den Bergen kreisen läßt.

Viele Kur- und Feriengäste nützen die Gelegenheit, mit einer Busfahrt die berühmte Klosterruine Walkenried zu besichtigen und die naheliegende „DDR"-Grenze kennenzulernen. Am Aussichtspunkt Tettenborn kann man von einer Panoramakanzel aus die beklemmende Wirklichkeit des „Arbeiter- und Bauernparadieses" beobachten. Der Wachtturm drüben, gleich hinterm Stacheldraht, ist mit Soldaten besetzt, den einzigen Lebewesen weit und breit. Das Dorf Wackenrode, ganz nah und dennoch unerreichbar, liegt wie ausgestorben da. Selbst zur 1.-Mai-Feier, wenn aus den Dorflautsprechern Marsch- und Tanzmusik herüberschallt, ist kein Mensch auf der Straße zu sehen. So berichten die Tettenborner einigermaßen gelassen. An die gespenstische Nachbarschaft haben sie sich gewöhnt. Und auch an die von Wut und Trauer geprägten Gesichter der Besucher, die diese Grenze zum ersten Mal erleben.

TOM BENEDICT

*

Auskunft: Kurverwaltung, 3423 Bad Sachsa/Harz.



Gerti Röger gibt kreative Bastel-Tips FOTO. TOM BENEDICT

Königlich über den großen Teich

B. C. Frankfurt

Als erfolgreich bezeichnete Europa-Verkaufsdirektor Gilbert von Holzapfel das erste Cunard/NAC-Geschäftsjahr nach der Übernahme der beliebten norwegischen Kreuzfahrtschiffe „Vistafjord" und „Sagafjord" durch die britische Reederei. 5504 Passagiere aus Kontinentaleuropa reisten mit der „Vistafjord", für den letzten Transatlantikliner „Queen Elizabeth 2" entschieden sich 379, für die vornehmlich in fernen Meeren kreuzende „Sagafjord" 290 und für die beiden in der Karibik eingesetzten Mittelklasse-Schiffe „Cunard Countess" und „Cunard Princess" zusammen 52 Passagiere. Die luxuriösen New-York-Pauschalarrangements, bei denen ein Weg per „QUE 2" und einer mit der Concorde zurückgelegt und im Waldorf Astoria gewohnt wird, waren so erfolgreich, daß sie 1985 zwölfmal auf dem Programm stehen. Erheblich preiswerter ist ein Angebot für junge Leute bis 26 Jahre: Sie können – nebst Fahrrad – für 1200 Mark über den großen Teich reisen. (Auskunft: Cunard/NAC, Neuer Wall 54, 2000 Hamburg 36).

NUR: Reisejahr brachte Verluste

B. C. Mainz

Mit 1 062 686 verkauften Urlaubsreisen (minus 0,9 Prozent) verzeichnet die NUR Touristic einen um 2,3 Prozent auf 1,128 Milliarden Mark gesunkenen Umsatz. Neben den Arbeitskämpfen in der Metall- und Druckindustrie haben die Schwäche der D-Mark und die unerwartet starke spanische Pesete zu Verlusten beigetragen. Dennoch geht der Reisekonzern, zu dem die Marken Neckermann Reisen, Terramar, Club 28 Reisen, Club Aldiana und GUT gehören, optimistisch in das Reisejahr '85. Buchungen für Winterreisen liegen derzeit 15 Prozent über Werten des Vorjahres, beim Flugnahbereich liegen für den kommenden Sommer sogar 25 Prozent mehr Buchungen vor. Billiger als '84 wird die Ferienreise von der Stange allerdings nicht werden, dafür gibt es bei NUR Touristic neue Ziele: Madeira, Makedonien, Kos, Thessaloniki, Kuba, Mauritius, Malaysia und Brasilien. Und mit 303 Abflügen pro Woche von 14 Flughäfen – Flugreisen machen 80 Prozent des Geschäftsvolumens aus – wird eine neue Rekordmarke angestrebt.

Brenner's Park-Hotel geehrt

B.C. Baden-Baden

Direktoren weltbekannter Nobelhotels kommen ohne diplomatische Fähigkeiten nicht aus. Ungewöhnlich ist aber, wenn diese ihnen von berufener Stelle attestiert werden. Ein „Certificate of Appreciation", eine vom amerikanischen Botschafter ausgestellte Ehrenurkunde, wurde am Mittwoch durch den amerikanischen Generalkonsul in Stuttgart, Thomas Turqman, dem geschäftsführenden Direktor von Brenner's Park Hotel überreicht. Richard Schmitz, seit vielen Jahren an der Spitze dieses berühmten Baden-Badener Luxushotels, hat sich seit langem um die Vertiefung der deutsch-amerikanischen Beziehungen bemüht. So wird beispielsweise seit 14 Jahren in Brenner's Park Hotel der amerikanische Nationalfeiertag festlich begangen, zur Zeit der Dollarschwäche garantierte man während der Saison den amerikanischen Gästen einen festen Wechselkurs und mit vielen Aktionen unter dem Motto „People to people" wird versucht, Kontakte zwischen deutschen und amerikanischen Gästen zu stiften.

FESTTAGSANGEBOTE (III)/ Städtetrips mit und ohne Gala

Nach Salzburg oder über den Rhein

tt, Bonn

Für einen Tapetenwechsel zu Weihnachten oder Silvester bieten sich nicht nur Kurzurlaube in bekannten Ferienregionen, sondern gerade auch Städtetrips an. Zu einem Gala-Diner mit Silvesterfeier hoch über der Stadt lädt Salzburg ein. Das Arrangement inklusive Stadtrundfahrt, Halbpension und Katerfrühstück kostet ab 566 Mark (Stadtverkehrsbüro, Auerspergstraße 7, A-5024 Salzburg).

Auch die Festspielstadt Bregenz wirbt mit einem Pauschalangebot um Gäste zum Jahreswechsel. Vier Tage Aufenthalt an den Gestaden des Bodensees können mit Hotel, Busausflug, Silvesterball und Neujahrskonzert ab 295 Mark gebucht werden (Verkehrsamt Bregenz, Inselstraße 15, A-6900 Bregenz).

Ganz unter dem Zeichen der Gesundheit stehen die Feiertage in Radolfzell. Die Kurverwaltung Mettnau (Strandbadstraße 106, 7760 Radolfzell-Mettnau) offeriert Weihnachts- und Silvesterkuren zum Spartarif. Für ab 132 Mark pro Tag gehören Kurprogramm, Vollpension, zahlreiche Veranstaltungen sowie Freizeitkurse zum Inklusivpreis. Auch Kempten im Allgäu erweist sich zum Jahresausklang als besonders gastlich. Wer die Residenz, die St. Lorenz Basilika oder das Allgäuer Heimatmuseum und die reizvolle Umgebung in Muße genießen will, der findet im Hotel Fürstenberg (Rathausplatz 8, 8960 Kempten) eine Herberge. Der Preis für sieben Tage mit Frühstück, Ausflügen und Stadtführung beträgt 108,50 Mark.

Schon zur guten Tradition zählt das Weihnachtsprogramm der fränkischen Metropole Nürnberg. Die Preispalette reicht von 22 Mark für eine Übernachtung mit Frühstück in einem Mehrbettzimmer des Jugend-Hotels Nürnberg bis hin zu 210 Mark für eine Übernachtung in einem Doppelzimmer des Crest Hotels Nürnberg (Verkehrsverein Nürnberg, Postfach 42 48, 8500 Nürnberg).

„Pforzheimer Weihnachtszauber" verspricht die Goldstadt am Fuße des Schwarzwaldes seinen Festtagsgästen zwischen dem 22. und 25. Dezember. Ein viertägiges Pauschalangebot mit Halbpension kostet ab 318 Mark. Der feierliche Jahresausklang im gepflegten Hotel mit Ballbesuch und einer Hotelübernachtung kann ab 278 Mark gebucht werden (Stadtinformation, Marktplatz 1, 7530 Pforzheim).

Zum großen Silvesterball bittet die Stadt Mannheim in das Kongreßzentrum Rosengarten. Inklusive Übernachtung kostet der Jahresabschluß ab 100 Mark (Verkehrsverein, Bahnhofsplatz 1, 6800 Mannheim).

Unter dem Motto „Wintermärchen Hunsrück" präsentiert Idar-Oberstein verlockende Variationen für die Feiertage in reizvoller Mittelgebirgslandschaft. Die viertägige Weihnachtsreise in die Edelstein-Stadt kostet ab 582 Mark. Der Silvestergast zahlt ab 568 Mark für die Urlaubstage. In den Arrangements sind zum Beispiel Einkaufsbummel, Stadtrundfahrt mit Besichtigung des Deutschen Edelsteinmuseums enthalten (Städtisches Verkehrsamt, Postfach 01 14 80, 6580 Idar-Oberstein).

Rund um die Uhr dreht sich das Veranstaltungsangebot von Berlin während der Feiertage. Ob bei einem Candle-Light-Diner (ab 45 Mark), dem deftigen Neujahrs-Brunch oder auf einem der zahlreichen Silvesterbälle (ab 59 Mark), Berlin hat nie geschlossen. Den Wegweiser zu den mehr als 200 Offerten für die außergewöhnlichen Tage hält das Verkehrsamt Berlin (Europa Center, 1000 Berlin 30) kostenlos bereit.

Eine festliche Kreuzfahrt auf dem Rhein von Köln nach Straßburg und zurück bietet die Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrt AG (Frankenwerft 15, 5000 Köln 1) vom 20. bis 26. Dezember 1984 je nach Kabinenkategorie zwischen 1700 und 1855 Mark an. Bei dieser Reise mit dem KD-Flaggschiff Deutschland erleben die Passagiere die winterliche Rheinlandschaft mit den Burgen am Mittelrhein und den Städten im weihnachtlichen Lichterschmuck. Zwischenstationen sind Koblenz, Mainz, Mannheim, Straßburg, Speyer und St. Goarshausen (Loreley). Ein Ausflug nach Heidelberg wird ebenso angeboten wie eine Stadtrundfahrt in Straßburg. Höhepunkt der Reise ist das festliche Dinner am Heiligabend.

ÄRZTLICH GELEITETE SANATORIEN UND KLINIKEN

Informieren Sie sich über die erfolgreichsten Naturheilverfahren – z.B. die THX (Thymus-Immun-Therapie)

Wir senden Ihnen kostenlos (Bitte ankreuzen):
- O Die Broschüre **Naturheil-Verfahren**, die ausführlich über erfolgreiche Therapien berichtet: Z. B. über die **Wiedemann-Kur**, **Zelltherapie** nach Prof. Niehans, die **THX** (Thymus-Immun-Therapie), **Ozon** (HOT) Eigenblutbehandlung, **Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie** nach Prof. von Ardenne, **Akupunktur**.
- O Unsere Patienten-Information über die **Chelat-Infusions-Therapie** und ihre Behandlungserfolge bei Herz-Kreislauferkrankungen und Gefäßstörungen.
- O Den Farbprospekt über unsere **ärztlich geleitete Privatklinik für innere Medizin**, die Ihnen allen Hotelkomfort und eine moderne Bäderabteilung bietet.

Coupon

SANATORIUM REGENA 8788 Bad Brückenau Sinntal 1 Tel. 097 41-5011

FRISCHZELLEN

einschl. Injektionen von Thymus-Gewebe

– 35 Jahre Erfahrung –

Eigene Herde speziell gezüchteter Bergschafe – die einzigen Spendertiere original nach Prof. Niehans

Ein natürliches Behandlungsverfahren u. a. bei:
- Herz- und Kreislaufstörungen
- Chronischer Bronchitis und Asthma
- Erschöpfungszuständen (z. B. Managerkrankheit)
- Abnützung von Gelenken und Wirbelsäule
- Nieren-/Blasen-/Prostata-Leiden, Impotenz
- Leber-/Magen-/Bauchspeicheldrüsenerkrankung

Deutsches Zentrum für Frischzellentherapie GmbH

Sanatorium Block
Brauneckstr. 53, 8172 Lenggries
Telefon 0 80 42/2011, FS 5-26231
Btx ✱ 25522 ✱

Im oberen Isartal unterm Oberbayern

Auf Anfrage erhalten Sie ausführliches Informationsmaterial – bitte Alter und Beschwerden nennen.

Entziehungen
– 28 Tage –
KLINIK PROF. KAHLE
5 Köln-Dellbrück – Telefon 0221/68 10 16
Leiter Dr. med. Kahle

»gesundwärts«

Wenn THX, dann ThymOsand

Der frische Thymus-Gesamtextrakt zur Stärkung Ihrer natürlichen Abwehrkräfte. Exclusiv bei uns – dem Sanatorium mit der umfassenden klinischen Erfahrung.

Schwarzwald Sanatorium Obertal
D-7292 Baiersbronn-Obertal
Rechtmurgstraße 1
Tel. (074 49) 84-0

Sondertarif für Senioren: 1. Dezember bis 15. Januar

FRISCHZELLEN-THERAPIE

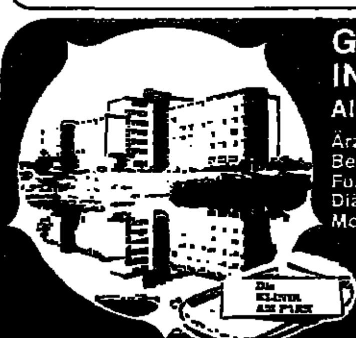
● *Einschl. Injektionen von Thymusgewebe* ● *Aufbereitet im eigenen Labor* ● *Wirkt regenerierend auf den alternden Gesamtorganismus sowie gezielt auf einzelne Organe.*

CHELAT-THERAPIE

● *Bei arteriellen Durchblutungsstörungen* ● *5-jährige praktische Erfahrung mit diesem Heilverfahren.*



SANATORIUM
DIE VIER JAHRESZEITEN
Färberweg 12, D–8183 Rottach-Egern, Tel. 08022-26780 und 24041



GESUNDHEIT IN GUTEN HÄNDEN

Alles unter einem Dach:

Ärztliche Behandlung, Betreuung, Beratung, Labor-, Röntgen- und Funktionsdiagnostik, moderne Diätetik, Kuranwendungen einschl. Moorvollbäder.

Entzündl. u. degenerative Krankheiten aus dem rheumatischen Formenkreis; Zustand nach Operationen und Unfall-folgen am Bewegungsapparat; Krankheiten des Herzens und des Kreislaufs; Stoffwechselkrankheiten

Schwimmbad 30°, Bewegungsbad 35°, Sauna, Kneippanwendungen, gemütl. Cafeteria – in landschaftl. schöner Lage – direkt am neuen Kurpark.

Ausführliche Informationen schicken wir Ihnen auf Anfrage gern zu.

KLINIK AM PARK GmbH & Co. KG
4934 Horn-Bad Meinberg 2 · Postfach 23 40
Telefon (0 52 34) 9 80 61

ASTHMA-KLINIK BAD NAUHEIM

Asthma - Emphysem - Bronchitis - Herz/Kreislauf

- Entwöhnung von Aerosol-Mißbrauch
- Einsparung von Cortison-Präparaten
- allergologische Diagnostik
- Intensiv-Therapie und Einleitung der Rehabilitation

Prospekt anfordern: 6350 Bad Nauheim, Tel.: 06032/81716

Drei gute Gründe für Ihre Gesundheit.

Ambulante Chelat-Therapie

Wird bei gefäßverengenden Ablagerungen bei Arterienverkalkung, Angina Pectoris, Raucherbein, Sehstörungen, Gedächtnisschwäche und Schlaganfall eingesetzt.

Ambulante Ozon-Therapie

Mit der modernsten Gerätegeneration. Hyperbare Ozon-Therapie, kleine und große Eigenblut-Therapie, intravenöse und intramuskuläre Ozon-Injektion bei Durchblutungsstörungen, Rheuma, chronischer Hepatitis, als Zusatztherapie auch bei Malignomen.

Ambulante Cura Romana (HCG)

Abnehmen ohne Hunger bei allen Formen des Übergewichtes. Abbau von Fettdepots in den Problemzonen Hüfte, Taille, Gesäß und Oberschenkeln.

PRIVATKLINIK SANITAS

Unterlagen und Terminvereinbarungen unter Tel. 089/2609464
Privatklinik SANITAS GmbH, im Herzen Münchens, Neuhauser Str. 9, 4. Stock, Haertle-Passage.
Unsere Ärzte beraten Sie gerne.
(Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Chelat-Therapie.)

Kurhotel Bärenstein
4934 Horn – Bad Meinberg 1, Teutoburger Wald, Tel. 05234/50 33 u. 50 34
ZELLTHERAPIE nach Prof. Niehans, moderne REGENERATIONSKUREN, NEURALTHERAPIE nach Dr. Huneke. Schroth- u. HCG-Kuren (gezielte Gewichtsabnahme), Kneippkuren, Ozonbehandlung, Thymusextrakt-Behandlung (THX), Fango. Hallenbad 28°, Solarium, Sauna, Allwetter-Tennisplatz, ruh. Lage, dir. am Wald, beihilfefähig bei Schroth- und Kneippkuren. VP 55,- bis 72,- DM. Auf Wunsch Prospekt.

Psychosomatische Privatklinik Psychotherapie-Hypnosen seit 30 Jahren

Seelische, vegetative und körperliche Erkrankungen, Entziehungen, individual- oder Pauschalbehandlung (Kassen), 25 Patienten

Privatkrankenanstalt 2852 Bederkesa 9 Telefon 04745/292

Schnittfreie Operationsmethode von KRAMPFADERN

Die in Bad Honnef entwickelte Operationsmethode der percutanen Exhairese hinterläßt keine Spuren. Mehr als 12 000 erfolgreich operierte Patienten.

Vorteile der Krampfaderentfernung durch percutane Exhairese:
- Lange und oft problematische Heilung der Schnittwunden am Bein entfällt.
- Möglichkeit, die Krampfadern zu entfernen auch bei den Fällen, wo die Schnittmethode schon gefährlich und deswegen nicht anzuwenden ist (offene Beine).
- Sofort gehfähig, dadurch Komplikationsrate stark reduziert (Embolie).
- Hinterläßt keine sichtbaren Narben.
- Kurzer Klinikaufenthalt (drei bis fünf Tage).
- Bei geeigneten Fällen sogar Möglichkeit einer ambulanten Entfernung auch in örtlicher Betäubung.

Prinzip der Methode:
Die Krampfadern werden mittels eines speziellen Instrumentariums durch etwa 1 bis 2 mm große Einstiche entfernt.
Weitere Einzelheiten erhalten Sie in der Phönix Klinik, 534 Bad Honnef, Am Spitzenbach 15, Telefon 022 24/25 29 oder 25 19.

Psychosomatische Fachklinik

Probleme mit Alkohol, Medikamenten und psychosomatischen Beschwerden, u. a. als Folge beruflicher oder persönlicher Krisen, erfordern eine fachlich erstklassige, intensive (also zeitsparende) und vor allem diskrete Intervention. Von der akuten Situation (Entzug, intern., neurol., psychiatr. Behdlg.) bis zur Therapie muß alles zur Verfügung stehen.

Besonders für Führungskräfte, leitende Angestellte, Beamte und deren Angehörige arbeitet eine derart ausgelegte psychosomatische Fachklinik (17 erfahrene Ärzte und psychologische Fachkräfte für 48 Betten) in einem niveauvollen deutschen Heilbad. Durchschnittliche Behandlungsdauer 6–8 Wochen.

Ihre Anfragen werden sofort, individuell und diskret beantwortet.

Anfragen bitte zunächst an Frau Kix, Obernbergklinik, Parkstraße 25, 4902 Bad Salzuflen, Tel. 05222/18 01 11, Telex 931 22 12.

Frischzellen am Tegernsee
inkl. Thymus

frisch im eigenen Labor zubereitet
- tierärztlich überwachte Bergschafherde
- ärztliche Leitung mit langjähriger Frischzellenerfahrung
- Biologisch-natürliche Behandlung bei vielen Organschäden und Verschleißerscheinungen
- Information auf Anfrage – oder rufen Sie uns einfach an.

BUSCHA
FRISCHZELLENSANATORIUM GmbH
Kißlingerstr. 24–26 8183 Rottach-Egern/Obb. Tel. (08022) 2 40 33

Sauerstoffüberdrucktherapie Hyperbare Oxygenation

Neue amerikanische Ergebnisse zeigen Erfolg bei **MS, Durchblutungsstörung etc.**

Institut für Hyperbare Oxygenation
4550 Bramsche, Postfach 128
Tel. 05461/18 77

Herz Kreislauf · Asthma · Bronchitis
- alle Kurmittel
- Indiv. ärztliche Betreuung
- Pauschalkuren, keine zusätzlichen Kosten
- Anschlußheilbehandlung nach Herzinfarkt sowie Asthma bronchiale
- 39 m² großes Appartement

Fordern Sie bitte unseren Informationsbrief an: Ostseekurklinik Holm – an der Kieler Förde 2306 Schönberg, Telefon 04344/20 02

Frischzellen
Kurheim 2077 Großensee bei Hamburg.
Telefon 04154/62 11

Zelltherapie am Schliersee
Bio-Regenerationskuren unter fachärztlicher Leitung
„KURHOTEL STOLZEN"
in ruhiger Lage – 40 Betten in der schönsten Gegend Bayerns
Info: 080 26/22 22, auch Sa. So.
8162 Schliersee 2, Postfach 236



HAUS Del Sol
3590 Bad Wildungen
Wallensteinstraße 1
Postfach 1660
Telefon 05621/4002
Prospekte anfordern
- Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie nach Prof. von Ardenne
- Schlankheitskuren (Akupunktur – HCG)
- Zell-Therapie
- Regenerationskuren (THX – Bogomoletz etc.)
- Rheuma-Spezialbehandlungen

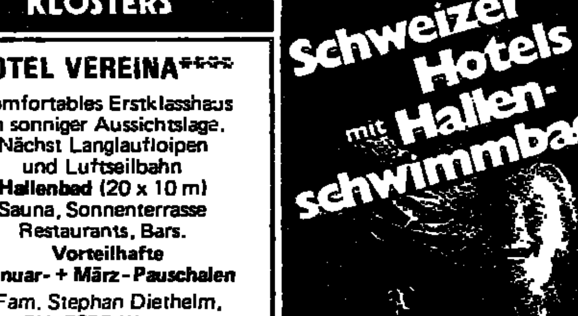
SCHWEIZ

FLIMS

SCHWEIZERHOF****
Das Ferienhotel mit Stil und Atmosphäre.
Hallenbad 29° (8 × 15 m), Sauna, Solarium, Sonnenterrasse.
Pauschal-Skiwochen.
Spezialpreise im Januar und ab Mitte März.
Bes. Fam. Rud. Schmidt, CH-7018 Flims-Waldhaus
Tel. 004181-39 12 12
Telex 74 561

KLOSTERS

HOTEL VEREINA****
Komfortables Erstklasshaus an sonniger Aussichtslage. Nächst Langlaufloipen und Luftseilbahn
Hallenbad (20 x 10 m)
Sauna, Sonnenterrasse
Restaurants, Bars.
Vorteilhafte Januar- + März-Pauschalen
Fam. Stephan Diethelm, CH-7250 Klosters
Tel. 004183-4 11 61
Telex 74 359



AROSA

HOTEL EXCELSIOR****
Erstklasshotel
mit modernstem Komfort (140 B) sonnig, ruhig und zentral gelegen. Reichhaltiges Frühstücksbuffet. Hallenbad, Sauna, Solarium. Pianobar mit Tanz, Bündnerstübli. Parkplatz/Garagen. Eigener Busdienst zu Skilifts u. Sportbahnen.
Im Januar + ab 10. März günstige Preise.
Offen bis nach Ostern.
N. und O. Rederer, Dir.
CH-7050 Arosa
Tel. 004181-31 16 61
Telex 74 128

AROSA

WALDHOTEL NATIONAL****
Beste Lage für Skifahrer und Spaziergänger.
Hallenbad (28°), Sauna, Schlemmer-Frühstücksbuffet
Bis 16. Dez., Anfang Januar bis Anfang Februar und ab 17. März bis nach Ostern reduzierte Preise.
W. + E. Huber
CH-7050 Arosa
Telefon 004181-31 26 65
Telex 74 209

im Herzen der Berge

Hotel Waldhaus
- ★ Leitung: Fam. R. Kienberger & F. Dietrich
- ★ Wintersaison 15. Dezember bis 15. April
- ★ Orchester - Kindergarten - Gratisbus zu Bergbahnen & Loipen - Hallenbad - Tennishalle - Garagen für 80 Wagen -
- ★ Neu: Damen- und Herrencoiffeur

CH-7514 Sils-Maria (Engadin/Schweiz)
Tel. 004182-4 53 31 Tx. 74 444

SAVOY Arosa
★★★★★ SAVOY VIVRE
wo man sich trifft
Ihr *****TOP-HOTEL
für aktive Winter- + Sommerferien ab Fr. 110.– Halbpension
Hallenbad, Tennishalle, Squash-Hallen Kegelbahnen, Kindergarten gratis, etc.

Tennis/Squash + Ski	ab Fr. 890.–
Schönheitswochen	ab Fr. 820.–
Fitnesswochen	ab Fr. 795.–

★ Spezielle Familienarrangements ★
SAVOY-HOTEL, CH-7050 AROSA
Joe L. Gehrer, Dir.,
Tel. 004181-31 02 11
Telex 74 225

Schweiz: Ferien für Senioren
Appartements (1–3 Betten, Kochnische, TV mit 8 Programmen, Dusche/WC, Balkon Seeseite) 880,- DM (im Monat). Wie oben ohne Kü. 680,- DM (im Monat). Hotelzimmer (fl. Wasser) 480,- DM (im Monat). Parkplatz. Auskunft: Hotel Eden, CH-6440 Brunnen (Vierwaldstättersee) 004143/31 17 98/31 17 07 TX 866 005

Reiseanzeigen

helfen mit, Urlaub, Freizeit und Wochenende richtig zu planen. Studieren Sie die Anzeigen der Reiseteile von WELT und WELT AM SONNTAG, und Sie werden jede Menge verlockender Angebote entdecken.

KULM HOTEL ST. MORITZ
Auftakt zur Wintersaison
Sunshine-Skiwochen
vom 1. bis 22. Dezember 1984
Wir bieten Ihnen das einzigartige Ambiente für faszinierenden Wintersport!
Verlangen Sie unser Spezial-Angebot für Dezember, Januar und März
Kulm Hotel, CH-7500 St. Moritz
Telefon 0041-82 2 11 51, Telex 74472
Panorama-Hallenbad, Sauna
Massage, Bars, Dancing, Grill
für Gäste, die gerne geniessen!

Für alle

die sich auf ihre Urlaubsreise freuen oder Ferienerinnerungen auffrischen wollen, sind die „Reise-Welt" in der WELT und „Modernes Reisen" in WELT am SONNTAG jede Woche willkommene Lesestoffe.




Das 4-Stern-Hotel mit Fünfstern-Komfort
Vollständig renoviert grosszügig erweitert!
Hallenbad, Whirlpool, Spiel- und Fitnessräume, Restaurant im Bündnerstil, Piano-Bar, Tiefgarage
Zentrale Lage Nähe Parsennbahn
Ski- und Langlauf-Spezialwochen
Hotel Peterhof Davos
Fam. Meier, CH-7260 Davos-Dorf
Tel. 004183-61 2 85 – Tx. 74 363

Bitte schicken Sie

Aufträge und Druckunterlagen für Ihre Anzeigen in der Kombination REISE-WELT/MODERNES REISEN ab 2. Januar 1985 stets direkt an diese Anschrift:

DIE WELT
WELT am SONNTAG
Anzeigen-Expedition
Postfach 10 08 64
4300 Essen 1
Telefon: (02054) 101-518, -524, -1
Telex: 8 579 104
Telekopie: (02054) 827 28, -29

VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND

Appart-Hotel **Sylter Hahn**
Neu in Westerland / Sylt
Eröffnung Ostern '85

Einzel-, Doppelzi.- u. Appartement m. allem Luxus wie Schwimmbad, Sauna, Solarium, Dampfbad, Whirlpool. Restaurant. Ber. 250 m bis Nordsee/Strand u. Tennisplätze. Konferenzmöglichkeiten bis 45 Pl.
Hausprospekt
Fa. Brüggen, 2280 Westerland/Sylt
Robbenweg 3, Postfach 1505
Tel. (04651) 75 85 + 73 74

Jeden Sonntag in WELT am SONNTAG MODERNES REISEN
Jeden Freitag in der WELT: REISE-WELT
Wichtig für alle, die ihren Urlaub planen.
Wichtig für alle, die ihren Urlaub genießen wollen.

SCHROTHKUREN in Norddeutschland
In einem der schönsten Hotels im Südharz, aller Komfort, besond. günstig
14 Tage DM 1400,–
21 Tage DM 1950,–
Garantierte Abnahme.
Hausprospekt bitte anfordern.
Kneipp- und Schroth-Kurhotel „Wiesenbeker Teich"
3422 Bad Lauterberg im Harz
Tel. 05524/33 09 und 29 94

Aparthotel „Gschwendtner Hof"
Gschwendtner Hochalm in Aschau/Priental. Langlauf, Abfahrtslauf v. d. Haustüre. Preis pro Pers. u. Woche ÜF DM 325,- inkl. Saunabenutzung.
Komf.-Ferienwohnungen in Bad Aibling, Aschau, Berchtesgaden, Chieming u. Eggstädt.
Farbprospekt, Info, Buchung direkt beim Vermieter Chiemgau-Ferienwohnungen: Rottauer Straße 69, 8214 Bernau/Chiemsee, Tel. 08051/77 38
Büro Wuppertal, Wall 39, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/45 46 00
oder in Ihrem Reisebüro

HOTEL **Alpenhof** **Bad Tölz · Oberbayern**
Neues Haus in idealer Lage für Kur-, Ferien- oder Kurzaufenthalt, ruhig und doch zentral.
Buchener Straße 14 · 8170 Bad Tölz · Telefon 08041/40 31
Frühstücksbüfett · Hallenbad · Hot-Whirl-Pool · Sauna · Solarium · Liegewiese
Parkplatz · Zimmer mit allem Komfort · Ferienwohnungen.



KURHAUS PALMENWALD 7290 Freudenstadt Schwarzwald
Christl. Kur- und Ferienhotel, eig. Park, direkt am Wald. Nähe Kurhaus, Lift, HALLENBAD, Sauna, Solarium, Massagen, Arzt im Haus, jede Diät. Das Haus mit der besonderen Atmosphäre! Farbprosp. auf Wunsch! Tel. 07441/40 01.

Familienferien im Hochschwarzwald:
Wanderparadies
WEIHERHAUS Ferienwohnungen
Neu erbaut, exklusiv eingerichtet, herrl. Lage, Ski-Langlauf und Wanderparadies, heilklimat. Kurort, 1000 m. Prospekt anfordern. L. u. M. Herbst, Postfach 1111, 7741 Schönwald, Telefon 0 77 22/56 69.

Winterspaß mit DORINT im Harz
Im DORINT Harzhotel Kreuzeck am Fuß des 727 m hohen Bocksbergs kommen Winterwanderer und Langläufer voll auf ihre Kosten. Komfortzimmer mit Bad, Radio, Farb-TV, Telefon, Minibar, Hallenbad, Sauna, Sonnenbänke.
1 Woche incl. HP p. P. im DZ ab 483,–
Dorint Harzhotel Kreuzeck
3380 Goslar-Hahnenklee, Tel. 0 53 25 - 741

Kurhotel Waidmannsheil
8973 Hinterstein/Oberallgäu, Tel. 08324/81 81
Zimmer mit Komfort, gemütl. Aufenthaltsraum, Hallenbad (30°), Kuranlage (Kneipp, Schroth, med. Bäder, Elektrotherapie, Moorpackungen, Massagen), Diät, ärztl. Leitung, beihilfef., kein Kurzwang. Günstige Sonderpauschalwochen v. 6. 1.–10. 2. 85! Auch Ferienwohnungen, ruhige Lage. Prospekt anfordern!

Urlaubsplanung

In den Reiseteilen von WELT und WELT am SONNTAG gibt's Anregungen und Angebote in Hülle und Fülle. Für jeden Geschmack und jeden Geldbeutel.



HOTELS

Hamburg – Einen Genuß in zwei Akten verspricht das neue „Theater-Menü" des Restaurants „Noblesse" im Ramada Renaissance Hotel Hamburg unweit des Jungfernstieg. Die sechsgängige Speisenfolge wird in zwei Abschnitten serviert, die ersten vier Gerichte werden vor Theaterbeginn gereicht, das Hauptgericht und die Nachspeise sollen die Gäste nach der Theater- oder Kabarettvorstellung erfreuen. Das Menü kostet pro Person 90 Mark und sollte spätestens einen Tag vorher unter der Rufnummer (040) 349188004 bestellt werden.

Grafenau – Die Steigenberger Hotels Sonnenhof in Grafenau am Nationalpark Bayerischer Wald und im kleinen Luftkurort Lam bieten ihren Gästen bis zum 21. Dezember ein „Schlaufuchs-Arrangement" an. Sieben Übernachtungen im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche und Halbpension kosten 392 Mark pro Person (Auskunft: Steigenberger Touristik Service, Postfach 16440, 6000 Frankfurt 16.)

Wien – Auch in diesem Winter bieten Wiener Hotels (Kremslehner-Hotels, Rooseveltplatz 15, A-1096 Wien) von November bis März wieder preisgünstige Arrangements an. So kostet zum Beispiel „Wien zu zweit" mit zwei Übernachtungen in einem zentral gelegenen Vier-Sterne-Hotel, Begrüßungscocktail sowie einem typischen Wiener Dinner etwa 120 Mark pro Person.

Mauritius – Das Maritim Belle Mare Hotel Mauritius stellt Hochzeitsreisenden ab dem 15. Januar, außer vom ersten bis zum zehnten April, in der dritten Woche das Zimmer kostenlos zur Verfügung. Nur die Mahlzeiten müssen direkt an das Hotel gezahlt werden. Dieses Angebot gilt auch für Paare, die auf Mauritius heiraten möchten, sowie für Ehepaare, die ihre Silberne oder Goldene Hochzeit feiern. (Maritim-Hotel-Reisedienst, Am Wehrhahn 76, 4000 Düsseldorf 1.)

Frankfurt – In der Bundesrepublik gibt es viel zu viele Hotelbetten. Diesen Schluß läßt eine Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu, nach der 1983 die Auslastung der Hotelbetten bundesweit bei nur 34,3 Prozent lag. Der Juli und der August waren dabei mit jeweils knapp 52 Prozent die besten, der Januar und Dezember mit jeweils rund 20 Prozent Auslastung die schlechtesten Monate. Unter allen 23 OECD-Mitgliedstaaten rangiert die Bundesrepublik damit auf dem drittletzten Platz.

SICHERHEIT IM SCHNEE

Überforderung ist die häufigste Unfallursache

Kaprun

Junge Menschen sowie Frauen und Männer, die den Höhepunkt ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit bereits überschritten haben, sind durch Bergunfälle besonders gefährdet – beim Skifahren wie beim Wandern und Klettern. Das Österreichische Kuratorium für alpine Sicherheit widmete deshalb das „18. Kapruner Gespräch" der Vorbeugung von Unfällen jüngerer und älterer Menschen in den Bergen.

Bei den erwähnten Altersgruppen ist nach Erkenntnissen der Fachleute die Überschätzung des eigenen Könnens die Ursache vieler Unfälle. Jüngeren mangelt es an Erfahrung, Ältere wollen nicht wahrhaben, daß sie nicht mehr so leistungsfähig sind wie in jüngeren Jahren. Überforderung, Überanstrengung, Unfälle und nicht selten Tod sind die Folgen.

Professor Alfred Aigner vom Institut für Sportmedizin in Salzburg erschreckte das Auditorium mit alarmierenden Zahlen: 101 Tote waren zwischen dem 1. Mai 1983 und dem 30. April 1984 auf Österreichs Ski-Pisten und -Loipen zu beklagen. Davon seien 64 den bei Stürzen, Zusammenstößen und Lawinenniedergängen erlittenen Verletzungen erlegen, der Rest vom Herz-Tod ereilt worden.

Der Wissenschaftler verriet, daß die Herzfrequenz-Werte eines 32jährigen Mannes auf Skiern selbst bei gemäßigter Fahrweise auf 160 bis 180 Schläge in der Minute stiegen. „Wenn ein älterer Mensch die gleichen Belastungen auf sich nimmt, können dadurch gesundheitliche Schädigungen bis hin zu Lebensgefahr heraufbeschworen werden", sagte Aigner.

Besonders gefährliche Rollen spielen nach seinen Erkenntnissen das Fahrtempo, die Angst vor Steilhängen und anderen schwierigen Streckenabschnitten, der Streß beim Bemühen, die Ski-Tageskarte optimal auszunutzen, und die oft alarmierende Konzentration von Milchsäure im Blut. Aigner: „Je geringer die Technik ausgebildet ist, desto mehr Krafteinsatz ist nötig ... Die meisten Unfälle passieren nicht zufällig am Nachmittag und in unteren Streckenabschnitten – das heißt dann, wenn sich beim Skifahrer Ermüdung eingestellt hat."

Erich Müller vom Institut für Leibeserziehung der Universität Innsbruck verdeutlichte, welchen körperlichen Belastungen ein Skikurs-Teilnehmer bei einer täglichen Kurszeit von viereinhalb Stunden ausgesetzt ist.

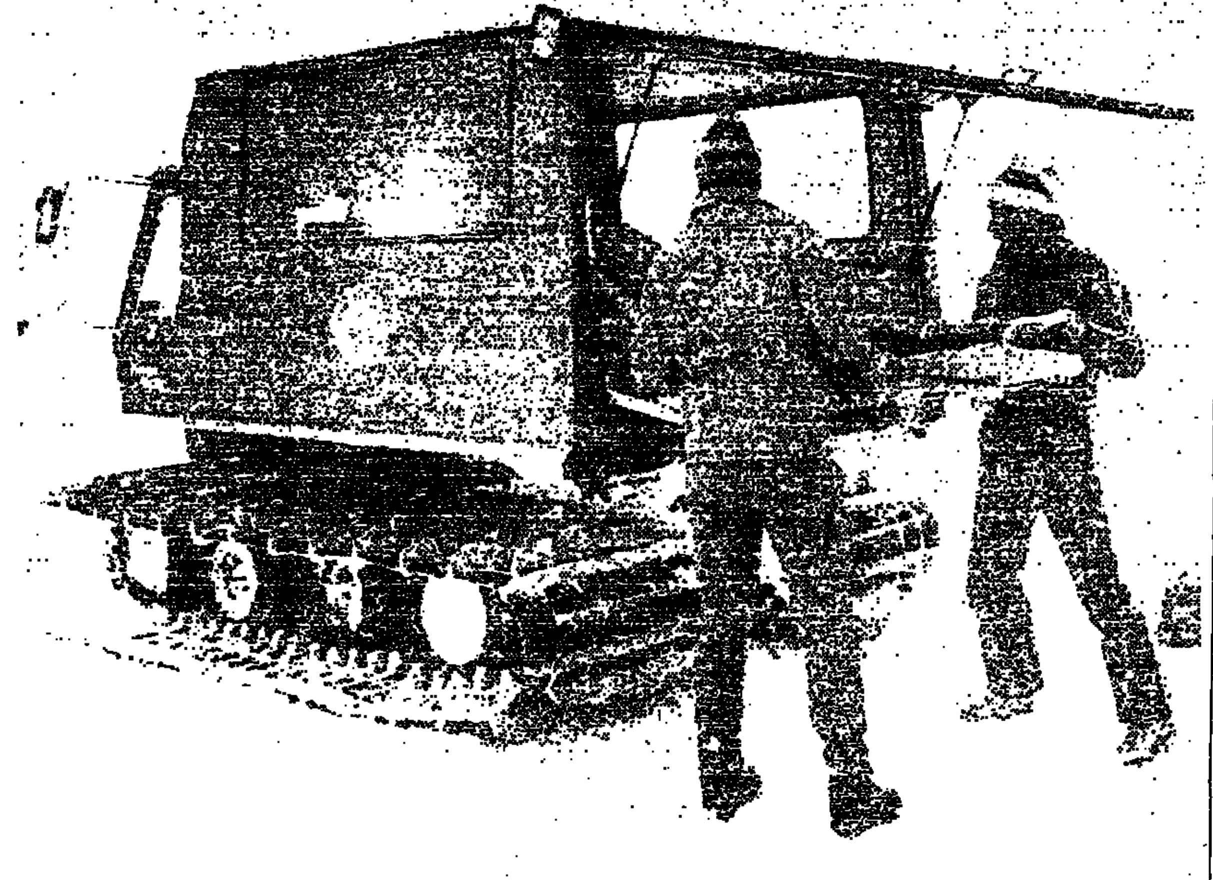
„Angesichts derartiger Belastungen kann man Skilehrern nur den Rat geben, Rücksicht auf Schülerinnen und Schüler zu nehmen", sagte der Wissenschaftler. „Der Skilehrer muß immer wieder fragen, ob seine Schüler den körperlichen Anforderungen gewachsen sind. Verantwortungsbewußtsein und Rücksicht der Skilehrer können Unfälle verhindern."

Auch Erich Müller hatte erkannt, daß mangelhafte Technik von vielen Skifahrern durch Krafteinsatz kompensiert wird. Krafteinsatz im Übermaß aber wirke sich stark auf Kniegelenke und Wirbelsäule aus, sagte Müller. Verschleißerscheinungen in den fraglichen Bereichen seien die Folge ... Müller gab schließlich das Resultat langjähriger Beobachtungen bekannt: Die wenigsten Unfälle passieren an steilen Hängen oder auf eisigen Abfahrten, die meisten aber auf flachen und plattgewalzten Pisten. Müller: „Da fühlt sich auch der schlechte Skifahrer im Element. Jeder läßt es laufen, fühlt sich sicher, zu sicher. Dabei passieren Unfälle."

Der erste Tag des „Kapruner Gesprächs 1984" wurde mit einem umstrittenen Beitrag von Helmut Aigelsreiter beschlossen. Der Direktor der österreichischen Bundesanstalt für Leibeserziehung in Graz behauptete, gewisse Skitechniken seien die Ursache zahlreicher physiologischer Schädigungen. Er erinnerte vor allem an den Telemark und an den Jet-Schwung der 70er Jahre.

Verderblich sei die nach wie vor verlangte Fixierung des Oberkörpers beim Skifahren. Manche Haltungsansagen seien von Übel. Das geforderte Stillhalten des Oberkörpers führe zu vielen orthopädischen Störungen und Schädigungen. Selbst die richtige Atmung werde dadurch beeinträchtigt.

Nach Sportmedizin und Methodik des Skifahrens fesselten Lehrfilme über Bergsteigerei und Klettern sowie Kinder auf Skiern das Auditorium. „Manchmal frage ich mich, was den Leuten eigentlich am Skifahren gefällt", sagt ein 12jähriges Mädchen in dem Film. „Die Pisten sind steil, am Lift muß man aufpassen, immer muß es schnell gehen, damit die Liftkarte ausgenutzt wird ..."



Ein Rettungsfahrzeug im Einsatz: Oft könnten die Unfälle auf der Piste vermieden werden. FOTO: DPA

Die Frage ist Ausdruck von Konflikten in vielen Familien, in denen ehrgeizige Eltern ihr Kind zu einem Ski-As und künftigen Olympiasieger machen möchten, obwohl dieses lieber im weichen Schnee herumkrabbeln würde, statt zum wiederholten Male zu probieren, einen Bogen nach rechts oder nach links auf die Piste zu legen.

Die Optik verdrängte das Wort jedoch nur kurze Zeit von der Tagesordnung. Mit dem Referat des Skisport-Sachverständigen Josef Pichler erreichte der Kongreß am zweiten Tag einen seiner Höhepunkte. Der Richter am Oberlandesgericht Graz sprach über die Hauptursachen der Skiunfälle von Kindern und Jugendlichen, deren Anteil an sämtlichen 30 000 Unfällen in Österreich vor vier Jahren 33, im letzten Winter jedoch nur mehr 27 Prozent betrug.

Pichler sagte, nicht allein der Anteil der jungen Menschen an den Unfällen sei gesunken, sondern die Zahl der Skiunfälle sei insgesamt rückläufig. Besseres fahrerisches Können, bessere Ausrüstung, sorgfältiger präparierte und gesicherte Pisten sowie die Stärkung des Gefahren- und Sicherheitsbewußtseins der Skifahrer durch Information und Aufklärung hält Pichler für die Gründe der positiven Entwicklung.

Pichler ermittelte Sturz und Kollision als weitaus häufigste Ursachen bei den Skiunfällen Jugendlicher. Als Hauptursachen für Stürze und Kollisionen bezeichnete Pichler Mangel an Gefahrenbewußtsein, erhöhte Risikobereitschaft, zu hohes Fahrtempo, Aufmerksamkeits- und Beobachtungsfehler sowie Ermüdung. Pichler warnte davor, „mit Musik in den Ohren" Ski zu fahren. „Mit einem Walkman zu fahren mag zwar vergnüglich sein", äußerte Pichler. „Es ist aber höchst gefährlich, weil die Fahrgeräusche von anderen Skifahrern und selbst von Pistenfahrzeugen überhört werden und weil zu viel Aufmerksamkeit vom Skifahren abgewandt wird."

Werbung, Rennsport und Geschwindigkeitskult sind nach Meinung von Pichler an zahlreichen Unfällen jugendlicher Skifahrer schuld. „Der Sechzehnjährige, der sich die laut Werbung schnellsten Skier der Welt untergeschnallt hat, glaubt sich natürlich lächerlich zu machen, wenn er beherrscht, besonnen und nicht schneller als andere fährt", sagte Pichler. „Die jugendlichen Benutzer von derart apostrophierten Skiern neigen dazu, sich mit Rennfahrern zu identifizieren. Schließlich fahren sie wie Rennfahrer auf Pisten, auf denen sich Kinder und ältere Menschen, Anfänger und Könner in wirrem Durcheinander tummeln und bewegen. Skifahren ist nicht nur eine Sache der Beine, Skifahren ist auch eine Sache des Kopfes und des Charakters."

Am Rande des dreitägigen Kongresses wurde übrigens von den meisten Fachleuten betont, für eine Helmtragepflicht sowie Alkoholkontrollen auf Skipisten bestehe objektiv kein Anlaß. Alkohol spiele in Wahrheit keinen nennenswerten Einfluß auf das Unfallgeschehen.

Auch Skilehrer als Pistenpolizisten, die rücksichtslose Raser aus dem Verkehr ziehen sollen, wurden mehrheitlich abgelehnt. Skilehrer hätten keine rechtliche Legitimation für derartige Aufgaben, und für einen Entzug von Liftkarten und Skipässen gebe es keine rechtlichen Grundlagen.

Professor Eduard Rabofsky, Sekretär des Österreichischen Kuratoriums für alpine Sicherheit, formulierte es so: „Nicht Zwang, sondern nur Einsicht kann mehr Sicherheit in den Bergen schaffen."

WALTER H. RUEB

ANGEBOTE

Polar-Expedition

Eine dreiwöchige Reise in die Antarktis beginnt am 2. Januar in Australien. Von Hobart im Bundesstaat Tasmanien aus fährt die 2500 Tonnen große eisbrechende „Lindblad Explorer" mit 62 Besatzungsmitgliedern und 92 Passagieren an Bord zur Antarktis. Geplant sind Tierzählungen sowie Helikopterflüge über das spektakuläre Eisland. Im Preis von 5900 Dollar (etwa 14 500 Mark) sind Mahlzeiten und Landausflüge enthalten. (Auskunft: Seatours International, Weissfrauenstraße 3, 6000 Frankfurt.)

Jugend im Kibbuz

Jeweils 15 bis 20 junge Leute (Mindestalter 18 Jahre) können am 14. Dezember an einem vierwöchigen Einsatz in einem Kibbuz in Israel teilnehmen. Vorausgesetzt werden englische Sprachkenntnisse und die Bereitschaft, täglich sechs Stunden im Kibbuz mitzuarbeiten. Die Teilnehmerkosten betragen einschließlich der Flüge 675 Mark. (Auskunft: Arbeitskreis Internationaler Gemeinschaftsdienst (AIG), Auf der Körnerwiese 5, 6000 Frankfurt.)

Ferien auf dem Shannon

Wer bis spätestens 31. März '85 seinen Bootsurlaub auf dem Shannon in Irland bucht, kann sich über ein attraktives Spar-Angebot freuen: Die Bootsvermieter „Silver Line Cruisers" und „SGS Marine" bieten für frühe Buchungen einen Nachlaß von zehn Prozent auf den Mietpreis an. Sie verfügen über eine große Flotte an führerscheinfrei zu fahrenden Ferienbooten aller Größen, die mit jeglichem Komfort ausgestattet sind. (Auskunft: Ferienboot-Charter, Feichtmayrstraße 29, 7520 Bruchsal.)

Sonntag in München

In der Adventszeit für einen Tag nach München fliegen und dort für ein paar Stunden in die Märchenwelt des Christkindlmarktes zu tauchen – dieser Kurzausflug wird vom Hapag-Lloyd-Reisebüro in Hamburg an jedem Sonntag vom 2. bis 23. Dezember zu einem Preis von 235 Mark angeboten. Abflug in Hamburg ist frühmorgens und Rückkehr nach Hamburg um etwa 22.15 Uhr am gleichen Tag. (Auskunft: Hapag-Lloyd-Reisebüro, Verkehrspavillon am Jungfernstieg, 2000 Hamburg 36.)

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

Nordsee

Inselurlaub auf Wangerooge/Nordsee 15 Wohnungen, 2–5 Pers., zu vermieten *See-Hotel, Tel. 04469/373, auch Sa./So.*

Langeoog Ferienwonne in der Wintersonne. Komf.-Appartements auch noch über Weihnachten und Silvester frei. Tel. 04954/50 95

Sylt/Morsum komf. + exkl. Wohn. in neuem Friesenhaus, f. 2–4 Pers., noch frei Weihn./Silvester und Frühl./Sommer 85. Tel. 0511/51 15 99

SYLT *ist bei jedem Wetter schön.* Hübsche Ferienwohnungen u. Häuser in jeder Größe und Lage frei. App.-Verm. Christiansen Alte Dorfstr. 3, 2280 Tinnum/Sylt Tel. 04651/318 86

SYLT Komf-Whg. für 2–6 Pers., Farb-TV, Tel., Schwimmbd., Sauna. Tel. 04106/44 57

Weihnachten/Silvester auf der Insel Norderney Ferien-Kft.-Whgn., 4–6 Pers. frei. Lage am Kurpark, Strand 600 m, ideal für Kuren (Asthma + Allergie) und Ferien. Tel. 04932/37 68 (v. 16–20 Uhr) od. 02563/35 55 Verwaltung: Annemargret Wirringa, Gartenstr. 26 B, 2982 Norderney

Kampen/Sylt, Komf.-Ferienwhg. für 2–3 Pers. in einer Ebene im Reetdachhaus, ruhige Lage, ab sofort u. Weihn. frei; ab 1985 f. 100 Tage zu vermieten. Tel. 030/852 32 98

NORDSEEBAD HOOKSIEL gepfl. Ferienhaus, kompl. möbl., 4–6 Pers., Farb-TV, Gar., Hallenwellenbd. sof. u. Feiertage frei. Tel. 04221/82016

SYLT-VERMIETUNG KUECHLER, 2280 Westerland Appartements und Ferienhäuser frei. Bitte Bildprospekte anfordern. Friedrichstr. 9 – Telefon 04651/75 77

Weihn./Silvester auf Sylt Wenningstedt, 3-Zi.-App., ruh. Lage, f. 2–4 Pers. *Ruth Henrichsen, 04651/226 44*

Weihnachten feiern auf Sylt? Wir bieten Ihnen unser gemütl. Ferienhaus mit Kamin, 3 Schlafzim., 3 Bäd., Sauna, Sonnenbank, dir. am Weststrand Wenningstedts, v. 15. 12.–15. 1. an. Hermann, Tel. 04651/426 06

Kampen-Sylt ruhig u. gemütlich unter Reetdach m. Blick über Heide, Dünen u. Meer. Wo'gen f. 2 bis 6 Pers., ganzjährig im LOTSENHOF u. Friesenhof GODEWIND. Hausprosp. Pf. 40, 2285 Kampen Tel.: 04651-411 10

SYLT Ferienwohnungen und Ferienhäuser CTV, GS, Tel., Parkpl., Strandnähe, Prosp. anf. APP.-VERMIETUNG BALS, Kollundweg 27 d 2280 Westerland/Sylt, Telefon (0 46 51) 2 42 66

SYLT – Keitum u. Westerland *Ferienwohnungen Vor- u. Nachsaison frei, auch einige Termine Hauptsaison, teilw. m. Schwimmbad, Sauna u. Solarium.* IVG-Sylt, Bismarckstraße 5, 2280 Westerland/Sylt, 04651/216 00

SYLT 4 Tage gratis, gemütl. Komf. Ferienwhgen, f. 2–6 Pers., ab DM 80,–, *m. Sauna, Solar., TV. 14 Tage wohnen,* 10 Tage bezahlen. Weihn. festl. geschmückt. Tel.: 04654-244 nach 18.00 Uhr

Herrliche Weihnachtsferien auf der Insel Föhr Ferienhser, Strandapp., Whgen. Tel. 040/51 77 75 und 04681/88 77

Weihnachten auf Sylt am Kamin, gemütl. App's für 2–4 Pers. frei. Tel. 04651/69 42

Tinnum/Sylt Gemütl. Pens. verm. mod. einger. Zi. (Bd./Du.), DZ/EZ 80,–/60,– inkl. Frühst., Sauna, Sol. i. Hs., Ten.-, Kegel-, Reitmögl. i. d. Näh., 04651/310 66

Westerland/Sylt kft. App. f. 2 Pers., 100 m z. Strand. Weihn./Silv. fr. Tel. 0941/5 14 63

Weihnachtsurlaub auf Sylt in Tites Herberge. 2280 Rantum, gemütliche App. mit Sauna und Sportraum. Tel. 04651/10 10

Nordseeinsel Baltrum Fe'wo., DM 70,–/Tag, über Weihn./*Neuj. noch frei. Tel. 0551/79 20 66*

Ostfries. Nordseeküste mod. Fer'whg., 10 Tg. zahlen, 14 Tg. wohnen. Carolinensiel, 04464/238

Sylt – Westerland 1-Zi.-App. mit Ambiente Weihn. + Silv. frei. Tel. 040/86 07 08

Sylt/Strandnähe exkl. Friesen-Einzelhs. ab sof. u. Weihn./Neuj. noch fr. 0911/54 02 03

Sylt/Keitum (Munkmarsch) Neubau-3-Zi.-Whg. (4 Pers.), ruh., dir. am Watt, DM 80,– bis DM 150,–. Kfz.-Ferienhaus, dir. am Watt, 70 m², 4 Pers., DM 100,– bis DM 180,–. Von Priv., auch Weihnachten u. Silvester noch frei. Tel. 04106/685 62

Weihn./Silv. u. Jan.–März auf Amrum exkl. Ferienwhg. i. Friesenhs., 4–6 Pers. DM 95,–, Tel. 05204–56 42

Ostsee

Timmendorfer Strand, Kft.-Whg. im Maritim, 24. OG, 120 m², Seeblick, 4 Pers., noch Termine frei. Tel. 0203/59 75 22

Bayern

Winterurlaub in Berchtesgaden *Oder wollten Sie etwa woanders Urlaub machen?* Komfortable Ferienwohnungen, 110–120 m² für 4–6 Pers. Endpreis ab 90,– DM pro Tag u. Wohnung. Chiemgau-Ferienwohnungen Rottauer Straße 69, 8214 Bernau/Chiemgau, Tel. 080 51/77 38 – Büro Wuppertal, Wall 39, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/45 46 00 – oder in Ihrem Reisebüro

Bayr. Wald Weihn. Fewo./Hs. frei LL-Loipen, Skilift, Skischule a. Ort. Prosp. H. M. Fink, Hochfeldstr. 62, 8391 Thurmansbang, Tel. 08554/545

160 m² Ferienwhg. ruh. Alleinlage, ca. 750 m hoch, 1,2 km von Freyung, Nähe Nationalpark Bayerischer Wald, f. 6 bis max. 8 Pers., 3 Schlafzi., Wo'zi., off. Kamin, Bad, Kü., Du./WC, Sauna, sep. Du., aller Komfort (Waschmasch. u. Spülmasch.). Weihn./Silv. u. 1985 noch frei, HS DM 1300,–/Woche, NS DM 1000,–/Woche. Tel. 08551/62 05

Allgäu Lux'ferienlandhs. 5–7 (9) Pers., Weihnachten frei Tel. 08505/87 07

Inzell/Oberbayern Ski-alpin, Ski-Langl., Eisstadion, Ferienw., behagl., rustik., 35–104 m², 1–2 Schl'z., Wo'z., Bauernst., Kü. m. Spülm., Bad, Farb-TV-R., gr. Balk., Hobbyr., Tag ab 55,– DM Tel. 08247/23 35, 8221 Inzell Hans Rochus + Hotel Post

Garmisch-Partenkirchen Ferienwohnungen, 2–4 Personen, Tel. 08821/5 39 15 (Lechner)

Verschiedenes Inland

Testen Sie jetzt ein neues Ferienparadies!

4 Personen Ferienhaus Weihnachten – Silvester ab DM 499,– pro Woche
Ab 5. Januar 1985 ab DM 299,–



Entschließen Sie sich sofort. Wir bieten Ihnen ein unnachahmliches Ferienerlebnis. Umgeben von Wäldern am Südhang des Kronenburger Sees sind »dänische« Ferienhäuser mit einer kompletten Ausstattung bis zum Farbfernseher entstanden. Ihre gemütliche Atmosphäre und die Freizeitmöglichkeiten des Ferienparks und der historischen Vulkan-Eifel sind ein Erlebnis. Schwimmbad, Sauna, Solarium, Spielplätze, Restaurant, Bar, Wanderungen, Wassersport, Angeln und ganz in der Nähe Wintersport mit Loipen und Pisten.

Buchen Sie jetzt und sichern Sie sich den Sonderpreis für die Eröffnungswochen in Ihrem Reisebüro oder bei

Flexplan Hotelier AS Hallerstr. 70, 2000 Hamburg 13, *Tel.: 040/4 10 60 23* – flexplan

Prospekt gratis anfordern.

Braunfels/Taunus komft. Ferienhs. m. gr. Grundstück, 2–4 Pers., ab DM 70,– *pro Tag,* ab sofort frei. Tel. 069/46 11 18

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Anzeigen-Bestellschein für FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

1 Mindestgröße 10 mm/1sp. = DM 108,30	3 20 mm/1sp. = DM 216,60
2 15 mm/1sp. = DM 162,45	
4 25 mm/1sp. = DM 270,75	5 30 mm/1sp. = DM 324,90
6 15 mm/2sp. = DM 324,90	

Anzeigen in der Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" kosten bis zu einer Höhe von 30 mm einspaltig bzw. 15 mm zweispaltig DM 10,83 inkl. MwSt. pro Millimeter, ohne Wiederholungsnachlaß.
Die normale Druckzeile kann ca. 35 Buchstaben bzw. 4 bis 5 Wörter enthalten.
Anzeigenschluß ist jeweils **montags 14 Uhr** vor dem Erscheinungstermin

Rustikales Blockhaus im Naturschutzgebiet an der Eider, für 4–6 Personen noch frei
Standardgestaltung

Mindestgröße 10 mm/1spaltig. Alle Anzeigen werden mit Rand versehen.

DIE WELT / WELT am SONNTAG – An DIE WELT/WELT am SONNTAG, Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Hiermit bestelle ich eine Anzeige für die Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" in der Höhe von ______ Millimetern ___ spaltig zum Preis von __________ DM.

Bitte veröffentlichen Sie das Inserat am Freitag, dem ________ in der WELT sowie am darauffolgenden Sonntag in WELT am SONNTAG.

Name ____________________
Straße/Nr. ____________ Telefon ____________
PLZ/Ort ____________________
Der Text meiner Anzeige soll lauten.

01-993

Schweiz

engelberg Unser Computer vermittelt täglich über 1000 Ferienwohnungen und Chalets. Verkehrsbüro CH–6390 Engelberg Telefon 0041 41/94 11 61, Telex 866 246

FERIENTRAUMHAUS Großes Landhaus am Hang b./Altstätten, St.Gallen, 4–6 Pers., 100,– sfr/Tag. Grübel, 8120 Weilheim-Lichtenau *Tel. 0881/1045 od. 08809/366*

Ascona, 3-Zi.-Whg., i. Villa, Privatstr., absol. Ruhe, 100 m üb. Lago, Gar., Tel., Gart., Fotoangeb. HTW, Postf. 380, 2 Wedel

Wir vermieten komfortable Ferienwohnungen in Laax-Flims-Falera **sunside Ferienwohnungen** Tel. 0041-81 39 25 55 Haus Val Tumiglia, CH-7032 Laax-Murschetg

AROSA · Graubünden/Schweiz „Rothornblick": Die Top-Appartements ab Fr. 950,– p. Woche. Großes Hallenbad, Tennis- u. Squashhallen. Tel. 004181/31 02 11

Chalet f. 4 Pers. Nhe. Luzern zu verm. Angeb. unter WS 55 740 an WELT am SONNTAG, Postf., 2000 Hamburg 36

Laax/Flims 3-Zi.-Kft.-Ferienhaus (5 Betten) frei 5. 1.–23. 2., 9. 3.–22. 3. 100,–/120,– SF, Tel. 04102/52720

Ski-Gebiet Villars (franz. Schweiz) 1300 m, Ski bis 3000 m, komf. Chalet, 80 m², für 4–6 Pers., el. Hzg., off. Kamin, Balk., Südhanglage, von Priv. zu verm. für 11 sfr. pro Pers./Tag *plus Nebenk. noch Term. frei ab 4. 1. 85,* Tel. Bonn 0228/31 38 39

St. Moritz/Corvatch 2-Zi.-Lux.-App., Garage, Tel., TV, Kamin, f. 4 Pers., 100,–/150,– sFr. Tel. 0451/271 20

Wallis 2-Zi.-Whg., Kü., Bad, Dez./Jan. fr., evtl. langfr. Tel. 040/870 38 12

Wallis, 1800–2500 m i. Liftn. Studio 2–3 Pers., DM 80,–, Schw-Bd., Weihn. u. a. Term. T. 05422/1621

Engelberg/Zentralschweiz 1000–3000 m Alle Wintersportarten, Sommerkurort unweit Luzern, priv. gepflegte Ferienwohnung, 3 Zi., Kü., Bad, Balkon, behagl. Ausst., Tel., TV, günstige Lage, außerhalb der Ferienzeiten zu vermieten, bis 4 Pers. DM 75,–/Tag. Tel. 06132/84922

Davos – Nähe Kongreß-Zentr., i. Golf Residenz, 1 Whg. (2–4 Pers.) frei v. 1.–22. 12. 84 u. einige Wintertermine, Tel. 0621/70 15 31

Ferienwhg./Wallis, 75 m², 2100 m, ideales schneesicheres Skigebiet, frei vom 3. 1.–2. 3. 1985. Tel. 02723/50 71

Österreich

Salzkammergut f. Wintersportler u. Wanderfreunde, 2 Zi., Kü., Bad, in ehemaligem Bauernhs., Jahresmiete DM 2900,–, Tel. 06241/77 039

Hinterthal 1020 m, am Hochkönig, Skischaukel, Kft.-Fe'wo., 2–4 Pers., v. 27. 1. bis 9. 2. u. ab 2. 3. 85 frei. Tel. 0201/46 64 83 ab 19 Uhr

Skiparadies Klein Walsertal Kft.-Ferien-Whg., 2–5 Pers., Loipe, Skischule, Skilift in unmittelb. Nähe, ab 5. 1. 85 frei. Tel. 02191/2 68 62

Italien

bella italia Villen, Ferienwohnungen & Bauernhäuser **TOSCANA** RIVIERA DELLA VERSILIA UND LANDESINNERN Prosp. anf.: 0211/16 21 45 bella italia reisen GmbH 4000 DÜSSELDORF 1, WAGNERSTR. 7

Riviera/Bordighera – kl. Bergdorf Meersicht, 2–3 Zi., Kü., Bad, f. Urlaub 85 (Überwinterung Sonderpreis), herrl. Umgebung, Termine frei. Unter WS 55741 an WELT am SONNTAG, Postfach, 2000 Hamburg 36

Frankreich

FERIEN in der BRETAGNE Kommen Sie nach ERQUY 7 Strände, Fischereihafen, belebendes Klima. Für Reservierungen von Appartements und Villen – in jeder Saison – wenden Sie sich direkt an: Agence TILLON – 11, rue Foch, *F-22430 ERQUY, Tel.: 0033 96 723026*

Côte d'Azur 3-Zi.-Lux.-App. a. Meer zu vermieten *Gr. Wohnzi. mit breiter So'terrasse,* 2 Schlafzi., jeweils mit Bad u. Balkon, vollautom. Kü., traumh. Aussicht auf Monte Carlo, Meer u. Umgebung, eig. Parkpl., Sw'pool, Park m. Meerzugg., Tel. 07751/66 70 od. 0711/33 05 36 oder unter WS 55734 an WELT am SONNTAG, Postf., 2000 Hamburg 36

SKI – Französ. HOCHALPEN 1800 m Zu verm.: STUDIO f. 4–6 Pers. Zuschrift.: A. LE ROY, 2 rue Montaigne, F-56 270 PLOEMEUR.

Ihr Spezialist für France – Villen – (auch luxuriöse m. Pool), Appart., Hotels an allen Küsten einschließlich Korsika – ausführlicher Bildkatalog **Agence Française** Friedhofstraße 25, 7000 Stuttgart 1, Tel. 07 11/25 10 10, 25 10 19

Côte d'Azur/Provence App., Villen (auch m. Pool) z. verm. (auch zum Überwintern). Tel. 0571/2 36 51

Frankreich ab DM 195,–/Wo. Ferienhäuser FHI Sörensen, Dorfstr. 36a, 3012 Lgh. 8, Tel. 0511/74 10 11

Appartements in Paris Ferienhäuser am Atlantik (Südbretagne und Aquitanien) – exkl. u. persönl. ausgesucht – vermittelt MARGIT STICHERT D-7590 Achern-Önsbach Tel. 07841/26 464

Verschiedenes Ausland

NOVA-PARK, De Haan (Belg. Küste) das Feriendorf für die ganze Familie! Komfortabel, freundlich, eingerichtete Bungalows mit Kabel-T.V., Heizung und Badezimmer – Spiel- und Sportmöglichkeiten. Gelegenheit zu herrlichen Waldspaziergängen. Tageweise Vermietung möglich (Ausser Hauptsaison). Auskünfte: Nova-Park Ag. Bahnhofstrasse 78 B.8780 Oostrozebeke tel. 00 32/56/66.61.33

Winter-Ferienhäuser Preiswerte Ferienhäuser in Schweden und Norwegen. Von groß bis klein, von exclusiv bis rustikal. Ihr ideales Urlaubsdomizil 1985. 1 Woche schon ab DM 165,– Katalog, Information und Buchung in Ihrem Reisebüro, Automobilclub oder bei Stena Line, Schwedenkai, 2300 Kiel

KRETA Sandstrand Fer'whgn., Roswitha Jöller, Schubertweg 2, 4053 Korschenbroich 2, Tel. 02161/67 26 40, auch Sa./So.

SkiZeit PREISGÜNSTIGE SKIFERIEN Frankreich, Italien, Österreich, Schweiz Hotels, Sporthotels, Pensionen, Hütten Bei vielen Programmen deutsche Skischule Katalog 84/85 bei Ihrem Reisebüro oder bei **SHR-Reisen GmbH** 7800 Freiburg, Bismarckallee 2a, Telefon (07 61) 2100 78

Florida – Miami Beach Ferienwohnungen in deutschem Haus, dicht am Strand. 2½ Zimmer, 70 m². 150 US $/Wo. Auskunft: Frau Müller, Rhönring 22, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151-792 94.

ALGARVE, traumh. Überwintern in Albufeira. Privatvilla m. Hausmädchen u. Gärtner. DM 300,–/Wo. Sonderkonditionen bei langfrist. Anmietung. Zuschr. erbeten unt. WS 55743 an WELT a. SONNTAG, Postf., 2 HH 36

2000 Ferienwohnungen in den besten Wintersportorten der Alpen Frankreich, Italien, Österreich, Schweiz 112-seit. Katalog 84/85 INTER CHALET 7800 Freiburg, Bismarckallee 2a, (0761) 210077

Gesuch

Komf. Haus an Côte d'Azur für drei Wochen (innerh. Zt. v. 20. 6. bis 31. 7. 1985), mit Tel. u. Schwimmbad, für mind. vier Pers. gesucht. Zuschr. erb. unt. WS 55739 an WELT am SONNTAG, Postf., 2 Hamburg 36

Dänemark

Südliche Nordsee Dänemark Urlaub von Anfang an, mit den Dänen vor Ort. Direkt buchen lohnt sich. Bis 29. 12. und ab 2. 1. besonders preiswert. Hansen's Sommerhusudlejning 6854 Henne Strand 00455255311 u. 255086 – Vejers Strand Sommerhusudlejning 6853 Vejers Strand 00455277183

Nordsee Dänemark Von Römö bis Skagen Ferienhäuser und Appartm. GRATIS '85 Farbkatalog dansk familieferie ApS Postf 30 DK-6800 Varde 00455-22 23 88



Ferienhäuser/Dänemark Gratis Katalog anfordern. Häuser ganzjährig frei. Nord- und Ostsee. Vermietung seit 1960. **DAN-INFORM KG** Schleswigerstr. 68 2390 Flensburg · Telefon 0461-97021

Dänemark ab DM 195,–/Wo. Fe'häuser., FHI Sörensen, Dorfstr. 36a 3012 Lgh. 8, Tel. 0511/74 10 11

Insel Als (Alsen) Dänemark. Weihnachtsferien. Ferienhäuser z. verm. Nord-Als Touristservice, Storeg. 85-4, DK 6430 Nordborg, (00454) 45 16 34

Schweden

Schweden Ferienhäuser, Blockhäuser, Bauernhöfe Katalog anfordern!!! Südschwedische Ferienhaus-Vermittlung Box 117, S-28900 Knislinge. T. 004644-60655

Schwedische Westküste Ferienhäuser, Appartements. Touristenbüro, Box 113, Strömstad, Schwed. Tel. 0046/526/116 00

Spanien

***Costa del Sol.* *Reihenhaus* Nähe Estepona,** von Priv. sehr preisw. zu vermieten. Preis für 3 Mon. Januar–März DM 1000,–. T. 030/402 20 61/401 89 34

Gran Canaria, Playa del Ingles Freistehender Bungalow, 2 Schlafzi., Swimmingpool, 300 m zum Strand Tel. 02191/268 62

Traumvilla mit 3 Schlafzi., Hallenbad, Tennispl., in Javea zu vermieten. DM 220,–/Woche alles inkl. Info.: 17–19 Uhr, 0034 65 77 03 61

TENERIFFA – HIERRO – LA PALMA – LA GOMERA – RESERVATION (SEIT 1954) Ausgew. Hotels, Apptmts. u. Ferienhäuser. Günstige Direktflüge. Indiv. Termine. Sonderflüge f. Langzeiturlauber. Tel. (02361) 2 29 67

Can Picafort – Mallorca Ferienwhgen zu verm., Tel. 04182/78 33

Côte d'Azur *Ferienwohnungen, Villen, Hotels zw. Nizza,* Cannes, St. Tropez, Le Lavandou, Cap. d'Agde u. Korsika. Alle Jahreszeiten, Weihn., Ostern u. Sommer 85. Gratis-Farbkatalog bei: CÔTE D'AZUR-RESIDENCES GMBH · Geigelsteinstr. 18 · D-8210 Prien ☎ 08051/3706+1060

Calpe/Spanien f. d. Winterm. zu verm.: schön u. ruhig gel. Bungal. in Strand- u. Stadtnähe (1200 m² Grundst.) f. 2–6 Pers., Festpr. DM 600,– p. Mon. Anfr. unt. WS 55 744 an WELT am SONNTAG, Postf., 2 Hambg. 36

217 001 777 asd unter dieser FS-Nummer erreichen Sie die Anzeigenabteilung DIE WELT/WELT am SONNTAG

WELT am SONNTAG informiert:

In diesen Hotels erhalten die Gäste sonntags morgens als kostenlosen Service WELT am SONNTAG.

Sauerland sportiv Hotel Mörchen 5788 Winterberg-Altastenberg, Tel. (02981) 7037-7038

PARKHOTEL BAD ESSEN Auf der Breede 1, 4515 Bad Essen 1, Tel. (05472) 2068

Hotel Restaurant Goldener Karpfen Simpliziusplatz 1, 6400 Fulda, Tel. (0661) 70044, Telex (17) 66192

Hotel - Restaurant - Café »Herrenrest« Teutoburger-Wald-Straße 110, 4504 Georgsmarienhütte, Tel. (05401) 5383

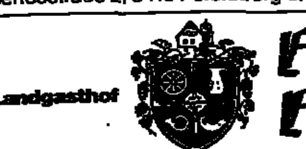
Waldhotel Felsenkeller Charlottenburger Ring 46, 4505 Bad Iburg, Tel. (05403) 825

Hotel-Restaurant Berghof Wasserkuppe 6412 Gersfeld/Rhön, Obernhausen 5, Tel. (06654) 251

Stadthotel – Die Adresse für gutes Essen – An der Stadthalle 4, 8740 Bad Neustadt a. d. S., Tel. (09771) 8091

BERGHOTEL MENZEL Waller-Sudfeldt-Weg 6, 4520 Melle 1, Tel. (05422) 5005-07

Hotel-Restaurant Berghof Almendorf Hubertusstraße 2, 6415 Petersberg 6, Tel. (0661) 66003



Landgasthof Hotel Hess 6431 Neuenstein, Ortsteil Aua, Tel. (06677) 443

Ferienpark u. Hotel „Georgshöh" 6417 Hofbieber 1, Tel. (06657) 9052

WELT am SONNTAG informiert:

In diesen Hotels erhalten die Gäste sonntags morgens als kostenlosen Service WELT am SONNTAG.

EUROPAHOTEL *Eine Klasse besser* Kaiserstr. 7, 6500 Mainz, Tel. (06131) 671091, Telex (04) 187702

Kurhotel BRISTOL Bismarckstr. 8–10, 8730 Bad Kissingen, Tel. (0971) 4031

Selbachpark Hotel-Restaurant 4700 Hamm 3 – Pelkum, Tel. (02381) 40944/45



Hotel-Restaurant Altenberger Hof Eugen-Heinen-Platz 7, 5068 Altenberg, Tel. (02174) 4242-47

Landhaus Wirth (Krug) Friesenstraße 8, 5277 Marienheide-Rodt, Tel. (02264) 8794

Hotel Heedt 5270 Gummersbach 1, Windhagen, Tel. (02261) 65021 + 22

HOTEL · RESTAURANT · CAFÉ Haus Niggemann Wermelskirchener Straße 22, 5650 Burg an der Wupper, Tel. (02122) 41021-22



Cafe Restaurant Waldhotel Forstlandwehr 34, 4700 Hamm 1, Tel. (02381) 5681-82-83

Hotel Schloß Arensburg 3260 Rinteln/Weser, Tel. (05751) 5077/5078



WALDHAUS 5948 Schmallenberg-Ohlenbach, Tel. (02975) 462

HOF VON OLDENBURG Hotel-Restaurant 2902 Rastede 1, Gästehaus Azalee, Tel. (04402) 1031

SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMAN

Westeuropas Schach-Junioren sind denjenigen des Ostblocks spürbar überlegen – zu dieser erfreulichen Feststellung berechtigt das Resultat der in Kiljava (Finnland) ausgetragenen Junioren-Weltmeisterschaft: C. Hansen (DK) 10½, Dreew (SU) 10, Thorsteins (IS) und Georgiew (BG) 9, Oll (SU) 8½, Rebelis (IL), Hickl (D), Stohl (CS) und Saeed (Arabische Emirate) 8 aus 13 usw.

Die Förderung des Jugendschachs in den EG-Ländern hat sich also gelohnt! Überraschend ist allerdings die Tatsache, daß die Vertreter des amerikanischen Kontinents unter 30 Teilnehmern erst auf den Plätzen 20–24 zu finden sind!

Holländisch.

Wells (GB) – C. Hansen

1.d4 f5 2.g3 Sf6 3.Lg2 g6 4.Sf3 Lg7 5.0-0 0-0 6.c4 d6 7.c3 Sc3 Sc6 8.d5 Se5!? (Eine andere Möglichkeit ist Sa5 9.Dd3 c5!) **9.Se5: de5: 10.e4 f4!** (Unzureichend ist e6 11.ef ef 12.Le3 e4 13.Ld4 Te8 14.Te1 b6 15.f3!) **11.c5!?** (Nichts ergibt 11.ef gf 12.Lf4: Se4:!, Botwinnik empfahl folgende Fortsetzung: 11.b4 g5 12.Te1 a6 13.Lb2 De8 14.Tc1 Sg4 15.f3 Se3 16.Te3: fe 17.g4 mit Vorteil für Weiß.) **g5 12.Db3?** (Immer noch wäre 12.b4 die beste Möglichkeit für Weiß, nach seinem unglücklichen Damenmanöver eröffnet Schwarz schon einen starken Rochadeangriff.) **Kh8 13.Sb5 c6 14.Sc3 De8 15.Dd1** (Um Dh5 zu verhindern, was nur zeitweise gelingt!) **Ld7 16.b4 Td8 17.Lb2 Sg4 18.h3 Dh5!** (Eine ausgezeichnete Angriffsfortsetzung – für die Figur bekommt Weiß nachhaltigen Druck gegen die exponierte weiße Königsstellung!) **19.gf4: gf4: 20.hg4: Lg4: 21.f3 Lc8 22.Kf2** (Sonst verstärkt Schwarz den Angriff mit Lf6 nebst Tg8, Tg8 und Tdg8) **cd5: 23.Th1 Dg6 24.ed5: e4! 25.Kf1** (Oder 25.fe Dg3+ 26.Kg1 f3 27.Dd2 fg 28.Th2 – 28.Dg3: De3+ – Tf1+ 29.Tf1: gf+ 30.Kf1: Lh3+ 31.Th3: Tf8+! 32.Ke2 Tf2+ und gew. **Lf5 26.Sa4** (Schnell verliert Weiß auch im Falle von 26.fe f3! 27.Lf3: Lg4 oder 27.Dd2 fg+ 28.Dg2: Le4:+) **Tg8! 27.Tg1 e3! 28.Lg7:+ Tg7: 29.Sb2** (29.Sc3 Dg3 30.De2 Ld3!) **Lh3 30.De2 Tdg8 31.Sd3 Df6 32.Tc1 Tg2:** aufgegeben.

Und noch ein weiterer Angriffssieg aus demselben Turnier:

Damengambit.

Hansen – Georgiew

1.d4 Sf6 2.Sf3 e6 3.c4 c5 4.Sc3 d5 5.cd5: Sd5: 6.e3 Sc6 7.Lc4 cd 8.ed4: Le7 9.0-0 0-0 10. Te1 Sc3: 11.bc3: b6 12.Ld3 Lb7 13.h4!? Lf6! (Lh4: 14.Sh4: Dh4: 15.Te3) **14.Sg5 g6 15.Dg4 h5! 16.Dg3 Se7 17.La3 Tc8?** (Dd7!) **18.Se6:! fe6: 19.Te6: Tc7 20.Tae1 Tf7 21.Lg6: Td7 22.Lf7:+ Kf7: 23.Tf6:+ Kf6: 24.De5+ Kf7 25.De6+ Kf8 26.Df6+** aufgegeben.

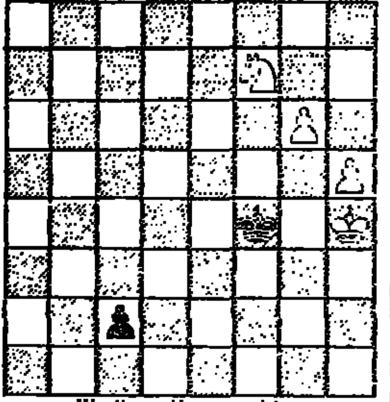
Zwei gut besetzte „Open" finden in der nächsten Zeit statt: vom 6. bis 14. Dezember in Griesbach i. R. – etwa fünf GM, weitere Titelträger, 9 Runden Schw. System. Veranstalter „Chess-Org" (Tel. 06 898/62 022) und vom 26. bis 30. Dezember in Böblingen (Nova-Hotel), 8. R., Veranstalter Schachclub Hewlett-Packard, Gert Schmid, Schafgartenstr. 23, 7071 Steinbronn, Tel. 07 157/7108. Hier spielt unter anderen GM V. Hort mit. In beiden Fällen beträgt der 1. Preis 2000 Mark, die Turniere sind offen für alle Spieler.

Lösung vom 23. November

(Kf3, Tc4, Bh3; Kg5, Lf6, Bc3)

Nach **1.h4+? Kh5 2.Kg3 Le7!!** endete die Partie unentschieden (3.Ta4 c2 4.Ta5+ Kh6 5.Ta6+ Kh5), mit **1.Kg3! Le5 2. Kg2 Lf6 3.Kf3! Kh5 4.Ke4! Kg5 5.Tc7! Lh8 6.h4+!** hätte Weiß gewinnen können!

Studie von M. Michailow



Weiß am Zug macht remis (Kh4, Sf7, Bg6, h5; Kf4, Bc2)

DENKSPIELE

Anagramm

1 2 3 4 5: dort zieht's uns hin.
1 2 5 3 4 ist schnell getan,
doch bringt sie kein' Gewinn.
3 2 1 4 5 treiben das Flugzeug an,
das uns nach 1 2 3 4 5 bringen kann!

Ungewöhnliches Sechseck



Ist es möglich, ein regelmäßiges Sechseck so zu verformen, daß alle sechs Winkel in den Ecken statt jeweils 60 genau 90 betragen?

Arithmogriph

Fest hält 1 2 3 4 5 das Schiff,
daß es nicht auf den Wellen tanze.
Mit 5 1 2 3 4 verbreitet sich
so manche Pflanze.

Räuber unter sich

Die drei Räuber hatten bei ihrem letzten Unternehmen 6 Goldstücke, 6 Silberlinge und 6 Kupfermünzen erbeutet. „Viel ist das nicht", sagte Bumm, der Klügste der Drei. „Laßt uns ein Spielchen damit machen", und die anderen stimmten zu. Bumm legte die Münzen gut gemischt in eine Reihe und sagte, er wolle jetzt Zwölfenabzählen spielen. Wie hatte er die Reihe angeordnet, damit er zum Schluß alle Goldstücke hatte, sein Freund Knall alle Silberlinge und damit für den einfältigen Dumm alle Kupfermünzen übrigblieben?

Aufgereihtes

Die folgende Reihe entstand nach einem ganz bestimmten Schema:
A e F H l . . . .
Welche drei Buchstaben folgen darauf?

Magischer Tausch

1	2	3	4
5	6	7	8
9	10	11	12
13	14	15	16

Sie brauchen nur die acht Zahlen, die nicht auf den beiden Diagonalen liegen, untereinander auszutauschen damit das Quadrat magisch wird!

Einschieberätsel

Ich bin aus „Herrmann" entstanden,
man trägt mich in französischen Landen,
Mit „b" kann ich entzücken
und die Damen schmücken!

Windige Sache

Ein Radfahrer fährt auf ebener Straße eine Strecke von 1 km mit Rückenwind in 3 Minuten. Zurück brauchte er gegen den Wind 4 Minuten. Er tritt immer mit gleicher Kraft in die Pedale. Welche Zeit würde er unter diesen Umständen bei Windstille für einen Kilometer brauchen?

Lösungen vom 23. Nov.

Meißelabstimmung

Bei einem schwingenden Meißel bleiben einige Stellen bewegungslos („Schwingungsknoten"), während andere stark vibrieren („Schwingungsbäuche"). Ruht er nach dem Fallenlassen ausschließlich auf den Schwingungsknoten wird der Schwingung nur wenig Energie entzogen. Folglich „summt" der Meißel längere Zeit.

Wort-Zuwächse

Rumpf-Trumpf-Strumpf

Eisschmelze

1 kg Eis von 0 C verbraucht beim Schmelzen 80 kcal, danach hat das entstandene Wasser praktisch immer noch eine Temperatur von 0 C. Das kochende Wasser wurde auf 20 abgekühlt. Die Mischung hat also nur eine Temperatur von 10 C!

Literarische Scharadoide

Bestseller – s = Besteller

Dal-Dal-Füller

Man braucht Glück im Leben. Der eine gewinnt durch günstige Umstände, den anderen bringt ein Zufall zu Fall.

Magie im Quadrat

So ergibt sich die Summe von 42 nicht nur in den waagerechten und senkrechten Reihen, sondern auch in den neun kleinen Quadraten:

15 5 18 4
14 8 11 9
3 17 6 16
10 12 7 13

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

Das große Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16

193

SCHACH

Aufgabe Nr. 1334 – Urdruck

Kurt Baemeister, Hamburg

Hilfsmatt in 4 Zügen
(Kg2 Lc1 Be3, Ke4 Th3 Ld5)

Lösungen

Nr. 1332 von Fritz Karge

(Kg4 Tc5 Lc8 Sf8 Bb4 b7 c7 f6 f7 g7, Kd6 Ta8 – Zweizüger).

1.Lf5 mit Zugzwang für Schwarz: Ta7 (Tb8, Tc8, Td8, Te8, T:f8) 2.c8S (c:b8L, b:c8S, c:d8T, f:e8S, g:f8L) matt. Sechs Bauernumwandlungen!

Nr. 1333 von Oskar Wielgos

(Kh1 Df5 Ta6 c3 La2 h8 Sc1 d4, Kb4 Tb2 Lg8 h6 Sc2 f8 Bb5 d5 e4 – Zweizüger).

1.Df2! (droht 2.Sc6 matt) Le3 (Lg7) 2.D:f8 (Dd2) matt.
1. . . . S(B)e3 2.D:b2 (Sd3) matt.
1. . . . Tb3 (T:a2) 2.S:c2 (S:a2) matt.
1. . . . S:d4 2.D:d4 matt. H. K.

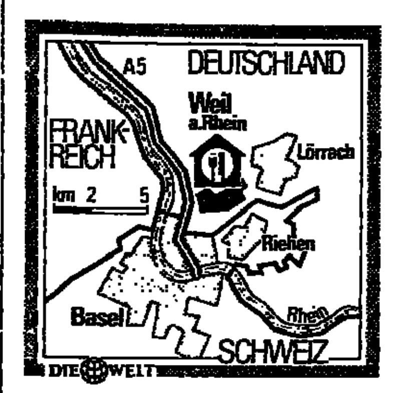
Auflösung des letzten Rätsels

WAAGERECHT: 2. REIHE Kommunikationsmittel 3. REIHE Ba — Regent — Sousa 4. REIHE Liberia — Heger 5. REIHE Milan — Steven — Man 6. REIHE Lineal — Galeta 7. REIHE gratis — Anden 8. REIHE Beat — Stella — Ecke 9. REIHE Mure — Menuhin 10. REIHE Heros — Sadat — NL 11. REIHE Hel — Rausch — Gildo 12. REIHE Bruenn — Breeches 13. REIHE Atlas — Besra — Rh 14. REIHE Epidermis — Aea 15. REIHE Rahel — Adonis 16. REIHE Lale — Sudanese 17. REIHE Loesegeld — Kuli 18. REIHE Cesena — Ableger 19. REIHE Hb — Taubenei 20. REIHE Erdarbeiter — Refrain 21. REIHE Nante — Elektra — Teint

SENKRECHT: 2. SPALTE Obliegenheit — Rauchen 3. SPALTE Email — Ravel — Algebra 4. SPALTE Banat — Bache — DN 5. SPALTE Lumen — Moers — Legat 6. SPALTE Linus — Eleonore 7. SPALTE Iritis — Reep — Lee 8. SPALTE Kea — Semantik — Tee 9. SPALTE Ag — Sekt — Run — Serail 10. SPALTE Tentakel — Bezug — Ute 11. SPALTE Insel — Scharade — bek. 12. SPALTE Lot — Allah — Albert 13. SPALTE Henna — Briand 14. SPALTE Asien — Madras — Aera 15. SPALTE Gebet — Asebie 16. SPALTE Iseran — Gerade — FT 17. SPALTE Tor — Eurich — Kehre 18. SPALTE March — Anzug — Ai 19. SPALTE Testat — Kinderei — Lenin 20. SPALTE La — namenlos — Aspirant

= BUERGERRECHTLER

GOURMET-TIP



Anreise: A 5 Karlsruhe–Basel, Ausfahrt Weil am Rhein.
Öffnungszeiten: 7 bis 15 Uhr und 17 bis 24 Uhr. Montags ab 17 Uhr. Sonntags geschlossen.
Anschrift: Hotel und Gasthaus Adler, Hauptstraße 139, 7858 Weil am Rhein. Telefon 07621/71188.

Adler in Weil am Rhein

„Bei der Einreise in die Schweiz eine Stunde Wartezeit". Durch solche Verkehrsfunk-Durchsagen ist der Name von Weil am Rhein bei Touristen bestens bekannt. Von den meisten wird der Ort jedoch links (der Autobahn) liegen gelassen, weil sie weiter in die Schweiz wollen. Gourmets eilen zu Hans Stucki ins nahe Basel (Restaurant Bruderholz) – auch an Weil vorbei. Dabei haben sie etwas verpaßt: das alte Gasthaus Adler in diesem hübschen Grenzstädtchen.

Die Atmosphäre im urgemütlichen Adler ist die einer Bilderbuch-Sonntagsstube: ländliche Eleganz, alles ist wohlgeordnet und blitzblank herausgeputzt. Als zweites fällt sofort die herzliche, aufmerksame Bedienung auf. Und der, der immer in frischgebügelter, strahlendweißer Kochmontur die Gäste berät, das ist der Adlerwirt und Küchenchef Hansjörg Wöhrle. Was diesen alemannischen Küchenmeister auszeichnet, ist ein kontinuierlicher, hoher Leistungsstandard. „Erstklassiges Kochen ist eine ernsthafte Sache und kein kreativ-neurotisches Theater", sagt Wöhrle, „Neuheiten müssen auf solidem Grund gewachsen sein, und die Gäste müssen die Küche verstehen können!" Wöhrles Zubereitungen sind präzise und leicht, aus marktfrischen Produkten, akurat präsentiert.

Nun ein kleiner Ausschnitt aus dem Adler-Repertoire: Hummermeringue in einer Consommé von *Hummer (19,50 Mark)*; Salat von Austern und Moules à la vinaigrette (24 Mark); Lachs „Adler", umhüllt von Farce und Spinat im Blätterteigkissen, in einer Noilly-Prat-Sauce (34 Mark); Fasanenbrüstchen mit Trüffellauchkuchen (38 Mark). Eine der täglich wechselnden Menü-Folgen: Entenbrust-Salat mit Brombeermus, überbackene Trüffelsuppe; Steinbutt in roter Beete, Sorbet, Lammrücken in Blätterteig, Dessertteller mit Schokoladenmus (weiß und braun), Sorbets, Karamelköpfchen und frischen Früchten (110 Mark). Die Pralinen und das Gebäck zum Kaffee kommen aus der eigenen Patisserie. Die Weinkarte beginnt bei 22 Mark (trockener Laufener Gutedel), das breite Mittelfeld edler Gewächse vor allem aus Baden und Frankreich liegt zwischen 45 und 85 Mark, Champagner gibt es ab 65 Mark.

Auch Wohnen im Gasthaus Adler ist empfehlenswert. Die 16 Hotelzimmer sind – jedes anders – reizend eingerichtet und haben allen Komfort. Die Einzelzimmer kosten 70 bis 90 Mark, die Doppelzimmer 110 bis 140 Mark. Weil am Rhein ist zu schade, um es vor der Schweizer Grenze links liegen zu lassen.

ANDREAS F. EBERLIN


Adlerwirt und Küchenchef Hansjörg Wöhrle FOTO: DIE WELT



Der Dorfplatz von Beaver Creek lädt zum Bummeln ein. Der exklusiven Hotellerie entsprechen die perfekt präparierten, anspruchsvollen Abfahrten. FOTOS: R. DEGLMANN-SCHWARZ

Ein Tal in den Rocky Mountains mausert sich

Beaver Creek

Amerikas Skigeographie hat einen neuen Stern: Beaver Creek, chic, exklusiv, skitechnisch erste Wahl. Beaver Creek hat sich *16 Kilometer* westlich von Vail in den *Rocky Mountains* (Colorado) etabliert, versteckt in einem Talschluß, halb zugeschüttet vom Schnee. Hier ist der Skifahrer König.

Die Geschichte von Beaver Creek nahm ein Happy-End, alles ist bestens arrangiert, jede Schneeflocke hat ihren Platz. Aber es war ein langer Weg bis zur Premiere. Zwar haben sich die Einnahmen aus dem Ski-Business in den USA auf jährlich etwa 3,5 Milliarden Dollar eingependelt (davon entfielen beispielsweise auf Colorado im letzten Winter 1,2 Milliarden), jedoch sind auch in den USA Risiken und Kosten enorm gestiegen. So öffneten 1972 noch 35 neue Skiorte ihre Tore. Zehn Jahre später waren es nur noch zwei, die Premiere feierten.

Cal Connif von der National Ski Area Association schätzt die zur Finanzierung erforderlichen Mittel zum Bau einer Top-Skistation auf mindestens 100 Millionen Dollar. Nur kapitalkräftigen Gesellschaften ist es unter diesen Voraussetzungen möglich, in das Geschäft mit Ski und Schnee einzusteigen. Pioniere wie Ernie Blake, D. Brown, Pete Seibert, die vor dreißig, vierzig Jahren Taos, Aspen, Vail, Jackson Hole gründeten, wären heute ohne Chance. Zumal es sich bei Skistationen um Langzeit-Investitionen handelt; sie bringen erst nach fünf, sechs Jahren Gewinne.

Bisher wurden *70 Millionen* in Beaver Creek investiert, ein Betrag, der für den Bau von neun Aufzügen, 40 Pisten, für Straßen, unterirdische Parkplätze, für einen Appartementkomplex und ein „Village Center" mit Geschäften, Restaurants, Ticketschaltern und dergleichen diente. Für den Endausbau innerhalb der nächsten zehn Jahre (geplant sind insgesamt 15 Lifte und 10 500 Betten) werden weitere 50 Millionen Dollar einkalkuliert.

Prominenten-Rennen mit Ex-Präsident Ford

Die Preise für ein schlüsselfertiges Haus bewegen sich zwischen 575 000 und 2,5 Millionen Dollar. Man spekuliert auf eine glanzvolle Fassade im Stil von Vail oder Snowbird.

Prominenz aus Politik, Film und Wirtschaft hat sich in Beaver Creek bereits eingekauft. Im März sponsert Ex-Präsident Ford ein Prominenten-Skirennen. Und im Januar/Februar gibt es für 880 Dollar Wochenpauschalen, die Skischule, Schönheitskur und computergesteuertes Fitnesstraining einschließen.

Noch vor ein paar Jahren stand es schlecht um Beaver Creek. Umweltschützer liefen Sturm, der Gouverneur von Colorado erwirkte eine vorübergehende Rücknahme der bereits erteilten Baugenehmigung. Vail-Associates, die Erschließungsgesellschaft, konterte mit der Erstellung einer Umweltverträglichkeitsstudie durch das renommierte „Rocky Mountain Center on Environment".

Die Studie befaßte sich mit allen Aspekten des Umweltschutzes in der Region von Beaver Creek, unter anderem wurden Fragen der Luftverschmutzung durch offene Kamine, der Wanderung der Zugvögel und des Paarungsverhaltens der Elche erörtert. Erst aufgrund dieser und weiterer Analysen, die einen Kostenaufwand von insgesamt 7,25 Millionen Dollar verursachten, war die Opposition zum Nachgeben bereit. Nach fünfjährigen Verhandlungen mit Behörden, Gerichten, Umweltorganisationen, Planungsgruppen, nach Erteilung von 56 amtlichen Genehmigungen konnte 1978 schließlich der erste Spatenstich gemacht werden.

Die Geduld und die gründliche Planung machten sich bezahlt, Skilaufen in Beaver Creek ist perfekt. Auf dem Gipfel des 3575 Meter hohen Beaver Mountain schaltet man, um im Lokaljargon zu bleiben, auf „Cruise Control" und gleitet wie auf Schienen über die meisterhaft präparierten Skigefilde des Wilden Westens. Pistenpflege in Vollendung, ein Markenzeichen für US-Skistationen. Die Baumgrenze reicht bis in Gipfelnähe, aber es findet sich immer wieder ein Durchschlupf, eine Abfahrtsvariante, die neue Perspektiven eröffnet.

Star unter den Abfahrten ist „Peregrine", drei Kilometer lang, eine Senkrechte ins Tal, neben „Bell Ridge" von Aspen und der „Plunge" von Telluride eine der anspruchsvollsten Pisten in Colorado. Zudem eröffnet sich dem Skifahrer hier eine luxuriöse Relation: Der Ort notiert gegenwärtig etwa 850 Betten, die Kapazität der Aufzüge aber liegt bei stündlich 10 000 Personen.

Anspruchsvolle Abfahrten und perfekter Service

Die Hotellerie ist in amerikanischen Skiorten meist nicht von der Qualität, wie man das von Europa gewohnt ist, Motels und Lodges bestimmen das Angebot neben Appartement/Condominium-Komplexen. Beaver Creek geht jedoch eigene Wege, seine Hotels, allen voran das „Charter", sind der europäischen Konkurrenz ebenbürtig.

Man hat an alles gedacht, Service steht in Beaver Creek an erster Stelle. Die Skischule bietet beispielsweise einen kostenlosen Einführungskurs (step one) an, neben regulären Klassen gibt es spezielle „Workshops" für schwieriges Gelände, außerdem besteht die Möglichkeit, von einem Skilehrer kostenlos an bestimmten Tagen mit dem Pistengelände, seiner Umwelt und der Geschichte des Tals vertraut gemacht zu werden. Ein Service, von dem man in Europa nur träumen kann. An den Liftstationen liegen Broschüren als Orientierungshilfen für das Pistennetz bereit, Tafeln am Liftzugang informieren über besondere Ereignisse im Skigebiet, sogenannte Transport-Hostessen regeln den Pendelbusverkehr mit Vail. Übrigens – ab 62 Jahren liftelt man zum halben Preis, Senioren ab 70 sogar umsonst.

Der Skipaß (er ist sechs Tage gültig und kostet 144 Dollar) wird auch in Vail – und in St. Moritz – anerkannt. Vail ist der größte erschlossene Skiberg Colorados: 19 Lifte mit einer Stundenkapazität von 22 360 Personen und 180 Kilometer Piste stehen zur Verfügung. Übrigens: Dieser erste interkontinentale Skipaß der Welt soll demnächst auch in Argentinien, Japan und Australien akzeptiert werden.

R. DEGLMANN-SCHWARZ

*

Anreise: Mit Pan Am/United Airlines über New York nach Denver, von dort mit Rocky Mountain Airways oder mit Greyhound-Bus beziehungsweise Mietwagen nach Avon/Beaver Creek. Denver–Avon/Beaver Creek 110 Meilen, Interstate 70.
Preise: Sechs Tage Hotel mit Liftpaß 280 bis 490 Dollar.
Auskunft: Fremdenverkehrsamt USA, Bethmannstraße 56, 6000 Frankfurt.